

MAT A Gutachten-5-12



Sachverständigengutachten für den 3. Untersuchungsausschuss der 18. Wahlperiode

zum Thema:

„Rechtsextreme Aktivitäten im Raum München seit 1996 einschließlich möglicher Verbindungen dieser Szenen zu anderen lokalen bzw. regionalen oder bundesweit agierenden Szenen, Gruppen oder Organisationen, der Rockerszene oder zur organisierten Kriminalität, einschließlich der Frage, welche der in diesen Szenen agierenden Personen eventuell Kennverhältnisse zu den Angeklagten im Verfahren vor dem OLG München oder Kennverhältnisse zu den sonstigen Personen auf der sogenannten ‚129er Liste‘ hatten.“

Autoren:

Robert Andreasch und Marcus Buschmüller, Alois Zwicklbauer (Beitrag zur frühen digitalen Kommunikation und Vernetzung) von a.i.d.a. e.V.

sowie Matthias Lorenz (Beiträge zum Handlungskonzept und Verfassungsschutzgesetz in Abschnitt C)

**Antifaschistische Informations-,
Dokumentations- und Archivstelle München e. V.**



**www.aida-archiv.de
facebook.com/aida.archiv
twitter.com/aida_archiv**

**Alle Text- und Bildrechte liegen bei aida e. V.
beziehungsweise bei den Autoren und Fotografen**

Januar 2017

Inhalt

Inhalt.....	3
Abschnitt A	6
Vorwort.....	6
Extrem rechte Organisationen/Kameradschaften/Gruppen im Raum München (unvollständiger Überblick).....	7
Deutsches Jugendbildungswerk (DJBW) und AVÖ (1986 bis 1995)	7
Nationale Offensive (NO) (1990 bis 1992)	8
Nationaler Block (NB) (1991-1993)	9
Freizeitverein (FZV) Isar 96 e. V. (1996-2002)	10
„Vinzenz Murr Bande“/Skinheads Süd/Skinheads Sendling (1997 bis 1999).....	11
Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) (1999-2008)	11
„Blood Brothers“ (2000-2003).....	12
Kameradschaft Süd und Schutzgruppe (2000 bis 2005).....	13
Demokratie Direkt e.V./Freundeskreis Demokratie Direkt (2002-2005)	28
Autonome Nationalisten/Freie Nationalisten München (AN/FNM) (2005 bis 2010)	29
„Bürgerinitiative Ausländerstopp München“ (BIA) (seit 2007).....	32
„Freies Netz Süd“ (2008 bis 2014).....	33
Jagdstaffel Süd beziehungsweise Jagdstaffel D.S.T (2009 bis 2012)	35
Die Partei „Die Rechte (seit 2012).....	36
„Der Dritte Weg“ (seit 2013)	38
Personen	40
Revisionismus: Thematischer Kitt für die Szene	47
Vorbemerkung.....	47
Revisionismus: Holocaustleugner-Kampagne	47
Revisionismus: Proteste gegen die sogenannte „Wehrmachtsausstellung“	49
Revisionismus: Heiß-Gedenken	51
Revisionismus: Heldengedenkmärsche in München.....	54
Treffpunkte und Immobilienanmietungen der Münchner Neonaziszene.....	56
Die Gaststätte „Zum Glaskasten“ (2007 bis 2010)	56
Neonazis mieten Räume in München-Forstenried (2010)	57
München: Neonazi-Keller (2016)	63
Terror, Waffen und Sprengstofffunde.....	63

Blood&Honour, Combat 18 und KuKluxKlan in Bayern und München	71
Blood&Honour.....	71
Combat 18/C18.....	73
„White Unity“	73
KKK in Bayern.....	73
Das Beispiel HNG	74
Frühe digitale Kommunikation und Vernetzung der militanten Neonaziszene.....	74
DFÜ-Mailboxen – was war das?	74
FidoNet als technische Grundlage für das Thule-Netz	75
Gründung in Bayern und betreut durch bayerischen Verfassungsschutz.....	76
Das „Thule-Netz“ und der selbst geschaffene Mythos	80
Drei der wichtigsten Personen des Thule-Mailboxverbundes lebten in Bayern.....	82
Das „Thule-Netz“ und der NSU.....	82
Daleks Kontakte:.....	83
Thule-Netz Mailboxen in Bayern	86
Ein Münchner Aktivist brachte die erste „offizielle“ Seite des Thule-Netzes ins Internet: Thulenet.com	86
Fazit	87
Abschnitt B	89
Die Netzwerke des NSU nach München und Südbayern	89
Die NSU-Morde in München 2001 und 2005	89
Das Treffen in der Kiesgrube	90
Neonazis in Bayern/Thüringen/Sachsen	91
Demo- und Veranstaltungsbesuche	93
Bayerische Neonazis auf der „Garagenliste“	94
Grüße an „die Untergrundkämpfer“	94
Tatortrecherchen und -ausspähungen.....	94
Der NSU-Brief	95
Vom NSU versandte oder eingeworfene „Bekenner-DVDs“ in Bayern.....	95
Die Strategie des NSU in Südtirol	96
Reaktionen der extremen Rechten in München auf den NSU nach November 2011	97
21. Januar 2012: Neonazistische Demonstration in München	97
04. April 2012: BIA Antrag im Münchner Rathaus	99
06. April 2013 München: Sachbeschädigung in NSU-Tatortnähe	99
14. April 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (I)	99

16. April 2013: Neonazi-Aktion vor dem NSU-Prozessgebäude in München	99
06. Mai 2013 Neonazis besuchen Prozessauftritt in München.....	102
08. Mai 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (II).....	103
10. Mai 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (III).....	103
12. Mai 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (IV)	103
13. Mai 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (V)	103
15. Mai 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (VI)	104
16. Mai 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (VII)	104
16. Mai 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (VIII)	104
24. Mai 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (IX).....	104
17. Juni 2013 BIA Antrag im Münchner Stadtrat.....	105
12. März 2014 BIA Kundgebung in Münchner Fußgängerzone.....	105
03. März 2015 „Die Rechte“-Kundgebung vor OLG München	105
01. Juni 2015 „PEGIDA-München“ Demonstration durch München	106
Abschnitt C.	107
Behördliche Reaktionen auf Straftaten und sonstige Aktivitäten der rechten Szene.....	107
Vorbemerkung.....	107
Das Wirken von verdeckten Ermittlern und V-Leuten in der und für die bayerische Neonaziszene	108
Zum Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus.....	112
Zur Neufassung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes	120
Fazit	121
Bibliographie und Quellen:.....	122
Anhang	123
Anhang 1 Mailboxlisten und Dalek Warnung vor Spitzel im „Thule-Netz“	123
Anhang 2: Transkript der Rede Philipp Hasselbachs am 3. März 2015 bei der Kundgebung der Partei „Die Rechte“ zum NSU-Prozess vor dem OLG München	127

Abschnitt A

Vorwort

Der NSU, seine Unterstützer_innen-Netzwerke und seine Taten haben eine bayerische Geschichte. Hier in Bayern begannen die Neonazis ihre Anschlagsserie nach dem „Abtauchen“ mit dem sog. Taschenlampenattentat am 23. Juni 1999 in Nürnberg. Hier in Bayern ermordeten sie von 2000 - 2005 fünf Menschen:

Attentat auf Enver Şimşek, am 09. September 2000 (Nürnberg)
Attentat auf Abdurrahim Özüdoğru, am 13. Juni 2001 (Nürnberg)
Attentat auf Habil Kılıç, am 29. August 2001 (München)
Attentat auf İsmail Yaşar, am 09. Juni 2005 (Nürnberg)
Attentat auf Theodoros Boulgarides, am 15. Juni 2005 (München)

Die Neonaziszene am Ende der 1990er Jahre kann als eine gemeinsame Bewegung beschrieben werden; die benachbarten Landesgrenzen von Sachsen, Thüringen und Bayern spielten in der politischen Arbeit und der persönlichen Mobilität nur eine untergeordnete Rolle. Phänomene, die in einem Bundesland beschrieben werden können, waren meist auch in den angrenzenden Regionen anzutreffen. Zu diesen Phänomenen, die in Thüringen, Sachsen und in Bayern zu beobachten waren (und bis heute beobachtet werden können), gehörten Kampagnenthemen, Konzepte und die Radikalisierung der Neonaziszene.

Die „Stärke des nationalsozialistischen Untergrunds“

Es handelte sich um eine Neonaziszene, die schon vor der Wiedervereinigung auf der einen Seite offen politisch, aber gleichermaßen auch im Untergrund für den Nationalsozialismus kämpfen wollte: Am 5. Juli 1990 trafen sich M. K. und der damals per Haftbefehl gesuchte Anführer der NSDAP-Auslandsorganisation Gary Lauck aus Lincoln (Nebraska, USA) in Ostberlin. In einer Verlautbarung sollen beide Berichten zufolge „den Besuch als große Ermutigung und Stärke des nationalsozialistischen Untergrunds“ bezeichnet haben.¹ Zu dieser Zeit bestand dieser „Untergrund“ schon ganz real aus abgetauchten Neonazis (der Zustand hat sich seitdem verschärft: Ende 2016 sind nach BKA-Angaben 598 Haftbefehle gegen extrem Rechte nicht vollstreckt).

Auch Torsten Heise ist dafür ein Beispiel. Von Mai 1990 bis Februar 1991 tauchte er ab, um sich der Strafverfolgung zu entziehen. In einem Brief schrieb Heise damals: „Ich werde den politischen und gewaltfreien Kampf aus dem Untergrund heraus weiter in das Volk hineinragen“.²

Die nochmalige Radikalisierung der Neonaziszene zu Beginn der 1990er Jahre, ihre Hinwendung zur Militanz war auch in München und Bayern zu beobachten: 1993 fuhren Neonazis mit einem Reisebus vom neonazistischen AVÖ-Laden in der Münchner Herzog-Heinrich-Straße aus ins Elsass, wo am Rande einer Sonnwendfeier ein Schießtraining mit einer Kalaschnikow durchgeführt worden sein soll. Mit dabei: Tino Brandt, der zumindest ab dem darauffolgenden Jahr als V-Mann des Thüringer Verfassungsschutzes amtierte.

1 Zitiert nach Siegler, Bernd (1991): Auferstanden aus Ruinen... Rechtsextremismus in der DDR, S. 57.

2 Zitiert nach ebd. S. 176.

Extrem rechte Organisationen/Kameradschaften/Gruppen im Raum München (unvollständiger Überblick)

Deutsches Jugendbildungswerk (DJBW) und AVÖ (1986 bis 1995)

Laut dem „Antifaschistischen Infoblatt“ wurde das „Deutsche Jugendbildungswerk“ (DJBW) 1986 in Mackenrode (Niedersachsen) bei P. Funktionär der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiter Partei“ (FAP), gegründet. Später verlegte es dann seinen Sitz ins oberbayerische Hurlfing. Führungsfigur der Organisation war der 1966 geborene . Dieser engagierte sich zunächst bei der „Wiking-Jugend“, der „Hilfsgemeinschaft für nationale Gefangene“ (HNG) und der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationaler Aktivisten“ (ANS/NA) von M. K. und nach deren Verbot in der FAP. Ab 1986 leitete er dann das DJBW und gründet 1990 „Althans Vertriebswege und Öffentlichkeitsarbeit“ (AVÖ) auch „Amt für Volksaufklärung und Öffentlichkeitsarbeit“ genannt.

der sich nach eigenen Aussagen als Gefolgsmann K. bezeichnete und als politisches Ziel die Wiedezulassung der NSDAP verfolgte, galt als „moderner“ Neonazi und nach dem Tod von K. und der Inhaftierung von als die neonazistische Führungsfigur in der Bundesrepublik. Er war mit etlichen anderen Aktivisten im so genannten „Stuttgarter Bewegungsprozess“ wegen der Fortführung der 1983 verbotenen ANS/NA angeklagt. Bundesweit einer größeren Öffentlichkeit bekannt geworden ist allerdings durch den Dokumentarfilm „Beruf Neonazi“, in dem er den Holocaust leugnet. 1995 wird daraufhin wegen Leugnung des Holocaust, Volksverhetzung und Verunglimpfung der Bundesrepublik Deutschland zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Während des Prozesses gibt er seinen Ausstieg aus der Neonaziszene bekannt.

Der Spiegel berichtete in einem Artikel vom Juli 1995 von einer V-Mann Tätigkeit die aber 1994 wegen mangelnder „Nachrichtenehrlichkeit“ beendet worden sei. Der damalige Präsident des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz Forster wiederum bestreitet eine V-Mann Tätigkeit von . Dieser habe bei einem Treffen allerdings umfangreiches Szenematerial gegen Zahlung von 360.000 DM angeboten, was bei einem zweiten Treffen aber abgelehnt worden sei.

Zunächst unter dem Namen DJBW, später dann wechselnd mal als AVÖ mal als DJBW wurden Kundgebungen, Demonstrationen, Informationsveranstaltungen und Pressearbeit durchgeführt oder unterstützt.

- 9. November 1991 Kundgebung und Demonstration in Halle mit ca. 500 Teilnehmenden. Anmelder war die NPD, Unterstützer die „Nationale Liste“ (NL), die „Deutsche Alternative“ (DA), der „Nationale Block“ (NB) und die österreichische „Volkstreue außerparlamentarische Opposition“ (VAPO). Als Redner benannt wurden Christian Worch, und
- 18. Januar 1992 „Reichsgründungsfeier“ in Konstanz. Redner für das DJBW, Worch (NL) und „Nationale Offensive“/NO
- Im März 1992 führte das AVÖ/DJBW gemeinsam mit der NO eine Demonstration in Leipzig durch.
- Im Oktober 1992 wird ein Treffen in einer Münchner Gaststätte beziehungsweise im nahe gelegenen AVÖ-Büro beobachtet. Anwesend unter den ca. 30 Teilnehmenden u.a. (NB) und (NB).
- 25. März 1993 demonstriert mit fünf Sympathisanten vor dem Strafjustizzentrum an der Nymphenburger Straße. Auf Plakaten fordern sie „Freiheit für alle nationalen Gefangenen“ und „Gerechtigkeit für“.

- 1. Mai 1993 gemeinsame Demonstration mit NB und NL in München.
- Im Juni 1993 organisierte [REDACTED] eine Fahrt zu einer Sonnenwendfeier im Elsass. Auf dem Programm stand neben „Formalausbildung“ auch „Schießen“. Unter den Teilnehmenden befand sich **Tino Brandt**. Der am 18. Juni 1993 vom AVÖ-Büro losfahrende Bus mit 40 Personen wird von der Polizei kontrolliert.
- 1994 kandidierte [REDACTED] zusammen mit [REDACTED] auf der Liste der NPD zum Münchner Stadtrat. Am 10. Juni 1994 findet im Rahmen des Kommunalwahlkampfes eine Kundgebung mit [REDACTED] auf dem Karlsplatz/Stachus statt. Thema der Veranstaltung: „Für mehr Toleranz – München auf dem Weg ins neue Jahrtausend“.

Von 1990 bis 1993 lag ein Schwerpunkt der Arbeit in der Organisation von Rudolf-Heß-Gedenkaktionen. [REDACTED] gab 1990 zusammen mit **Christian Worch** (damals „Nationale Liste“ NL) eine Broschüre zum Rudolf-Heß-Gedenken 1990 heraus und als [REDACTED] Vertriebswege und Öffentlichkeitsarbeit (AVÖ) noch eine Zusammenstellung: „Rudolf Heß – Texte Fakten Dokumente“. 1992 war das DJBW für die Heß-Aktionen die Kontaktadresse für den Raum München. Die allgemeine Koordination, Durchführung und aktuelle Information oblag einem Flugblatt zufolge, für das [REDACTED] [REDACTED] presserechtlich verantwortlich war, allerdings [REDACTED] Material konnte bestellt werden bei [REDACTED] beim AVÖ-Büro in der Herzog-Heinrich-Straße. [REDACTED] agierte auch 1993 als Pressekoordinator und Ansprechpartner für den süddeutschen Raum. In dem Jahr war er mit **Worch** Mitglied des „Wunsiedel-Komitees“ und sein Ladenlokal in der Münchner Herzog-Heinrich-Straße war Treffpunkt und Abfahrtsort für den Heß-Aktionstag.

Im Juni 1991 eröffnet [REDACTED] ein Ladenbüro in München (AVÖ-Büro). Es sollte als zentrale Anlauf- und Koordinierungsstelle für die Unterstützer von Er [REDACTED] Zü [REDACTED] aber auch als Umschlagplatz für revisionistische Literatur und sonstiges Material dienen. Ab Anfang 1992 installiert [REDACTED] den Posten eines Geschäftsführers und überträgt diese Aufgabe an [REDACTED] [REDACTED] ist für die Computer zuständig. Der aus Nordrhein-Westfalen kommende und dort bereits für das DJBW-Rheinland tätige [REDACTED] stammte aus militanten Neonazikreisen. 1986 tötete [REDACTED] bei einem Streit einen Kameraden und verletzte zwei weitere schwer. Von der Anklage wegen Totschlags und schwerer Körperverletzung wurde er allerdings freigesprochen. Er verbüßte aber eine neunmonatige Haftstrafe wegen unerlaubten Waffenbesitzes, Sachbeschädigung, Körperverletzung und Verwendung von NS-Kennzeichen. Politisch war [REDACTED] wie [REDACTED] in der „Wiking-Jugend“ und der FAP tätig.

Im Herbst 1992 folgt eine vorläufige Einstellung der Aktivitäten als AVÖ, angeblich wegen Arbeitsüberlastung. [REDACTED] arbeitete zunächst von Kanada aus weiter. Im Frühsommer 1993 wird im Zusammenhang mit einer Teilversteigerung [REDACTED] alleiniger Eigentümer der Wohnung/des Ladenbüros Herzog-Heinrich-Str. 30 und vermietet diese zunächst an [REDACTED]. Später wird dann [REDACTED] Mieter. Die für den 1. September 1993 geplante Wiedereröffnung des Büros als „Herzog Heinrich Buchladen“ mit [REDACTED] als Betreiber wird untersagt. Die Landeshauptstadt München spricht ein Gewerbeverbot aus.

Nach dem von 1994 bis 1995 andauernden Prozess gegen [REDACTED] an dessen Ende er zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, und nach verbüßter Haft zieht [REDACTED] nach Berlin. Dort versuchte er sich im Veranstaltungs- und Marketingsektor. Das DJBW beziehungsweise AVÖ war Geschichte.

Nationale Offensive (NO) (1990 bis 1992)

Die „Nationale Offensive“ gründete sich 1990 u.a. aus ehemaligen FAP-Anhängern, die die Organisation im Streit mit dem Parteivorsitzenden [REDACTED] [REDACTED] verließen. Die NO hatte ihren Sitz und organisatorischen Schwerpunkt in Augsburg und München, 1991 wurde auch ein Büro in

Dresden eröffnet. Ende 1992 wurde die NO verboten, zu diesem Zeitpunkt bestanden Landesverbände in Bayern, Berlin-Brandenburg und Sachsen.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Im Programm der „Nationalen Offensive“ von 1990 heißt es unter anderem:

„Keine Anerkennung der Oder/Neiße Grenze“ und „Kein Verzicht auf die Ostgebiete“. Die Partei propagierte die „Rückführung der Ausländer in ihre Heimatländer – Kulturvermischung ist Völkermord“. Außerdem forderte die NO die „Bekämpfung der AIDA-Seuche durch Reihenuntersuchungen in der Bevölkerung und Isolierung der Kranken sowie die „Redigierung der Geschichtsdarstellung nach den neuesten Erkenntnissen der Historiker“.

Im August 1991 beteiligte sich die NO am Rudolf-Heß-Gedenkmarsch beziehungsweise an der Ersatzdemonstration in Bayreuth. Im Januar 1992 fand ein Landeskongress der Partei in Augsburg statt. Für den 18. Januar 1992 lud die Partei zu einer „Reichsgründungsfeier“ in Konstanz ein. Als Redner wurden angekündigt: [REDACTED] **Christian Worch** (damals Nationale Liste) und [REDACTED] vom DJBW. Im März 1992 führt die Partei gemeinsam mit dem AVÖ/DJBW eine Demonstration in Leipzig durch. Am 19. März findet eine Vortragsveranstaltung mit dem Holocaustleugner [REDACTED] in Augsburg statt. Im Juni führt die NO einen Bundeskongress in Stadtbergen bei Augsburg durch. Am 3. Oktober nehmen ca. 600 Personen an einer NO-Demonstration in Dresden teil. Am 21. Dezember 1992 wird die NO verboten, tags darauf finden bei elf Parteiaktivisten in Oberbayern und Schwaben Hausdurchsuchungen statt.

Nationaler Block (NB) (1991-1993)

Der „Nationale Block“ wurde am 6. Juli 1991 in München von Aktivisten aus dem Spektrum der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) gegründet. Vorsitzender war [REDACTED] (ehemaliger Bereichsleiter Süd der GdNF), Stellvertreter [REDACTED] und Schatzmeister [REDACTED]. Kreisverbände bestanden in Kronach, Landau an der Isar, München, Passau und Straubing.

In seinem Parteiprogramm schreibt der NB zu seinem politischen Selbstverständnis: „Im Gegensatz zu den anderen ‚Rechtsparteien‘ halten wir nichts von Anpassung an die gegenwärtigen Zustände (...). Unser ganzes politisches Wollen dient der Erneuerung des Deutschen Reiches, unter den alten stolzen Nationalfarben eines souveränen Deutschlands – schwarz-weiß-rot.“

Am 1. Februar 1992 demonstriert der NB aus Solidarität für den festgenommenen Neonazi [REDACTED] zum österreichischen Generalkonsulat. [REDACTED] war in einem Fernsehinterview für die Wiederzulassung der NSDAP in Österreich eingetreten.

Für den 5. Dezember 1992 plante der NB eine Demonstration und Saalveranstaltung in Passau. Zum Thema „Europa auf dem Weg zur Amerikanischen Subkultur“ sollten als Redner auftreten: **Christian Worch** (damals Nationale Liste), [REDACTED] sowie [REDACTED] (beide NB). Die Stadt Passau verbot die Versammlung wegen zu befürchtender Gewalttaten der Neonazis. Auch eine Ersatzveranstaltung in Straubing wurde unterbunden.

Im „Handbuch Deutscher Rechtsextremismus“ wird eine Landeskonferenz im Jahr 1992 erwähnt, bei der [REDACTED] dazu aufgerufen haben soll, die direkte Konfrontation mit Antifaschisten zu suchen.

Im Februar 1993 wird [REDACTED] mit drei weiteren Personen nach einer Übung auf einem Bundeswehrgelände festgenommen.

Am 1. Mai 1993 führt der NB mit etwa 70 Personen einen Fackelmarsch und eine Kundgebung in München durch. Unter den Teilnehmenden waren u.a. [REDACTED] **Christian Worch**, [REDACTED] und **Tino Brandt**.

Der NB war bis zu seinem Verbot am 7. Juni 1993 eine regionale Gliederung der GdNF in Bayern. Organisatorische Bedeutung besaß der NB regional bei der Vorbereitung der jährlichen Rudolf-Heß-Gedenkmärsche. Die Kader des NB engagieren sich seit dem Verbot vorzugsweise in regionalen Strukturen oder Projekten zur Vernetzung des rechtsextremen Lagers wie dem Thule-Netz.

[REDACTED] eine Aktivistin des NB, versuchte das Nürnberger „Antifaschistische Bildungs- und Dokumentationszentrum“ (ABIDOZ) auszuspähen. Sie soll dies im Auftrag von [REDACTED] getan haben, schreibt jedenfalls das „Antifaschistische Autorenkollektiv“ im Buch „Drahtzieher im braunen Netz“ von 1996.

Freizeitverein (FZV) Isar 96 e. V. (1996-2002)

Der FZV wurde, überwiegend aus den Strukturen und dem Personenkreis des 1993 verbotenen „Nationalen Blocks“, am 10. Februar 1996 in einer Gaststätte im Münchner Stadtteil Westend gegründet. Die etwa 15 Personen sahen sich als Kameradschaft in der Tradition des verstorbenen Neonazi-Anführers **M [REDACTED] K [REDACTED]** Erster Vorsitzenden war [REDACTED] Kassierer [REDACTED] und Schriftführer [REDACTED] Kein offizielles Mitglied aber informelle Führungsfigur war [REDACTED] u. a. ehemaliger Vorsitzender des „Nationalen Blocks“ und späteres Gründungsmitglied des „Aktionsbüros Nationaler Widerstand Freilassing“. Mitglied des Vereins war seit Ende 1996 auch [REDACTED]

Die Aktivitäten des FZV bestanden im Wesentlichen aus internen Stammtischen, etwa in der Münchner Gaststätte „Burg Trausnitz“, Grillabenden, Fußballturnieren und Veranstaltungen. Für den 3. Juli 1999 organisierte der FZV zum Beispiel eine Saalveranstaltung mit etwa 80 Teilnehmer_innen und [REDACTED] als Referenten zum Thema „Die Befreiung Deutschlands vom amerikanischen Imperialismus“. Die Stammtische sollten die angestrebte Sammlung und Neuorganisation aller neonazistischen Kräfte – zunächst im Raum Oberbayern – unterstützen. Unter dem organisatorischen Dach des inzwischen gegründeten „Aktionsbüro Süddeutschland/Nationaler Widerstand Bayern“ schlossen sich im Jahr 2000 die Kameradschaften München, Garmisch-Partenkirchen, Freilassing, Regensburg und Traunstein zusammen. Kontakte hatte der FZV außerdem zur Skinhead-Szene, zur NPD und zu Neonazis aus Sachsen und Österreich.

Am 12. Januar 2001 feierten [REDACTED] (Kontaktperson der Kameradschaft München) und [REDACTED] (Aktionsbüro) bei einem Kameradschaftsabend des FZV ihren Geburtstag. Etwa 60 Personen nahmen daran teil, darunter etliche aus den oben genannten Organisationen. Vor der Kneipe kam es spät abends zu einem brutalen Überfall durch Gäste dieser Feier auf einen griechischen Passanten. Auch [REDACTED] war beteiligt und wurde deshalb wegen schwerer Körperverletzung angeklagt. Es kam zu weiteren Verhaftungen und Prozessen, die die neonazistischen Strukturen zunächst erheblich schwächten. Mitte Juli 2002 löste der „Freizeitverein Isar 96“ sich auf und ging größtenteils in der „Kameradschaft Süd“ auf.

[REDACTED] Skinheads Süd/Skinheads Sendling (1997 bis 1999)

Am Ende der 1990er Jahre gehörten mindestens 20 Lehrlinge der [REDACTED] zur radikal rechten Skinheadszene in München, die damals mehrere hundert Personen umfasste. Einige von ihnen waren von der Firma in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen angeworben worden. Die Behörden machten eine mindestens 40- bis 50-köpfige Neonazigruppe, der auch die ca. 20 [REDACTED] Azubis angehörten, im Jahr 1999 für 20 Übergriffe auf Migrant_innen, Homosexuelle und Linke verantwortlich.

In der Öffentlichkeit bürgerte sich für die Schläger die Bezeichnung [REDACTED] ein (worauf die Firma mit juristischen Drohungen gegen die Medien reagierte). Weil einige der Beteiligten in firmeneigenen Unterkünften in der Hofmannstraße und Boschetsrieder Straße im Münchner Süden lebten, wurden parallel auch die Bezeichnungen „Skinheads Süd“ oder „Skinheads Sendling“ verwendet. Einer der führenden Köpfe dieser Gruppe, [REDACTED] wurde im Mai 2000 u. a. wegen schwerer Körperverletzung in mehreren Fällen zu vier Jahren und zwei Monaten Haft verurteilt. Zu weiteren Haftstrafen im Umfeld dieser Gruppe kam es gegen [REDACTED] und [REDACTED].

Rassistische, homophobe und antilinke Angriffe: Im April 1999 griffen ein gutes Dutzend Nazis zwei Antifaschist_innen in der Nähe des Goetheplatzes an. Der angegriffenen 18-Jährigen brachen sie das Handgelenk, der 24-jährige Angegriffene musste wegen eines Bruchs der äußeren Stirnhöhle im Krankenhaus operiert werden. Auf dem Schweizer Platz verprügelten sie eine Gruppe türkischstämmiger Jugendlicher. Mitte Juli griffen Nazis – in unmittelbarer Nähe der Firmenunterkünfte im Münchner Süden – einen 29-jährigen Mann aus homophoben Motiven an und fügten ihm mit Tritten Rippenbrüche und Kopfverletzungen zu. Die Neonazis riefen bei den Angriffen „Heil Hitler!“, doch die Taten wurden von den Behörden entpolitisiert: „Fundiertes, nationalsozialistisches Gedankengut tragen die nicht in sich“, sagte Staatsschutzchef [REDACTED] damals der „Süddeutschen Zeitung“.

Eine Filiale der [REDACTED] befand sich zur Tatzeit (und befindet sich heute noch) unweit des Tatorts der Ermordung von Theodoros Boulgarides. Über einen Innenhof waren die Gebäude der [REDACTED] und des Schlüsseldienstes von Boulgarides (Trappentreustr. 4) sogar miteinander verbunden. Im Haus der [REDACTED] soll sich über viele Jahre ebenfalls eine firmeneigene Wohngemeinschaft für Azubis der [REDACTED] befunden haben.

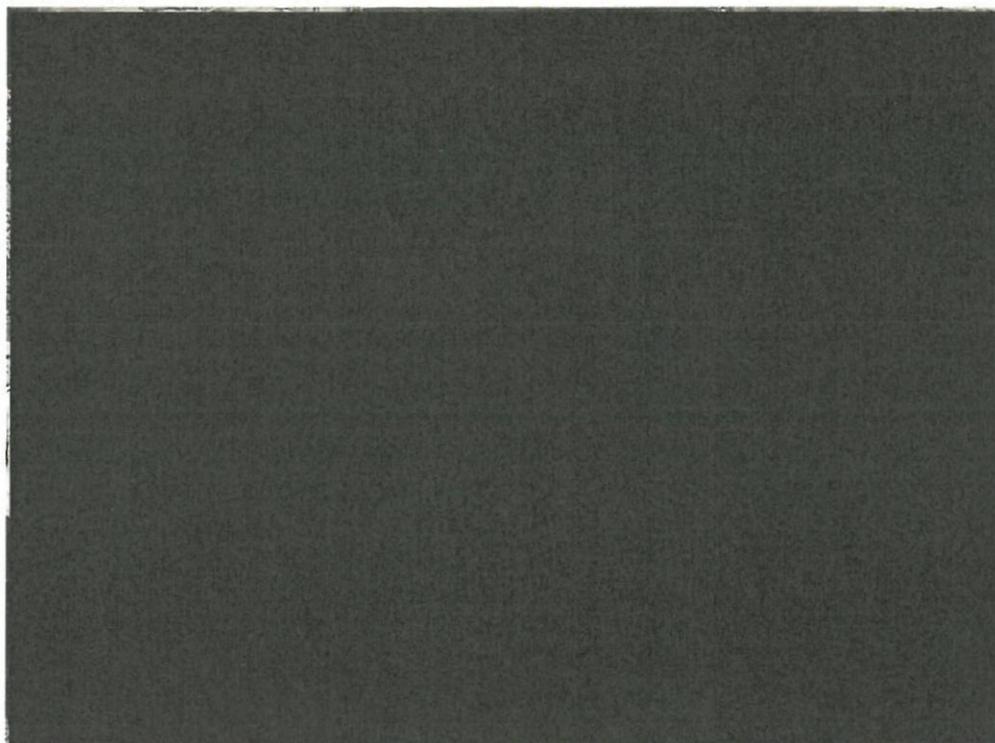
Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) (1999-2008)

Der „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS) wurde am 1. Mai 1999 unter anderem von [REDACTED] einem alten Weggefährten M [REDACTED] K [REDACTED] in der Nähe von Cottbus gegründet. Der KDS richtet sich an „rechte wie linke Nationalisten“ und hatte zum Ziel, ein „Diskussions- und Kampfforum auf der Basis des gemeinsamen Bekenntnisses zu Volk und Staat“ zu sein. Der KDS war regional in

„Gae“ untergliedert und hatte interne „Dienststränge“ und „Dienstvorschriften“. Bei den KDS-Treffen trugen einige Mitglieder SA-ähnliche Uniformen.

Bayerischer „Gausekretär“ war eine Zeitlang [REDACTED] vom FZV Isar 96. In München wurde am 8. Mai 2004 ein Stützpunkt Süd gegründet, [REDACTED] wurde Gausekretär Süd. Noch im Mai 2004 war der KDS mit dem Hamburger Neonazi-Aktivisten **Christian Worch** auf einer Linie in der Ablehnung einer zu engen Anbindung der „Freien Kräfte“ an die NPD. Bei einem Gauleitertreffen in Leverkusen am 3. Juli 2004, an dem neben [REDACTED] auch [REDACTED] und [REDACTED] teilgenommen haben, muss [REDACTED] W. für einen Meinungsumschwung gesorgt haben. Im Oktober 2004 begrüßte jedenfalls [REDACTED] den Eintritt [REDACTED] in die NPD mit der Stellungnahme „Es muss für jeden bekennenden Nationalsozialisten, der Mitglied dieser Partei wird, Pflicht sein, möglichst bedeutende Posten auf allen Führungsebenen der Nationaldemokraten anzustreben, um den nationalrevolutionären Einfluss zu vergrößern und den der kleinbürgerlichen Reaktionäre zurückzudrängen.“

Auf Grund interner wie externer Kritik an dem anachronistisch anmutenden Organisationsprofil des KDS, kündigte die Organisationsleitung in einem „Revolutionären Manifest“ vom 30. Januar 2005 eine umfassende Wandlung der Organisation an. Ein Jahr später Mitte Februar 2006 erklärte [REDACTED] seinen Rückzug aus der KDS-Organisationsleitung. Als Nachfolger fungierte [REDACTED] aus dem thüringischen Altenburg, der Mitte April 2007 aber vom NPD-Funktionär [REDACTED] abgelöst wurde. Doch auch dieser bleibt nicht lange in der Funktion. Ende November 2007 übernimmt [REDACTED] damals Aktivist des Kameradschaftsbunds Hochfranken (KBH). Im Sommer 2008 löst sich der KDS auf.



Münchner Neonazis bei Treffen des „Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS)“ in Leverkusen, 3.7.2004, u.a. [REDACTED] (v. l.), [REDACTED] (2. Reihe re.), [REDACTED] (kniend, 2./3./4. v. l.)

„Blood Brothers“ (2000-2003)

Bei den „Blood Brothers“ handelt es sich um eine aus Thüringen stammende Gruppe, die zu Beginn des neuen Jahrtausends in München eine regionale Gliederung aus zwei Dutzend Neonazis

unterhielt. Als Führungskräfte galten [REDACTED] und der aus Saalfeld stammende [REDACTED]

Kameradschaft Süd und Schutzgruppe (2000 bis 2005)

Seit Ende 2000 bestand in München und Umgebung die „Kameradschaft Süd“ (auch: „Aktionsbüro Süddeutschland“) unter [REDACTED]. Ab November 2002 wurde die Kameradschaft von [REDACTED] geleitet. Ihr Ziel war, die verschiedenen Neonazigruppen und Einzelpersonen im Raum München zu vereinen.

[REDACTED] (geb. [REDACTED] *3. Januar 1976 in Anklam) zog im November 1998 nach Bayern und wohnte zunächst unter anderem in Starnberg, Alling, Neufahrn und Ludenhausen, ab 2000 in Gräfelfing bei München, später in der Landsbergerstr. 106 im Münchner Stadtteil Westend. Im Zusammenhang mit einer letztendlich verbotenen Demonstration in Freilassing (August 2000) gegen die Boykottmaßnahmen gegen die österreichische ÖVP-FPÖ-Regierungskoalition lernte er den Anmelder des Aufmarsches, [REDACTED] kennen. [REDACTED] wurde Teil des von [REDACTED] gegründeten „Aktionsbüro Süddeutschland“. Nachdem [REDACTED] wegen des „Burg-Trausnitz“-Komplexes inhaftiert wurde, übernahm [REDACTED] die Leitung der Kameradschaft. [REDACTED] intensivierte die Kontakte der militanten Neonazis zu den Republikanern, der DVU und der DP. Auch neonazistische Konzerte wurden organisiert.

[REDACTED] vergötterte das nationalsozialistische „Dritte Reich“, seine Brust zierte ein Hakenkreuz-Tattoo, in seiner Wohnung in der Landsberger Str. 106 hatte er jede Menge NS-Devotionalien und an der Tür hing ein Plakat mit dem 25-Punkte-Parteiprogramm der NSDAP. Sein antisemitischer Hass war grenzenlos: „Alle Juden müsste man auf den Mond schießen oder auf eine Insel verbannen“, mit einer Softairpistole zielte er auf einen Davidstern. Von den Internetseiten der NSDAP/AO lud er sich Goebbels-Reden herunter. Für die Kameradschaft wurde ein Liederbuch angeschafft: „Dem Adolf Hitler haben wir's geschworen, dem Adolf Hitler reichen wir die Hand“, gesungen wurde auch „Deutschland erwache aus deinem bösen Traum, gib fremden Juden in deinem Reich keinen Raum.“ Wenn [REDACTED] Handy lautete, dann mit der Melodie des „Horst-Wessel-Lieds“ oder des Neonazisongs „Blut“ der Mannheimer Band „Tonstörung“: „Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig, lasst die Messer flutschen in den Judenleib. Blut muss fließen knüppelhageldick, und wir schießen auf die Freiheit dieser Judenrepublik.“

Die regelmäßigen Stammtische der „Kameradschaft Süd“, donnerstags 19 Uhr, die von durchschnittlich 20 Teilnehmer_innen (im Sommer oft nur fünf, unterm Jahr aber bis zu 40 Personen) besucht wurden, leitete [REDACTED]. Personen aus dem Führungszirkel mussten ca. zweimal im Monat Referate halten. Themen waren die Ausstellung „Dimensionen des Vernichtungskriegs“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung (sog. „Wehrmachtsausstellung“), „Dresden“, „deutsche Erfindungen“, das „Schlachtschiff Bismarck“, europäische Sprachen, die Wohnungsnot in München, der „Lauschangriff“, der „Verkauf von Gebäuden an amerikanische Firmen“, Moscheen in München, die sogenannte „Vertreibung“, das NPD-Verbotsverfahren sowie die Zusammenarbeit der „Kameradschaften“ mit der NPD. [REDACTED] sprach über das „Zuwanderungsgesetz“. [REDACTED] referierte über den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß und den Gedenkmarsch in Wunsiedel. Vorbereitungen für Demos wurden getroffen und [REDACTED] Ideen (z. B. Infotische) besprochen bzw. mit Zeit- und Zielvorgaben vorbereitet. Bei größeren Anlässen wurden Listen gemacht. Es wurde Protokoll geführt, meist von [REDACTED]. Die Lokalität wechselte zu Beginn unter diversen Kneipen in München und Umland, schließlich wurde das „Bayerische Wirtshaus/Raethenhaus“ in der Münchner Luisenstraße und dann die Kneipe „Sportstuben“ in Gronsdorf donnerstags Stammtischlokalität.

Vorgeschlagen hatte dieses Lokal in Gronsdorf [REDACTED] – nicht zuletzt, hieß es damals, weil der Wirt auch „national denkt“. Der Stammtisch fand hier nicht in einem Nebenraum, sondern mitten

in der Kneipe statt. Während des Aktionsbüro-Stammtisches gingen andere Gäste meistens mit dem Wirt in einen Nebenraum. Für den Stammtisch wurde bis Herbst 2002 nur mündlich geworben, nach den Aktivitäten gegen die sogenannte „Wehrmachtsausstellung“ wurde ein fotokopiertes Heft verteilt. Den Text hatte man gemeinsam formuliert.

Am Stammtisch wurden regelmäßig Spenden gesammelt, wobei jeweils etwa 30 bis 50 Euro zusammen kamen. [REDACTED] (*30.1.1985, Unterschleißheim), die selbst einmal eine dreistellige Summe aus einem Erbe spendete, führte die Kasse. Beim ca. einstündigen „politischen Teil“ der Stammtische wurde sehr darauf geachtet, ein potentiell Abhören der Gespräche zu erschweren: Alle mussten ihre Mobiltelefone nicht nur ausschalten, sondern auch SIM-Karte und Akku herausnehmen.

Es musste jemand die Tür bewachen, was meistens [REDACTED] übernahm. [REDACTED] (*3.10.1980, Unterschleissheim), zählte zu den langjährigsten Aktivisten am Stammtisch. Seit mindestens 1998 beteiligte sich der Zimmererlehrling aus München - heute Führungskader der neonazistischen Partei „Der dritte Weg“ - an neonazistischen Aufmärschen und Aktionen, er war damals bereits sechs Mal verurteilt worden, u. a. wegen Volksverhetzung und gefährlicher Körperverletzung. 1998 hatte er auf Punks am S-Bahnhof Unterschleißheim mit einem Baseballschläger eingepöbeln. 2001 griff er Jugendliche vor der Kneipe „Echse“ in Gröbenzell an. Mit [REDACTED] attackierte [REDACTED] am 29.7.2000 in Eisenach Flüchtlinge am Bahnhof, diese Tat macht bundesweite Schlagzeilen. Im Sommer 2002 lernte auch [REDACTED] kennen und besuchte in Folge die Stammtische. Ab Sommer 2002 nahm auch [REDACTED] (*7.12.1981, Ottobrunn) an den Stammtischen teil. [REDACTED] (*14.10.1985, München) bekam schon mit 14 Jahren Kontakt in die rechte Szene. Seit Lohhof kam er regelmäßig zum Stammtisch, auch bei den Zeltlagern in Garmisch-Partenkirchen und Nürnberg und bei Aufmärschen in Nürnberg und Wunsiedel war er aktiv.

Anfang 2003 kam es zu Auseinandersetzungen am Stammtisch, u. a. zwischen [REDACTED] und [REDACTED] [REDACTED] (München), der im Mai 2003 daraufhin die Gruppe verlässt: [REDACTED] unterstellte damals einer neonazistischen Aktivistin, dass sie nicht deutsch-schlesischer, sondern „polnischer Abstammung“ sei und verlangte von ihr einen „Abstammungsnachweis“.

Mittwochs fand ein regelmäßiger „Nachwuchsstammtisch“ im Keller von [REDACTED] [REDACTED] (damals München, heute führend für die neonazistische Partei „Der dritte Weg“ in Unterfranken aktiv) statt, um Jugendliche (im Alter von 15 bis 18 Jahren) an die „Kameradschaft Süd“ heranzuführen. Organisiert und geleitet wurde diese Runde zuerst von [REDACTED]. Als dieser zum österreichischen Bundesheer eingezogen wurde, bestimmte [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] als Nachfolgerin, unterstützt durch [REDACTED].

Auf Betreiben [REDACTED] wurde der sogenannte „Frauenbund“ gegründet und von weiblichen Mitgliedern des Führungszirkels, u. a. von [REDACTED] zuletzt von [REDACTED] (*16.4.1986, Vaterstetten), geleitet. Der „Frauenbund“ traf sich regelmäßig mit fünf bis sechs Teilnehmerinnen montags zu einem Stammtisch in der „Bierbatterie“ in München.

Informelle Treffen der Münchner Neonazi-Aktivist_innen fanden dazu unter der Woche auch in der Wohnung [REDACTED] in der Landsbergerstr. 106 statt.

Zu [REDACTED] politischen Konzept gehörte es, vermehrt in der Öffentlichkeit aufzutreten, sogenannte „soziale Themen“ von rechts zu besetzen und auf linken Veranstaltungen zu provozieren. 40 Neonazis liefen so beispielsweise am 19.10.2002 bei einer linken Veranstaltung mit [REDACTED] [REDACTED] an der Universität München auf. Ihr Anführer [REDACTED] begann ein nationalistisches und antisemitisches Hetzpamphlet vorzulesen, er steigerte sich in ein großes Geschrei hinein. Dass die wenigen anwesenden Antifaschist_innen ihn und seinen Anhang aus dem Raum zu werfen

versuchten und [REDACTED] dabei das Hemd zerrissen wurde, log er später zu einem Hauptgrund für die Gründung der „Schutzgruppe“ um.

Im Oktober und November 2002 meldete [REDACTED] zwei neofaschistische Aufmärsche gegen die Ausstellung „Dimension des Vernichtungskriegs“ (sog. „Wehrmachtsausstellung“) in München an. Im Gegensatz zu Christian Worch und [REDACTED] schätzten Polizei und Kreisverwaltungsreferat [REDACTED] [REDACTED] als „zuverlässig“ ein. Immer freitagabends gab es zusätzlich sogenannte „Gegendarstellungen“ der Nazis auf dem Münchner Marienplatz, die von [REDACTED] dem Macher des „Schwarze-Sonne-Versandes“ in Rain organisiert werden. Hier kam es zu brutalen Übergriffen der Polizei gegen Antifaschist_innen.

Ab Herbst 2002 bildeten [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] und [REDACTED] die elitäre „Schutzgruppe (SG)“. Dieser innere Kreis aus engen Gefolgsleuten von [REDACTED] und Mitgliedern des „Aktionsbüros“ sollte zum einen Führungsaufgaben im „Aktionsbüro Süddeutschland“ übernehmen und für „Ordnung“ innerhalb der Kameradschaft sorgen, zum anderen sollte militant für ein nationalsozialistisches System gekämpft werden. Aktivitäten und Treffen der SG hielten die Mitglieder streng geheim. Neue Mitglieder konnten im Allgemeinen nur auf Entscheidung [REDACTED] aufgenommen werden. Ein Ausstieg war nur in besonders begründeten Fällen, z. B. Arbeit, Krankheit, Schwangerschaft, denkbar. [REDACTED] verließ die SG wegen eines Streits mit [REDACTED] rief bei einer Demonstration die Parole „Rote haben Namen und Adressen – kein Vergeben, kein Vergessen“ – [REDACTED] wollte dies unterbinden), auch zum Stammtisch kam er nur noch sporadisch. Ihm gegenüber hatte [REDACTED] schon früh vom neuen jüdischen Gemeindezentrum am Jakobsplatz gesprochen: „Dreck“, „Schandfleck“. Auch eine Handgranate hatte [REDACTED] gezeigt. Bei Verrat drohten strenge Sanktionen, [REDACTED] sprach von „Ansatzpunkten zur Vergeltung zuerst bei den Angehörigen, Frau und Kindern“. Ausgerechnet bei dem früheren Mitglied [REDACTED] aus Planegg waren sich die anderen Mitglieder der SG ob dessen Verschwiegenheit sicher, der Zimmerer-Azubi konnte die Schutzgruppe Ende Dezember 2002 ohne Repressionsmaßnahmen „aus Zeitgründen“ verlassen. Ursprünglich war über eine Art präventiven „Denkzettel“ diskutiert worden. [REDACTED] hatte mit 16 Jahren [REDACTED] kennengelernt, mit [REDACTED] besuchte er die gleiche Berufsschulklasse. Details der „Schutzgruppe“ hatte er allerdings tatsächlich weitergegeben, und zwar an [REDACTED] (München), ehemals Vorsitzender des verbotenen „Nationalen Blocks“. Im Herbst 2002 wurde der Arbeitslose [REDACTED] (* 9. Dezember 1982, München) von [REDACTED] auf eine potentielle SG-Teilnahme angesprochen.

Der nach eigenen Angaben aus dem „unpolitischen Skinhead-Milieu“ stammende [REDACTED] wurde im sich linksalternativ gebenden Club „Backstage“ zusammen mit [REDACTED] [REDACTED] durch [REDACTED] [REDACTED] zum Stammtisch des „Aktionsbüros Süddeutschland“ ins „Sportstüberl“ in Gronsdorf eingeladen. [REDACTED] wurde am 13. Juni 1976 in Luckenwalde (Brandenburg) geboren, im Sommer 1990 war er nach Grafenau in Niederbayern umgezogen, machte eine Zimmererlehre in Kiefersfelden/Oberaudorf. Zum damaligen Zeitpunkt war [REDACTED] mit [REDACTED] befreundet. [REDACTED] besaß eine halbautomatische Pistole Steyr Kal. 6.35, die er [REDACTED] überließ. Spätestens bei den „Gegendarstellungen“ zur „Wehrmachtsausstellung“ brachte [REDACTED] sich persönlich ein. Ab Weihnachten 2002 war er mit [REDACTED] die er am Stammtisch kennenlernte, befreundet. Ab Ende Januar zog er zu ihr nach Unterschleissheim. [REDACTED] besorgte schwarze, weiße und rote Farbe und eine Schablone. Nachts sprühten [REDACTED] und [REDACTED] damit „Aktionsbüro Süddeutschland“ an die Donnersberger Brücke. Im „Schampus“ in Neufahrn fragte ihn [REDACTED] [REDACTED] im Januar 2003, ob er nicht in der „Ordnungsgruppe“, also der SG, „zum Schutz von Veranstaltungen“ mitmachen wolle. [REDACTED] war [REDACTED] ab da treu ergeben. Auf [REDACTED] Befehl schippte er auch beim Besuch von [REDACTED] in Brandenburg Kohlen, während alle anderen Fußball spielten.

Im April 2003 zog [REDACTED] aus Schwerin nach München, bereits im Mai wurde er von [REDACTED] zum Stammtisch eingeladen, kurze Zeit später trat [REDACTED] der zu dieser Zeit mit [REDACTED] befreundet war, auch der „Schutzgruppe“ bei. Bei Demos 2003 in München und Schwäbisch-Hall wurde er als

Ordner eingeteilt. Ab Mai wurde auch [REDACTED] Mitglied in der paramilitärischen Trainingsgruppe.

[REDACTED] (*1969), damals wohnhaft in Augsburg, nahm über [REDACTED] den er bereits in Freilassing besucht hatte und über [REDACTED] im Frühjahr 2002 Kontakt zu [REDACTED] auf, der ihm schnell vertraute. Seine rechte Gruppe (nach seiner Erzählung: „Charlemagne Hammerskins“) in Frankreich habe Mist gebaut und deshalb sei er nach Deutschland gekommen. Außerdem arbeite er an einem Buch gegen die „Multikultur“ in Deutschland. Vielen „Kameraden“ erzählte der ehemalige Fallschirmjäger von einer angeblichen früheren Mitgliedschaft in der französischen Fremdenlegion. Dass dies für einen französischen Staatsbürger schlicht unmöglich ist, fiel niemandem auf. [REDACTED] empfah [REDACTED] in spätestens vier oder fünf Jahren die „Kameraden“ in Tschechien oder Jugoslawien militärisch ausbilden zu lassen. [REDACTED] zeigte [REDACTED] mindestens zwei Mal Waffen, eine Pistole und eine Handgranate. [REDACTED] Mitarbeiter des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz und seine Vorgesetzten warteten ab.

Auf dem Computer [REDACTED] installierte [REDACTED] das Verschlüsselungsprogramm „Pretty Good Privacy (PGP)“. [REDACTED] spielte ständig mit einem Wurfmesser herum, das er in seiner Handy-Tasche aufbewahrte: „Pistolen sind zu unpersönlich. Am besten, man tötet Menschen mit dem Messer“. In der Öffentlichkeit bemühte sich [REDACTED] nicht zu erscheinen oder aufzufallen, schon gar nicht an der Seite [REDACTED]. Bei einer neonazistischen Kundgebung vor dem Münchner Justizpalast („Freiheit für alle nationalen Gefangenen“) soll er sich in den Reihen der Gegendemonstrant_innen herumgedrückt haben. Für das „Aktionsbüro Süddeutschland“ kümmerte er sich vor allem um die Kontakte zur „Fränkischen Aktionsfront“ (FAF).

Den Mitgliedern der Schutzgruppe präsentierte [REDACTED] seinen „10-Punkte-Plan“ zur nationalsozialistischen Revolution: Punkt 1 war die „Festigung der Kameradschaft in München“, Punkt 2 (der erst erreicht gewesen sei) meinte das „Zusammenführen anderer Kameradschaften“, Punkt 3 das „Zusammenführen der Kameradschaften“ in Bayern bzw. unter Punkt 4 „in Deutschland“.

Die „Schutzgruppe“ traf sich jeden Sonntag im Wald zu paramilitärischen Übungen, teilweise in Tarnanzügen. Anfangs in einem Waldgebiet bei Lohhof. Da es dort stark bewaldet war, suchte sich die Gruppe ein Waldgelände bei Mühlthal/Gauting. Zu Beginn wurden Nahkampftechniken („an der Kehle packen“) und das Absichern von Demonstrationen geübt, aber auch „Fahrzeugschutz“ und militärisches Marschieren stand auf dem Programm, gegen Gipskartonplatten wurde geboxt, „Sturm und Deckung“ trainiert, am Ende schloss sich ab Frühjahr/Frühsummer 2003 ein eineinhalbstündiges Soft-Air-Pistolenschießen an. Die Soft-Air-Waffen mussten von den Mitgliedern selbst gekauft werden. Bei Fehlverhalten, mangelnder Disziplin und wenn eine andere Person abgeschossen wurde, waren Liegestützen als Sanktionsmaßnahme zu machen. Bei Kampfsportübungen wurden z. T. schusssichere Westen getragen.

Als [REDACTED] einmal in einer Pause auf eine andere Person direkt zielte, schritt [REDACTED] ein. Das mache man nicht, denn: „wenn wir mal scharfe Waffen haben, muss auch sorgsam damit umgegangen werden“. Auch nach Aussagen in den späteren Prozessen sollte es tatsächlich darum gehen, für den späteren Einsatz mit richtigen Waffen zu trainieren. [REDACTED] leitete die Schutzgruppe, beim Wehrsport im Wald sollte ihn im Verhinderungsfall [REDACTED] vertreten. Nur der ehemalige Fallschirmjäger (und Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Bayern) [REDACTED] verfügte über eine militärische Ausbildung, und das erst später dazu stoßende Mitglied [REDACTED] diente bis 1990 als Panzerfahrer-Unteroffizier bei der NVA. [REDACTED] war aber nur einmal im Wald dabei und brachte der Schutzgruppe dort Marschieren bei. Den Neonazi [REDACTED] konnte [REDACTED] nicht zum Eintritt in die SG überreden, weil dieser Sonntags bei der Bundeswehr aktiv war.

Tatsächlich übernahm die SG Ordnerdienste bei Demonstrationen, und für die „Absicherung“ einer neofaschistischen Veranstaltung in der Giesinger Gaststätte „Zur Freundschaft“ ließ die Gruppe

einmal sogar den sonntäglichen Wehrsport im Wald ausfallen. In Vierergruppen patrouillierten [REDACTED] Kameradschaftler auf der Suche nach Linken rund um die „Freundschaft“.

Ein weiteres regelmäßiges Treffen der SG fand dienstags statt. Auf Betreiben [REDACTED] wurde eine Anti-Antifa-Datensammlung politischer Gegner_innen angelegt. Jeden Dienstag wurden Aufgaben verteilt, recherchiertes Material ausgewertet und zusammengestellt. In der SG wurden Personen eingeteilt, die auf linke Demos und Aktionen gehen und dort nach „Wortführern“ und „Organisatoren“ unter den „Punks“ und „Autonomen“ Ausschau halten mussten. Auch [REDACTED] fotografierte mindestens einmal die Teilnehmer_innen einer linken Demonstration. Die Anti-Antifa-AG wurde zu Beginn von [REDACTED] geleitet, später, als [REDACTED] schwanger wurde, löste [REDACTED] sie ab. Bei [REDACTED] liefen zunächst einmal alle Daten (z. B. die „Verantwortlichen im Sinne des Presserechts“ linker Flugblätter) und Fotos zusammen. Auf Geheiß [REDACTED] nutzte [REDACTED] ihren Ausbildungsplatz bei der Postbank AG dazu aus, aus dem dortigen Datensystem Namen, Anschriften und Kontodaten von Antifaschist_innen und linken Personen und Institutionen abzuschreiben. [REDACTED] schlug vor, Gelder von diesen Konten auf eigene Konten umzuleiten, was nicht realisiert werden konnte. Die bedrohten Personen und Gruppen wurden nur durch Informationen der Bank oder durch antifaschistische Recherchen von der Bespitzelung in Kenntnis gesetzt. Eine Information der Betroffenen durch die Polizei gab es nicht.

[REDACTED] und Co. tauchten am 24. Mai 2003 mit schwarz-weiß-roten Fahnen bei der 140-Jahre-Feier der Münchner SPD auf dem Rotkreuzplatz auf, wo [REDACTED] am Cappuccino-Stand mit [REDACTED] in einen heftigen Streit geriet. [REDACTED] spähte daraufhin für die Anti-Antifa-AG den in seiner Nachbarschaft wohnenden [REDACTED] aus. Auf einem Zettel übergab er [REDACTED] Anschrift und PKW-Kennzeichen und notierte, wann [REDACTED] sein Haus verlässt, die Gewohnheiten des Chauffeurs („3x Hupen“) sowie die Aktivitäten eines [REDACTED] Sohns in einem Fußballverein.

Der V-Mann [REDACTED] förderte die Aktivitäten der Anti-Antifa-AG, obwohl er zu diesem Zeitpunkt kein offizielles Mitglied der Schutzgruppe war. Er gab vor, als Detektiv ausgebildet worden zu sein und schulte die Neonazis in Listenführung und gab zahlreiche Anregungen. Unter anderem macht er den Vorschlag, in den linken Infoladen in der Breisacherstrasse einzubrechen und den dortigen Computer zu stehlen. [REDACTED] informierte er über Abhörtechniken und brachte ihm das Ausspionieren anderer Personen bei. Außerdem erwähnte er, er könne möglicherweise an Adressen von Linken herankommen. [REDACTED] soll [REDACTED] die Adresse des bekannten Münchner Linken [REDACTED] und eine Namensliste weiterer linker Aktivist_innen aus München gegeben haben. Mindestens einmal gingen [REDACTED] und [REDACTED] gemeinsam einen Münchner Linken observieren, dessen „Steckbrief“ zuvor in [REDACTED] „München-direkt“-Kolumne im Internet erschienen war. Der Anti-Antifa-AG stellt der VS-ler eine hochauflösende Kamera zur Verfügung. Zahlreiche Dokumente aus der Anti-Antifa-Arbeit liess er sich kopieren (diese wurden bei seiner Hausdurchsuchung später nicht gefunden, es ist nicht bekannt, ob er sie an das LfVS weitergegeben hat). Mit [REDACTED] traf sich [REDACTED] im Augustiner-Biergarten, wo er ihr vorschlug, sie in linke Gruppen einzuschleusen. Sie sollte sich mindestens drei Jahre aus der neonazistischen Szene rausziehen, um dann über Antifagruppen in Augsburg oder Ingolstadt letztlich erst in der Nürnberger Antifa, später in der Münchner Linken zum Zwecke der Ausforschung linker Strukturen und Personen aktiv zu werden.

Im Frühjahr 2003 löste [REDACTED] auf Geheiß [REDACTED] als Stellvertreterin in der Kameradschaft und in der SG ab. Dies traf [REDACTED] schwer. Zweiter Stellvertreter wurde [REDACTED]. In der Schutzgruppe wurden Decknamen eingeführt [REDACTED]
[REDACTED]
[REDACTED]

Treffen wurden nur noch codiert abgesprochen: Auf Uhrzeiten für die Treffen wurde immer 1488 aufaddiert, die Örtlichkeiten wurden mit T1-T3 abgekürzt, T1 stand beispielsweise für [REDACTED]

Wohnung in der Landsberger Str. 106, T2 für eine Kneipe. Wurden SMS mit der Grußzeile „mfG“ (mit freundlichen Grüßen) beendet, handelte es sich um Termine der „Schutzgruppe“ mit Anwesenheitspflicht.

besorgte zum Schutz vor Überwachungsmaßnahmen ein Senderaufspürgerät. Ab Mai/Juni 2003 sprach häufig davon, er wisse über aus sicherer Quelle, dass er mittels Wanzen abgehört werde. Die Quelle nannte er nicht namentlich, bereits mehrfach hatte er versucht, mit angeblich guten Verbindungen in den Polizeiapparat („ein Spezl“, sagte er zu zu imponieren. Nicht uninteressant in diesem Zusammenhang könnte sein, dass Bruder selbst Polizeibeamter war.

Im weiteren Verlauf gehörten der SG und an.

Die „AG Bayern“

gründete die „AG Bayern“ als Dachverband bayerischer neofaschistischer Organisationen. Im ersten Grundsatzpapier hieß es: „Wir wollen bayernweit regional aktive Gruppen und Einzelpersonen vereinen und gemeinsam eine Art Maßnahmenkatalog erarbeiten, der den Umgang mit elementaren Themen, z. B. Gespräche mit Staats- und Verfassungsschutz, Antifa usw. regeln soll (...) damit langfristig, von Aschaffenburg bis Passau und von Ansbach bis Hof ein weitgehend einheitliches Niveau erreicht wird.“ Beteiligt waren neben dem „Aktionsbüro Süddeutschland“ diverse NPD-Ortsverbände, „Demokratie direkt e.V.“ und die Kameradschafts-Dachstruktur „Fränkische Aktionsfront (FAF)“. Bereits zuvor hatte es eine enge Zusammenarbeit zwischen „Aktionsbüro Süddeutschland“ und „Demokratie direkt e. V.“ gegeben.

Das erste Treffen fand in den Gronsdorfer „Sportstuben“ statt. Die „Schutzgruppe“ wurde vor zum Sichern des Lokals eingeteilt. Um „Störungen“, also antifaschistischen Protest, zu vermeiden, fand jedes AG-Bayern-Treffen an einem anderen, neuen Ort statt. Eine erste Aktivität war ein gemeinsames Zeltlager bei Nürnberg, das dem besseren „Kennenlernen“ zwischen Münchner und Nürnberger „Kameraden“ dienen sollte. Es gab zwei große Zelte, am Abend wurde die Aufstellung für eine gemeinsame Demonstration geübt, am zweiten Tag gab es Fußball- und Seilziehturniere.

Am 18. März 2003 veranstaltete das „Aktionsbüros Süddeutschland“ in der Gaststätte „Zum Waldfrieden“ eine sog. „Rechtsschulung“ („Verhalten bei Personenkontrollen und Hausdurchsuchungen“) mit dem Regensburger Szene-Anwalt Die Veranstaltung hatte organisiert, sie besprach zu der Zeit auch das „Nationale Infotelefon Bayern“.

Waffenkauf in Brandenburg

Vom 12.-14. April 2003 fuhren und mit Opel Astra Kombi zum ersten Mal zu nach Menkin (Brandenburg). Der arbeitslose Forstwirt hatte für Kontakt zu dem (mittlerweile verstorbenen) Waffenhändler in Güstrow aufgenommen.

und kennen sich seit 1994, waren lange Zeit fast Nachbarn in Pasewalk und im gleichen Schützenverein. Der Kontakt wurde nach Umzug nach München erst im Jahr 2003 wieder enger, erzählte ihm auch von seinem „Aktionsbüro Süddeutschland“ und dem „Burg-Trausnitz“-Vorfall, schickte politisches Material und Zeitschriften an

An jenem Abend wurde gefeiert, am nächsten Tag zum Waffenhändler gefahren. und blieben im Auto, parkten ums Eck, ging zu ins Haus, um im

Auftrag [REDACTED] für 4.000 Euro in bar Waffen zu kaufen. Er kam mit einem Leinenbeutel zurück. Dessen Inhalt, sechs Pistolen der Firmen Walther PP/PPK und Mauser 1915 (Kal. 7.65 und 9mm kurz) inkl. je 50 Schuss Munition wurde unter der Rückbank verstaut. [REDACTED] kontrollierte den Beutel mit dem Wanzenaufspürgerät. [REDACTED] und [REDACTED] schnitten das Thema einer möglichen Polizeikontrolle an, vor allem, weil [REDACTED] im kontrollintensiven Zollgrenzbezirk wohnte. Der Mitarbeiter des bayerischen Verfassungsschutzes, [REDACTED] empfahl, sich nichts anmerken zu lassen und die Beamten dann „wegzublasen“ und zu fliehen. „Dann haben wir zwei Waffen mehr“, ergänzte [REDACTED]

[REDACTED] hatte ursprünglich die Absicht, über [REDACTED] bei [REDACTED] auch nach vier automatischen Waffen vom Typ G 14 (1100 Euro/Stück) anfragen lassen, [REDACTED] hatte aber die Bestellung offensichtlich nicht weitergeleitet. [REDACTED] forderte [REDACTED] auch auf, ein Scharfschützengewehr anzuschaffen. [REDACTED] begann sogar davon zu reden, er wolle damit Killer werden. Im Auto erzählte [REDACTED] auch von der Möglichkeit, dass [REDACTED] und seine Leute in der Türkei das „Abschießen von Menschen“ trainieren könnten. Und erkundigte sich beiläufig, ob der Waffenhändler [REDACTED] auch „computergestützte Raketen“ auftreiben könne.

Auf der Rückfahrt nach München geriet das Auto an einem Rasthaus tatsächlich in eine Routinekontrolle der Polizei. Die eingesetzten Beamten merkten nichts. [REDACTED] telefonierte an der A9 am Rastplatz Holledau allein in einiger Entfernung vom Fahrzeug. Am Rastplatz Allershausen stieg [REDACTED] schon an der Einfahrt aus, die anderen warteten 20 Minuten an einer Imbissbude, dann holten sie [REDACTED] wieder ab. In der Zwischenzeit hatte dieser vier Waffen aus dem Leinenbeutel an eine bisher unbekannt gebliebene Person übergeben. Zwei Mauser-Pistolen (Kal. 7.65 mm) bewahrte er im Keller seiner Wohnung in der Landsbergerstraße auf, anderen gegenüber erwähnte er noch ein Lager, in dem schon 12 andere Waffen liegen sollen.

Zum 20. April 2003, dem Geburtstag von Adolf Hitler, organisierte die AG Bayern ein Zeltlager auf einem Privatgrundstück an der Loisach bei Garmisch-Partenkirchen, getarnt als Geburtstagsfeier des Neonazis [REDACTED]. Alle 13 Teilnehmer wurden kurzfristig in Gewahrsam genommen, auch [REDACTED]. Anschließend sorgte der Mitarbeiter des bayerischen Verfassungsschutzes dafür, dass Treffen nur noch verschlüsselt ausgemacht werden, um Razzien und ähnliche Maßnahmen der bayerischen Polizei in Zukunft zu verhindern. Bei diesem Treffen empfahl [REDACTED] den versammelten Neonazis auch einen „großen Bumm“, das heißt ein Selbstmordattentat auf dem Münchner Marienplatz „mit 2000 Toten“.

Sprengstoff-Beschaffung

Am 1. Mai 2003 fuhr die „Kameradschaft Süd“ zum Aufmarsch der NPD nach Berlin. Anschließend fuhren [REDACTED] und [REDACTED] von Berlin aus ein weiteres Mal zu [REDACTED]. Sie wollten ihm beim Umzug innerhalb Brüssows helfen.

Diese Fahrt sollte aber auch dazu dienen, sich Fachwissen zum Bombenbau zu besorgen, über das [REDACTED] und die Brandenburger [REDACTED] und [REDACTED] offenbar verfügen sollten. [REDACTED] hatte sich mit seiner Granaten- und Sprengstoffleidenschaft 1998 den linken Arm weggesprengt. Eine Hausdurchsuchung nach seiner Verletzung förderte Unmengen von Sprengstoff und Hunderte Granaten und Minen zu Tage. Am Abend gab es Bockwurst und Bier. Am nächsten Tag wurde der Umzug abgewickelt. Abends kam das Gespräch auf den Münchner Jakobsplatz, den 9. November 2003 und die an diesem Tag dort stattfindende Grundsteinlegung für das neue jüdische Gemeindezentrum. Er werde das zu verhindern wissen, betonte [REDACTED] vor der ganzen Geburtstagsgesellschaft.

Am nächsten Tag (3. Mai 2003), dem Geburtstag von [REDACTED] stand der Ausflug zur Sprengstoffbeschaffung an. Wiese befürchtete für sich Schikanen bei einer eventuellen

Grenzkontrolle und blieb in Brüssow. Aber [REDACTED] und [REDACTED] [REDACTED] führten schließlich mit [REDACTED] und [REDACTED] in dessen Vaters Auto 20 km zum Grenzübergang Linken nach Polen. In einem Waldgebiet etwa einen Kilometer hinter der Grenze, so wussten [REDACTED] und [REDACTED] lagen überall Granaten- und Minenteile. Zwei oder drei Panzerminen wurden freigescharrt, [REDACTED] stellte einen Fuß auf die Gehäuse, damit [REDACTED] sie, unterwies von [REDACTED] und [REDACTED] aufmeißeln konnte. Das entnommene „schwarze Zeug“ – die beiden Menkener waren überzeugt, es handele sich um TNT, tatsächlich war es die gipshaltige Masse von Übungsmunition – füllte zwei halbe 10-Liter-Eimer, [REDACTED] reichte das nicht aus.

In [REDACTED] Wohnung tauchten [REDACTED] und [REDACTED] daher kurze Zeit später noch einmal auf, diesmal mit einem Panzerfaustkopf, den sie in einer Ruine auf einem Truppenübungsplatz bei Ramin (Mecklenburg-Vorpommern) gefunden hatten und mit Zündmaterial (120 Gramm Treibladungspulver in Form von Zündschnüren auf Zellulosebasis). Die Panzerfaust wurde von [REDACTED] in der Garage von [REDACTED] in einen Schraubstock eingespannt und aufgesägt, selbst den Brandenburgern war das zu gefährlich, sie enthielt 1,2 kg TNT. Anschließend konnte die Garage mit Stühlen und Tischen für die Feier hergerichtet werden.

Es waren in Mengen Patronenhülsen in [REDACTED] Wohnung, [REDACTED] und [REDACTED] [REDACTED] öffneten 50-60 Patronen mit einer Zange und füllten ca. 180g Zündpulver in eine Glasflasche. Später sahen sie sich den Film „Soweit die Füße tragen“ an. Auf Bitten [REDACTED] überließ [REDACTED] ihm am Abend auch eine zerlegte Mauser-Pistole 08 aus dem Zweiten Weltkrieg für 350 Euro. Die Waffe wurde von [REDACTED] in der Garage zusammengebaut, er musste daheim noch ein Teil schweißen.

Nach dem Zusammenbau musste die Waffe getestet werden. Insgesamt dreimal fuhren [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] und einer der beiden Menkener in einen nahegelegenen Wald. Die Waffe erwies sich als schussfähig, allerdings war der Patronenauswurf defekt. Zwischendrin, eigentlich war ja eine Geburtstagsfeier im Gang, wurde auch politisiert und aus München erzählt, z. B. von den Demos gegen die „Wehrmachtsausstellung“. Offenbar ohne dazu aufgefordert worden zu sein, holte [REDACTED] noch ein für den Bau einer Bombe vorbereitetes Rohr (25x8cm, an einem Ende war es mit einem aufgeschraubten Schlagzünder aus einer Übungshandgranate und einem Loch für eine 9mm-Schreckschuss-Patrone vorbereitet) und gab es [REDACTED] „Hier hast Du was für deine Zwecke“.

Über diese „Zwecke“, für die der Sprengstoff Verwendung finden soll, wurde nicht direkt geredet. [REDACTED] sprach allerdings davon, dass er an den St. Jakobsplatz über die Kanalisation rankomme und dass man das dann „in der Zeitung lesen könne“. Dem Berliner Militaria-Händler [REDACTED] (der mit [REDACTED] seit 1998 befreundet war) gegenüber wurde [REDACTED] an diesem Wochenende deutlicher: Er wolle „vom Parkhaus aus die Sache mit einem Granatwerfer beschießen“. Obwohl [REDACTED] für sein Maulheldentum bekannt war, glaubten ihm die Anwesenden an diesem Abend, [REDACTED] hatte sich seit den Demos gegen die „Wehrmachtsausstellung“ im Herbst 2002 und im Frühjahr 2003 für alle Beteiligten ersichtlich noch weiter radikalisiert. Bis zur „blutigen Revolution“ dauere es „noch drei Jahre“, es fehlten noch weitere „Spezialisten“ und „Führer“. Die militante Aktion am Jakobsplatz wollte [REDACTED] eventuell allein durchführen, die Gruppe sollte dann als „Aktionsbüro Süddeutschland“ weiter politisch arbeiten.

Für den Sprengstoff benötigte [REDACTED] einen Zünder. Deswegen wurde [REDACTED] und einige Zeit später [REDACTED] (Löcknitz) angefragt. [REDACTED] so hieß es in der Szene, habe einen Bekannten mit Kontakt zu südafrikanischen Diamantminen, wo viel gesprengt wird, [REDACTED] erkundigte sich bei [REDACTED] auch nach einer Handgranate. Pistole, Sprengstoff, Schwarzpulver und Rohrbombenhülle wurden in einer Sporttasche verstaut.

Die Münchner ließen sich am 4. Mai 2003 zum Bahnhof bringen und fuhren gemeinsam mit dem Wochenendticket zurück, die Sporttasche war die ganze Zeit im Abteil. Jetzt stellte sich die Frage

nach einem geeigneten Lagerort. [REDACTED] sah bei sich offensichtlich eine zu hohe Gefahr durch Hausdurchsuchungen. [REDACTED] und [REDACTED] die zu diesem Zeitpunkt noch in Unterschleissheim wohnten, stiegen in Freising aus dem Zug und nahmen die Sporttasche mit der S-Bahn mit, daheim wurde die Tasche samt Inhalt im Keller gelagert, wo sie auch bis zum Umzug von [REDACTED] zu [REDACTED] in die Landsberger Str. 106 im Juni 2003 blieb.

Nachdem die Tasche mit Waffe, Rohrbombenhülle und Sprengstoff drei Tage in der neuen WG aufbewahrt wurde, versteckte sie [REDACTED] auf dem Dachboden seiner Arbeitsstätte, dem Zimmereibetrieb Diehl in Oberhaching-Deisenhofen. Am Vortag händigte [REDACTED] noch eine funktionstüchtige grüne Handgranate bisher unbekannter Herkunft aus, welche dieser ebenfalls in die Sporttasche legte.

In der Wohnung von [REDACTED] kam es im Mai zu dilettantischen Zündversuchen. Kleinere Brocken des aus den Minen gelösten Materials wurden von [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] und [REDACTED] [REDACTED] in einem Glasaschenbecher angezündet. Außerdem versuchten sie, Schwarzpulver mit Hilfe eines Glühbirnendrahts und einer 9-Volt- Batterie zu zünden.

Auch [REDACTED] erfuhr von den Vorbereitungen: [REDACTED] sprach ihm gegenüber noch im Sommer 2003 davon, dass er Schusswaffen und 10kg Sprengstoff besitze.

Ende Mai/Anfang Juni 2003 zog [REDACTED] aus der [REDACTED] WG aus und [REDACTED] in ihr Zimmer ein. Bei [REDACTED] sah es 2003 finanziell sehr mager aus. Die Firma, mit der [REDACTED] Personal für Baustellen zur Verfügung stellen wollte, lief nicht. Weil er vom deutschen Staat keine Leistungen annehmen wollte, beantragte er auch keine Unterstützung. Bei der Spedition ABX-Logistik konnte er 2003 einige Stunden als Aushilfe arbeiten. [REDACTED] und [REDACTED] zogen nicht zuletzt deswegen in [REDACTED] Wohnung, um ihm die Mietzahlung zu sichern. In Brandenburg sprachen [REDACTED] und [REDACTED] von der Möglichkeit, eine „Krummnase“ (gemeint war ein jüdischer Geschäftsmann aus München) zu überfallen.

Der Erdinger [REDACTED] (damals bekannt durch sein Hals-Tattoo „Befürworter der Rassentrennung“), der für [REDACTED] Firma „Holz- und Bautenschutz“ gearbeitet hatte, machte im Februar 2003 gegen [REDACTED] noch Lohnforderungen in Höhe von 1500 Euro geltend. 2002 hatte er für die Firma von [REDACTED] und [REDACTED] auf der Baustelle des Schuhhauses Tretter am Karlsplatz gearbeitet. Vor der „Bierbatterie“ in der Leopoldstraße kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen [REDACTED] und [REDACTED] kündigte an, er komme nach München in die [REDACTED] WG in der Landsbergerstraße. [REDACTED] schien Panik zu bekommen, ging er doch davon aus, dass [REDACTED] eventuell auch über Schusswaffen verfügen könnte. [REDACTED] ließ sich von [REDACTED] (München) ein Kalaschnikow-Sturmgewehr AK 47 samt Munition aus dessen Waffensammlung geben. [REDACTED] und [REDACTED] kamen auf Seiten [REDACTED] dazu, [REDACTED] erschien mit [REDACTED] und [REDACTED] (Manching). [REDACTED] verummte sich mit einer Skimaske und hielt die Kalaschnikow, [REDACTED] eine Gaspistole. Hinter [REDACTED] und seiner Begleitung wurde die Tür geschlossen, sie mussten ihre Taschen ausleeren, hatten „lediglich“ Springmesser dabei. [REDACTED] und [REDACTED] verzogen sich dann vor den Fernseher. Anschließend „einigten“ sich [REDACTED] und [REDACTED] der die Schuld auf seinen Geschäftspartner [REDACTED] schob, auf eine Rückzahlung. Dann tranken [REDACTED] und [REDACTED] gemeinsam Bier. Auch gegenüber [REDACTED] der sich als „strenggläubiger Heide“ bezeichnete, hatte [REDACTED] davon gesprochen, dass er etwas „Großes“ vorhabe. [REDACTED] konterte mit Anspielungen auf einen kommenden Führungsstreit nach der Haftentlassung von [REDACTED]

Der 9. November 2003

Der 9. November 2003, das Reizthema in der Kameradschaft, rückte näher. Die Neonazis empfanden die Wahl dieses Datums als „unverschämt“, war dieser Tag für sie offensichtlich ein „Heldengedenktag“ zur Erinnerung an die beim Hitler- Putsch am 9. November 1923 in München getöteten Faschisten. Seitdem der Termin der Grundsteinlegung am St.-Jakobsplatz veröffentlicht worden war, sprachen sie davon, unbedingt etwas gegen das neue jüdische Gemeindezentrum zu unternehmen. Gemeinsam wurde zuerst über eine Demonstration, dann über das Verspritzen von Schweineblut geredet. [REDACTED] sprach mehrfach von „massiver Störung“ und auch davon, vor dem oder am 9. November einen Bombenanschlag verüben oder eine Handgranate werfen zu können: „So ein Zeichen am Jakobsplatz wäre schon ein Ding“. [REDACTED] fragte er nach einer Möglichkeit, eine Bombe durch die Sicherheitskontrollen zu bringen, nach einer potentiellen Zündmöglichkeit durch Stolperdraht und bat ihn, die Rohrbombe fertig zu bauen. Er überlegte auch, die Bombe in einem angrenzenden Gebäude zu deponieren oder im Vorbeifahren von einem Motorrad aus zu werfen. Zu Zeiten der sogenannten „Wehrmachtsausstellung“ Ende 2002 hatten die Nazis um Wiese sich anlässlich einer Podiumsdiskussion und bei einem Besuch der Ausstellung „München im NS“ im Stadtmuseum bereits den Jakobsplatz näher angesehen.

Nach Aussage von [REDACTED] im [REDACTED] Prozess trafen sich Personen aus den neonazistischen Organisationen „Demokratie direkt“ und „Deutsche Partei“ mit Aktivist_innen der Schutzgruppe in einem Nebenraum der Kneipe „Schampus“ in Neufahrn, um das Vorgehen gegen die Grundsteinlegung zu besprechen.

[REDACTED] und [REDACTED] besuchten zusammen mit [REDACTED] und [REDACTED] am 19. Juli 2003 das „Sommerfest“ im „Hopfenlandstüberl“ in Unterschleißheim, einer damals häufig von Neonazis frequentierten Pilsbar. Anschließend trafen sie an einer Bushaltestelle auf den „Aussteiger“ [REDACTED]. Dieser wurde von ihnen zusammengeschlagen und mit Stahlkappenstiefeln zusammengetreten, das Opfer erlitt eine doppelte Kieferfraktur und zahlreiche Prellungen. [REDACTED] und [REDACTED] wurden festgenommen.

Die Vertretung [REDACTED] nahmen nun neben [REDACTED] auch andere Mitglieder des inneren Führungszirkels wahr [REDACTED] und [REDACTED] waren durch die Verhaftungen von [REDACTED] und [REDACTED] ziemlich mitgenommen.

[REDACTED] regte sich dazu darüber auf, dass das „gewaltfreie“ Image dahin sei. Am Telefon sprach er gegenüber [REDACTED] davon, dass [REDACTED] „Scheiße gebaut“ habe und er jetzt „das Ding“ (am 9.11.) nicht mehr machen würde. [REDACTED] beauftragte [REDACTED] auf Arabisch einen Drohbrief mit Koranversen zu schreiben und an die Israelitische Kultusgemeinde zu schicken.

Am 18. August 2003 kam es zu Hausdurchsuchungen bei [REDACTED] und [REDACTED]. Am Abend versammelten sich sechs oder sieben SG- Mitglieder zu einem Krisentreffen in [REDACTED] Wohnung. [REDACTED] machte sich zwar drüber lustig, dass die scharfen Waffen im WG-Keller nicht gefunden worden waren, da jedoch bei [REDACTED] Kontoauszüge von Linken beschlagnahmt worden waren, wurde ihm klar, dass auch die Sporttasche hätte gefunden werden können.

Der Choleriker [REDACTED] regte sich ziemlich auf: Bevor er wegen so einer Lappalie in den Knast gehe – gemeint ist die Schlägerei – solle es lieber „einen großen Knall“ geben, bzw. solle man das „ganze Zeug in die Luft sprengen“.

Immer wieder erwähnte er den sog. „Plan C“, in dem es um das Töten von Menschen gehen sollte, als „letztes Mittel“. [REDACTED] diskutierte auch ein eventuelles Attentat auf das Münchner Rathaus. Ende August/Anfang September fährt [REDACTED] nach Brandenburg zu [REDACTED] der Schwägerin von [REDACTED]. Am Computer von [REDACTED] arbeitete [REDACTED] dabei ein Papier zum Thema „Wohnungsnot“ aus. Dies sollte Grundlage eines bayernweiten Aktionstags der AG Bayern am

18. Oktober 2003 werden, der von zahlreichen Gliederungen und Personen der NPD und der Deutschen Partei (DP), sowie der FAF und zahlreicher Kameradschaften unterstützt wurde.

Am 6. September 2003 traf sich [REDACTED] mit [REDACTED] und [REDACTED] in [REDACTED] Wohnung. In der Nacht, [REDACTED] [REDACTED] schlief schon, fing [REDACTED] an, ein Selbstmordattentat auf dem Marienplatz, wie einst von [REDACTED] empfohlen, ins Gespräch zu bringen: Auf [REDACTED] Vorschlag „wenn [REDACTED] nichts macht, dann müssen wir etwas tun“ antwortete [REDACTED] „Wenn's ist, Sprengstoffgürtel um den Bauch und da spreng ich mich in die Luft.“ Alle schienen also genau von den Attentatsplänen [REDACTED] gewusst zu haben.

Festnahmen und Razzien

Am 9. September 2003 wurden [REDACTED] und [REDACTED] verhaftet. Bei [REDACTED] wurden Pistolen, Aufkleber des „Aktionsbüros Süddeutschland“, Spuckis sowie Unterlagen zur Anti-Antifa-Arbeit (Disketten, Auflistungen von Adress- und Kontodaten) beschlagnahmt. [REDACTED] besaß eine Sammlung neonazistischer CDs: „Kanakenkiller, das sind wir. Neger, Türken, Asylanten, Juden, schickt sie endlich ins KZ“ („Zyklon B – Kanakenkiller“); „Heute ist mein freier Tag, an dem ich tote Nigger mag“ („Zyklon B – Heute ist mein Tag“); „Türkenvotze, ich töte dich, ich schlitze dich auf“ („Zyklon B – Türkenvotze“); „Tod dem Juden, der tut nichts gut, du bist der letzte Abschaum, wir hängen dich an den nächsten Baum“ („Macht und Ehre“ – „Hast Du Hunger“); „Ein Asylantenheim ist abgebrannt, nach außen tu ich empört, daheim kichere ich still in mich hinein“ („Landser – In den Bergen von Ruanda“). Nach dem Prozess 2005 bestand [REDACTED] auf der Rückgabe dieser beschlagnahmten CDs und auf der Wiederaushändigung von Adolf Hitlers „Mein Kampf“.

Auch [REDACTED] (Wollschow), [REDACTED] (Brüssow) und [REDACTED] in Menkin wurden verhaftet und zur Polizei in die Münchner Ettstraße überführt. Bei [REDACTED] in Berlin und bei seinen Eltern wurden zahlreiche Pistolen gefunden. Das eingesetzte SEK erschoss den Kampfhund von [REDACTED]

Nach der Festnahme [REDACTED] übernahmen [REDACTED] und [REDACTED] die verbliebenen Aktivitäten des „Aktionsbüros Süddeutschland“ bis zu ihrer eigenen Verhaftung. Am 21. September 2003 wurde [REDACTED] verhaftet, bei ihm wurde auch eine handschriftliche Liste „Aida-Archiv“ beschlagnahmt. Verhaftet wurden auch [REDACTED] [REDACTED] Domain-Inhaber des Aktionsbüros (nwbayern2.de), [REDACTED] und [REDACTED]

Am 6. August 2004 versandte der Amberger Nazi-Liedermacher [REDACTED] der das „Aktionsbüro Süddeutschland“ mit aufgebaut hatte, die erste Erklärung [REDACTED] (damals in der JVA Augsburg) zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen. Die Darstellungen der Presse nannte [REDACTED] darin „Denunziationen und Lügen“ und versicherte, „es gab und gibt keine Terroristen in München“. Hauptsächlich setzte er sich jedoch gegen die „vulgären Beleidigungen“ seiner „Kameraden“ [REDACTED] (KDS, Langen) und [REDACTED] („Aktionsbüro Süddeutschland“, Ottobrunn) zur Wehr, die sich in offenen Briefen an das nationale Lager von [REDACTED] abgesetzt hatten. [REDACTED] Appell: „Es ist die Aufgabe eines jeden Kameraden trotz ‚Niederlagen‘ in Teilen der Bewegung ihren Kampf um die Freiheit unseres Volkes und Vaterlandes fortzusetzen und sich nicht der Presseinszenierung im staatlichen Auftrag zu ergeben.“

Die Prozesse

Ende Juni/Anfang Juli 2003 wurde eine Wanze in die Küche von [REDACTED] Wohnung eingebaut. Wegen der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das den großen Lauschangriff in der beschlossenen Fassung für verfassungswidrig erklärt hatte, konnten Erkenntnisse aus der Raumüberwachung in den Prozessen nicht verwandt werden. Nach Aussage der Rechtsanwältin

war die Wohnung an auch durch eine später nicht mehr identifizierbare Polizistin vermietet worden. Am 9. und 18./19. September 2003 wurden und das Münchner Polizeipräsidium „Opfer“ der selbst veranlassten Telefonüberwachung. Es kam zu einer Aufzeichnung telefonischer Absprachen des betreuenden Beamten über das Verhalten im Prozess. Diese Passagen waren später in den TKÜ-Protokollen nicht verschriftlicht.

der bei der Münchner Polizei nach seiner Verhaftung umfangreiche Geständnisse und Aussagen machte, schrieb am 27. September 2003 in einem Brief an „Als mir bekannt wurde, dass dieses Vorhaben aufflog, hatte ich noch eine Nacht Zeit vor der Aussage. Wollte Dich entlasten, indem ich die Haupttäter, mich und belaste. Ich rechne mit 20 Jahren Haft.“ Und „Ich begehe Verrat, um Unbeteiligte und Minderbeteiligte zu schützen.“

Am 3. März 2004 begann der erste Prozess in Sachen „Kameradschaft Süd“: Vor dem Landgericht in Neuruppin waren und wegen der Sprengstoff- und Waffenbeschaffung angeklagt. Im November 2003 war ihr Verfahren, das ursprünglich auch auf „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung“ (§129a StGB) lautete, von der Bundesanwaltschaft abgetrennt und an die Staatsanwaltschaft Neuruppin abgegeben worden. wurde wegen illegalen Sprengstoff- und Waffenbesitz zu einer Haftstrafe von einem Jahr und neun Monaten, zu einem Jahr verurteilt. Beide Strafen wurden zur Bewährung ausgesetzt.

stand nicht mit den beiden anderen vor Gericht, weil er offenbar zu diesem Zeitpunkt schon weitreichende Aussagen gemacht hatte, und in den Münchner Prozessen eventuell als eine Art Kronzeuge fungieren sollte.

Am 6. Oktober 2004 begann vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht der zweite Prozess: gegen und. Da einige der Angeklagten zur Tatzeit Jugendliche waren, fand der Prozess nach dem ersten Tag unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. ließ im Protokoll schriftlich festhalten, dass sie bei Aussage im Prozess nur mit einer Strafe von max. zwei Jahren zu rechnen habe. Eine Zeitlang widmete sich das Gericht angesichts verschiedener Veröffentlichungen auf seiner „widerstandsued.de“-Homepage der Frage, wer hier Informationen aus dem nichtöffentlichen Prozess in die neonazistische Öffentlichkeit lanciert.

Am 5. April 2005 wurden die Urteile verkündet: wurde wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer Jugendstrafe von einem Jahr und sechs Monaten auf Bewährung verurteilt. wurde wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Gruppierung und unerlaubtem Umgang mit explosiven Stoffen zu einer Jugendstrafe von einem Jahr und 10 Monaten, ausgesetzt zur Bewährung, verurteilt. erhielt für die gleichen Vorwürfe eine Strafe von einem Jahr und 6 Monaten auf Bewährung, ein Jahr und 4 Monate auf Bewährung. wurde wegen Beihilfe zum Erwerb von Schusswaffen, Beihilfe zum Umgang mit explosiven Stoffen und Überlassung einer Schusswaffe zu einer Strafe von einem Jahr und 6 Monaten auf Bewährung verurteilt.

Am 24. November 2004 begann vor dem Bayerischen Obersten Landesgericht in München der dritte Prozess in Sachen „Schutzgruppe“. Angeklagt: (München), (München), (Unterschleißheim) und (München). Der Prozess wurde regelmäßig von Neonazis, Ex-Neonazis und rechten Aktivisten und Aktivistinnen besucht, u.a. von:

(beide „Aktionsbüro Süddeutschland“, Ottobrunn), (damals NPD und Kameradschaft München, dann „Autonome Nationalisten München“), (damals „AN München“), (NPD-Bundestagskandidatin), Burschenschaftlern der Danubia, (beide Kameradschaft Süd),

██████████ (damals NPD Oberbayern, früher Demokratie direkt e.V., Mering), ██████████ (NPD-Sympathisantin, München), ██████████ (Deutsches Kolleg Würzburg, NPD Unterfranken), ██████████ (früher Herausgeber der Anti-Antifa-Broschüre „Der Einblick“, Nürnberg), ██████████ (Ex-FAP, ehemals „Nationale Offensive“-Bundesschatzmeister).

██████████ und die Skinheads der Kameradschaft „Weisse Wölfe“ (Cham/Roding) traten frech mit Sweatshirt-Aufschriften wie „Im Krieg gegen ein Scheiß-System“ oder „Kommando Großdeutschland“ im Publikum auf.

Die Anwältin ██████████ sprach vor Prozessbeginn von einem „Verfahren, um politische Interessen durchzudrücken“. Und mit dem TNT könne ja auch „vieles andere angestellt werden als ein Sprengstoffanschlag“ Der V-Mann ██████████ sei ihrem Mandanten „Inspiration und 2. Gehirn“ gewesen. ██████████ Anwalt ██████████ begründete den Sprengstoffbesitz mit einer „Faszination für Waffen und verbotenes Material“. ██████████ nannte es „spannendes Zeug“, er habe auch einen Karabiner an der Wand hängen.

Der Prozess begann mit Zurücknahmen und Zurückrudern. ██████████ relativierte seine umfangreichen Aussagen bei der Polizei und stellte sich allgemein als naiv und unwissend dar. Nur widerwillig gab er Auskunft über seine politische Einstellung: Im Falle des Irak-Kriegs sei er „gegen die amerikanische Kriegstreiberei“ gewesen, und auch gegen den Bau des neuen jüdischen Gemeindezentrums. Er habe nie Probleme mit Ausländern gehabt, „die immer nur mit mir“. Als politisches Ziel wollte ihm nur „irgendwas mit Volksdemokratie“ einfallen und bei der politischen Schulung seien bei ihm nur „Wohnungsnot“ und „Ausländer, die auf unsere Kosten leben“ hängen geblieben.

██████████ wollte zwar nicht aussagen, verlas zu Prozessbeginn aber eine kurze verharmlosende Erklärung: Es habe nie Anschlagplanungen gegeben, sie seien „keine terroristische Vereinigung“ gewesen, „ganz im Gegenteil“ (?). Die Beschaffung von Sprengstoff habe er nur wegen des „Adrenalinstitoses“, dem „Kick durch das Material“ unterstützt, „andere machen bungeejumping, wir so einen Schmarren“. Fragen zu seiner Erklärung beantwortete ██████████ nicht. ██████████ politische Einstellung und Kontakte belegten zahlreiche beschlagnahmte Briefe aus der Haft, z. B.:

██████████ an ██████████ „Servus ██████████ Die FAF (=„Fränkische Aktionsfront“, Anm. d. Autors) hat mir auch eine Julfestkarte geschickt ...“

██████████ an ██████████ „4x22“ (=Zahlencode „88“ für „Heil Hitler“, Anm. d. Autors)

██████████ an ██████████ (= ehemalige HNG-Vorsitzende, Mainz-Gonsenheim, Anm. d. Autors.): „Mit dem besten Gruß (120 Grad)“.

██████████ schwieg zu Beginn des Prozesses eisern. ██████████ der sich später immer mehr von den anderen Angeklagten distanzierte, sagte zwar umfänglich aus, betonte aber, dass er „politisch“ kein „komplett anderer Mensch“ sei als zum Zeitpunkt der Verhaftung.

Eine der ersten Ungereimtheiten: Am 25. November 2004, also während der laufenden Prozesse, fuhr ██████████ erneut zu einer Beschuldigtenvernehmung zur BAW nach Karlsruhe. In dieser Vernehmung gab sie an, dass aus der SG sowas wie die „Wehrsportgruppe ██████████ hätte werden sollen.

██████████ und ihr Verlobter ██████████ (beide München) machten keine Aussage, da gegen sie selbst Prozesse bzw. Ermittlungsverfahren anhängig waren.

Das Bayerische Innenministerium verhinderte mittels einer Sperrerklärung eine Vorladung des V-Mann-Führers, der beim bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz den Mitarbeiter [REDACTED] betreute.

[REDACTED] selbst sagte aus und wurde eher ein Zeuge der Verteidigung als der Anklage. Dem Antrag auf Ausschluss der Öffentlichkeit wurde vom Gericht nicht stattgegeben. [REDACTED] wollte von den Attentatsplänen nichts mitbekommen haben. Wann immer es für ihn oder seinen Arbeitgeber hätte kritisch werden können, z. B. wenn die Rede auf das von ihm vorgeschlagene Selbstmordattentat kommt, auf die Aktivitäten anderer bayerischer Neonazigruppen oder auf die Untätigkeit angesichts des Wissens um die Bewaffnung der Münchner Neonazis, waren die Fragen aber plötzlich „nicht von der Aussagegenehmigung gedeckt“.

Die „Kameraden und Kameradinnen“ aus der „Kameradschaft Süd/Kameradschaft München“ versuchten alles zu verharmlosen bzw. [REDACTED] zu entlasten. [REDACTED] redete davon, dass das Land „positiv mit gewaltfreien Mitteln verändert werden“ sollte. [REDACTED] wollte am Stammtisch nie was über den Nationalsozialismus, und schon gar nie etwas Antisemitisches gehört haben, [REDACTED] (München) und [REDACTED] (Erding) nie was in Sachen Gewalt. [REDACTED] (Fürstenfeldbruck), die die Frage nach ihrer politischen Einstellung kurz mit „wie [REDACTED] beantwortete, verteidigte die Ablehnung des jüdischen Gemeindezentrumsneubaus noch im Gericht: „Ich hab’s nicht eingesehen, warum da was gebaut werden sollte. Weil es Geld kostet, was anderweitig besser verwendet werden könnte.“ [REDACTED] (Gauting) war sich sicher: wenn das Gespräch auf das jüdische Gemeindezentrum kam, „dann wurde nicht geschimpft“. [REDACTED] („Ich bin nationaler Sozialist“) dagegen wollte weder etwas von einem engeren Zirkel noch von Gesprächen über Juden mitbekommen haben: „Es gibt hier so viele Gesetze, die die Meinungsfreiheit einschränken“ [REDACTED] (München) verteidigte wiederum die Gründung der Schutzgruppe mit dem sinnfreien Argument, dass „Antifas auf Demos mit der Polizei sprechen“ würden. Und [REDACTED] konnte sich einfach an gar nichts mehr erinnern.

Der Berliner Militariahändler [REDACTED] versuchte, [REDACTED] zu entlasten, in dem er den aussagenden [REDACTED] zu demontieren versuchte, und berichtete über [REDACTED] regen Waffenhandel und dessen Umbauten von Deko-Waffen zu scharfen Waffen.

Nachdem [REDACTED] Verteidigerin von [REDACTED] dramatisch erkrankte, übernahm der bekannte Regensburger Szene-Anwalt [REDACTED] die Verteidigung [REDACTED] zusammen mit RA [REDACTED] der bis dahin den Angeklagten [REDACTED] vertreten hatte.

Die Gutachten des Sachverständigen identifizierten den Sprengstoff aus der Panzerfaust als 1076 Gramm hochbrisantes TNT-Hexogen-Gemisch. Die SG gelangte zusätzlich in den bisher ungeklärten Besitz von 166 Gramm TNT, welches nicht aus dem Panzerfaustkopf stammen kann. Die Handgranate in der Sporttasche hätte bei Detonation in einem weiten Umkreis tödliche Wirkung gehabt.

Für den 8. März 2005 hatte [REDACTED] seit längerer Zeit die ersten Aussagen angekündigt. [REDACTED] und [REDACTED] verpatzen ihm aber die ganz große Inszenierung: Beide legten, für die meisten Beteiligten völlig überraschend, am Vormittag des 8. März 2005, noch bevor [REDACTED] an die Reihe kam, ihrerseits Geständnisse ab. Es habe zwar keine konkreten Anschlagpläne gegeben, ansonsten träfen aber alle Punkte der Anklage vollständig zu. [REDACTED] tobte ob des „Verrats“.

Am 9. März 2005, dem Tag nach den Erklärungen/Geständnissen von [REDACTED] und [REDACTED] kam es zu einer anonymen Bombendrohung gegen die laufende Verhandlung.

Ab dem 9. März 2005 machte [REDACTED] im Prozess nun seine Aussagen: In einer 18-seitigen Erklärung und in anschließender Befragung stellte [REDACTED] unverblümt seine neonazistische Einstellung zur Schau: „Ich bin nationaler Sozialist. Ich bin kein Antisemit, ich bin Antizionist“. Und ergänzte mit einer kaum verhohlenen Leugnung der Shoa: „Der Holocaust, wie es genau gewesen ist, ich weiß es nicht,

ich war nicht dabei.“ Die Hetze Münchner Gruppen wie des „Witikobundes“, von „Demokratie direkt“ oder des [REDACTED] gegen das jüdische Gemeindezentrum gab auch [REDACTED] wieder: „Für eine Minderheit in der Stadt wird ein Prunkpalast gebaut. Auch fällt ein Parkplatz weg und ein Luftschutzbunker muss verlegt werden und es besteht die Gefahr moslemischer Anschläge“. Als politische und ideologische Ziele des „Aktionsbüros Süddeutschlands“ führte [REDACTED] u. a. an: „Schluss mit amerikanischer Besatzung, entschiedenes Entgegenreten der weltweiten Globalisierung, sofortiger Stopp der Aufnahme von Ausländern.“ Auch [REDACTED] Briefe aus der Haft waren aufschlussreich bezüglich seiner politischen „Einstellung“: Seiner Mutter schrieb [REDACTED] „(Paul) Spiegel ist nicht Deutscher, sondern mit Leib und Seele Jude“. Inhaftierte Neonazis in Kaisheim liess [REDACTED] wissen: „Der Zentralrat der Juden hat die Pressegewalt übernommen, wie 1937, als die Juden Deutschland den wirtschaftlichen Krieg erklärten.“ Dem Neonaz [REDACTED] versuchte er in der JVA Augsburg einen Kassiber zukommen zu lassen: „Heil Dir! Natürlich hat sich nichts an meiner Einstellung zu Führer, Volk und Vaterland geändert. Ich werde erst ruhen, wenn der Endsieg gefeiert wird. Heil Hitler.“ Diesen Brief kommentierte [REDACTED] im Prozess: „selbstverständlich ist Heil Hitler kein Wort, für das ich mich schämen muss.“ Einmal schrieb er auch an [REDACTED] „Habe aber noch genug Zeit, diese Judenrepublik platt zu machen. Heil Hitler“.

Waffen und Sprengstoffe habe er nur für einen „Boten“ bzw. einen dahinter stehenden „Sammler“ besorgt, der dafür 25.000 Flugblätter des „Aktionsbüros Süddeutschland“ gegen den Neubau des jüdischen Gemeindezentrums, das [REDACTED] konsequent „JKZ“ nennt, finanzieren wollte. Die Namen des „Botens“ und „Sammlers“ könne er nicht nennen, sagte [REDACTED] „weil sie eine Aktion gegen einen jüdischen Bau mitgetragen hätten. Man erinnere sich an einen [REDACTED] der nach einer solchen judenkritischen Aktion plötzlich tot vom Himmel fiel“. Eine Anschlagplanung habe es nie gegeben. Die Erklärung schließt mit der Feststellung „ich distanziere mich keineswegs von der nationalen Bewegung, weil ich der festen Überzeugung bin, dass nur sie die Erhaltung unseres deutschen Vaterlandes und Volkes sichern kann.“

Am 4. Mai 2005 wurden die Urteile verkündet: [REDACTED] musste wegen Rädelsführerschaft in einer terroristischen Vereinigung und zahlreicher Verstöße gegen Kriegswaffenkontroll- und Waffengesetze für sieben Jahre in Haft. [REDACTED] wurde wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und mehrerer Verstöße gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz zu fünf Jahren und neun Monaten Haft verurteilt, wobei das alte Urteil wegen der „Hopfenlandstüberl-Schlägerei“ mit einbezogen wurde. [REDACTED] musste für vier Jahre und drei Monate in Haft wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und zwei Sprengstoffdelikten, in der Gesamtstrafe wurde ein Urteil vom LG München vom 1. April 2004 miteinbezogen. [REDACTED] wurde wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Der vorher schon außer Kraft gesetzte Haftbefehl gegen [REDACTED] wurde aufgehoben. Der Senat kritisierte im mündlichen Urteil ausdrücklich die bayerische Politik, ohne ihn beim Namen zu nennen, war wohl Innenminister Günther Beckstein gemeint: „Vorgaben zum Ergebnis, wie sie aus der Politik schon vor der Verhandlung zu hören waren, haben das Verfahren nicht befördert und beim Senat Befremden ausgelöst“.

Zum Schluß rief [REDACTED] (NPD München) [REDACTED] und [REDACTED] zu: „Haltet die Ohren steif!“ Und [REDACTED] wandte sich an das erschienene neonazistische Publikum: „Wo ein Ende ist, ist auch ein Anfang!“.

Alle Angeklagten schienen mit den milden Strafen nicht unzufrieden zu sein. Am 11. Mai 2005 wurden die Urteile rechtskräftig.

[REDACTED] (München) wurde am 3. August 2005 wegen des Besitzes von zwei Maschinengewehren (1x Czeska Scorpion inkl. 1110 Schuss Munition, 1x Kalaschnikow AK 47 mit 2 Magazinen/38 Patronen) und eines Revolvers (Astra 357 Magnum inkl. 22 Patronen) wegen

Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und das Waffengesetz zu 2 Jahren Jugendstrafe verurteilt. Die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt.

Das Verfahren gegen [REDACTED] wurde eingestellt.

Demokratie Direkt e.V./Freundeskreis Demokratie Direkt (2002-2005)

Im August 2002 gründet [REDACTED] gemeinsam mit dem damaligen, mittlerweile verstorbenen, REP-Stadtrat [REDACTED] vom Münchner CSU-Kreisverband und [REDACTED] die „Bürgerinitiative Demokratie direkt e.V.“. Dieser Verein war auch in das neonazistische Netzwerk „AG Bayern“ mit [REDACTED] „Kameradschaft Süd“, der „Deutschen Partei“ und der im Januar 2004 verbotenen „Fränkischen Aktionsfront (FAF)“ eingebunden. Die Mitglieder von „Demokratie Direkt“ stammten aus extrem rechten Parteien wie „Die Republikaner“, aus nationalkonservativen Kreisen und vom rechten Rand der CSU, aber auch aus dem Neonazi-Kameradschaftsumfeld. Der unauffällige Name wurde bewusst gewählt, um auch Bürger, die mit rechter Ideologie wenig anfangen können, anzusprechen.

Nicht zum ersten Mal starteten Rechte aus dem Umfeld der Deutschlandbewegung den Versuch, mit einer neuen Initiative der Zersplitterung im rechten Lager entgegenzuwirken. Der Verein „Demokratie Direkt“, hatte sich zum Ziel gesetzt hat, rechte Gruppierungen in „regionaler Selbstorganisation“ über Parteigrenzen hinweg zusammen zu bringen. Das Konzept geht zurück auf den Beitrag „Bewegung statt Partei“ des Augsburgers [REDACTED] der im Frühjahr 2002 in der Ausgabe 4/2002 im Strategieblatt Nation & Europa (Coburg) erschienen ist.

[REDACTED] war Inhaber der Domain „d-direkt-deutschland.de“ und auch presserechtlich Verantwortlicher für mehrere Ausgaben der Zeitschrift „München Direkt“ von „Demokratie Direkt“ e.V.. In der Ausgabe vom Januar 2003 dieser Zeitschrift wurde vehement gegen die Errichtung des jüdischen Kulturzentrums am St.-Jakobs-Platz gehetzt. Andere Ausgaben enthielten die Rubrik „links enttarnt“ in der in Anti-Antifa-Manier politische Gegner „geoutet“ wurden.

Die Texte, die „Demokratie Direkt“ auf ihrer von [REDACTED] gepflegten Website veröffentlicht, erwecken auf den ersten Blick den Anschein einer friedlichen Antikriegsgruppe („Aktion gegen Gewalt“, „Anti-Kriegs Aufruf“). In Wirklichkeit handelt es sich bei „Demokratie Direkt“ jedoch um eine rechtsradikale, geschichtsrevisionistische Vereinigung. Sie organisierte Demonstrationen und Mahnwachen zu Themen wie „60 Jahre Besatzungsregime BRD“ (zum 60. Jahrestag der Kapitulation Deutschlands), „USraelischen Terror ächten!“ sowie eine „Gedenkstunde“ zur Erinnerung an Reinhold Elstner, der sich 1995 vor der Feldherrenhalle selbst verbrannte und in seinem Abschiedsbrief forderte, „Deutsches Volk wache endlich auf!“. „Demokratie Direkt“ forderte auch die „Rückführung aller in Deutschland lebender Ausländer in ihre Heimatländer“.

Am 25. April 2003 veranstaltete „Demokratie Direkt“ eine Mahnwache vor der Münchner Feldherrenhalle/Odeonsplatz zum Gedenken an den "Ostfrontkämpfer Reinhold Elstner", der mit seiner Selbstverbrennung an diesem Ort im Jahr 1995 ein "Fanal gegen die Verleumdung und Verteufelung des deutschen Volkes" setzen wollte. Unter den rund 40 Teilnehmer_innen befanden sich zahlreiche Skinheads.

Veranstaltungen der Organisation in einer Gaststätte im Münchner Stadtteil Giesing hatten bis zu 200 Teilnehmende, zum Beispiel am 22. Mai 2003. Im Publikum und als Saalschutz anwesend waren zahlreiche Neonazis und Skinheads der freien Kameradschaft um [REDACTED] („Aktionsbüro Süd“)

Am 31. Mai 2003 führte „Demokratie Direkt“ eine Demonstration unter dem Motto „Für Meinungsfreiheit – gegen Gesinnungsterror“ durch. Anmelder war [REDACTED] [REDACTED]

Versammlungsleiter [REDACTED] (im September zusammen mit [REDACTED] wegen der Planung eines Anschlags auf den Bau des Jüdischen Gemeindezentrums verhaftet) und als Redner vor den etwa 60 Teilnehmenden, darunter Mitglieder der „Fränkischen Aktionsfront“ (FAF) und der Kameradschaft Süd“, traten [REDACTED] sowie [REDACTED] auf. [REDACTED] nahm im Zusammenhang mit dieser Demonstration im Vorfeld auch an einem Kooperationsgespräch mit dem Münchner Ordnungsamt teil.

Eine für den 9. November 2003 geplante Mahnwache „Für die Opfer des Terrors und der Kriegsverbrechen der USA und Israels“ wurde abgesagt.

Ende 2003 erklärte der [REDACTED] im Stadtrat, dass die Stadt beim bayerischen Innenminister „ein Verbot der Organisation ‚Demokratie Direkt‘“ anregen wolle. Der bayerische Innenminister Günther Beckstein verkündete, dass der Verfassungsschutz „Demokratie Direkt“ beobachte, da diese auch Veranstaltungen gemeinsam mit der „Fränkischen Aktionsfront“ (FAF) durchführe. Nach Streitigkeiten unter den Mitgliedern (unter anderem mit dem verstorbenen [REDACTED] um [REDACTED] extremst antisemitische Agitation, löste sich „Demokratie Direkt“ Ende 2003 auf. [REDACTED] setzte seine Aktivitäten anschließend unter der Bezeichnung „Freundeskreis Demokratie Direkt München“ noch eine Weile fort.

Autonome Nationalisten/Freie Nationalisten München (AN/FNM) (2005 bis 2010)

In München gründete der Österreicher [REDACTED] mit [REDACTED] und anderen zunächst den Hitleristischen „Kampfbund Deutscher Sozialisten“ (KDS), dessen Mitglieder sich gern in Braunhemden ablichten ließen. Ab Mai 2005 wurden die Meinungsverschiedenheiten zwischen [REDACTED] der seine Arbeit für die NPD, deren stellvertretender Vorsitzender im Bezirk Oberbayern er mittlerweile war, intensivierte, und [REDACTED] aber immer offensichtlicher. [REDACTED] wechselte in Bekleidung und Musikgeschmack ins Lager der schwarzgekleideten, vermummten Neonazis der sogenannten „Autonomen Nationalisten“. Am 8. Mai 2005 wurde dieser Wechsel offensichtlich: Beim Neonazi-Aufmarsch in Berlin unter dem Motto „60 Jahre Befreiungslüge – Schluss mit dem Schuld kult!“ trat [REDACTED] erstmals im schwarzen Autonomen-Outfit mit Sonnenbrille und Basecap auf.

Ein weiterer wesentlicher Aktivist der AN München neben [REDACTED] war [REDACTED]. [REDACTED] stammt aus Nordrhein-Westfalen, wo er Anführer der [REDACTED] war, und kam Anfang 2005 nach München. Die [REDACTED] hatte beispielsweise am 9. November 2004 in Essen versucht, eine Kundgebung unter dem Motto „Europa erwache – macht kaputt, was Euch kaputt macht“ vor der alten Synagoge in Essen anzumelden. Bei dieser Gelegenheit fing sich [REDACTED] eine Strafanzeige für seinen Aufruf zur Kundgebung ein, in dem er gehetzt hatte: „Wir haben als nationale und sozialistische Bewegung die Schnauze voll von der immer weiter zunehmenden Einflussnahme der jüdischen Rasse“.

Nach einem Aufmarsch am 2. April 2005, den [REDACTED] noch gescheitelt im Block der Kameradschaft München absolviert hatte, orientierte auch er sich modisch mehr an den AN. Aus ihrem „Lauti“ tönte seither bei Demos eine wilde Mischung aus sozialistischen Arbeiterliedern, „Wir sind Helden“, „Ton Steine Scherben“ und neonazistischen Songs, etwa von „Act of Violence“ oder „Race War“.

In Erscheinungsbild, Parolen, Slogans oder der Gestaltung von Transparenten orientierten sich die „Munich Allstars“ – wie sie sich intern auch nannten – ebenso wie die AN aus NRW oder Berlin an der linksradikalen autonomen Bewegung. Eine inhaltliche Positionierung zum Thema „autonomer Nationalismus“ oder subkulturelle Aktivitäten fanden dagegen nicht statt. Ihre Aktivitäten waren oftmals nur Reaktionen auf Antifa und Polizei.

██████████ und ██████████ versuchten über Monate, ein extrem hohes Aktivitätsniveau durchzuhalten. Sie meldeten zahlreiche Aufmärsche in Süddeutschland an, organisierten eine „Grillfeier“ zum Heiß-Todestag und nahmen an zahlreichen Aktionen im ganzen Bundesgebiet teil. Beide brüsteten sich auch gern mit gezielteren Aktionen wie Flugblatt-Verteilungen, „Heldengedenken“, Sprühereien gegen Münchner Linke und Transparentaktionen an der Autobahn A8. Militantes Gerede und Gehabe (etwa in Neonaziforen) versuchten sie auch in die Praxis umzusetzen, wie zaghafte Durchbruchversuche ihres „black block“ bei Demonstrationen sowie Übergriffe auf Antifaschist_innen zeigten.

Aktionen und Übergriffe durch „Autonome Nationalisten“

Die sogenannten „Autonomen Nationalisten“ traten seit ihrer Gründung im Mai 2005 äußerst aggressiv auf. Dass sie ihr militantes Gehabe und Gerede (etwa in Neonaziforen im Internet) auch in die Praxis umsetzten, hatten sie bei verschiedenen Demonstrationen und Übergriffen auf Antifaschist_innen im süddeutschen Raum gezeigt.

Gewaltbereite „Autonome Nationalisten“ aus München führten etwa am 24. September 2005 einen Angriff von etwa 15 Neonazis auf ein antifaschistisches Vorbereitungstreffen in der Innenstadt von Ravensburg (Baden-Württemberg) an. Die Münchner Neonazis waren auch Teil einer Gruppe von rund 40 Vermummten, die anschließend in der Innenstadt von Heidenheim auf der Schwäbischen Alb mit Gaspistolen und Knüppeln bewaffnet Jagd auf Antifaschist_innen und Jugendliche mit migrantischem Hintergrund machten. Am 8. Oktober 2005 verherrlichte ██████████ auf dem von ihm angemeldeten Nazi-Aufmarsch in Friedrichshafen die verbrecherischen Organe des Nationalsozialismus, indem er mehrfach „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ ins Mikrofon brüllte.

Die „Autonomen Nationalisten“ (AN) München waren also eine neonazistische Abspaltung der Kameradschaft München um ██████████. Von Anfang legte es die Gruppierung darauf an, die demokratische und antifaschistische Öffentlichkeit in München sowie die bayerischen Behörden gezielt zu provozieren. ██████████ einer der Anführer dieser etwa 15 Personen starken Truppe, hatte zum Beispiel für den Mittwochabend 9. November 2005 eine Kundgebung unter dem Motto „Ehre den 16 Toten vom 9. November 1923“ an der Münchner Feldherrnhalle angemeldet.

Einen derart unverfrorenen Versuch der Verherrlichung der „nationalsozialistischen Bewegung“ hatte es in München schon lange nicht mehr gegeben. Umso gravierender war es, dass dieser Versuch flankiert wurde von einer (im besten Falle) ungeheuerlich naiven Stellungnahme des damaligen ██████████ die das vom Kreisverwaltungsreferat München (KVR) ausgesprochene Verbot der AN-Kundgebung konterkarierte. ██████████ behauptete, dass die Verbotsbegründung des KVRs, die sich auf den verschärften §130 des Versammlungsrechts bezieht, nicht greife, da 1923 der Nationalsozialismus noch nicht an der Macht gewesen sei. Schlussendlich wurde die Kundgebung aber untersagt.

Die AN München führte bald darauf am 14. Januar 2006 eine Demonstration unter dem Motto „Beckstein auf die Pelle rücken. Polizeiwillkür stoppen“ durch. 120 Personen beteiligten sich an dem Aufmarsch, unter ihnen auch **Christian Worch**, der den Lautsprecherwagen fuhr und eine Rede hielt. Hier ging es der AN um eine Provokation der bayerischen Sicherheitskräfte, nachdem bei einer Mahnwache am Marienplatz anlässlich des Todestages von Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß am 17. August 2005 einige von ihnen wegen Uniformierung noch vor Kundgebungsbeginn in Gewahrsam genommen worden waren.

Der Aktionsradius der AN München erstreckt sich bis in den baden-württembergischen Raum. Schwerpunkt ist das Gebiet an der bayerischen Landesgrenze bei Aalen, Heidenheim und Ulm sowie das Bodenseegebiet, wo bis zu 150 Neonazis mobilisiert werden können. Sie stützen sich dabei auf

██████████ und ihre Kameradschaft Stuttgart, ██████████ vom „Widerstand Schwaben“ (Laupheim) sowie ██████████ aus Ravensburg.

In Bayern kooperierten ██████████ und ██████████ mit der Kameradschaft „Asgard Ratisbona“ um ██████████ (Regensburg) und den „White Rebels“ [sic!] Franken. Bundesweit bestanden enge Kontakte zu ██████████ ██████████ (Hamm), Christian Worch (Hamburg) und A. ██████████ R. ██████████ (Köln). Im Raum München ließen sich nur ██████████ (NPD Freising), ██████████ („Aktionsgruppe Erding“) und die JN München zum Umfeld der AN München rechnen, da hier ██████████ mit der Kameradschaft München und ██████████ (NPD) dominierten.

Am seit Jahren bestehenden Führungsanspruch ██████████ („Aktionsbüro Süddeutschland“) versuchten die AN zu rütteln: Frech nannten sie ihre Website „Freier Widerstand Süddeutschland“ und banden mit aktuellen Meldungen, Chatroom und einem Forum süddeutschlandweit Neonazis an sich.

Neben dem Konflikt um die Führung im Süden kam es immer wieder zu erbitterten Auseinandersetzungen um das strategische Vorgehen, vor allem mit dem sich „gemäßigt“ gebenden NPD-Aktivisten ██████████. Während etwa ██████████ am 9. November 2005 vergeblich versuchte, eine Kundgebung unter dem unverblühten Motto „Ehre den 16 Toten vom 9. November 1923“ (Hitlerputsch) anzumelden, konnte ██████████ seine Mahnwache „16 Jahre Mauerfall“ abhalten (und dabei die Namen der toten Nationalsozialisten von 1923 verlesen). Der Streit eskalierte regelmäßig zur persönlichen Schlammschlacht. ██████████ provokantem Bekenntnis „Ich stehe treu zum 25-Punkte-Programm der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ konterte ██████████ „Dann solltest Du aber langsam mal mit einer Ausbildung beginnen oder einfach mit einer gewöhnlichen Arbeit! Ist ja schließlich ne Arbeiterpartei ...“

Am 3. Mai 2007 fand eine Veranstaltung des Vereins „I like Israel“ auf dem Odeonsplatz statt. Etwa ein Dutzend Neonazis, unter ihnen Aktivisten der „Autonomen Nationalisten München“, störten die Veranstaltung. Sie skandierten u.a. die Parolen wie „Juden raus – aus Palästina!“. Ein Neonazis führte eine iranische Fahne mit sich und zeigte den Hitler-Gruß, ein weiterer brüllte „Judenschweine, verpisst euch doch!“

Am 1. November 2007 zog ██████████ mit mehreren Neonazis der FNM mit schwarzen Fahnen auf den Münchner Westfriedhof zum Grab von ██████████. In Erinnerung an den Geburtstag des langjährigen SA-Führers wollte ██████████ dort eine Rede halten. Die „Trauernden“ fühlten sich jedoch durch Journalisten provoziert und brachen, nachdem auch noch die Friedhofsverwaltung aktiv wurde, das „Gedenken“ ab.

Eine Infoveranstaltung von a.i.d.a. über die extrem rechte Szene in München und Bayern am 13. Juni 2008 nahmen die „FNM“ München zum Anlass für eine Demonstration mit 75 Personen gegen das „Kafe Marat“.

Am 23. Mai 2009 fand eine Demonstration der FNM zum Thema „60 Jahre Grundgesetz – ständiger Abbau von Bürgerrechten – § 130 StGB abschaffen“ mit etwa 145 Personen statt.

Von 2008 bis 2010 organisierten die „Freien Nationalisten München“ des Weiteren jeweils so genannte Heldengedenkmärsche in München mit bis zu 150 Teilnehmenden.

Im Herbst 2010 wurden ██████████ und ██████████ ebenfalls Aktivist der FNM, wegen einer Schlägerei vor einer Diskothek festgenommen. ██████████ musste auf Grund dieses Vorfalls und offener Bewährungsstrafen für mehrere Jahre ins Gefängnis. Die „Freien Nationalisten München“ lösten sich auf.

„Bürgerinitiative Ausländerstopp München“ (BIA) (seit 2007)

Die neonazistische „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) trat erstmalig im September 2007 in Erscheinung. 2008 und 2014 beteiligten sich Neonazis aus NPD und Kameradschaftsszene auf der Liste der BIA an den Kommunalwahlen in München. [REDACTED] war jedes Mal Spitzenkandidat, auf den folgenden Listenplätzen kandidierten weitere bekannte Personen aus der extrem rechten Szene Münchens.

Auf Listenplatz 2 kandidierte 2014 mit [REDACTED] (Jahrgang 1989) eine Vertreterin der neonazistischen Münchner Kameradschaftsszene und Aktivistin des „Freien Netz Süd“, unter dessen Dach sich bis zum Verbot 2014 etwa 20 Kameradschaften versammelten. Aus ihrer Gesinnung machte [REDACTED] keinen Hehl: Sie trägt ein Tattoo mit schwarz-weiß-roter „Reichsfahne“ und dem Spruch „Klagt nicht, kämpft!“ zur Schau und postet im Internet schon mal Parolen wie „Freiheit, Arbeit, Recht und Brot. Nationaler Sozialismus bis zum Tod!“. Von Dezember 2012 bis Juni 2014 bewohnte [REDACTED] mit zwei weiteren bekannten Neonazis ein Haus in München-Obermenzing. Dieses Haus entwickelte sich zu einem Zentrum neonazistischer Aktivitäten in München. In den ausgebauten Kellerräumen und im Garten fanden regelmäßig Schulungstreffen und Kameradschaftsabende mit Teilnehmenden aus ganz Bayern statt.

Sowohl 2008 als auch 2014 ließ sich [REDACTED] für die BIA aufstellen. [REDACTED] war ehemaliger Bereichsleiter Süd der neonazistischen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF), ehemaliger Vorsitzender des 1993 verbotenen „Nationalen Blocks“ und führender Aktivist des inzwischen aufgelösten neonazistischen „Freizeitverein Isar 96 e. V.“.

2014 wählten 0,7% beziehungsweise 3069 Münchnerinnen und Münchner die BIA. Das war zwar nur noch die Hälfte der Prozentpunkte im Vergleich zur Wahl 2008, reichte aber dennoch für den Einzug von [REDACTED] ins Münchner Rathaus.

Wer ist [REDACTED]

[REDACTED] ist 1962 in München geboren. Als Publizist und Politaktivist hat er bereits eine lange Karriere im extrem rechten Spektrum hinter sich. Er war parlamentarischer Mitarbeiter des ehemaligen NPD-Funktionärs und [REDACTED] extrem rechten Zeitschriften „Deutsche Rundschau“, „Nation & Europa“, „Opposition“ und der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ sowie Funktionär der „Gesellschaft für freie Publizistik“, laut Verfassungsschutz die größte extrem rechte Kulturvereinigung der Bundesrepublik. [REDACTED] war des Weiteren bayerischer Landesvorsitzender und Pressesprecher der NPD und ist nun Mitarbeiter des NPD-Abgeordneten Udo Voigt im Europaparlament. Als Parteifunktionär, als langjähriger Autor einschlägiger, extrem rechter Publikationen und vor allem als parlamentarischer Mitarbeiter der sächsischen NPD-Landtagsfraktion brachte [REDACTED] nach der Wahl 2008 durchaus Erfahrung mit rechten kommunalpolitischen Strategien mit. Am Beginn seiner Stadtratstätigkeit in München standen zunächst gezielte Provokationen: Bei der Vereidigung der neuen Stadträte im Münchner Rathaus zeigte er den Hitlergruß, zynischerweise in dem Saal, in dem einst NS-Propagandaminister Joseph Goebbels zu den Novemberpogromen 1938 aufhetzte. Die Pose von [REDACTED] wurde auf Fotomaterial gebannt und der Neu-Stadtrat wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen angezeigt. Später brachte ihm die verbotene Geste eine Geldstrafe von 2.800 € ein. Noch am Tag des Hitlergrußes im Alten Rathaussaal reichte [REDACTED] dann seine ersten 24 Anfragen und Anträge ein. Zum Teil sind diese in eindeutig rassistischer Diktion geschrieben oder entworfen. Das Stellen rassistischer Anträge sollte seine politische Hauptaktivität als Stadtrat bleiben.

Was sind die „Inhalte“ der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“?

Das Wahlprogramm der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ von 2008, ein neueres wurde bislang nicht veröffentlicht, überträgt im Wesentlichen die Ideologie und die typischen Themen der NPD auf die kommunale Ebene. Grundlage dabei ist unter anderem eine rassistische Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen, die mit dem Grundgesetz und den Menschenrechten unvereinbar ist.

Die BIA schürt Ängste mit Lügen: vor einer angeblich überbordenden Kriminalität von Menschen mit Migrationshintergrund (die laut BIA-Behauptung von Behörden und Medien verschwiegen werde), vor einem sozialen Abstieg der (O-Ton BIA) „Einheimischen“ wegen einer „ausufernden Privilegierung ethnischer und anderer Minderheiten“. Integration sieht die BIA als nicht möglich und gescheitert an. Die Neonazis der BIA sprechen sich z. B. für ethnisch getrennte Schulklassen beziehungsweise Schulen aus. Ein weiterer „Argumentations“-Strang ist die Hetze gegen eine „volksfeindliche Globalisierung“. Diese verursache, behauptet die BIA, „Überfremdung“, Zerstörung der deutschen Kultur und „Fremdbestimmung“ durch internationale Konzerne und geheimnisvolle Mächte. Das Gegenmittel sieht die BIA in der deutschen Volksgemeinschaft, dem vom Nationalsozialismus angestrebten Gesellschaftsmodell. Da überraschen auch antisemitische Äußerungen, zynische Provokationen sowie antimuslimischer Rassismus nicht mehr: in einem seiner ersten Anträge (den er zurückziehen musste) forderte [REDACTED] zum Beispiel einen „dem Waldschadensbericht der Bundesregierung“ vergleichbaren „Situationsbericht Islamisierung“.

[REDACTED] ist ein gefährlicher Demagoge, der das Handwerk der neonazistischen politischen Arbeit gut kennt und für jede Gelegenheit und jede politische Situation den richtigen Ton zu finden versucht: vom schneidigen (inzwischen Ex-)NPD-Funktionär bis zum anscheinend einfühlsamen Kümmerer für soziale Belange. [REDACTED] transportierte seine neonazistische Ideologie schließlich über rund 800 Anfragen und Anträge an die Stadtverwaltung, nutzte entsprechende Themen als Ausgangspunkt für zum Teil aggressiv vorgetragene, zum Teil unterschwellige Provokationen und versuchte, den Stadtrat als politische Bühne für ideologische Ausfälle zu instrumentalisieren.

Die BIA hat lange Zeit Aktivistinnen und Aktivisten aus dem neonazistischen Kameradschaftsspektrum eine Aktionsplattform geboten, zum Beispiel der „Kameradschaft München“ oder dem 2014 verbotenen „Freien Netz Süd“. Im Gegenzug bekam [REDACTED] BIA von diesen Neonazis wiederum Unterstützung bei der Durchführung von Kundgebungen, Infoständen und Flugblattverteilungen. 2008 arbeitete der Neonaziaktivist [REDACTED] für die BIA München als Pressesprecher. Im Jahr darauf hatte [REDACTED] diese Funktion inne.

„Freies Netz Süd“ (2008 bis 2014)

Neonazis aus Franken, der Oberpfalz und Oberbayern schlossen sich Ende 2008 im „Freien Netz Süd“ (ursprünglicher Arbeitstitel: „Nationale Sozialisten“) zusammen. Nach äußerst konspirativen Vorbereitungen trat der neue Organisationsversuch auch im World Wide Web in Erscheinung. Die Domain für das „freie Netz“ reservierte der bekannte neonazistische Aktivist [REDACTED] (ehemals [REDACTED] jetzt [REDACTED]). Auffallend: Einige der führenden Aktivisten des „Freien Netz Süd“ waren Führungspersonen der im Jahr 2004 verbotenen „Fränkischen Aktionsfront“ (FAF).

„Freies Netz“ für den Nationalsozialismus

Nach dem enttäuschenden Abschneiden der NPD bei der bayerischen Landtagswahl 2008 sind über 30 Funktionäre und Mitglieder in die Kameradschaftsszene zurückgekehrt, aus der sie einst kamen. Am symbolträchtigen 9. November wurde der Bundesordnungsdienst der NPD beim Landesparteitag im niederbayerischen Simbach bei Landau gebraucht. In der Selbstdarstellung des „OD“ gibt er als ein

Ziel an, „in jeder Situation die innere Ordnung der Veranstaltungen aufrecht zu erhalten.“ Beim Fahneneinzug saßen die Delegierten im „Gasthaus Wiese“ noch friedlich beieinander. Aber danach entwickelte sich das Treffen zu dem, was die NPD später in einer Pressemitteilung als „kontroversen Parteitag“ schönzureden versuchte. Die durch Mitglieder der oberpfälzischen Kameradschaft „Urd & Skuld“ verstärkte Truppe um ██████████ verhinderte zwar körperliche Auseinandersetzungen, zornig abziehenden NPD-Delegierte sollen aber viele Autoreifen auf dem Parkplatz zerstoßen haben.

Der Putschversuch beim NPD-Landesparteitag scheitert

Auf dem Parteitag war zuvor ein kleiner Putschversuch mittel- und unterfränkischer Neonazis gescheitert. Zuerst versuchten die in einem Bus gemeinsam angereisten Delegierten, den bayerischen NPD-Landesvorsitzenden ██████████ zu stürzen, in dem sie als Gegenkandidaten ██████████ (Würzburg) in Stellung brachten. Dann versuchten sie, ihren Anführer M ██████████ F ██████████ (Fürth), bisher mittelfränkischer Bezirksvorsitzender, als stellvertretenden Landesvorsitzenden in den Vorstand zu hieven. Beide Versuche misslangen. Der ursprüngliche Plan hatte auch noch vorgesehen, die Macht des stellvertretenden Landes- und Bundesvorsitzenden ██████████ (Rain) im Landesvorstand dadurch auszuhebeln, dass mehrere sich selbst als „Nationale Sozialisten“ verstehende Aktivisten als Beisitzer gewählt werden. Doch auch dies gelang nicht. Zeitgleich zu den Streitigkeiten in der sächsischen, sachsen-anhaltinischen und thüringischen NPD brach damit auch in Bayern ein offener Konflikt um Personen, Auftreten und Positionen der NPD aus. Die Absicht von ██████████ und ██████████ vor allem von der CSU enttäuschte Wähler_innen zu umwerben, bezeichneten die Putschisten später in einer mit „wenn man 'Ade' sagen muss“ überschriebenen Erklärung als „gescheitert“. Während die Führung der Bayern-NPD zuletzt einen „bürgernahen“ und rassistischen Kurs steuerte, traten M ██████████ F ██████████ und Co mit radikalen Kampagnen unter dem Motto „Südtirol bleibt deutsch“ und „Nationaler Sozialismus jetzt“ in die Öffentlichkeit.

NPD oder „Freie Kräfte“?

Die bei den Vorstandswahlen unterlegenen Delegierten um M ██████████ F ██████████ verließen aufgebracht den Parteitag, etwa 30 von ihnen sollen unmittelbar danach aus der bayerischen NPD ausgetreten sein. Im Bezirksverband Oberfranken geht der Riss dabei durch die einzelnen Kreisverbände. ██████████ gesellte sich beispielsweise zu F ██████████ & Co, ██████████ (Wunsiedel) und Aktivist_innen des gleichen Kreisverbands bleiben bei der Partei. Dem NPD-Kreisverband schickte ██████████ einen Brief, in dem er schrieb: „Ich sehe einfach in der NPD keine Zukunftschancen mehr, dass wir dadurch den Umsturz schaffen“. ██████████ hatte bereits in der Vergangenheit neben seiner Arbeit für den NPD-KV Hof/Wunsiedel immer auch in den „freien Strukturen“ des „Kameradschaftsbund Hochfranken“ gewirkt. ██████████ trat nun auch aus der NPD aus und versuchte seither mit M ██████████ F ██████████ ██████████ (Nürnberg) und ██████████ (Ebermannstadt) eine überregionale Kameradschaftsstruktur der „Nationalen Sozialisten“ (Eigenbezeichnung) in ganz Bayern aufzuziehen. Die direkte Konkurrenz zur NPD – auch zu Wahlen sollte angetreten werden – war beabsichtigt. Dennoch wurden sie teilweise von bisher in der Partei verbliebenen Kräften unterstützt, unter anderem vom oberbayerischen und oberpfälzischen Bezirksgeschäftsführer ██████████ sowie von oberbayerischen Neonazis um ██████████ (OttoBrunn) und ██████████ (München). Hinter den Kulissen scheinen viele Gespräche gelaufen zu sein und in der Öffentlichkeit hatten einzelne Aktivisten schon eine neue bayernweite Homepage angekündigt. Als Vorbild galt dabei offensichtlich das „Freie Netz“ in Sachsen, welches 2006 ebenfalls in Abgrenzung zur NPD/JN gegründet wurde. Bei dem von ██████████ (Delitzsch) und ██████████ ██████████ (Altenburg) maßgeblich dominierten Kameradschaftsverband war vor allem eine selbstgewählte radikale Identität als „Nationale Sozialisten“ die wichtigste Klammer. Fränkische Neonazis aus dem Raum Hof waren in den letzten Monaten bereits mehr und mehr an das „Freie Netz“ Sachsen angebunden.

„Freies Netz“ als Nachfolgeorganisation der verbotenen FAF?

Mit dem Projekt der Organisierung als parteifreie „Nationale Sozialisten“ kehrten vor allem F [REDACTED] und [REDACTED] zu der Struktur zurück, aus der sie einst zur NPD stießen. Alle drei Aktivisten galten als führende Köpfe des im Jahr 2004 verbotenen Kameradschaftsdachverbands „Fränkische Aktionsfront“ (FAF). Die neuerliche Struktur konnte insofern von Beginn an durchaus als (illegale) „Nachfolgeorganisation“ gesehen werden. Die Sicherheit einer „legalen“ Mutterpartei fiel weg. Alle Drähte zur NPD wurden jedoch nicht gekappt. In der Erklärung der Ausgetretenen hieß es: „Nach wie vor werden wir mit jedem noch zusammenarbeiten, der guten Willens ist und inhaltlich unseren Positionen nahe steht.“

Das „Freie Netz Süd“ entwickelte sich in den Folgejahren bis zu seinem Verbot zur wichtigsten neonazistischen Struktur jenseits der NPD in Bayern und verfügte in allen bayerischen Bezirken über Gruppierungen und Unterbündnisse. Die Homepage des FNS (www.freies-netz-sued.net) bestand seit Januar 2009. Täglich wurden hier Veranstaltungsberichte, Mobilisierungsaufrufe, politische Texte sowie gegen politische Gegner_innen gerichtete Schmähartikel veröffentlicht. Ebenso wurden immer wieder Körperverletzungen, massive Sachbeschädigungen und Propagandadelikte gebilligt oder verharmlost. Der Farbanschlag auf eine Gedenktafel für die Opfer der Shoah in Aschaffenburg wurde beispielsweise zynisch als „Farbumgestaltung“ bezeichnet.

Zwischen dem internationalen Neonazinetzwerk der „Hammerskin Nation“ (H.S.N.) und dem „Freien Netz Süd“ gab es mehrere personelle Überschneidungen. Gute Beziehungen des FNS bestanden zudem zum in der Bundesrepublik seit dem Jahr 2000 verbotenen internationalen Rechtsrocknetzwerk „Blood & Honour“ (B&H).

Im oberfränkischen Oberprex (Landkreis Hof) erwarb das FNS über die Mutter eines Aktivisten im Frühjahr 2010 den ehemaligen Gasthof „Zum Egerländer“. Die eigene Immobilie („Oberprex 47“) wurde regelmäßig für Veranstaltungen, Feiern und Konzerte genutzt.

Zum 1. Mai mobilisierte das „Freie Netz Süd“, zum Teil in Kooperation mit anderen Neonazigruppen und der NPD, zu überregionalen Großaufmärschen (Weiden, Schweinfurt, Heilbronn, Hof). Mit Flugblattverteilungen und zahlreichen kleineren Kundgebungen versuchte das „Freie Netz Süd“ bayernweit Kampagnen durchzuführen, die sich zum Beispiel gegen das demokratische System der Bundesrepublik, Arbeitnehmer_innen aus der EU, Soldaten der US-Army und Bundeswehr, linke Gruppen und Antifaschist_innen und gegen die Unterbringung von Asylbewerber_innen richteten.

Neben Aufmärschen und politischen Aktionen versuchten die Neonazis mit Festen, Konzerten und Sportwettkämpfen ihren Anhänger_innen eine extrem rechte „Erlebniswelt“ zu bieten. Häufig ist Musik mit neonazistischen Texten das verbindende Element bei solchen Veranstaltungen. Schon Joseph Goebbels verstand propagandistische Musik als „Kampfmittel und Waffe im Ringen um die deutsche Seele“. Bei den „Frankentagen“ des „Freien Netz Süd“ (FNS) stellten Rechtsrockbands die wichtigste Attraktion dar.

Jagdstaffel Süd beziehungsweise Jagdstaffel D.S.T (2009 bis 2012)



Die gut ein halbes Dutzend männlichen Mitglieder der „Jagdstaffel D.S.T“ („Deutsch – Stolz – Treu“, früher: „Jagdstaffel Süd 2009“) kamen u. a. aus München, Bad Tölz, Wolfratshausen und Geretsried und waren zum Teil langjährige Aktivisten der extrem rechte Skinheadszene. Viele von ihnen waren bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten u.a. wegen Verstößen gegen das Sprengstoffgesetz,

Volksverhetzung und Verwendung von Kennzeichen verbotener Organisationen. Die Gruppe gründete sich Silvester 2009 in der Gaststätte „Tennessee“ in Geretsried. Mitglieder waren u. a. [REDACTED] Das Umfeld setzte sich u.a. aus Mitgliedern der im subkulturellen rechten Skinhead-Milieu zu verortenden Kameradschaft „Kraken München“ zusammen, der auch [REDACTED] und [REDACTED] angehörten.

In Anlehnung an Motorrad-Rockerclubs trugen sie eine Lederweste mit aufwendig gesticktem Gruppenlogo und den jeweiligen „Nicknames“ der Aktivisten, wie zum Beispiel „Skelleter“, „Sacara“, „BBQ“ oder „InTyrannos“. Bei zahlreichen Aufmärschen im Bundesgebiet war die „Jagdstaffel D.S.T.“ dabei, oft in Kooperation mit den anderen neonazistischen Kameradschaften Münchens. Verbindungen gab es zum Beispiel mit den „Freien Nationalisten München“ und der „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“, überregional konnte die „Jagdstaffel“ dem „Freien Widerstand Süddeutschland“ zugerechnet werden. Zudem hatte die Gruppe Kontakt zum in Deutschland verbotenen „Blood & Honour“-Netzwerk.

Die Gruppe hatte eine hohe Affinität zu Waffen, was nicht nur in ihrem Logo deutlich wurde, welches eine Flugabwehrkanone der NS-Wehrmacht beinhaltete. In der Vergangenheit fuhr die Gruppe, deren Führungskader [REDACTED] dem Rechtsterroristen [REDACTED] einst ein Kalaschnikow-Sturmgewehr überließ, zu wehrsportähnlichen Paintballspielen in die tschechische Republik. [REDACTED] wurde 2006 wegen der Beförderung von Kriegswaffen (Maschinenpistole und -gewehr und ein Revolver) ohne Genehmigung nur zu einer Bewährungsstrafe verurteilt, weil er angab, sich aus der rechten Szene gelöst zu haben. Politischen Gegner_innen drohten die „Jagdstaffel“-Aktivisten, die sich auch als „selektive Bruderschaft“ bezeichnen, mittels einem auf der eigenen Internetpräsenz veröffentlichten Bild: verummmt und mit Macheten, Axtstielen und Teleskopschlagstöcken bewaffnet.

[REDACTED] und [REDACTED] gründeten in der Schweiz zum Schein eine Waffenfirma mit dem Namen [REDACTED] deren Geschäftsführer sie auch waren. Diese nur im Internet existierende Firma sollte ihnen den Zugang zu internationalen Waffenmessen ermöglichen.

„Am 02.12.2011 leitete die Staatsanwaltschaft München I ein Ermittlungsverfahren unter anderem wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gem. § 129 StGB sowie Verstoßens gegen das Waffengesetz gegen mehrere Mitglieder der Gruppierung ‚Jagdstaffel‘ D.S.T.“ ein.“ (Sicherheitsreport des Polizeipräsidiums München von 2012)

Anfang Mai 2012 wurde eine umfangreiche Razzia gegen die Mitglieder der Gruppe durchgeführt. 350 Polizisten durchsuchten 31 Objekte von 16 Verdächtigen. Es wurden unter anderem Totschläger, Kampfmesser, Schlagringe, scharfe Munition, ein Vorderladerrevolver und eine Axt beschlagnahmt. Die Kameradschaft „Jagdstaffel D.S.T.“ löste sich im Juli 2012 noch vor einem möglichen Verbot auf.

Die Partei „Die Rechte (seit 2012)

Am 20. April 2014, dem 125. Geburtstag von Adolf Hitler, gründete der Neonazi [REDACTED] den ersten bayerischen Kreisverband (KV) der neonazistischen Partei „Die Rechte“ in München. Neben [REDACTED] waren vor allem [REDACTED] und [REDACTED] aktiv im Kreisverband. Einige kleinere Veranstaltungen im Nebenraum einer Gaststätte und einige Flugblattverteilungen blieben danach aber die einzigen Aktivitäten im Jahr 2014. 2015 jedoch hatte „Die Rechte“ ihre Aktivitäten

deutlich verstärkt. Neben der Teilnahme an und der Mobilisierung zu einigen BAGIDA/PEGIDA München-Aufmärschen, fanden mehrere Flugblattverteilaktionen und Kundgebungen in verschiedenen Münchner Stadtteilen statt.

Provokative Aktionen

Mit mehreren Aktionen versuchte „Die Rechte“ in München zu provozieren. Anfang Februar 2015 stellten Aktivist_innen bei einer Kundgebung unter dem Motto „Keine IS-Kopfabschneider auf deutschem Boden – Widerstand jetzt!“ vor dem Neuperlacher Einkaufszentrum PEP eine Enthauptungsszene nach, um gegen eine angebliche Islamisierung zu demonstrieren. Anfang März 2015 organisierten sie eine Kundgebung vor dem Strafjustizzentrum in der Nymphenburger Straße zum NSU-Prozess (siehe Abschnitt B).

Ende März 2015 führten fünf Aktivist_innen der neonazistischen Partei an einem Freitagnachmittag 15 kurze Kundgebungen gegen Asylsuchende im Münchner Norden durch. Die Versammlungen richteten sich insbesondere gegen das geplante Ankunftscenter für Asylsuchende in der Lotte-Branz-Straße im Euroindustrie-Park. So hetzte „Die Rechte“ in einer Presseerklärung: „Schon die Erfahrungen mit der Bayernkaserne haben gezeigt, daß im Umfeld von Asylbewerbern verstärkt mit Kriminalität, Verunreinigungen und Belästigungen zu rechnen ist. Es reicht!“

Die neonazistischen Aktivitäten in der Landeshauptstadt richteten sich auch gegen das NS-Dokumentationszentrum München. Am Eröffnungstag, am 30. April 2015, demonstrierte „Die Rechte“ vor dem Amerikahaus unter dem Motto „Gegen antideutschen Schuldskult – Weg mit dem NS-Dokumentationszentrum“ nicht zuletzt für „den sofortigen Abriss des NS-Dokumentationszentrums“. Im Aufruf zur Kundgebung hieß es u. a. „Letztlich fühlt sich die heutige ‚Erinnerungskultur‘ in erster Linie Juden, Zigeunern und anderen Minderheiten verpflichtet. Vertriebene, Kriegsgefangene und andere Opfergruppen geraten dabei vollkommen zu Unrecht in den Hintergrund.“

██████████ – langjähriger Neonaziaktivist

„Die Rechte“-Funktionär ██████████ (Jg. 1987) kam erst im Februar 2014 nach mehrjähriger Haft aus dem Gefängnis. Sofort unterstützte er den damals sich im Kommunalwahlkampf befindlichen ██████████ von der neonazistischen „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ München (BIA), für den er bereits 2009 als Pressesprecher tätig war. Dieser wiederum revanchierte sich bei der Kreisverbandsgründung mit einem Grußwort. Auch danach half ██████████ zum Beispiel als Chauffeur, bei einigen BIA-Kundgebungen rund um die Erstaufnahmeeinrichtung in der ehemaligen Bayernkaserne im Münchner Norden im Sommer und Herbst 2014.

██████████ startete seine politischen Aktivitäten in der nordrhein-westfälischen Neonaziszene. 2005 zog er nach München. 2006 war ██████████ Aktivist der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) Bayern, der Jugendorganisation der NPD. 2009 trat er als Direktkandidat für die NPD im Wahlkreis München-Land zur Bundestagswahl an und engagierte sich in der BIA München. Als Funktionär der „Autonomen/Freien Nationalisten München“ organisierte ██████████ mehrmals so genannte, an nationalsozialistische Tradition anknüpfende, „Heldengedenkmärsche“ in München, bei denen unter dem Motto „Ruhm und Ehre dem deutschen Soldaten“ bis zu 150 Neonazis aus dem ganzen Bundesgebiet aufmarschierten.

Die Partei „Die Rechte“

„Die Rechte“ wurde als Alternativpartei zur NPD, beziehungsweise der Fusion von NPD und „Deutsche Volkunion“ (DVU), unter Federführung des bundesweit bekannten Neonazis **Christian Worch** und ehemaligen Mitgliedern der inzwischen aufgelösten DVU Ende Mai 2012 in Hamburg

gegründet. Worch ist der aktuelle Bundesvorsitzende der ca. 500 Mitglieder zählenden Partei. Mittlerweile sind auch viele Kameradschaftsaktivisten Mitglieder, die damit auf Organisationsverbote wie zum Beispiel dem des „Nationalen Widerstand Dortmund“ (NWDO) in Nordrhein-Westfalen (NRW) reagierten. In NRW ist die Neonazipartei bislang am aktivsten und gilt dort vielen Expert_innen als Nachfolgeorganisation unter anderem eben jenes verbotenen NWDO. Inhaltlich nationalistisch und rassistisch will „Die Rechte – so die Selbstdarstellung – „radikaler als die Republikaner und die ‚Pro Bewegung‘ sein, aber weniger radikal als die NPD“. Name und Logo sind bewusst an die Partei „Die Linke“ angelehnt, um einen „Gegenpol“ zu schaffen. Es finden sich gängige Forderungen beziehungsweise Programmpunkte der extremen Rechte wieder, etwa die „Wahrung der deutschen Identität“, die „Aufhebung der Duldung von Ausländern“ und der „Schutz des Volkes vor Übergriffen“. Doch das insgesamt vermutlich bewusst bieder gehaltene Parteiprogramm ist wohl nicht mehr als Makulatur, ebenso das darin befindliche Bekenntnis zum Grundgesetz. Viel wichtiger sind die Aktionen im öffentlichen Raum und gezielt eingesetzte Provokationen, um in die Medien zu kommen.

Ausbau der bayerischen Strukturen

Nach der Bildung des Münchner Kreisverbandes im Jahr 2014 folgten zwischen Januar und Mai 2015 die Gründungen von Kreisverbänden in Nürnberg, Bamberg und Rosenheim. Die Bildung eines Landesverbandes Bayern fand beim Landesparteitag Pfingsten 2015 statt. Der bis dahin schleppende Aufbau der Parteistrukturen wurde also forciert. Ein ehemaliger Gasthof im unterfränkischen Kollitzheim/Ortsteil Stammheim (Landkreis Schweinfurt) sollte zudem als Geschäftsstelle, Veranstaltungsort und Unterkunft für Aktivist_innen der Partei dienen. Dies allerdings wurde seitens der Behörden verboten.

Ende Oktober 2015 gingen die bayerischen Behörden mit einer umfangreichen Razzia gegen neonazistische Strukturen in Mittel- und Oberfranken vor. Bei den Durchsuchungen von 12 Wohnungen wurden u.a. Propagandamaterial, Baseballschläger, Hieb- und Stichwaffen, zwei so genannten Kugelbomben (in Osteuropa hergestellte, höchst explosive Feuerwerkskörper) und eine scharfe Pistole samt Munition gefunden. Unter den rund ein Dutzend Betroffenen befanden sich auch Aktivisten aus dem Kreisverband Bamberg der Partei „Die Rechte“. Geplant waren wohl ein Anschlag auf ein linkes studentisches Café und ein so genanntes Rückführungszentrum für Geflüchtete aus Balkanstaaten ohne Bleibeperspektive. 2016 gingen die Aktivitäten der neonazistischen Partei merklich zurück, die ein Jahr vorher gegründeten Kreisverbände sind kaum mehr aktiv. [REDACTED] ist ins niederbayerische Straubing gezogen wo er beabsichtigt ein nationales Transportunternehmen aufzubauen.

„Der Dritte Weg“ (seit 2013)

Seit September 2013 organisierten sich süddeutsche Neonazis in der neuen Partei „Der Dritte Weg“. Für den Fall des (erwarteten) Verbots des neonazistischen Netzwerks „Freies Netz Süd“ gab es damit eine neue Perspektive.

Die Gründung

Am Anfang stand eine Pressemitteilung, veröffentlicht im Oktober 2013 auf der Website des neonazistischen Kameradschaftsverbands „Freies Netz Süd“ (FNS, Bayern) und auf Seiten wie dem „Infoportal 24“ aus den Kreisen des „Aktionsbüros Rhein-Neckar“ (Baden-Württemberg/Vorderpfalz): Darin heißt es, dass am 28. September 2013 „über ein Dutzend Aktivisten“ bei einem Treffen in Heidelberg „in harmonischer Atmosphäre“ eine „neue parteipolitische Plattform“ geschaffen hätten – die Partei „Der Dritte Weg“ (DIIIW).

Der Name

Der Name „Der Dritte Weg“ hat eine längere Geschichte in der deutschen und internationalen Rechten. Unter anderem war er Titel der Parteizeitung der „Freisozialen Union – Demokratischen Mitte“ (FSU), in der ab 1970 die freiwirtschaftlichen Lehren [REDACTED] diskutiert wurden. Für Blockfreiheit und für eine Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus traten die FSU-ler damals ein, was durchaus deckungsgleich mit den Inhalten nationalrevolutionärer Netzwerke der 1980er und 1990er Jahre war. „Junge Nationaldemokraten“ (JN), „Sozialrevolutionäre Arbeitsfront“ (SrA) und andere deutsche Neonazis orientierten sich damals an der britischen Partei „International Third Position“ (Third way) oder der italienischen „Terza Posizione“.

Das Programm

„Die Betonung der Parteiausrichtung“, so schreibt der „DIIIW“ in seiner Gründungserklärung, liege „auf einem sozialistischen Programm, das einen nationalrevolutionären Charakter Ausdruck verleiht“ (Fehler i. O.). Schon formal erinnern die zehn Ziele im extrem knapp gehaltenen Parteiprogramm an eine komprimierte Version der 25-Punkte der NSDAP. Unter anderem mit den Forderungen nach „Verstaatlichung sämtlicher Schlüsselindustrien, Betrieben der allgemeinen Daseinsfürsorge, Banken, Versicherungen sowie aller Großbetriebe“ und „Wiedereinführung der Todesstrafe“ tauchen auch Inhalte von damals wieder auf. Zu diesem „Deutschen Sozialismus“ kommen querfrontlerische Töne („Austritt Deutschlands aus der NATO“) sowie die völkische Forderung nach „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“. Punkt neun, „Schaffung einer Europäischen Eidgenossenschaft“, gleicht dem Punkt fünf der sieben Ziele der „Europäischen Aktion“ (EA). Diese Organisation, die der Schweizer Holocaustleugner [REDACTED] auch in Bayern aufbaut, wirbt auf der Internetpräsenz des „dritten Wegs“ mit einem eigenen Banner.

Die Funktion

Damit dürfte sich in nächster Zeit wohl kaum ein größeres Wähler_innenpotential erschließen lassen. Aber eine Vergrößerung strebt die neue Splitterpartei offensichtlich auch gar nicht an: Interessierte können lediglich eine „Fördermitgliedschaft“ beantragen, aber nicht der Partei beitreten. Dazu passt, dass die Partei aus der Ablehnung der (parlamentarischen) Demokratie keine Hehl macht: „Mit diesem Irrglauben beseelt hält man viele gutgläubige Nationalisten seit Jahren am Narrenband“.

Dass man „neben dem Aufbau einer wahlpolitischen Alternative“ auch Politik „auf der Straße“ vertreten sowie „sich kulturell betätigen“ und „Sport- und Freizeitangebote“ anbieten möchte, deutet auf einen ganz anderen Schwerpunkt hin: die Aktivitäten neonazistischer Kameradschaften können zukünftig unter einem neuen Deckmantel durchgeführt werden.

Das FNS und die neue Partei

Kein Wunder, dass die Neonazis aus dem „Freien Netz Süd“ von Anfang an zu den wichtigsten Träger_innen der neuen Struktur gehörten. Nach den Razzien im Juli 2013 und Ermittlungen in einem Vereinsverbotsverfahren suchten die Mitgliedsgruppen des FNS nach neuen Organisationsformen und gingen dabei unterschiedliche Wege. In Fürth („Bürgerinitiative Soziales Fürth“, BiSF), München („Bürgerinitiative Ausländerstopp“, BIA), Augsburg (BIA) und zum Teil in der Oberpfalz („Bürgerinitiative Soziale Alternative Oberpfalz“, BiSAO) setzten die Neonazis auf lokale, parteiähnliche Strukturen. Überregional wurde parallel dazu die Organisation als „DIIIW“ vorangetrieben.

Beim „Heldengedenkmarsch“ des FNS am 16. November 2013 im nordbayerischen Wunsiedel waren erstmals mehrere Transparente mit der neuen Parteibezeichnung unterschrieben. Eine Woche später hielt FNS-Aktivist [REDACTED] [REDACTED] (ehemals Regnitzlosau-Oberprex) beim Aufmarsch gegen

Asylsuchende im thüringischen Greiz seine Ansprache bereits als offizieller Vertreter der „Partei“. Nach Angaben des „Antifaschistischen Infobüros Rhein-Main“ ist auch FNS-Aktivist [REDACTED] (Unterschleißheim) bei seiner Rede beim Neonaziaufmarsch im rheinland-pfälzischen Remagen am 23. November 2013 erstmals als Vertreter der „Dritter Weg“-Partei angekündigt worden. Und das „Freie Netz Süd“ bezeichnete auf seiner Website mittlerweile auch den FNS-Kader M [REDACTED] F [REDACTED] (Fürth) als Vertreter des „DIIIW“.

Nach eigenem Bekunden verfügt die Neonazipartei DIIIW mittlerweile über 21 so genannte „Stützpunkte“ (statt Landes-, Bezirks-, Kreis- oder Ortsverbänden). In der Anfangszeit gehörte aber Bayern eindeutig zum Hauptbetätigungsfeld.

Mit der Organisierung in einer Partei wiederholt sich in gewisser Weise der Prozess von 2004, als nach dem Verbot der neonazistischen „Fränkischen Aktionsfront“ (FAF) ihre führenden Kader (wie M [REDACTED] F [REDACTED] die politische Arbeit vorübergehend in den Strukturen von NPD und JN leisteten. Von 2009 bis 2014 waren FNS-Aktivist_innen maßgeblich an der Organisierung von Aufmärschen in Bayern beziehungsweise im süddeutschen Raum zum 1. Mai beteiligt. Für 2015 rief der „Dritte Weg“ zu einem „Arbeiterkampftag“ gegen „Überfremdung, Kapitalismus und Volkstod“ am 1. Mai im thüringischen Saalfeld auf. Als Redner des „Dritten Wegs“ wurden dabei auch einige Kader der früheren FNS-Struktur angekündigt.

Die personelle Kontinuität wurde auch bei einer Aktion am 28. Februar 2015 in München-Giesing überdeutlich. Die Kundgebung des „Dritten Wegs“ unter dem Motto „Schluss mit dem Völkermord an uns Deutschen“ hatte der langjährige FNS-Kader [REDACTED] aus Nürnberg angemeldet. Als Versammlungsleiter fungierte [REDACTED] (Aktionsbund Freising/FNS) und Redebeiträge kamen unter anderem von [REDACTED] (ehemals presserechtlich Verantwortlicher der FNS-Homepage) und dem verurteilten Rechtsterroristen [REDACTED] (Kameradschaft München-Nord/FNS).

Die Konkurrenz – NPD und „Die Rechte“

Die NPD kann heute eine solche Möglichkeit längst nicht mehr bieten. Der „Dritte Weg“ versandte eine weitere Erklärung, nach der die Nationaldemokrat_innen wegen „fiese(r) Machenschaften einer Funktionärsclique“ nicht mehr die „Heimathafen-Funktion und den Anspruch der einzigen nationalen Wahlpartei“ innerhalb des „Nationalen Widerstands“ erfüllten. Der Münchner „Stützpunkt“ (Stützpunktleiter: [REDACTED] der neuen Partei lästerte, die „bisherigen nationalen Parteien, wie beispielsweise die NPD“, seien „aus verschiedenen Gründen keine wirkliche Alternative zum heutigen Zeitgeist mehr“.

Ein Beitritt zur Neonazipartei „Die Rechte“ war im Süden ebenfalls keine Option. Ihr Gründer **Christian Worch** ist beim „Freien Netz Süd“ wegen früherer Vorwürfe bezüglich einer angeblichen Kooperation mit „Spitzeln“ verhasst, und der in Bayern für den Aufbau der Landesstrukturen verantwortliche [REDACTED] ein Intimfeind seit vielen Jahren.

Personen

[REDACTED]

Der 1979 in Freital geborene und später in Wilsdruff wohnende [REDACTED] war bis zum Verbot der „Blood & Honour“-Division Deutschland im Jahr 2000 Mitglied der B&H-Sektion Sachsen. Stefan Aust und Dirk Laabs nennen [REDACTED] sogar „Urmitglied von Blood & Honour Sachsen“ (Aust, Laabs: 840). Nach antifaschistischen Informationen war [REDACTED] auch Teilnehmer vieler Treffen der B&H Sachsen-Sektion sowie der Ex-Sektion. Auf einem Foto eines Fußballturniers von B&H und den „88ern“ (Chemnitz) ist [REDACTED] in der B&H-Mannschaft Sachsen zu sehen. [REDACTED] dürfte Kontakt zu

Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und **Beate Zschäpe** gehabt haben, zählten zu seinen Mitkameraden bei der „B&H-Sektion Sachsen“ damals doch unter anderem **Jan Werner** und [REDACTED] sowie der mit **Zschäpe** befreundete **Thomas Starke**.

[REDACTED] gehörte zu den Beschuldigten in einem Ermittlungsverfahren wegen neonazistischen CDs, die die Behörden im November 1998 in Hannover abgefangen hatten. Dafür wurde schließlich der Chemnitzer **Jan Werner** verurteilt, das Verfahren gegen [REDACTED] nach Jugendgerichtsgesetz eingestellt.

Von ca. 1998 bis mindestens 2001 betrieb **Jan Werner** das Label „Movement Records“ (MR) zusammen mit unter anderem [REDACTED] so warf es ihm die Staatsanwaltschaft Dresden im „Landser“-Verfahren vor, betreute für MR unter anderem das Postfach.

[REDACTED] war schließlich mitbeteiligt am konspirativen bundesweiten Vertrieb der (von **Jan Werner** produzierten) „Landser“-CD „Ran an den Feind“, inklusive Abholen der CDs, Verschicken und Geld einkassieren. Mit dem „Landser“-Bandmitglied [REDACTED] **W** [REDACTED] soll [REDACTED] auch befreundet gewesen sein. Im Herbst 2000 ermittelte der Generalbundesanwalt beziehungsweise das LKA Berlin wegen Volksverhetzung in zwölf Songs der besagten CD. Bei diesen Ermittlungen zum „Landser“-Verfahren ergab sich, dass [REDACTED] auch im Telefonverzeichnis von **Thomas Starke** eingetragen war. Von den CD-Vertreibern wurde unter anderem auch ein CD-Exemplar, nebst Infos über verdeckte Bestellmaßnahmen, vorab an den Szeneladen von **Ralf M** [REDACTED] in Zwickau geschickt. Übergaben von CDs und Geld zwischen [REDACTED] und den Großbesteller_innen fanden konspirativ an Autobahnraststätten und -abfahrten statt.

Im Jahr 2001 organisierte [REDACTED] zusammen mit **Jan Werner** – in der Nähe seines Wohnorts – in Limbach ein neonazistisches Skinhead-Treffen. An diesem soll auch **André Eminger** teilgenommen haben.

Ab 2004 war [REDACTED] neben **Jan Werner, Thomas Starke, [REDACTED]** und **Ralf M** [REDACTED] Angeklagter im Verfahren am Landgericht Dresden. Am 3. Juni 2005 wurde [REDACTED] der auch Einlassungen gemacht hatte, zu einer Bewährungsstrafe von einem Jahr verurteilt.

Zu dieser Zeit lebte [REDACTED] schon einige Jahre in München. Dort nahm er an einer Vielzahl von Kundgebungen der „Kameradschaft Süd“ oder anderer rechter Gruppen teil. Am 31.5.2003 stellte er sich beispielsweise mit einem T-Shirt der Band „Skrewdriver“ des „Blood&Honour“-Gründers [REDACTED] [REDACTED] zusammen mit den Aktivist_innen der „Kameradschaft Süd“ und der „Fränkischen Aktionsfront“ (FAF) auf die Kundgebung „Freiheit für alle Nationalisten“ am Münchner Justizpalast.

Brandt, Tino

Der 1975 geborene Neonazi **Tino Brandt** zog im Jahr 1993 aus Saalfeld nach Regensburg. In einem Kaufhaus begann er eine Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann. In der Freizeit beteiligte er sich am Aufbau mehrerer neonazistischer Gruppen. In Regensburg versuchte er eine Gliederung der neonazistischen Kleinpartei „Nationaler Block“ (NB) zu gründen, für den damals u. a. [REDACTED] [REDACTED] in Bayern öffentlich agiert. In dem Kaufhaus, in dem **Brandt** arbeitet, werden zwischen Waschmittelpaketen antifaschistische Flugblätter gefunden. Inhalt: „Hier bedient Sie **Tino Brandt** – ein faschistischer Krimineller.“ Zwei Personen werden festgenommen. **Tino Brandt** erstattet Anzeige. Die Staatsanwaltschaft übernimmt und klagt zwei Antifaschist_innen an. Die Nazigegner_innen werden im Februar 1994 zu Geldstrafen verurteilt. **Brandt** wird in Regensburg jedoch gekündigt. Er wechselt eigenen Angaben zufolge angeblich in einen Thüringer Sparmarkt.

Doch auch in Landau an der Isar hält sich **Brandt** zu zeitweilig auf, hier wirkt zu der Zeit [REDACTED] [REDACTED] (Mienbach) für den „Nationalen Block“ (NB). [REDACTED] engagiert sich heute für das vermeintlich

„ökologische“ Rechtsaußen-Projekt „Umwelt und Aktiv“, als Referent trat er beim „Runden Tisch Niederbayern“ auf.

Tino Brandt zog schließlich nach Coburg, wohnte im Hahnweg und arbeitete beim extrem rechten „Nation und Europa“-Verlag des rechten Multifunktionärs **F. D.** in der Bahnhofstr. 25. Der Coburger **F. D.** damals Herausgeber des wichtigen extrem rechten Theoriemagazins „Nation Europa“, soll zu dieser Zeit einige der späteren Mitglieder des NSU als Fahrer oder Security beschäftigen oder anderweitig unterstützen. Und er kauft, nach seinen Angaben „auf Bitten von **Tino Brandt**“, Mitte Juli 1996 ein 2180 Quadratmeter großes Gelände im nahe der bayerischen Grenze gelegenen thüringischen Kahla. Nach Berichten des MDR treffen sich schon seit Frühsommer des gleichen Jahres auf diesem Gelände regelmäßig Neonazis aus Jena und Saalfeld zu paramilitärischen Übungen. Auf Fotos wollen Zeugen später den langjährigen Leiter der Jenaer Kameradschaft **Andre K.** (Name bekannt) sowie **Uwe Böhnhardt** erkennen. Drei Monate später geht **Böhnhardt** in den Untergrund.

Brandt hatte aber noch einen anderen Dienstherrn: Von 1994 bis zur Enttarnung durch Medienberichte im Mai 2001 arbeitete er als V-Mann für das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, unter anderem unter den Decknamen „Otto“ und „Quelle 2045“ beziehungsweise „Quelle 2150“.

Am 3. August 1996 sind mutmaßliche Mitglieder und Unterstützer des NSU bei einem Neonazi-Konzert in Ebersdorf bei Coburg anwesend. Wie der „Mitteldeutsche Rundfunk“ (mdr) im Jahr 2012 veröffentlichte, habe **Tino Brandt** dieses Konzert und andere Skinhead-Konzerte „quasi für den Verfassungsschutz“ mitorganisiert. Der Geheimdienst sei dann bei den Konzerten vor Ort gewesen, das Konzert bei Coburg habe sogar mit Einverständnis des Verfassungsschutzes länger dauern dürfen.

In Coburg baute **Brandt** zusammen mit **[REDACTED]** analog zum „Thüringer Heimatschutz“ (THS) den „Fränkischen Heimatschutz“ (FHS) auf. Heute noch ist die verhältnismäßig große Kameradschaft auf bayerischen Neonaziaufmärschen dabei. Im Internet bedrohte die Gruppe im Sommer 2012 ein antifaschistisches Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung in der Franken-Akademie Schloss Schney mit der Parole: „Breivik, übernehmen Sie!“

Brehme, Mario

Brandts Stellvertreter bei der „Anti-Antifa Ostthüringen“ und beim „Thüringer Heimatschutz“ (THS) war **Mario Brehme** (Rudolstadt). **Brehme** besucht am 23. März 1996 in Coburg ein „Südafrika“-Treffen. In Coburg ist der Sitz des heute noch aktiven, „Hilfskomitees Südliches Afrika“ (HSA), das einst die südafrikanische Apartheidpolitik unterstützte, beziehungsweise ihr später hinterhertrauerte. **Mario Brehme** reiste in dem Jahr nicht nur nach Coburg, sondern auch nach Bayreuth, in das Vereinshaus einer Burschenschaft. Im Juli begann er dann seinen Wehrdienst bei der Bundeswehr im oberbayerischen Traunstein.

Jahre später zog der THS-Topkader **Brehme** während seines Jurastudiums bei der völkischen Burschenschaft „Thessalia Prag zu Bayreuth“ ein. Der Mitgliedsbund der extrem rechten „Burschenschaftlichen Gemeinschaft“ (BG) hatte schon mehrere extrem Rechte in seiner „Aktivitas“, unter anderem **[REDACTED]** (später aktiv für das „Freie Netz Süd“) und den zeitweiligen NPD-Aktivisten **[REDACTED]** **[REDACTED]** betreibt heute mit **[REDACTED]** **[REDACTED]** ehemals Sänger der Neonaziband „Noie Werte“ (mit einem Song von „Noie Werte“ ist eines der NSU-Bekennervideos unterlegt), eine Rechtsanwaltskanzlei in Weißenstadt bei Wunsiedel. In den bayerischen Verfassungsschutzberichten der letzten Jahre suchte man die „Thessalen“ dennoch vergebens.

██████████ ██████████

Zu den Neonazis, die die Münchner und südbayerische Szene bedeutend geprägt haben, gehört ██████████ B██████████. Der in Bochum geborene ██████████ trat 1944 mit 15 Jahren als Freiwilliger in die Waffen-SS ein. Ab 1969 war ██████████ NPD-Mitglied, wo er als Mitglied des radikalen Flügels gegen die damalige Parteispitze opponierte. 1971 wurde er ausgeschlossen und gründete die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands“ (VSBD/PdA) in München.

Kurz nach dem Oktoberfestattentat versuchte die Führungsriege der neonazistischen Partei, Waffen und Munition zu besorgen. ██████████ (VSBD) überfiel im Oktober 1980 eine Bank in Zwingenberg. An Heiligabend 1980 erschoss ██████████ zwei Schweizer Grenzbeamte bei einem Waffentransport. Andere Mitglieder der VSBD attackierten im September 1981 als „Kommando ██████████“ eine Bank in Rennerod. Und als „Kommando Omega“ starteten fünf VSBD-Mitglieder um ██████████ ██████████ im Oktober 1981 von München aus zu einem erneuten Bankraub nach Rennerod, wurden jedoch kurz nach der Abfahrt von der Polizei gestellt. Östlich von München, in der Putzbrunner Straße, lieferten sie sich eine Schießerei mit Polizeibeamten; zwei Neonazis kamen dabei ums Leben. ██████████ wurde unter anderem wegen Verstoßes gegen das Sprengstoffgesetz, Volksverhetzung und Mitwisserschaft bei einem Banküberfall verurteilt, später kam eine Verurteilung wegen Weiterführung der verbotenen ANS/NA hinzu. ██████████ trat er in die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) ein und wurde 1988 deren Vorsitzender. Nach dem FAP-Verbot im Februar 1995 trat ██████████ vor allem als Kundgebungs- und Veranstaltungsredner bei der NPD wie auch bei parteiunabhängigen Neonazis auf; daneben gab er Mitteilungsblättchen heraus („Politische Hintergrund Informationen“) und betrieb von München aus das „Nationale Infotelefon Bayern“.

Im Jahr 2001 hetzte ██████████ auf Kundgebungen in Essen und Karlsruhe: „Wenn Deutschland judenfrei ist, brauchen wir kein Auschwitz mehr“. Außerdem forderte er die Wiedereinsetzung der NS-Diktatur. Dafür wurde er zu einer Haftstrafe von 28 Monaten verurteilt. Im Februar 2004 berichtete ██████████ in einem „Rundbrief“ aus der JVA Bernau seinen Anhänger_innen, er habe im Gefängnis ██████████ kennen gelernt. ██████████ besitze sein „vollstes Vertrauen“, schrieb ██████████ „meinen Platz in der Führung des Nationalen Widerstandes einzunehmen“. Aus der Gefängniszelle gab ██████████ die Anweisung, „engen Kontakt mit der einzigen Nationalen außerparlamentarischen Opposition, der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)“ zu halten, die „als Phalanx des nationalen Befreiungskampfes eines Tages die Mitverantwortung für die Gestaltung unseres künftigen Staates tragen wird“. Tatsächlich trat ██████████ im Oktober 2004 in die NPD ein, wo er zeitweise Mitglied des bayerischen Landesvorstandes und stellvertretender Bundesvorsitzender der Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ wurde.

Im Oktober 2006 wurde B██████████ vom NPD-Bundesvorsitzenden ██████████ (Moosburg an der Isar) höchstpersönlich wieder in die NPD aufgenommen. Wegen einer Krebserkrankung und der notwendig gewordenen Pflege zog ██████████ von München nach Passau, wo er 2008 im Alter von 79 Jahren starb. Zu seiner Beerdigung erschienen führende Neonazis, u. a. ██████████ oder ██████████. Seither war und ist das Busse-Grab auf dem Friedhof in Patriching bis heute regelmäßiger Anziehungspunkt für Neonazis aus dem „Freien Netz Süd“ und der Partei „Der dritte Weg“.

██████████ ██████████

Die 1970 in Kronach geborene ██████████ gehörte in den 1980er Jahren zur Skinszene in Kronach (und kannte auch den Kronacher ██████████). Mitte/Ende der 1990er Jahre wurde ██████████ südlich ihres neuen bayerisch-schwäbischen Wohnorts Erolzheim in der Neonaziszene des Allgäus aktiv. Auf einer handschriftlichen Telefonnummern- und Kontaktdatenammlung, die **Uwe Mundlos** bei der Flucht 1998 in der von **Beate Zschäpe** angemieteten Garage hinterließ, hatte **Mundlos** Namen und Kontaktdaten von ██████████ (mit ihrer ██████████ Adresse) handschriftlich notiert. In der Garage wird

auch ein Ordner mit Unterlagen zur geplanten Gründung des Vereins „National Politisches Forum“ gefunden, an dessen Vorarbeiten neben **Mundlos** auch [REDACTED] beteiligt gewesen sein soll.

[REDACTED] beziehungsweise [REDACTED] war bis mindestens 2007 eine wichtige Aktivistin der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“ (HNG); als solche schrieb sie am 11. Januar 1997 einen Brief an Uwe Mundlos. In dem Schreiben bedankte sich [REDACTED] dass Mundlos die Unterlagen eines [REDACTED] überarbeitet und geprüft habe und dass es erfreulich sei, „dass Ihr bei den leidigen Hausdurchsuchungen vorgesorgt habt. Denn leider gibt es einige Kameraden, welche nicht so informiert sind.“ Aufgrund ihrer Aktivitäten verfügt [REDACTED] über zahlreiche Kontakte in der bundesweiten Neonaziszene. 1998 zieht [REDACTED] mit ihrem Ehemann Ma [REDACTED] nach Brandenburg. Im Jahr 2000 ist [REDACTED] Inhaberin des ersten Postfachs des neonazistischen Fanzines „Der weiße Wolf“, das wiederum im oberfränkischen Kronach angesiedelt ist. Im „Weißen Wolf“ erscheint im Jahr 2001 der Gruß „Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen ;-). Der Kampf geht weiter...“ Dann zieht [REDACTED] zusammen mit ihrem Ehemann Ma [REDACTED] nach Neustrelitz (Mecklenburg-Vorpommern) um. 2005 veröffentlicht sie im „Weißen Wolf“ noch einen Artikel. 2013 verlegt [REDACTED] ihren Wohnsitz wieder zurück nach Kronach.

[REDACTED] D [REDACTED]

Der 1975 in Zeulenroda geborene D [REDACTED] F [REDACTED] ist der Bruder von [REDACTED] und damit der Schwager des im NSU-Prozess angeklagten **Ralf Wohlleben**. [REDACTED] leistete vom 1. Juli 1994 bis zum 30. Juni 1995 seinen Grundwehrdienst beim 2. Gebirgsjägerbataillon 231 in Bad Reichenhall (Oberbayern) ab. Von 1995 bis 1998 wohnte [REDACTED] in Nürnberg, danach an anderen bayerischen Orten, wahrscheinlich auch einmal in München. Er hat für zehn Arbeitgeber (Speditionen und Zeitarbeitsfirmen) in Bayern gearbeitet, unter anderem in München, Eching und Nürnberg. Nach eigenen Angaben hatte er ein kurzes, zwei bis drei Wochen dauerndes Verhältnis mit **Beate Zschäpe** im Sommer vor deren Flucht (ca. Sommer 1997). Von Ende 2005 bis Januar 2007 betrieb I [REDACTED] das Restaurant „Zur Bergbahn“ in Oberweißbach (Thüringen), Herkunftsort der ermordeten Polizistin Michèle Kiesewetter. In diesem Zeitraum fanden in der Kneipe mehrere Veranstaltungen aus dem neonazistischen Spektrum statt.

[REDACTED]

Der 1970 in Jena geborene [REDACTED] war der ehemalige Lebensgefährte von [REDACTED] Ehefrau des im NSU-Prozess Angeklagten **Ralf Wohlleben**. Um 2003 gehörte er der Naziskinheadszenen in München an und geriet wegen „Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ in den Fokus polizeilicher Ermittlungen.

[REDACTED]

[REDACTED] (Riemerling) ist als Kopf der neonazistischen Musikprojekte „Blutweihe“, „Sturmflagge“ und „Edelweiss“ ab den frühen 1990er Jahren so gut ins bundesdeutsche Neonazimusiknetzwerk eingebunden, wie sonst nur wenige. 1996 wurde [REDACTED] vom „Hamburger Sturm“ zu seiner damaligen Band „Blutweihe“ interviewt. Ein paar Seiten weiter bewarb das Blatt die frühe Internetpräsenz des rechtsterroristischen „Combat 18“-Netzwerks. Acht Jahre später, Ende 2004 (und mehr als vier Jahre nach dem „Blood & Honour“-Verbot) berichtete das Magazin des internationalen B&H-Netzwerks in einem eigenen Artikel über ihn, seinen Gerichtsprozess „against a Jewish TV-company“ und über seine musikalischen Aktivitäten. In der CD-Sektion derselben Ausgabe wurden gleich zwei der CDs von Gross' Projekten beworben.

[REDACTED]

[REDACTED] wurde 1977 in Straubing geboren. [REDACTED] war mit seinem Freund [REDACTED] Verantwortlicher der „Kiesgrubenparty“ 1994, der ersten bekannten polizeilichen Feststellung von

Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in Bayern. [REDACTED] stand 1998 auf der Telefonliste von **Uwe Mundlos** mit Festnetznummer und Adresse in Straubing.

[REDACTED] Ralf

[REDACTED] und Zwickauer Neonazis fuhren im April 1997 nach Stockheim bei Kronach. **[REDACTED]** dürfte den Ort gekannt haben, denn 1996 hatte er hier schon mit seiner Band „Westsachsengesocks“ gespielt. Nun sollte hier in der „Alten Zeche“ ein erneutes Neonazikonzert stattfinden. **[REDACTED]** verkaufte auf dem bayerischen Neonazikonzert 90 Exemplare der ersten Ausgabe seines „Voice of Zwickau“-Heftes. Im nächsten Heft von „Voice of Zwickau“, in dem **Uwe Mundlos** den Artikel „Pressfreiheit, das Recht zu lügen...?“ geschrieben haben soll, bewarb **[REDACTED]** mehr Neonazistisches aus Bayern, zum Beispiel das Zine „Lokalpatriot“ aus Bamberg oder die Band „Hate Society“ aus Franken. **[REDACTED]** schrieb über Musiker der Neonazibands „Faustrecht“ (Mindelheim) und interviewte auf vier Seiten „Sturmtrupp“ aus Neuburg an der Donau. Er veröffentlichte aber auch einen Rückblick auf den großen Neonaziaufmarsch am 1. März 1997 in München. Auch **Uwe Mundlos** und der THS waren damals gegen die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“ aufmarschiert. Am Ende schickte **[REDACTED]** auch Grüße in den Südosten, an „die Allgoier und das restliche Gesocks aus Bayern“. Auch umgekehrt ist das so gelaufen: Als das neonazistische Musikmagazin „Noie Deutsche Welle“ im Januar 1998 die bayerische Band „Hate Society“ interviewte, grüßte diese unter anderem auch **[REDACTED] + Zwickau**. Ungeklärt ist bis heute die Bedeutung der Fahrt eines Fahrzeugs der Firma **Ralf [REDACTED]** nach München am Tattag der Ermordung von H. Kilic 2001.

[REDACTED]

Der im oberfränkischen Bad Staffelstein, unweit der Grenze zu Thüringen geborene **[REDACTED]** schrieb 1996 aus der Justizvollzugsanstalt Bernau fünf Briefe an **Uwe Mundlos**. **[REDACTED]** soll an der Nummer vier des Neonazifanzines „Der weiße Wolf“ mitgearbeitet haben. Jedenfalls findet sich in dieser Ausgabe ein Gruß von **[REDACTED]** an „**Uwe Memdlos-Jena**“, womit **Uwe Mundlos** gemeint sein dürfte. In dieser Ausgabe weisen die „Der weiße Wolf“-Macher_innen auf die Internetseiten von „Blood & Honour“, „Combat 18“ und auf britische Fanzines aus diesem Umfeld hin.

[REDACTED] C [REDACTED]

[REDACTED] stammt aus Chemnitz und gehörte dort der neonazistischen Szene an. Der NSU-Unterstützer Thomas Starke hat über **[REDACTED] Hc [REDACTED] [REDACTED]** kontaktiert, um das NSU-Kerntrio von August 1998 bis April 1999 in der Altchemnitzer Straße unterzubringen. Ein Überweisungsbeleg **[REDACTED]** für diese Wohnung wurde im Brandschutt der Zwickauer Frühlingsstraße aufgefunden. Als Zeitsoldat war **[REDACTED]** später in Schwalmstadt stationiert, heute ist er in München wohnhaft. Am 1. 1. 2012 schickte **[REDACTED] H [REDACTED]** folgende SMS an **[REDACTED] [REDACTED]** „Wünsch Euch und unseren Familien ein gesundes neues zionfreies Jahr 2012! Auf das alle unsere jahrelangen Wünsche in Erfüllung gehen... Heil Euch.“

Se [REDACTED] K [REDACTED]

Der 1974 geborene **[REDACTED] S [REDACTED]** wohnte bis zum Jahr 2000, also auch zur Zeit des Abtauchens von Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe, in Chemnitz. Der ehemalige Freund von Mandy Struck war mit Mario Brehme zeitgleich zur Ableistung des Grundwehrdienstes bei der Bundeswehr in Manching. Ab 20. August 2001 verfügte **[REDACTED]** über Meldeanschriften in München. Von 2003 bis 2006 soll er wegen politischen Straftaten in der bayerischen JVA Landsberg am Lech inhaftiert gewesen sein. Die Zielfahndung des TLKA soll **[REDACTED]** im Herbst 2000 zu Erkenntnissen über den Aufenthalt der Untergetauchten befragt haben. Direkt nach der Ansprache habe **[REDACTED]** dann seine Wohnung verlassen und von einer Telefonzelle in der Lutherstraße Chemnitz telefoniert. Die Hintergründe zu diesem Telefonat konnten nie aufgeklärt werden.

Der 1961 geborene [REDACTED] stammt aus Hannover und war mindestens seit den 1980er Jahre in neonazistischen Organisationen Bayerns aktiv. Unter anderem gehörte er der „Jungen Front“ der VSBD-PdA an, den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) und dem DJBW. Ab 1984 war [REDACTED] „Sektionsleiter Süd“ im „Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers“ (KAH). Das „Handbuch deutscher Rechtsextremismus“ verzeichnet ihn als Mitglied der NSDAP/AO. Für die „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) gab [REDACTED] die Zeitung „Neue Front“ heraus. [REDACTED] gehörte bei der GdNF dem sogenannten „Mosler-Flügel“ an, im August 1986 unterzeichnete er das schwulenfeindliche Manifest gegen M [REDACTED] K [REDACTED]

Bei der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) war [REDACTED] bis 1990 unter anderem stellvertretender Generalsekretär der Bundespartei, Vorsitzender des bayerischen Landesverbandes und gab die Parteizeitung „FAP intern“ mit heraus. Am 3. Juli 1990 gründete der mal in München, schließlich in Stadtbergen bei Augsburg lebende [REDACTED] die „Nationale Offensive“ (NO), bei der er auch Bundesvorsitzender wurde. 150 Mitglieder sammelten sich zunächst mit Schwerpunkt München und Augsburg in der NO, ab 1991 gab es Gruppen unter anderem auch am Bodensee, in Dresden und in mehreren nordrhein-westfälischen Städten. Die NO propagierte ein Zellenkonzept und unterhielt intensive Kontakte zu anderen neonazistischen Gruppierungen im Bundesgebiet. Mitte Dezember 1992 durchsuchten Polizeibeamt_innen Objekte von NO-Mitgliedern im Raum Witten, Bochum und Dortmund und stießen dabei auf Schusswaffen, Sprengsätze und Schwarzpulver. Im Dezember 1992 wurde die NO verboten.

[REDACTED] war einer der führenden Neonazis in Deutschland und organisierte sehr viel für die Szene, in der er bundesweit vernetzt war. Am 26. Juni 1991 führte er in Stuttgart eine Solidaritätskundgebung für den angeklagten NS-Täter [REDACTED] durch. Im August 1991 gehörte er zu den Mitorganisator_innen des Rudolf Heß-Gedenkmarsches. Im März 1992 trat er mit einem Aufmarsch zum Thema „Drogendealer ins Arbeitslager“ in Leipzig in Erscheinung. Ein Aufmarsch in Weimar am 20. Juni desselben Jahres wurde verboten, einen Aufmarsch im August 1993 in Dresden konnte er durchführen.

Im August 1993 fuhr [REDACTED] mit einer insgesamt vierköpfigen NO-Delegation nach Moskau zu [REDACTED]. Nach dessen Verhaftung inszenierte er später eine Solidaritätskampagne. Ein Jahr nach dem Verbot der neonazistischen Parteien „Nationalistische Front“, „deutsche Alternative“ und „Nationale Offensive“ war [REDACTED] verantwortlich für den Aufruf zu einer „internationalen Solidaritätswoche“ vom 4. bis 11. Dezember 1993 unter dem Titel „Weg mit den Parteienverboten“. In München gab [REDACTED] zu der Zeit die Zeitschrift „Rechtsskampf“ heraus, die einen organisatorischen Zusammenhalt von GdNF und „Nationaler Offensive“ zum Ziel hatte. Ab 1995 soll [REDACTED] dann auch über eine Computermailbox kommuniziert haben.

Im „Stuttgarter Bewegungsprozess“ wegen Fortführung der verbotenen ANS/NA gehörte [REDACTED] neben unter anderem [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] sowie den bayerischen Neonazis [REDACTED] (München), [REDACTED] (München), [REDACTED] (Burk), [REDACTED] (Großostheim), [REDACTED] (Feuchtwangen), [REDACTED] (Helmbrechts), [REDACTED] (Freilassing), [REDACTED] (Gmund-Finsterwald), [REDACTED] (Farchant), [REDACTED] (Bernau am Chiemsee), [REDACTED] (München) und [REDACTED] (Feuchtwangen) zu den Angeklagten und wurde vom Regensburger Szeneanwalt [REDACTED] verteidigt. Im Frühjahr 1995 verurteilte das LG Stuttgart [REDACTED] zu einer fünfzehnmonatigen Bewährungsstrafe. Die Urteile gegen die Angeklagten fielen insgesamt eher milde aus, unter anderem wegen der Einschätzung der Verfassungsschutzbehörden, die Angeklagten hätten sich teilweise aus dem rechtsextremen Lager gelöst. Auch [REDACTED] erhielt seine Haftstrafe zur Bewährung ausgesetzt, weil er aus der Szene

ausgestiegen sei. Kurz danach nahm der angebliche „Aussteiger“ an einem Führungstreffen bundesdeutscher Neofaschist_innen in Nürnberg teil. Im Oktober 1995 erschien ein Artikel von [REDACTED] in der neonazistischen Postille „Umbruch“.

Einer neonazistischen Publikation („Prozess-Info Nr.3“) zufolge hatte es in Zusammenhang mit dem Stuttgarter Prozess eine Bombendrohung sogenannter „Autonomer Nationalisten Bielefeld“ gegen den Bahnhof Bielefeld gegeben. In der Drohung habe es geheißen, „der Druck könne sich noch steigern“ (Seite 9).

[REDACTED]

Die 1980 als [REDACTED] geborene Ehefrau des im NSU-Prozess-Angeklagten **Ralf Wohlleben** hat ebenfalls eine „bayerische“ Biografie. Zumindest von ca. 1999 bis Ende Dezember 2001 war sie bei der Transportfirma TGM in München-Riem beschäftigt und wohnte zu dieser Zeit in Haar bei München. Sie wohnte also (über die Bundesstraße 304) nur ca. elf Kilometer vom Tatort München, Bad Schachener Straße 14, entfernt, an dem Habil Kiliç am 29. August 2001 ermordet wurde. Ihr damaliger Lebenspartner war noch nicht **Ralf Wohlleben** (den sie im Jahr 2005 heiratete), sondern der ebenfalls der neonazistischen Szene angehörende [REDACTED] (Jena/München). Die gelernte Erzieherin und Speditionskauffrau war von 2003 bis Herbst 2010 aktiv im NPD-Kreisverband Jena. Im Sommer 2011 soll die Familie einen Urlaub auf einem Reiterhof in Fehmarn geplant haben, zeitgleich mit dem Aufenthalt des NSU-Kerntrios auf der Insel. Der Urlaub der Familie kam aber letztlich nicht zustande. Seit der Inhaftierung von Wohllebens Ehemann Ralf (2011) gibt es Spendenaufrufe der neonazistischen Szene für ihn und seine Familie.

Revisionismus: Thematischer Kitt für die Szene

Vorbemerkung

Die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes, seiner Repräsentanten und Organisationen, wie SS und Wehrmacht, verhinderten nach 1945 einen breiteren gesellschaftlichen Zuspruch für die extreme Rechte. Das Bestreben dieser Kreise war daher schon immer, diese Verbrechen zu relativieren, die geschichtliche Darstellung zu korrigieren und somit die Repräsentanten des NS zu entlasten.

Revisionistische Kampagnen ermöglichten ein breites internationales Bündnis von Alt- und Neonazis und die Zusammenarbeit verschiedenster Organisationen und Parteien, bei durchaus unterschiedlicher Zielsetzung. So schreibt das Autor_innenkollektiv des Buches „Drahtzieher im braunen Netz“, dass von dieser Revisionismuskampagne für den Nationalsozialismus vor allem ganz stark der nationalsozialistische Flügel der Faschisten profitiert hätte, für den das Infragestellen des Massenmordes an den Juden und die Rehabilitierung der Naziführer ein Baustein auf dem Weg zu Wiederzulassung der NSDAP sei (vgl. Autor_innenkollektiv 1992: 11ff.)

Revisionismus: Holocaustleugner-Kampagne

Von 1990 bis 1993 war München mit der bislang umfangreichsten Kampagne von Holocaustleugner konfrontiert. Die von Organisator [REDACTED] als „Offensive 1990“ bezeichnete Veranstaltungsserie, wurde von ihm unter den Leitsatz „Wille zur Macht“ gestellt. [REDACTED] agierte in Deutschland als Vertreter des deutsch-kanadischen Revisionisten **Ernst Zündel** und als Anlaufstelle für dessen Anhänger. [REDACTED] betrieb über sein AVÖ-Büro mittels Rundschreiben und Pressemitteilungen eine offensive Öffentlichkeitsarbeit und einen umfangreichen Materialversand aus [REDACTED] Samisdat Verlag (Videofilme, Aufkleber Bücher etc.). Die Dachorganisation, das Deutsche Jugendbildungswerk

(DJBW), bezeichnete [REDACTED] als die „gefährlichste, modernste und revisionistischste Jugendgruppe Deutschlands.“

Ausgangspunkt der Kampagne war der so genannte „Leuchter-Report“, ein von den Rechtsanwälten [REDACTED] für einen Prozess Ende der 1980er Jahre in Auftrag gegebenes „Gutachten“, in dem die Existenz von Gaskammern in Auschwitz geleugnet wird. Der britische „Historiker“ [REDACTED] schrieb das Vorwort für die englische Ausgabe. Mit ihm organisierte [REDACTED] 1990 auch eine Vortragstour durch Deutschland.

- Höhepunkt war am 21. April 1990 die Veranstaltung „Wahrheit macht frei“ im Münchner Löwenbräukeller mit ca. 600 Teilnehmenden. Neben [REDACTED] traten dabei [REDACTED] und [REDACTED] als Redner auf. Im Publikum anwesend waren unter anderem M [REDACTED] K [REDACTED] Christian Worch, Manfred Roeder, [REDACTED] und [REDACTED]. Nach Ende der Veranstaltung versuchten 250 Personen, einen Marsch auf die Feldherrnhalle durchzuführen, unter anderem auch M [REDACTED] K [REDACTED]. Mehrere Personen unter ihnen [REDACTED] und [REDACTED] werden festgenommen und gegen Kautions später wieder entlassen. Bei einer Durchsuchung bei Althaus werden hunderte von Videokassetten und seine Korrespondenz mit [REDACTED] beschlagnahmt.
- Für den 11. Mai 1990 hatte [REDACTED] zwei Veranstaltungen in München organisiert. Einmal im Restaurant „Möwenpick“ mit dem Holocaustleugner [REDACTED] und einmal in der Gaststätte „Wilder Mann“ mit M [REDACTED] K [REDACTED].
- Am 30. September 1990 fand in München ein so genanntes revisionistisches Mittagessen mit [REDACTED] dem Anwalt von [REDACTED] und 150 weiteren Personen statt.
- Am 11. November 1990 findet eine „private geschlossene Veranstaltung“ mit ca. 60 Personen statt. Als Redner trat der Pfarrer a.D. [REDACTED] auf und sprach zum Thema „9. November – Schicksalstag der deutschen Geschichte“ [REDACTED] referierte über seine letzten Aktivitäten in der ehemaligen DDR.
- Für den 23. März 1991 hatte [REDACTED] ein als „ Jahrestagung kritischer Zeitgenossen“ getarntes Treffen von Auschwitzleugnern organisiert. Er hatte dazu zunächst die Kongresshalle des „Deutschen Museums“ in München für eine angebliche internationale Multimedia-Show angemietet. Nachdem Antifaschist_innen das Deutsche Museum über den Hintergrund der Veranstaltung informierten, kündigte dieses den Vertrag wegen „arglistiger Täuschung“ und die Stadt München verbot die Versammlung wegen zu erwartender Straftaten.

Bei den juristischen Auseinandersetzungen ließ sich [REDACTED] von den Rechtsanwälten [REDACTED] und [REDACTED] vertreten. An einem Kooperationsgespräch mit dem Münchner Kreisverwaltungsreferat nahm auch [REDACTED] (laut [REDACTED] „ein guter Kamerad“) teil.

Nicht untersagt werden konnte schlussendlich eine angebliche Protestversammlung gegen das Vorgehen des Deutschen Museums. Diese fand dann am 23. März vor der Kongresshalle statt. Unter den rund 350 Teilnehmenden befanden sich u.a. [REDACTED] aus Spanien, [REDACTED] aus Dänemark, Me [REDACTED] S [REDACTED] [REDACTED] und weitere führende Neonazis. Christian Worch und [REDACTED] W [REDACTED] organisierten den Ordnungsdienst. Als Redner traten auf: [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] und sein Anwalt [REDACTED].

Einen Tag vor der Veranstaltung reiste [REDACTED] [REDACTED] nach Deutschland, wurde dann aber in der Wohnung von [REDACTED] verhaftet.

- Als Reaktion auf eine Dursuchungsaktion kündigte [REDACTED] eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Revisionistisches Oktoberfest“ ab dem 21. September 1991 an. 250.000 Flugblätter und 10.000 kostenlose Exemplare des „Leuchter-Reports“ wollte er in München verteilen lassen. Nachdem jedoch bereits die erste Veranstaltung unter dem Motto „Schluß mit der Holocaust-Propaganda – Wahrheit für Deutschland“ durch die Stadt München verboten wurde, zog er seine restlichen Anmeldungen zurück.
- Am 5. November 1991 wollten [REDACTED] und **Christian Worch** eine Demonstration zum Thema „Freispruch für E[REDACTED] Zü[REDACTED]“ vom Strafjustizzentrum bis zum Odeonsplatz durchführen. Diese wird verboten.
- Bei einer von [REDACTED] organisierten Veranstaltung am 14. Januar 1993 in der Gaststätte „Zunfthaus“ spricht [REDACTED] Ein vom Münchner Ordnungsamt erlassener Bescheid mit einem Verbot, über die Judenverfolgung und speziell über die Auschwitzlüge zu sprechen, wird ignoriert, ohne dass dies zu Konsequenzen führt.
- Eine für den 31. Juli 1993 geplante Veranstaltung in der Augustiner Gaststätte in der Münchner Fußgängerzone zum Thema „Kann Bubis Bundespräsident sein?“ wird verboten.

Revisionismus: Proteste gegen die sogenannte „Wehrmachtsausstellung“

Ab dem 24. Februar 1997 war die Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941-44“ sechs Wochen lang in der Münchner Rathaus-Galerie zu sehen. Der Ausstellungseröffnung vorausgegangen waren zum Teil erbitterte Debatten im Münchner Stadtrat. Vor allem die CSU und der „Bund freier Bürger“ (BFB) polemisierten damals gegen das Projekt. Am Ende jedoch hatten mehrere zehntausend Menschen die Ausstellung besucht. Auf dem Marienplatz vor der Galerie kam es immer wieder zum Aufeinandertreffen und zu verbalen wie körperlichen Auseinandersetzungen von Ausstellungsgegner_innen und Befürworter_innen. So fanden sich u.a. [REDACTED] und [REDACTED] samt Gefolgschaft dort ein.

1. März 1997

Es fand aber wenige Tage nach Ausstellungseröffnung am 1. März 1997 auch der seit vielen Jahrzehnten größte Neonazimarsch in der Bundesrepublik mit etwa 5.000 Teilnehmenden statt. Die von der NPD und ihrer Jugendorganisation, den „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), organisierte Demonstration stand unter dem Motto „Unsere Großväter waren keine Verbrecher – Gegen die antideutsche Schandausstellung.“

Alt- und Neonazis, rechte Skinheads und Hooligans, ultrakonservative und reaktionäre Gruppierungen, Funktionäre von Revanchistenvereinen und Burschenschaftler marschierten zwei Stunden durch die Stadt, bis sie schließlich kurz vor Erreichen ihres geplanten Abschlusskundgebungsortes durch eine Blockade mehrerer tausend Münchner und Münchnerinnen gestoppt wurden. Unter den Teilnehmenden waren bekannte wie damals noch weniger bekannte Aktivisten der rechten Szene, so zum Beispiel [REDACTED] bis zu ihrem Verbot 1994 Bundesführer der „Wiking-Jugend“, [REDACTED] (Ex-ANS/NA, Ex-FAP, Ex-NO), **Manfred Roeder** (verurteilter Rechtsterrorist und Auschwitzleugner), [REDACTED] (damaliger NPD Vorsitzender), [REDACTED] und, wie Filmaufnahmen im Bestand von a.i.d.a. belegen, **Uwe Mundlos**.

Anfang April 1999

Die Abendzeitung München berichtet am 6.4.1999 von einem Mann, der ähnlich heißt wie [REDACTED] [REDACTED] der Macher der ersten Version der Ausstellung „Vernichtungskrieg – Verbrechen der

Wehrmacht 1991-44". Dieser hätte zunächst Anfang Februar eine extrem rechte Zeitschrift aus den Niederlanden zugeschickt bekommen, ohne diese bestellt zu haben. Etwa vier Wochen später sei ein Drohbrief bei ihm eingegangen. In dem aus Österreich stammenden Schreiben wurde Bezug genommen auf einen Bombenanschlag auf die Ausstellung in Saarbrücken und dem Mann gedroht („Wir kriegen auch dich“). Dann, Anfang April, erhielt er ein Päckchen ohne Absender, erneut aus Österreich. Als der Mann damit zur Polizei ging, fanden Spezialisten eine Bombe, die lediglich aufgrund eines technischen Defekts nicht explodiert war.

2002: Zweite Version der „Wehrmachtsausstellung“

Auf Grund von Kritik an der Ausstellung, unter anderem wegen falscher Bildunterschriften beziehungsweise fehlerhafter Ortszuordnungen, wurde die Ausstellung Ende 1999 vorläufig zurückgezogen. Eine Historikerkommission erhielt den Auftrag zur Überprüfung. Zwei Jahre später ging eine überarbeitete Fassung erneut auf Tour durch die Bundesrepublik und machte vom 8. Oktober bis 24. November 2002 Station in München. Erneut regte sich Widerstand, dieses Mal aber fast ausschließlich aus neonazistischen Kreisen. Die Proteste in München wurden dabei vor allem von [REDACTED] mitorganisiert.

12. Oktober 2002

Aufgerufen zu der Demonstration hatte eine „Bürgerbewegung gegen die Wehrmachtsausstellung“ unter dem Motto „Gegen die Geschichtslügen politischer Ideologen – Für die Ehre unserer Wehrmacht“. Mit 500 Teilnehmenden fiel die Größe doch erheblich kleiner aus, als die ursprünglich angemeldeten 1500 Personen. Die organisatorische Leitung lag bei **Christian Worch**, [REDACTED] und [REDACTED] wurden vom Münchner KVR als Versammlungsleiter abgelehnt. Anwesend waren unter anderem Aktivisten aus dem Spektrum der „Freien Nationalisten“ und der NPD/JN. Zum Beispiel [REDACTED] M [REDACTED] F [REDACTED] **Christian Worch**, [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] und [REDACTED] Neben [REDACTED] waren auch viele weitere Mitglieder der „Kameradschaft Süd“ anwesend: [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] Mit Transparenten vertreten/ waren die „Fränkische Aktionsfront“, die „Kameradschaft Nürnberg“, Mitglieder der „Freien Kräfte Mitteldeutschland“ und des „Märkischen Heimatschutzes“ sowie eine „Deutsch-Österreichische Kameradschaft“ (DÖK) und andere. Aufgrund einer Blockade kam die Demonstration nach ihrem Start an der Theresienwiese allerdings nicht weit. Zwischen- und Abschlusskundgebung mussten daher bereits nach wenigen hundert Metern noch vor dem Goetheplatz stattfinden. Als Redner traten unter anderem **Christian Worch**, [REDACTED] und [REDACTED] [REDACTED] auf. Musikalische Beiträge kamen vor [REDACTED]

10. November 2002

Rund 50 Personen aus dem Spektrum der „Freien Kameradschaften“ hielten auf dem Marienplatz vor dem Rathaus eine Kundgebung gegen die überarbeitete Fassung der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht, Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944“ ab, die im Münchner Stadtmuseum gezeigt wurde. Versammlungsleiter war [REDACTED] rund 150 Gegendemonstrant_innen fanden sich ein.

23. November 2002

Mit Schildern, Transparenten und kleinen schwarz-weiß-roten Papierfähnchen demonstrierten Neonazis um das „Aktionsbüro Süd“ bei einer Mahnwache gegen die so genannte

„Wehrmachtsausstellung“. [REDACTED] der in diesem Jahr vom inhaftierten [REDACTED] den Platz der Führungsfigur innerhalb des Aktionsbüros Süd eingenommen hat, war der Organisator.

30. November 2002

Erneut führten Neonazis aus dem Spektrum der freien Kameradschaften zum Protest gegen die „Wehrmachtsausstellung“ eine Demonstration in München durch. Aus dem ursprünglich angemeldeten „Sternmarsch“ wurde letztendlich eine kleine Demo von ca. 200 Personen, mit kurzer Route von der Theresienwiese bis zum Goetheplatz. Anmelder war erneut [REDACTED]. Unter den Teilnehmer_innen waren: [REDACTED] Christian Worch, [REDACTED]

[REDACTED] M [REDACTED] F [REDACTED]
Aus dem Raum München waren unter anderem anwesend: [REDACTED]
[REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED]
[REDACTED] und [REDACTED]

Revisionismus: Heß-Gedenken

Nach dem Selbstmord von Rudolf Heß am 17. August 1987 wurde Wunsiedel, für die ersten Jahre jeweils am Todestag des Hitler-Stellvertreters, zum Wallfahrtsort der nationalen und internationalen Neonazi-Szene. An der Durchführung der Demonstrationen Anfang der 1990er Jahre waren unter anderem beteiligt die „Nationale Offensive“ (NO), der „Nationale Block“ (NB) und das „Deutsche Jugend Bildungswerk“ (DJBW). [REDACTED] vom DJBW gab 1990 zusammen mit Christian Worch (damals „Nationale Liste“ NL) eine Broschüre zum Rudolf-Heß-Gedenken 1990 heraus, und als [REDACTED] noch eine Zusammenstellung: „Rudolf Heß – Texte Fakten Dokumente“. [REDACTED] agierte als Pressekoordinator und Ansprechpartner für den süddeutschen Raum. 1993 war er mit Worch Mitglied des „Wunsiedel-Komitees“. Sein Ladenlokal in der Münchner Herzog-Heinrich-Straße war Treffpunkt und Abfahrtsort für den Heß-Aktionstag 1993.

Nachdem die Aufmärsche in Wunsiedel von 1991 an verboten waren, wick die Szene auf andere Orte und Bundesländer aus. Es kam zu Demonstrationen in Bayreuth, Rudolstadt, Fulda und Worms mit drei- bis vierstelligen Teilnehmer_innenzahlen, aber auch zu Aufmärschen im benachbarten europäischen Ausland. 2001 wurde überraschenderweise eine Demonstration in Wunsiedel nach einer juristischen Auseinandersetzung zugelassen. Bis 2004 konnten wieder neonazistische Heß-Gedenkmärsche dort stattfinden. Erst eine Erweiterung des §130 StGB machte dann ab 2005 Verbote bundesweit wieder möglich.

Seit 2009 finden in Wunsiedel aber erneut Neonaziaufmärsche statt, zunächst als [REDACTED] in Erinnerung an den 2009 verstorbenen Neonazi-Anwalt [REDACTED] viele Jahre Anmelder der Heß-Märsche; und mittlerweile als sogenannter Heldengedenkmarsch Mitte November, organisiert vom „Freien Netz Süd“ beziehungsweise nun von der Partei „Der Dritte Weg“.

Auch in München organisieren Neonazis Kundgebungen im Gedenken an Rudolf Hess:

17. August 2004

Rund 40 Neonazis, darunter Mitglieder der sogenannten „Kameradschaft München“ (ehemals „Aktionsbüro Süd“) und NPD-Mitglieder hielten eine Mahnwache am Richard-Strauß-Brunnen in der Fußgängerzone ab. Thema der Versammlung: „Rudolf Heß – Ein Friedensflieger und sein seltsamer Tod“. Versammlungsleiter ist [REDACTED] [REDACTED] hält eine kurze Ansprache, die NPD-Funktionär_innen [REDACTED] und [REDACTED] (Ex-Nationaler Block) verteilen währenddessen außerhalb der großräumigen Absperrung ungehindert Flugblätter. Nur wenige Gegendemonstrant_innen finden sich ein, stören aber mit Lärm die Kundgebung der Neonazis

erheblich. Ein Neonazis greift eine Antifaschistin an und schlägt ihr ins Gesicht. Festgenommen wird er deshalb allerdings nicht.

17. August 2006

Neonazis aus Oberbayern, Niederbayern, Franken und der Oberpfalz feierten bei einer von [REDACTED] angemeldeten Kundgebung auf dem Münchner Marienplatz den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß und verherrlichten den Nationalsozialismus. Unter den rund 80 Neonazis, die ab 19 Uhr auf dem Marienplatz eintrudelten, waren zahlreiche bekannte extrem rechte Aktivist_innen wie etwa [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] M [REDACTED] F [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] und [REDACTED]. Einige Teilnehmer_innen bekannten sich mit T-Shirts und Flaggen zu den Organisationen „Fränkischer Heimatschutz“ und „Aktionsbündnis Franken/Pfalz“.

NS-Verherrlichung auf T-Shirts, Transparenten & Plakaten

Die Transparente sprachen eine deutliche Sprache: So wurden Banner mit folgenden Aufschriften getragen: „Rudolf Heß von Besatzern ermordet / NPD Franken“, „Tot sind nur die die vergessen werden“ „Rudolf Heß [„Märtyrer für Europa“ wurde abgeklebt] / Die Kriegswahrheit liegt unter Verschuß! / Gebt die Akten endlich frei! / Kameradschaft München www.widerstandsued.de“ sowie „Unser Sozialismus ist national / JN München“. Auf einem Pappschild stand: „Rudolf Heß / Sein Opfer unser Auftrag“. Auch auf T-Shirts wurde Rudolf Heß verherrlicht, beispielsweise von [REDACTED] (Rudolf-Heß-Konterfei als Backprint) oder [REDACTED] („Rudolf Heß [abgeklebt zu Beginn der Kundgebung: Märtyrer] für Deutschland“ + Rudolf Heß-Konterfei).

Heß-Rede mit Hitler-Verehrung

Das Kundgebungsprogramm wirkte unvorbereitet und wurde teilweise wiederholt. Über Lautsprecher wurde mehrfach das Schlusswort von Rudolf Heß im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess 1946 abgespielt:

„Ich verteidige mich nicht gegen Ankläger, denen ich das Recht abspreche, gegen mich und meine Volksgenossen Anklage zu erheben. Ich setze mich nicht mit den Vorwürfen auseinander, die sich mit Dingen befassen, die innerdeutsche Angelegenheiten sind und daher Ausländer nichts angehen. Ich erhebe keinen Einspruch gegen Äußerungen, die darauf abzielen, mich oder das ganze deutsche Volk in der Ehre zu treffen. Ich betrachte solche Anwürfe von Gegnern als Ehrenerweisungen. Es war mir vergönnt, viele Jahre meines Lebens unter dem größten Sohne zu wirken, den mein Volk in seiner tausendjährigen Geschichte hervorgebracht hat. Selbst wenn ich es könnte, wollte ich diese Zeit nicht auslöschen aus meinem Dasein. Ich bin glücklich zu wissen, daß ich meine Pflicht getan habe meinem Volke gegenüber, meine Pflicht als Deutscher, als Nationalsozialist, als treuer Gefolgsmann des Führers. Ich bereue nichts. Stünde ich wieder am Anfang, würde ich wieder handeln wie ich handelte, auch wenn ich wüßte, daß am Ende ein Scheiterhaufen für meinen Flammentod brennt. Gleichgültig, was Menschen tun, dereinst stehe ich vor dem Richterstuhl des Ewigen, ihm werde ich mich verantworten und ich weiß, er spricht mich frei.“

Heß-Glorifizierung in Redebeiträgen & Liedern

In [REDACTED] Redebeiträgen ging es um die Glorifizierung von Rudolf Heß („Friedensflug von 1941“), den für ihn vermeintlichen Selbstmord von Heß, der vielmehr ein Mord des britischen Geheimdienstes gewesen sei („Geheimdienst mit seinen Mordbanditen“, „auch Möllemann war kein Selbstmord“) und über die rechte Szene selbst („Eines ist klar, das war Mord und wir werden immer an Rudolf Heß erinnern. Wir sind der Engländer schlechtes Gewissen.“).

Auch die meisten Songs wurden gleich mehrfach gespielt. Neben einem Song über Rudolf Heß und einem über den „Kampf gegen diesen Staat“ war das zum Beispiel „Europa Jugend Revolution“ der Esslinger Band „Carpe diem“, worin antisemitische Stereotype besungen werden: *„Der Traum von Frieden und Einigkeit unter eine Fahne gebracht, doch darauf die falschen Zeichen und dahinter die falsche Macht. Eine Macht, der das Geld gehört; seit viel zu langer Zeit. Eine Macht, die Konflikte schürt; gemeinsam machen wir uns frei!“*.

„Wer die Wahrheit spricht, verliert“ von der Stuttgarter Band „Noie Werte“ mag mit Bedacht für die Kundgebung ausgewählt worden sein, ist der Liedtext doch eine unverhohlene Drohung gegen Journalistinnen und Journalisten: *„Ich kenne deinen Namen, ich kenne dein Gesicht, Du bist die Faust nicht wert, die deine Nase bricht.“* Außerdem lief der „Deutsche Schwur“: Der nationalsozialistische Text des „Deutschen Schwurs“ wird in diesem Song nur leicht verändert gesungen. So heißt es zum Beispiel *„Heil dir, mein Vaterland“* statt *„Heil Hitler und Heil Hindenburg“*. Andere Textzeilen, wie *„Durch Kampf und Sieg! Wir halten durch. Kein Teufel soll's uns wehren“* und *„Heil Deutschland, hoch in Ehren“*, entstammen dem Original.

„Zeit, zu rebellieren“, ein spießig-rassistisches Lied von [REDACTED] (jetzt [REDACTED] [REDACTED]) beschallte ebenfalls die Kundgebung: *„Doch wenn ein Deutscher im Staat weniger zählt wie ein Flüchtling oder ein anderer hier. (...) Und geht es eurem Volk zu Hause schlecht, dann setzen sich hier reiche Menschen zusammen, und tüfteln, wie sie einen Hilfskonvoi bekommen. (...) Vermischung pur ist das Ende vom Lied – und es eine Minderheit an Deutschen in Deutschland gibt.“*

Im textlich eher schlichten „Wenn der Wind sich dreht in diesem Land“ von „Factor Widerstand“ wurden dann „US-Europa“, „Eurowahn“, „Schutzgelderpressung“, „Kampfeinsätze der Bundeswehr“, „Abtreibungsmord“ und „Schlendrian“ beklagt.

Ab etwa 20.10 Uhr zündeten die Neonazis außerdem Fackeln an und spielten das Deutschlandlied zum Mitsingen in allen drei Strophen („Deutschland, Deutschland, über alles“ etc.).

Anti-Antifa

Die anwesenden Neonazis konnten die einzige, bundesweit nicht verbotene Rudolf-Heß-Gedenkveranstaltung in Deutschland nicht nur zur Verherrlichung des Nationalsozialismus und zur gruppenübergreifenden Identifizierung mit dem antisemitischen NS-Funktionär Heß nutzen, sondern auch zur Datensammlung für die terroristische Anti-Antifa-Arbeit. [REDACTED] aus Nürnberg, der bereits in den 90er Jahren als Herausgeber der Anti-Antifa-Broschüre „Der Einblick“ verurteilt wurde, konnte vor der Polizei ungehindert immer wieder antifaschistische Gegendemonstrant_innen, Passant_innen und Journalist_innen filmen – offensichtlich gezielt und teilweise dirigiert von [REDACTED]. Die Neonazis beendeten ihre Kundgebung erst nach Freilassung zweier „Kameraden“ durch die Polizei gegen 21.35 Uhr.

17. August 2007

Nach langem Zögern hatte die Stadt München eine von [REDACTED] für den 17. August angemeldete Kundgebung auf dem Marienplatz verboten. Im Jahr 2006 hatte die Veranstaltung den zweifelhaften Ruhm erlangt, bundesweit die einzige nicht verbotene Heß-Gedenkveranstaltung gewesen zu sein. Umso erstaunlicher war es, dass das Kreisverwaltungsreferat nicht schon frühzeitig etwas unternommen hatte, obwohl es von verschiedenen Stellen immer wieder auf den Handlungsbedarf aufmerksam gemacht worden war. Wegen des Verbots versammelten sich die etwa 80 erschienenen Neonazis stattdessen auf einer von [REDACTED] angemeldeten Veranstaltung unter dem Motto „Für Meinungsfreiheit...“ auf dem Karlsplatz (Stachus).

Neben bekannten Neonazis aus München, Schwaben, Oberbayern und Franken waren auch Kader aus dem Bundesgebiet angereist, etwa [REDACTED] (Hamburg, als Rechtsbeistand und Redner) und [REDACTED] (ebenfalls als Redner). [REDACTED] hatte in den letzten Jahren den Heß-Gedenkmarsch in Wunsiedel angemeldet, auf dem auch [REDACTED] bereits als Redner fungierte. Die Anwesenheit der beiden zeigt die bundesweite Bedeutung, die gerade diese Veranstaltung in der ehemaligen „Hauptstadt der Bewegung“ für Neonazis hat.

Immer wieder Bezugnahme auf Heß

Vorweg hatte bereits Anmelder [REDACTED] den Auflagenbescheid verlesen, in dem auf der Veranstaltung jegliche Bezugnahme auf Rudolf Heß untersagt wurde. [REDACTED] ließ trotzdem in seiner Rede nichts unversucht, diese Auflage zu missachten. Wenn schon die Anwesenheit von [REDACTED] und [REDACTED] dafür gesprochen hatte, dass es sich hier um eine Ersatzveranstaltung für den verbotenen Heß-Aufmarsch oder die untersagte Heß-Gedenkkundgebung handelte, so räumte [REDACTED] Rede letzte Zweifel aus. [REDACTED] wurde kurz vor Ende der Veranstaltung dann schließlich doch noch in Gewahrsam genommen. Seinen Redebeitrag hatte er zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits beendet. Auch die gezeigten Transparente, die von teilweise verummumten Neonazis getragen wurden, ließen an Eindeutigkeit nichts vermissen. „Deutsche macht euch frei von der ‚One-World‘ -Tyrannie“ (was einen Ursprung im NS-Slogan „Macht euch frei von der Juden-Tyrannie“ nicht verhehlen kann) oder „In stillem Gedenken“ gepinselt von der JN München. Die Polizei konnte bei letzterem offenbar erst nach rund anderthalb Stunden einen Zusammenhang mit dem Heß-Gedenken erkennen, zumindest wartete sie so lange, bis sie das letztgenannte Transparent entfernte und die Personalien der vier Neonazis feststellte, die es gehalten hatten. Zu diesem Zeitpunkt war es bereits dunkel und das Transparent sowie so nicht mehr lesbar.

Revisionismus: Heldengedenkmärsche in München

Der in den 1920er Jahren begangene „Volkstrauertag“ wurde 1934 von den Nationalsozialisten zum staatlichen Feiertag erklärt und in „Heldengedenktag“ umbenannt, Träger der Veranstaltungen waren fortan NSDAP und Wehrmacht. Seit inzwischen vielen Jahren haben Neonazis in der ganzen Bundesrepublik diese nationalsozialistische Tradition des „Heldengedenkens“ wiederaufgenommen. Ob als Huldigung des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß („Märtyrer des Friedens“) in Wunsiedel, als Großdemonstration in Dresden gegen die alliierten Fliegerangriffe („Bombenholocaust“) oder als Heldengedenkmarsch zum größten deutschen Soldatenfriedhof in Halbe („Für die Tapferkeit und Opferbereitschaft des deutschen Soldaten“): Neonazis nehmen an offiziellen Gedenkveranstaltungen teil, sie legen Kränze an Kriegerdenkmälern nieder, reinigen und pflegen Kriegsgräberstätten. Mit der Ehrung der toten Soldaten und der Leugnung deutscher Verbrechen versuchen sie, den Nationalsozialismus und den Krieg zu verklären.

In München wurden durch den Neonazi-Aktivist [REDACTED] [REDACTED] mehrere solcher Heldengedenkmärsche organisiert:

15. November 2008

In München marschierten am 15. November 2008 ca. 150 Neonazis unter dem Motto „Ruhm und Ehre dem deutschen Soldaten“ auf. Die Veranstalter um [REDACTED] und ihr Anwalt [REDACTED] (Germering) hatten den Aufzug in zweiter Instanz vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München durchgeklagt. Mitveranstalter [REDACTED] wartete auf ca. 70 Neonazis am „Vorabtreffpunkt“, dem Ausgang Arnulfstraße am Hauptbahnhof.

Beim Aufmarsch anwesend waren unter anderem [REDACTED] [REDACTED] [REDACTED] (BIA), [REDACTED] („Freie Kräfte Erding“), [REDACTED] (NPD Freising), „Feldherren“-Schlagzeuger Aris D. sowie die „Kameradschaft München-Südost“ (KMSO). Der „Freie Nationalisten

München“-Aktivist [REDACTED] trug während der ganzen Aktion einen von der Polizei unbeanstandeten „Support Hamas“-Button. Gegen Ende der Veranstaltung traf auch noch [REDACTED] (NPD) ein.

Von auswärts reisten unter anderem [REDACTED] (Langenau) und Kameradschaftsaktivisten aus dem Raum Ulm an. Der Regensburger NPD-Kreisvorsitzende [REDACTED] (Wörth an der Donau) hatte sich einen schwarzen Kapuzenpullover übergezogen und führte einen kleinen Trupp Kameradschaftsaktivist_innen („Autonome Nationalisten Regensburg“) an, darunter auch die aus der NPD ausgetretene, frühere stellvertretende JN-Landesvorsitzende [REDACTED] [REDACTED] Aktivist der militanten „Anti-Antifa Nürnberg“, fotografierte – von der Polizei unbehelligt – wieder Gegendemonstrant_innen und Medienvertreter_innen.

Als Redner traten auf: [REDACTED] und [REDACTED] auf, der ebenfalls angekündigte [REDACTED] (Essen) war nicht erschienen. Ständig wurden die bewaffneten Organe des Nationalsozialismus verherrlicht, zum Beispiel auf Transparenten und in Sprechchören wie „Ruhm und Ehre der deutschen Wehrmacht“. Das alte nationalsozialistische Ritual, wonach am „Heldengedenktag“ die ums Leben gekommenen Soldaten der einzelnen Waffengattungen der Wehrmacht angerufen werden, wurde von [REDACTED] übernommen. Die Versuche, das „Deutschlandlied“ in drei Strophen sowie „Ich hatt' einen Kameraden“ zu singen, blieben Versuche.

14. November 2009

Zum zweiten Mal sollte nach 2008 in München die nationalsozialistische Tradition des „Heldengedenkens“ wieder aufgenommen werden. Die Neonazis der „Freien Nationalisten München“ um Anmelder [REDACTED] (die für die Aktion als „Münchner Gedenkkomitee zum Erhalt der Ehre unserer Soldaten“ auftraten) starteten mit einer Auftaktkundgebung am Goetheplatz und zogen dann mit etwa 150 Teilnehmenden durch das Hauptbahnhofviertel zum Sendlinger-Tor-Platz, wo am späten Nachmittag die Abschlusskundgebung durchgeführt wurde.

Für den geschichtsrevisionistischen Aufmarsch warben die Veranstalter_innen mit einem bundesweit unter neonazistischen Kameradschaften verbreiteten Aufruf, in dem auch Neonazi-Liedermacher und Redner aus dem In- und Ausland angekündigt wurden. In einem mitverbreiteten Mobilisierungsvideo zum Aufmarsch werden zum Song der nordbayerisch-vogtländischen Neonaziband „Haftbefehl“ mit Texteinblendungen die bewaffneten Organe des Nationalsozialismus, etwa die Wehrmacht, verherrlicht.

13. November 2010

Knapp 100 Neonazis finden sich zum „Heldengedenkmarsch“ in der Landeshauptstadt München ein. Mobilisiert hatten lokal die bayerischen Neonazi-Kameradschaften „Freie Nationalisten München“, „Nationale Solidarität Bayern“ (Neubiberg, Garching, Schliersee), „Freie Nationalisten Nürnberg“, „Freundeskreis Gilching“, „Jagdstaffel Süd“ (Grünwald, Bad Tölz, Geretsried) und anfangs auch die „Kameradschaft Miesbach“.

Im peinlich-pathetischen Aufruf der veranstaltenden Gruppen („Seid Bannerträger unserer Zukunft!“) wurde der deutsche Angriffs- und Vernichtungskrieg geleugnet: „*deutsche Soldaten des Weltkrieges, die jahrelang ihre Pflicht taten, nicht davonliefen, ungefragt ihren Beitrag zum Schutz und zum Überleben Europas leisteten*“.

Zahlreiche Neonazis trafen sich wieder, wie im Vorfeld angekündigt, am (nicht angemeldeten) Sammlungspunkt am Ausgang Arnulfstraße des Hauptbahnhofs. Der angemeldete Auftakt des Neonazi-Aufmarschs war um 12 Uhr am Isartorplatz, von wo aus die Neonazis an der Isar entlang zum Friedensengel/Luitpoldbrücke und schließlich über die Prinzregentenstraße zur Bayerischen

Staatskanzlei zogen. Mit dabei waren führende Aktivist_innen der Kameradschaften „Jagdstaffel Süd“, „Freie Nationalisten München“ (u. a. [REDACTED] V.i.S.d.P. der Gruppen-Website), „Freundeskreis Gilching“ (u. a. [REDACTED]), „Kraken München“ (u. a. [REDACTED]), „Völkischer Ehrendienst“ (Nürnberg), „Nationale Solidarität Bayern“ (u. a. [REDACTED]) und die „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (u. a. [REDACTED]). Von der NPD nahmen der damalige stellvertretende Bundesvorsitzende [REDACTED] (München), der ehemalige Landesvorsitzende [REDACTED] (Nürnberg), der Bezirksvorsitzende Oberbayern [REDACTED] (Mering), die Landtagswahlkandidaten [REDACTED] (Nürnberg) und [REDACTED] (Eichenau) sowie der Vorsitzende des Kreisverbands Traunstein, [REDACTED] an dem NS-nostalgischen Aufmarsch teil. Aus Nordrhein-Westfalen reist u. a. [REDACTED] R [REDACTED] (Bochum) an, aus Hamburg **Christian Worch**, aus Brandenburg eine Gruppe Neonazis aus Neuruppin. Aus Österreich sind Aktivist_innen der NVP um [REDACTED] anwesend.

Treffpunkte und Immobilienanmietungen der Münchner Neonaziszene

Die Gaststätte „Zum Glaskasten“ (2007 bis 2010)

Die Gaststätte „Zum Glaskasten“ im Münchner Stadtteil Berg am Laim hatte sich im Zeitraum 2007 bis 2010 zu einem der wichtigsten Neonazi-Treffpunkte in München entwickelt. Junge Neonazis aus den militanten Neonazi-Kameradschaften Münchens und des Umlands, zum Beispiel aus Neubiberg oder Gilching, gingen im „Kampflokal“, so die szeninterne Bezeichnung, ein- und aus. Die „Freien Nationalisten München“ (FNM) würden sich „regelmäßig zum Kameradschaftsabend in einer Gaststätte“ treffen, deutete die Gruppe auf ihrer Homepage konspirativ an. Diese ungenannte „Gaststätte“ war meist die Kneipe „Glaskasten“ im Münchner Osten. Fast jeden Donnerstagabend setzten sich hier zehn bis zwölf junge Neonazis ins Nebenzimmer, oft war der vorbestrafte ehemalige NPD-Bundestagskandidat [REDACTED] dabei. Auch für größere Veranstaltungen griffen die Neonazis auf die Räumlichkeiten unweit des Münchner Ostbahnhofs zurück:

Beispiele neonazistischer Veranstaltungen

Am 8. November 2008 veranstalteten u. a. die neonazistischen Kameradschaften „Freie Nationalisten München“ (FNM), „Freundeskreis Gilching“ (FKG) und „Kameradschaft München-Süd-Ost“ (KMSO) einen sogenannten „Erzählabend“ im Seitenflügel des „Wirtshaus zum Glaskasten“. Als „Referent“ trat der ehemalige Wehrmachtssoldat [REDACTED] auf. Einige Teilnehmer am „Erzählabend“ trugen die „Frontstadt München“-T-Shirts, die der Münchner Neonazi-Mailorder „Odin-Versand“ im Angebot führte. „Wir schwören Treue bis in den Tod“, heißt es auf der Rückseite, dazu ist ein historisches Foto einer Münchner SS-Vereidigung aufgedruckt.

Am Samstag, 12. Dezember 2009, trafen sich viele Neonazis im „Glaskasten“ zu einem „Liederabend“ des „Nationalen Widerstandes Oberbayern“ (NWO) unter dem Motto „Weisse Weihnachten“. Teilgenommen haben Mitglieder der neonazistischen Gruppen „Kameradschaft München Süd-Ost“ (KMSO), der „Nationalen Solidarität Bayern“ (NSB), vom „Freundeskreis Gilching“ (FKG) und den „Freien Nationalisten München“ (FNM). Vor den Reden von [REDACTED] und dem Auftritt von „Liedermacher [REDACTED]“ wurde im weihnachtlich dekorierten „Glaskasten“-Nebenraum noch der Fernseher mit einer Reichskriegsflagge zugehängt. Vor ungebetenen Blicken sollte schwarzer Stoff schützen, mit der die Fensterfront abgeklebt war. Es war nicht irgendein schwarzer Stoff, sondern das Gilchinger Neonazi-Transparent „60 Jahre Lügen und Hetze sind genug - Nationaler Sozialismus jetzt!“, das dafür hergenommen wurde. „Die Gaststätteninhaber“, so berichtete es anschließend der „Freundeskreis Gilching“ erfreut, hätten „noch ein paar bunte Teller mit weihnachtsüblichem Gebäck“ spendiert.

Dutzende Neonazis drängten sich am Samstag, 23. Januar 2010 im „Glaskasten“-Nebenzimmer, um das ein- beziehungsweise zweijährige Bestehen der Neonazi-Kameradschaften „Nationale Solidarität Bayern“ und „Freundeskreis Gilching“ zu feiern. Der Raum war mit schwarz-weiß-roten „Reichsfahnen“ und einer Reichskriegsflagge dekoriert. Mit dem schwarzen Gilchinger Neonazi-Banner „Helden für Deutschland - Sie waren die besten Soldaten der Welt“ wurden wieder die Fenster zugehängt. An die Teilnehmenden, unter anderem die neonazistischen Möchtegern-Rocker der „Jagdstaffel Süd“, wurden stapelweise Neonazi-Aufkleber verteilt. Der Gilchinger Aktivist [REDACTED] und die „Kameraden“ [REDACTED] (der führende NSB-Aktivist) und [REDACTED] (die überregional aktive FNM-Rednerin) hielten Reden. Außerdem sei „Liedermacher Dirk aus Ahlen“ bei der Veranstaltung aufgetreten, wie „Freundeskreis Gilching“ und „Nationale Solidarität Bayern“ (diese übrigens unter Verwendung der Parole „Nationaler Sozialismus jetzt!“) anschließend berichteten.

Über 30 Neonazis trafen sich am 27. Februar 2010 im „Glaskasten“-Nebenzimmer, das an diesem Abend mit großen rot-weißen Pfeil-Fahnen der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) dekoriert war. Die meisten der Teilnehmenden kamen direkt von einem Neonazi-Aufmarsch in Augsburg in die Gaststätte. Zur „Informationsveranstaltung“ hatten vor allem die „Freien Nationalisten München“ und der „Freundeskreis Gilching“ mobilisiert, als Hauptredner traten der JN-Bundesvorsitzende [REDACTED] und der bayerische NPD-Landesvorsitzende [REDACTED] auf. Daneben sprachen noch [REDACTED] und der sogenannte „JN-Beauftragte für München“ [REDACTED].

Parallelen zu den 1990-er Jahren:

Schon einmal sorgte das "Wirtshaus Zum Glaskasten" für ähnliche Schlagzeilen wie dieser Tage. Ende der 1990er Jahre beherbergte der frühere Wirt, [REDACTED] auch mehrere Male Neonazis. Als der damalige „Stützpunktleiter München“ der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN), [REDACTED] dann für den 29. August 1998 noch die „Lieben Kameraden und Freunde der nationalen Sache“ zur Veranstaltung „Jugend steh auf – Sturm brich los – für ein neues ‚altes‘ Reich“ in die Gaststätte einlud, kündigten Antifaschist_innen Widerstand an: „Ein direktes Eingreifen gegen dieses Kader-Treffen wird damit unausweichlich“ schrieb die „Antifaschistische Aktion München“ in einer Pressemitteilung und mittels einer Postwurfsendung („Lassen wir nicht zu, dass sich Neonazis in unserem Stadtteil breit machen und so ungehindert ihr Unwesen treiben können!“) wurden die Anwohner_innen zu einer Protestkundgebung am Piusplatz mobilisiert. Mit Erfolg, denn über die Proteste wurde in den Münchner Medien ausführlich berichtet und die Neonazis mieden in Zukunft das Wirtshaus.

Neonazis mieten Räume in München-Forstenried (2010)

April 2010: Der erste Versuch

Im April 2010 war [REDACTED] Funktionär des bayerischen NPD-Landesverbands und der Münchner NPD-Liste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) damit gescheitert, unter dem Deckmantel seiner „Westend Computer GmbH“ Räume für ein „BIA-Versammlungshaus“ beziehungsweise „Nationales Jugendzentrum“ an der Forstenrieder Allee anzumieten. Die antifaschistische Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München (a.i.d.a. e.V.) hatte damals die Anmietung recherchiert und die von den Neonazis getäuschte Vermieterin informiert. Nur wenige Stunden später wurde der Mietvertrag fristlos gekündigt. Gegen den Willen der Besitzerin konnten die Münchner Neonazis noch eine Party mit Rechtsrock in dem älteren Hofgebäude feiern, da die von der Hausverwalterin alarmierte Polizei nicht eingegriffen hatte. Danach war der Traum vom „Nationalen Jugendzentrum“ aber erst einmal ausgeträumt.

Juni 2010: Neonazis im zweiten Anlauf

Ende Juni 2010 schloss der stellvertretende NPD-Bundesvorsitzende [REDACTED] als Vertreter der „Bürgerinitiative Ausländerstopp München e.V. i.G.“ (BIA) einen Mietvertrag über zwei Jahre (mit Option auf Verlängerung) mit den Besitzern ab. Aktivist_innen neonazistischer Kameradschaften begannen mit der Renovierung der Räume, die sich über einen Monat erstreckte. Ein „Kommunikationszentrum“ würde nun entstehen, jubelte die BIA über den vermeintlichen Coup.

Diesmal, so verkündete die neonazistische BIA um Stadtrat [REDACTED] seien die Souterrain-Räume im Innenhof des Gebäudeensembles im Mietvertrag ausdrücklich zur Nutzung als Konferenzräume vorgesehen. In einer Pressemitteilung der BIA hieß es weiter, die Örtlichkeiten sollten als Versammlungs- und Schulungsräume genutzt werden. Des Weiteren wurde eine offizielle Eröffnung mit Neonazis aus ganz Deutschland angekündigt.

Beobachter_innen der Szene hatten schon länger vor einer neuen Neonazizentrale von NPD, BIA und militanten Kameradschaften gewarnt: Nach dem gescheiterten Immobiliendeal an der Forstenrieder Allee hatten die Münchner Neonazis schließlich das Ausweichen auf eine andere Immobilie angekündigt. Die neuerliche Immobilienanmietung von rechts wurde auch auf der Bezirksausschusssitzung (BA 19) im Bürgersaal Fürstenried diskutiert. Die anwesenden Polizeibeamten gaben an dem Abend jedoch keine Informationen an die versammelten Bürger_innen.

Die ersten Veranstaltungen

Noch vor der offiziellen Eröffnung fand in den neuen Räumen an der Drygalski-Allee am 31. Juli 2010 eine Mitgliederversammlung der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ statt. Schließlich musste das Sammelbecken BIA ihr in Stadelheim inhaftiertes Vorstandsmitglied [REDACTED] ersetzen. [REDACTED] der bis zur Festnahme auch als Pressesprecher des BIA-Stadtrates [REDACTED] wirkte, sei „ausgeschieden“, verkündete nun [REDACTED] im BIA-„Pressebereich“. Stattdessen habe man [REDACTED] von der neonazistischen Kameradschaft „Freundeskreis Gilching“ in den Vorstand gewählt.

Im Anschluss daran folgte dann die offizielle Eröffnung des „nationalen Kultur- und Begegnungszentrums“ (Eigenbezeichnung): Zuerst hörten die laut BIA angeblich 120 anwesenden Gäste Reden von [REDACTED] (BIA-München), [REDACTED] (NPD-Bayern) und [REDACTED] (Freie Nationalisten München). Alle drei betonten die Wichtigkeit der neuen Räume für die rechte Szene Münchens und für den Ausbau ihrer Strukturen. Die neonazistische Kameradschaft „Nationale Solidarität Bayern“ (Neubiberg, Garching, München) beschrieb dies auf ihrer Internetseite so:

„Alle waren sich einig darin, dass das neue Zentrum (...) dazu beitragen wird (...) in München eine der letzten Chancen zu ergreifen, der stetig wachsenden Übervölkerung durch Ausländer und Mischlinge aller Art entgegenzutreten.“

[REDACTED] betonte in seiner Rede, dass die ca. 125 qm großen Räumlichkeiten allen rechten Gruppierungen Münchens offen stünden, jedenfalls sofern die „Hausordnung“ eingehalten werde, wozu auch korrektes Verhalten gehöre. Dann gab das Rechtsaußen-Stadratsmitglied einen Ausblick auf Schulungen, Ausstellungen, Vorträge und Feiern, die hier in Zukunft stattfinden sollten. In krassm Gegensatz zu der angeblichen Bürgernähe stand jedoch der äußere Eindruck der Souterrain-Räume im Innenhof. Türen und Fenster waren mit Holzplatten und Folien zugeklebt und nach außen wies bis zuletzt nichts auf das „Kultur- und Begegnungszentrum“ hin.

Hakenkreuz und Schwarze Sonne

Den Verlautbarungen der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ auf ihrer Internetseite zufolge, haben sich angeblich viele interessierte Bürger am Tag der Eröffnung die Räumlichkeiten zeigen lassen. Etliche dem a.i.d.a.-Archiv zugespielte Bilder (deren Urheber von uns nicht ermittelt werden konnte) sagen jedoch etwas anderes aus:

Vor [REDACTED] und bekannten Neonazis aus München, Oberbayern und der Schweiz trat der einschlägig bekannte „Liedermacher Rebell“ aus München auf, der der Neonazitruppe „Nationale Solidarität Bayern“ angehört. Es scheint sich dann ein bei Kameradschaftstreffen übliches Saufgelage entwickelt zu haben und dieses lief, wie so oft in der Münchner Neonaziszene, auf eine halbnackte Tattoo-Show hinaus.

Das eben frisch gebackene BIA-Vorstandsmitglied [REDACTED] im Jahr 2009 Bundestagskandidat der NPD im Kreis Starnberg, fiel beim allgemeinen Oberkörperfreimachen mit einer ganz besonderen Tätowierung auf: Ein Wehrmachts-Landser, der offensichtlich eine Hakenkreuzfahne im Arm hält. Der bei der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ für die Interessenten- und Mitgliederbetreuung zuständige NSB-Aktivist [REDACTED] betätigte sich mit nacktem Oberkörper – und der „Schwarzen Sonne“ der SS auf der Schulter – als Bierverkäufer. Schließlich musste ja auch Geld für die 815 Euro Kaltmiete plus Nebenkosten reinkommen.

Das Aus

Solche Abende in den Räumen der BIA gehörten bald darauf jedoch der Vergangenheit an. Auch die von der Münchner Neonaziszene im Vorfeld ihres geplanten Aufmarsches am 13. November „in der eigenen Immobilie“ angekündigten Veranstaltungen konnten nicht mehr im Keller an der Drygalski-Allee stattfinden. Die Hiobsbotschaft erteilte [REDACTED] bereits Ende August, ausgesprochen von der Lokalbaukommission: Auf Grund der geplanten, beziehungsweise bereits durchgeführten Aktivitäten in den BIA-Räumen, hätte sich eine baurechtlich relevante Nutzungsänderung ergeben, für die keine Genehmigung vorliege. Akute Fragen des Brandschutzes, der Belüftung, der Lichtverhältnisse, der PKW-Stellplätze etc. begründeten eine Nutzungsuntersagung binnen weniger Tage. Das bedeute, die frisch renovierten Räume durften allenfalls noch als Lager benutzt werden.

In einem außergerichtlichen Vergleich verständigte sich [REDACTED] dann mit den Vermietern auf ein Ende des Mietverhältnisses.

München: Rechte WG oder „Nationales Jugendzentrum“? (2012 bis 2014)

Führende Münchner Neonazis mieteten ab 1. Dezember 2012 im Stadtteil Obermenzing ein Haus mit großem Gartengrundstück an. Mitte November 2012 meldete sich ein junger Mann bei einer Immobilienmaklerin in der Münchner Lindwurmstraße. Im Internet hatte er ein Mietangebot der Firma gesehen. Als er sich das zur Vermietung anstehende Haus im Münchner Westen schließlich anschaute, zeigte er sich völlig begeistert. Er und seine zwei Mitmieter wollten das freistehende Haus unbedingt anmieten und sie versprachen im Gegenzug sogar, Gartenarbeiten und Schneeräumdienste zu übernehmen. Die Maklerin verlangte Schufa-Auskunft und Einkommensnachweis des jungen Mannes. Was sie aber nicht überprüfte, war der Name des Mannes, obwohl sie sich von ihm sogar eine Ausweiskopie geben ließ. Eine einfache Suchmaschinenanfrage im world wide web hätte zuverlässige Informationen über den Interessenten geliefert.

Die Mieter_innen

Bei ██████████ handelte es sich nämlich um einen der damals führenden Münchner Neonazis, der zum Beispiel die Webseite der „Kameradschaft München Nord“ verantwortete. Beim Neonaziaufmarsch am 17. November 2012 in Wunsiedel trug er zusammen mit den Aktivisten der militanten Kameradschaft „Jagdstaffel Deutsch Stolz Treu“ (München/Geretsried) das Fronttransparent des neonazistischen Dachverbands „Freies Netz Süd“ (FNS). Der junge Mann, der schließlich erfolgreich über die Anmietung des Hauses verhandelte, war nicht allein. Ende November unterschrieben er, ein weiterer junger Mann und eine junge Frau bei der Besitzerin des Hauses einen auf zwei Jahre befristeten Mietvertrag.

Die junge Frau, ██████████ war eine der führenden Neonazistinnen in Bayern, aktiv sowohl bei der „Kameradschaft München“ als auch bei der rassistischen Kommunalwahlliste „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) des stellvertretenden NPD-Bundesvorsitzenden ██████████ (München). Bei den neonazistischen Kundgebungsserien am 29. September und am 8. Dezember 2012 in München trat sie als Rednerin auf. Der zweite junge Mann engagiert sich ebenfalls für das FNS und für die BIA. Im Februar 2011 wurde ██████████ wegen „Vorbereitung von Explosionsverbrechen“ (Bau von Sprengsätzen) und antisemitischen Drohungen zu einer Haftstrafe verurteilt. Zusammen mit anderen Neonazis hatte er unter anderem „Den Juden den Gashahn aufdrehen“ auf eine Mauer am jüdischen Friedhof in Aachen gesprüht. Weil das Aachener Landgericht dem Koch-Azubi seine Lüge von seinem angeblichen „Ausstieg“ unkritisch glaubte, wurde die Haftstrafe zur Bewährung ausgesetzt.

Doch keine Behörde warnte die Hausbesitzerin rechtzeitig vor ihren neuen (neonazistischen) Mieter_innen. Und niemanden machte stutzig, dass sich drei junge Leute für ihre WG derart um dieses abgelegene und etwas altmodisch daherkommende Haus reißen, dessen 1490 Euro monatliche Kaltmiete auch die finanziellen Möglichkeiten der drei eigentlich überschritten haben dürfte.

Für die Neonazis war das Gebäude am Stadtrand von München-Obermenzing ziemlich ideal. Nach Westen hin ist das freistehende Einfamilienhaus von Feldern umgeben, eine Autobahn ist nicht weit. Nach Osten schließt sich ein zum Haus gehörendes großes Gartengrundstück von insgesamt 950 Quadratmeter Fläche an. Die Vormieter haben über Jahrzehnte nicht nur eine meterhohe, dichte Hecke wachsen lassen, sondern das einstöckige Haus auch mit Fenstergittern und einer Alarmanlage ausgestattet. Die insgesamt vier Zimmer mit einer Gesamtwohnfläche von 120 Quadratmeter sind vollständig unterkellert, darunter ist mit einem ausgebauten ehemaligen Büro auch ein großer, partytauglicher Raum mit hohen Fenstern.

Zuvor: Neonazi-Treffpunkt Solln

In den Monaten zuvor hatten Münchner Neonazis bereits ein Haus im Münchner Süden angemietet. Hier, in der Nähe des S-Bahnhofes Solln, blieb es von Anfang an nicht bei einer Wohnnutzung. Im engen Keller fanden Monatstreffen, Feiern und Veranstaltungen der „Kameradschaft München“ beziehungsweise des neonazistischen Kameradschaftsdachverbands „Freies Netz Süd“ (FNS) statt:

Am 12. September 2012 beispielsweise kamen oberbayerische Neonazis zu einer „Solidaritätsveranstaltung“ für die verbotenen neonazistischen Organisationen „Aktionsbündnis Mittelrhein“, „Kameradschaft Walter Spangenberg“, „Freundeskreis Rade“, „Spreelichter“, „Besseres Hannover“, „Nationaler Widerstand Dortmund“, „Kameradschaft Aachener Land“ und „Kameradschaft Hamm“ zusammen. Am 9. November trafen sich die Neonazis erneut in jenem dunklen Keller, diesmal zu einer „Heldengedenkveranstaltung“, bei der sowohl die NS-Wehrmacht als auch die Teilnehmer des Hitlerputsches (als „Märtyrer“) verherrlicht wurden. Aufgrund vieler

Auseinandersetzungen und Ruhestörungsklagen der Nachbar_innen gelang es dem Vermieter anschließend jedoch, die Neonazis wieder loszuwerden.

„Nationales Jugendzentrum“ und „Nationales Kultur- und Begegnungszentrum“

Im April 2010 hatten Münchner Neonazis um den BIA-Funktionär [REDACTED] (Mering) schon einmal versucht, in angemieteten Räumen (Monatsmiete: 550 Euro) an der Forstenrieder Allee ein „Versammlungshaus“ beziehungsweise ein „Nationales Jugendzentrum“ einzurichten. Nach der Aufdeckung der Nazi-Pläne durch eine a.i.d.a-Veröffentlichung kündigte der Vermieter den Neonazis jedoch den Mietvertrag fristlos.

Am 31. Juli 2010 eröffneten die Münchner Neonazis dann ihr sogenanntes „Nationales Kultur- und Begegnungszentrum“ beziehungsweise „Kommunikationszentrum“ im Souterrain eines Gebäudeensembles an der Drygalski-Allee. Der BIA-Vorsitzende und Stadtrat [REDACTED] (München) hatte den 125 Quadratmeter großen Keller im Juni für zwei Jahre als Versammlungs- und Schulungsräume angemietet (monatliche Kaltmiete: 815 Euro). Die BIA- und Kameradschaftsaktivistin, die jetzt zu den neonazistischen Mieter_innen in Obermenzing gehört, hatte damals die Eröffnungsrede gehalten. Schon nach wenigen Wochen war Schluss, die Lokalbaukommission und der zivilrechtliche Druck des überrumpelten Vermieters hatten die neonazistischen Immobilienpläne erfolgreich durchkreuzt.

Fürth, Halsbach, Nürnberg, Oberprex ...

Beim straff geführten, bayernweiten Kameradschaftsdachverband „Freies Netz Süd“ bemühte man sich, gemäß der vom FNS-Kader M [REDACTED] F [REDACTED] (Fürth) ausgegebenen Parole von den „national befreiten Zonen“, seit langem bayernweit um die Bildung von kleinen neonazistischen Gemeinschaften einerseits und um vermehrten Immobilienerwerb andererseits. F [REDACTED] selbst wohnte mit mehreren führenden bayerischen Neonazis auf einem Grundstück im mittelfränkischen Fürth-Stadeln. In Nürnberg hatte der neonazistische „Bund Frankenland“ um [REDACTED] (Berlin) und [REDACTED] (Nürnberg) eine ehemalige Table-Dance-Bar in der Wettersteinstraße angemietet, angeblich als „Bürgerbüro“ des FNS-Aktivisten [REDACTED]. Im oberbayerischen Halsbach scheiterten Neonazis im Frühjahr 2012 mit der Einrichtung eines neonazistischen Wohnprojekts für FNS-Kader und ihre Familien im ehemaligen „Gasthaus Gruber“. In der oberfränkischen Gemeinde Regnitzlosau-Oberprex betrieben FNS-Aktivist_innen um [REDACTED] einen ehemaligen Gasthof („Oberprex 47“), in dem seit Frühsommer 2010 regelmäßig neonazistische Veranstaltungen und Konzerte stattfanden.

... und Obermenzing?

Nach den Erfahrungen aus Solln war es nicht unwahrscheinlich, dass die Obermenzinger Immobilie nicht nur zu Wohnzwecken, sondern für politische Veranstaltungen der Münchner Neonaziszene genutzt werden sollte. Ein solcher Bezug des angemieteten Hauses zu einer politischen Aktion konnte gleich kurz nach dem Einzug belegt werden: Am Samstag, 8. Dezember 2012, starteten von hier die Neonazis aus FNS und BIA zu ihrer antisemitischen und rassistischen Kundgebungsserie im Münchner Stadtgebiet. Die Neonazis des Dachverbands „Freies Netz Süd“ beziehungsweise der lokalen „Kameradschaft München“ hatten im Vorfeld der Kommunalwahl 2014 eine Kooperation mit der Kommunalwahlliste „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“ des Stadtrats [REDACTED] vereinbart. Zu den beschlossenen Eckpunkten gehören Kandidaturen von FNS-Aktivist_innen auf der BIA-Liste und im Gegenzug die Unterstützung des Wahlkampfes der NPD-nahen Liste durch die parteifreien Neonazis.

Am 10. Juli 2013 wurde das Haus von [REDACTED] und [REDACTED] von der Polizei durchsucht. Der Hausbesuch war Teil einer landesweiten Aktion, bei der Polizeibeamt_innen über 70 Wohnungen, Arbeitsplätze, Versände und Postfächer von Neonazis

durchsuchten. Die in der Öffentlichkeit seit Wochen erwartete Aktion richtete sich gegen das militante Neonazinetzwerk "Freies Netz Süd" (FNS).

Als Reaktion auf die Polizeirazzien luden die neonazistischen Mieter mit einem von ihnen namentlich unterzeichneten Brief die Anwohner_innen der umliegenden Straßen für den 20. Juli 2013 zu einem „Sommerfest“ mit Spanferkel und „Kinderschminken“ ein. Die Einladung enthielt keinen Hinweis auf den rechten Hintergrund. Ein vermeintlich harmloses „Grillfest“ als niedrigschwelliges Angebot der Szene, das Nachbar_innen und Interessent_innen ansprechen soll. Gleichzeitig passte es - trotz des ansonsten so offensiven und ultraradikalen Auftretens des FNS - zum Drang der Neonazis nach Spießigkeit und Bürgerlichkeit. Im hinter dem Haus gelegenen Gartengrundstück bauten die Neonazis ein Zelt und einen Pavillon sowie ein Planschbecken und einen Spanferkelgrill auf. In der hohen Hecke am Haus steckte ein eingefallenes Transparent „Das Braune Haus ist heute ganz bunt“.

Das Fest entpuppte sich schnell als bayernweite Szeneveranstaltung. Mit Planen und Handtüchern versuchten die Organisator_innen und Teilnehmenden, den Platz so abzuschirmen, dass er von den am Grundstück entlangführenden Straßen möglichst wenig einsehbar war. Schon vor dem offiziellen Beginn saßen hinten im Garten überregional angereiste Neonazis auf Bierbänken zusammen, unter anderem der im Münchner NSU-Prozess angeklagte **André Eminger**. (Zwickau) mit dem als Rechtsterroristen verurteilten [REDACTED] (Markt Schwaben).

Dass die FNS-Führungskader [REDACTED] (Nürnberg), [REDACTED] (damals Regnitzlosau-Oberprex) und [REDACTED] (Karlstadt) zu Besuch kamen, machte deutlich: es handelte sich um ein Sommerfest des "Freien Netz Süd" und die Obermenzinger Immobilie war mittlerweile ein wichtiger Teil der bayerischen Neonazi-Infrastruktur.

Unter den schließlich gut 50 anwesenden Neonazis waren unter anderem der bekannte schwäbische Aktivist [REDACTED] (Bad Wörishofen), FNS-Kundgebungsredner [REDACTED] (Lauerigen), [REDACTED] von der „Bruderschaft“ beziehungsweise „Jagdstaffel DST“ sowie [REDACTED] (Hof). Die Gäste wurden zumeist von [REDACTED] oder von [REDACTED] begrüßt und eingelassen. [REDACTED] trug ein T-Shirt „28 Jahre Ariogermanische Kampfgemeinschaft“ der Berliner Nazitruppe „Die Vandalen“. Mehrfach begrüßten sich die Neonazis untereinander mit „Heitler“, dem Versuch, das strafbare „Heil Hitler“ zu umgehen.

Neonazis aus den Kreisen der „Freien Kräfte Berchtesgadener Land“, „Kameradschaft München“ und „Bürgerinitiative Ausländerstopp München“ (BIA) hielten sich in der Einfahrt des Hauses auf und beobachteten Medienvertreter_innen und die Proteste des „München ist bunt“-Bündnisses. Der bekannte Anti-Antifa-Aktivist [REDACTED] der schon mehrfach Journalist_innen bedrängt hat, sprang über das Gartentor und versuchte auf eine Fotoreporterin einer Münchner Lokalzeitung loszugehen, anschließend flüchtete er wieder zurück auf das Grundstück.

Am Abend war auch der als Rechtsterrorist verurteilte Neonazi [REDACTED] in Obermenzing. Ein auf dem Onlineportal *Endstation Rechts Bayern* veröffentlichtes Video zeigt ihn zusammen mit [REDACTED] auf der Straße vor dem Anwesen. Als ein Kamerateam vorbeifährt, versucht [REDACTED] gegen das Auto zu treten.

Am 15. Oktober 2013 bietet der Keller des Hauses den Raum für ein konspirativ organisiertes Konzert, zu dem mehrere Dutzend Neonazis aus ganz Oberbayern und auch aus Österreich anreisen. An diesem Dienstagabend tritt u. a. der Neonazimusiker [REDACTED] auf, Sänger der Rechtsrockbands „Die Lunikoff-Verschwörung“ (aktuell) beziehungsweise „Landser“ (früher).

Die Polizei ist in Obermenzing vor Ort, führte jedoch anschließend weder den Einsatz, noch das Neonazikonzert im Polizeibericht auf. Einem Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ (Online-Version, www.sueddeutsche.de) vom 25. Oktober 2013 zufolge, bestätigte sie auf Nachfrage die

Veranstaltung. Die Behörde erwähnte aber nicht, dass es sich um ein neonazistisches Konzert gehandelt hat. Dem Lokalmedium zufolge soll die Polizei bei einem der Teilnehmenden ein Messer beschlagnahmt und den Mann wegen eines Verstoßes gegen das Waffengesetz angezeigt haben. Am nächsten Tag veröffentlichte [REDACTED] auf ihrem für die BIA eingerichteten facebook-Account ein gemeinsames Bild von [REDACTED] und ihr. Schon nach wenigen Stunden löscht [REDACTED] das mit dem Zusatz „Mit dem Sänger [REDACTED] am Rande eines Liederabends am gestrigen Tage...“ versehene Posting wieder.

Der Münchner Oberbürgermeister Christian Ude schrieb der Vermieterin nach dem Neonazikonzert einen Brief und batt sie, das Mietverhältnis mit den Neonazis aus „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ und „Freiem Netz Süd“ nun „schnellstmöglich zu beenden“. Es dauerte aber noch bis Ende Mai 2014 bis sich die Neonazi-Wg schließlich auflöste.

München: Neonazi-Keller (2016)

Seit März 2016 stand Münchner Neonazis aus den Kreisen von „Freies Netz Süd“ und „Dritter Weg“ ein Trefflokal im Westend zur Verfügung. Ein junger Elektriker hatte hier in einem Wohnhaus der Westendstr. 49 einen Kellerraum angemietet und, als er den Lagerraum nicht mehr benötigte, über einen weiteren Bekannten schlussendlich an den Münchner Neonazikader und verurteilten Rechtsterroristen [REDACTED] untervermietet. Als „Hobbyraum“ wolle er ihn nutzen, habe dieser behauptet. Der nach eigenen Angaben getäuschte Elektriker will nichts vom Hintergrund seines Untermieters gewusst haben und auch keinerlei Verdacht geschöpft haben.

[REDACTED] und die Münchner Neonazis hatten offenbar eine andere Nutzung im Sinn. Auch wenn ihnen zunächst wohl kaum mehr als 15 Quadratmeter zur Verfügung standen, wurde im Keller eine Art Kneipe eingerichtet, mit alkoholischen Getränken und einer Musikanlage. Ein Wehrmachtstahlhelm soll als Dekoration gedient haben.

Neonazi-Treffen

Nach a.i.d.a.-Informationen haben sich zumindest ab April 2016 mehrfach bis zu einem Dutzend Neonazis und Sympathisant_innen im Keller getroffen - vor allem am späten Abend unter der Woche oder an Sonntagen, wenn die im Erdgeschoss befindlichen Ladengeschäfte geschlossen hatten. Die Hausbewohner_innen wollen von all dem nichts mitbekommen haben. Lediglich an „laute Musik“ aus dem Keller oder „so schwarz gekleidete Security-Typen“ vor dem Haus erinnerten sich einige im Nachhinein.

Das Ende

Auch die Münchner Polizei will erst durch Veröffentlichungen, u. a. auf dem linken Open-Posting-Portal Indymedia, auf den Neonazi-Treff aufmerksam geworden sein. Die Behörden handelten daraufhin rasch: wegen des Verdachts auf Verstoß gegen das Gaststättengesetz und andere rechtliche Vorgaben durchsuchten Beamt_innen den Keller. Die Polizist_innen beschlagnahmten Waffen (drei Baseballschläger, 2 Pfeffersprays), neonazistische CDs („Stahlgewitter“, „Lunikoff“), Getränke, Getränkepreislisten und -Kasse. Außerdem nahmen sie den Stahlhelm mit.

Der Vermieter kündigte noch vor Ort einen fristlosen Rausschmiss der Neonazis an - das Schloss wurde umgehend ausgewechselt.

Terror, Waffen und Sprengstofffunde

Was den Terror von rechts angeht, wurden in der Bundesrepublik bis November 2011 mehrere Mythen konsequent gepflegt:

Erstens hieß es, die radikale Rechte sei zu dumm, um sich konspirativ in bewaffneten Gruppen organisieren zu können, sie sei zahlenmäßig schwach, agiere viel zu zersplittert und könne isoliert von der beziehungsweise ohne Unterstützung aus der Gesellschaft keine stabilen Netzwerke ausbauen.

Zweitens wurden aus der jahrzehntelangen Serie neonazistischer Anschläge und bewaffneter Mordtaten jeweils bedauerliche „Einzelfälle“ gemacht und die Täter (so sie denn ermittelt wurden, waren sie fast immer männlich) entpolitisiert und pathologisierend zu „Verrückten“ erklärt.

Als wären Gewaltbejahung und Brutalität nicht wesentliche Bestandteile faschistischer Identität. Als wäre Gewalt, vom Zuschlagen bis zum Mord, wiederum nicht zwingende Folge der propagierten Vernichtungsideologie. Ihre menschenverachtenden Anschauungen motivieren Neonazis dazu, Schaden anzurichten, einzuschüchtern, Angst und Schrecken zu verbreiten. Umgekehrt soll auch aus ihren brutalen Taten heraus die rechte Ideologie sprechen oder ablesbar sein („Propaganda der Tat“). Rechte Gewalt und rechter Terror haben nicht zuletzt eine Binnenwirkung nach „innen“: Die Beteiligten versichern sich selbst und den rechten „Szenen“ gegenüber ihrer eigenen Radikalität. Die männliche Rollenerwartung in der radikalen Rechten, wo das Idealbild eines heroischen, harten „Kämpfers“ und „Soldaten“ gezeichnet wird, passt dazu sehr gut. Bekämpft werden muss alles, was nicht ins völkische Weltbild passt. Aufrufe zu Mord und Terror sind seit Jahrzehnten Alltag in neonazistischen Liedtexten und CDs, auf Buttons und Textilien. Der neonazistische Versand des Freies Netz Süd-Aktivisten [REDACTED] beispielsweise verkaufte jahrelang vom oberpfälzischen Wackersdorf aus ungehindert T-Shirts mit der Aufschrift „Tod dem Weltfeind“ und „AJAB“, also „All Jews are bastards“, die T-Shirts waren zudem mit Blutspritzern grafisch gestaltet. Wie im Nationalsozialismus wurden Jüd_innen erneut zum „Weltfeind“ erklärt, offen wurde zu ihrer Ermordung aufgerufen.

Im Jahr 2015 wurden im Bundesgebiet nach Medienberichten über 2000 Waffen, Spreng- und Brandvorrichtungen bei Neonazis beschlagnahmt. Diese Zahl soll aus einem vertraulichen BKA-Papier hervorgehen. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hat es auch in Bayern eine Vielzahl von Waffen- und Sprengstofffunden in München und Oberbayern aus den letzten Jahren. Neben organisierten Neonazistrukturen, sind es häufig Einzelpersonen, bei denen Sprengstoff, Waffen etc. sichergestellt wurden.

- Ab 1973 scharte [REDACTED] in seiner Wehrsportgruppe (WSG) in Süddeutschland hunderte Neonazis und Militärfreaks um sich. Es ging dabei um den Aufbau einer armeeähnlichen Truppe, die nach dem Prinzip von Befehlen und dem klassischen Konzept militärischer Stärke funktionieren sollte. Die militärisch ausgebildeten Männer und Frauen starteten jedoch keinen bewaffneten Umsturzversuch, sondern es waren einzelne Mitglieder und Sympathisanten der WSG, die später zu Taten schritten. Die Militärforschung spricht von einem „Kleinen Krieg“ vereinzelter Untergrundkämpfer, der noch einmal deutlich brutaler geführt wird als der „konventionelle“ Krieg der Armeen. Der „Kleine Krieg“ kann ebenfalls den äußeren „Feind“ treffen und so zur Unterstützung der eigenen „Großgruppe“ dienen, richtet sich jedoch auch gegen Teile der eigenen Bevölkerung, die als Kollaborateure oder als „innere Feinde“ angesprochen werden. Nicht zuletzt dient er nach außen als Beweis der eigenen Präsenz.

Im Mai 1976 verübte das WSG-Mitglied [REDACTED] ein 19-jähriger Bundeswehrsoldat, in München einen Sprengstoffanschlag auf den amerikanischen Radiosender American Forces Network. Am 19. Dezember 1980 erschoss ein WSG-Mitglied mit einer Pistole [REDACTED] in Erlangen den [REDACTED] und dessen Lebensgefährtin [REDACTED]. Die Polizei ermittelte lange innerhalb der jüdischen Gemeinde Erlangens nach einem Täter, weil sie dort angebliche mafiöse Intrigen witterte. Am Abend des 26. September 1980 legte [REDACTED] eine u. a. aus dem Material einer britischen Werfergranate gebaute Bombe

am Ausgang des Oktoberfests in einen Papierkorb. Bei der Detonation starben zwölf Festbesucher_innen und auch der Attentäter selbst wurde getötet, 211 Personen wurden zum Teil schwer verletzt. [REDACTED] war politisch im „Hochschulring Tübinger Studenten“ geprägt worden, dessen ideologisches Gebräu der Spiegel damals ein „Gemisch aus kaum kaschiertem Rassismus, dumpfem Antikommunismus, aus CSU- und Freikorps-Programmatik“ nannte. Die Behörden sagten beziehungsweise sagen bis heute: [REDACTED] sei ein „Einzeltäter“ gewesen, ohne politischen Hintergrund, der an jenem Tag durch eine Klausur im Studium gefallen war.

- Die Münchner [REDACTED] und [REDACTED] bildeten die neonazistische „Gruppe Ludwig“ und reisten in den 1980er Jahren von München aus zu zehn Mordanschlägen in Norditalien. In der Nacht auf den 7. Januar 1984 verübten sie einen Brandanschlag auf das Lokal Liverpool in der Münchner Schillerstraße. [REDACTED] [REDACTED] starb bei der Brandkatastrophe, acht Gäste wurden verletzt. Das tödliche Attentat geriet in München völlig in Vergessenheit.

Anfang der neunziger Jahre radikalisierte sich die neonazistische Szene noch einmal deutlich. Über 500 Brandanschläge und tausende gewalttätige Attacken pro Jahr waren die Folge. Die Politik reagierte mit der Abschaffung des Asylrechts als Grundrecht und die Neonazis lernten: Brutale Anschläge sind eine erfolgreiche Option. Militante Grundsatzpapiere kursierten, wie das Autonom-Nationalistische Manifest der „Autonom Nationalistischen Zellen“ (deren Postfachadresse in München war). Die Neonazis schwärmten darin von einer bewaffneten Revolution: „Es könnte einmal die Stunde kommen, in der unsere agitatorische Munition durch Splitterhandgranaten, Flammöl und Explosivstoffe ausgetauscht und/oder ergänzt wird“.

- Im Juli 1991 griff der Unteroffizier [REDACTED] am Münchner Michaelibad Migrant_innen an. Er schrie: „Scheiß Ausländer“ und „Türken nach Istanbul“ und schoss mit einer Pumpgun auf fünf Menschen. Zwei der Angegriffenen verletzte er durch Kopf- und Brustschüsse lebensgefährlich. Das rassistische Attentat geriet schon nach wenigen Tagen in Vergessenheit und wurde, soweit bekannt, auch nicht in Statistiken rechter Gewalt aufgenommen. Es gab in der Folge nicht einmal einen öffentlichen Hinweis darauf, ob die Opfer überlebt haben oder nicht.
- 1994 schickte die neonazistische „Bajuwarische Befreiungsarmee“ aus Österreich eine Briefbombe an die damals in München lebende Fernsehmoderatorin Arabella Kiesbauer und an Dietrich Szameit, den damaligen stellvertretenden Bürgermeister von Lübeck.
- Beim nach offiziellen Angaben „größten Waffenlagerfund in der BRD seit 20 Jahren“ wurden im Jahr 1994 in Traunstein vier MGs, 35 Maschinenpistolen, weitere Handfeuerwaffen, Sprengsätze und große Mengen an Munition gefunden. Der später dafür Hauptangeklagte war Mitglied der Republikaner, mindestens ein Festgenommener war Mitglied der Traunsteiner Ortsgruppe der mittlerweile verbotenen „Nationalistischen Front“.
- Der bayerische Zoll hob 1996 im bayerisch-schwäbischen Günzburg ein Waffenlager aus und fand zugleich nationalsozialistische Propaganda. Ein 34-Jähriger hatte das riesige Waffenarsenal in einem Bauernhof versteckt: sechs Kriegswaffen, darunter ein Kalaschnikow-Sturmgewehr und Maschinenpistolen, elf Gewehre, zwölf Faustfeuerwaffen, Handgranaten, Panzerfäuste und 3500 Schuss Munition verschiedener Kaliber. Neben dem Anwesen hatte sich der 34-Jährige für die Waffen einen eigenen Schießstand eingerichtet.

Der Täter besaß zudem zahlreiche Hakenkreuzarmbinden und eine Fahne mit der Doppelsigrune der SS, außerdem kistenweise SA- und SS-Embleme. Zu der Sammlung gehörte auch die Armbinde eines Aufsehers des Vernichtungslagers Auschwitz. Die Waffen im

Schwarzmarktwert von 80 000 DM sollten offenbar an Neonazis verkauft werden. Es gab Hinweise, dass er sich regelmäßig mit einer rechten Gruppe traf. Das Urteil gegen den 34-Jährigen war schließlich mit einer Haftstrafe von zwei Jahren auf Bewährung auffällig milde. Der Beschuldigte sagte: „ich interessiere mich halt für den Zweiten Weltkrieg. Da hab ich noch nicht gelebt“. Prompt wurde zum neonazistischen Hintergrund nicht mehr weiterermittelt.

- Am 24. Juni 1998 stießen Polizeibeamt_innen bei Razzien im Raum Ingolstadt in 21 von Neonazis genutzten Objekten auf Handgranaten, Maschinenpistolen, eine Schrotflinte, Waffenteile und eine große Menge rechten Propagandamaterials [Quelle: Verfassungsschutzberichte Bund und Bayern für 1998]. Unter anderem entdeckten die Fahnder_innen in Pfaffenhofen-Uttenhofen eine Kalaschnikow mitsamt Munition. In Sinning durchsuchten die Polizist_innen das Gelände des ehemaligen „Wehrsportgruppe [REDACTED]“-Funktionärs [REDACTED] auf dem sich zu diesem Zeitpunkt auch der Sitz der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ befand. Sie stellten unter anderem Handgranaten, MPs und Sturmgewehre aus dem 2. Weltkrieg sicher.
- Aufgrund eines anonymen Tipps durchsuchten Polizeibeamt_innen im Oktober 2004 die Wohnung von [REDACTED] in Gmund am Tegernsee. An der Wohnungstür prangte ein Schild: „Achtung, Achtung, Kanaken und Juden“. Sie entdeckten ein umfangreiches Waffenarsenal: ein Maschinengewehr, sechs Sturm- und Repetiergewehre, ein Sprenggeschoss zur Fliegerabwehr sowie zwei Hohlladungsgeschosse mit je einem Kilogramm TNT. Im August 2005 verurteilte das Amtsgericht [REDACTED] wegen Verstößen gegen das Waffen-, Kriegswaffen- und Sprengstoffgesetz zu einer zweijährigen Haftstrafe ohne Bewährung.
- Im „Blood & Honour“-Buch „The Way forward“ hatte der Autor [REDACTED] 1998 offen den Aufbau klandestiner Terrorzellen gefordert. Mit dem „führerlosen Widerstand“, der Organisierung in einem Netzwerk von Zellen und der Ausübung militanter Aktionen, sollte nicht mehr gewartet werden. Die Neonazis des NSU warteten nicht: 1999 legten sie eine kunststoffummantelte Rohrbombe, die wie eine Taschenlampe aussah, in der Kneipe „Sunshine Pub“ in der Nürnberger Scheurlstraße ab. Als ein Mitarbeiter beim Putzen die vermeintliche Lampe einschaltete, explodierte der Sprengsatz und verletzte ihn an den Händen. Damit begann die aus dem sogenannten Untergrund heraus begangene Attentatsserie des NSU. Den bayerischen Zeitungen war das Bombenattentat damals nur wenige Zeilen wert. Die Polizei stellte das Ermittlungsverfahren nach wenigen Wochen ein.
- Im August 2000 wurde am Haus der Familie des ehemaligen Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde Bamberg eine professionell gebaute Bombe entdeckt, deren Zeitzundermechanismus bereits lief.

- Bei Hausdurchsuchungen am Morgen des 28. November 2006 bei Neonazis im Raum Rosenheim und Ebersberg („WSG Wendelstein“) stellte die Polizei 55 Schusswaffen sicher und nahm elf Personen fest. Bei ihrem Großeinsatz durchsuchte die Polizei mindestens 15 Privatwohnungen und Häuser – überwiegend im Landkreis Rosenheim, eines in Rosenheim selbst sowie Objekte in Samerberg und Prien. Gegen vier der Festgenommenen lagen zuvor schon Haftbefehle wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung sowie Verstößen gegen das Waffengesetz vor, sie kamen sofort in Untersuchungshaft. Sechs weitere Beschuldigte wurden zunächst festgenommen und verhört. Bei den Durchsuchungen wurden Pistolen, Revolver, Gewehre, Maschinenpistolen und -gewehre, eine größere Menge Schwarzpulver sowie Neonazi-Material wie SS-Uniformen, Fahnen, Orden und Helme mit Hakenkreuzsymbolen sichergestellt. Der bayerische Verfassungsschutz bemühte sich in seinem Jahresbericht 2006, das aufgefundene Waffenarsenal zu verharmlosen. Das Landesamt schrieb auf Seite 139: „Nach den bisher vorliegenden Erkenntnissen haben die Tatverdächtigen keine extremistischen Straftaten geplant, vielmehr sind die Waffen als 'Statussymbole' der rechtsextremistischen Szene zu betrachten.“
- Bei einer Hausdurchsuchung in München-Schwabing fanden Polizeibeamt_innen am 28. Juni 2013 eine fertig gebaute Nagelbombe und Gewehrmunition. Im Pressebericht verschwieg die Münchner Polizei den rechten Hintergrund des mutmaßlichen Bombenbauers vollständig. In der Wohnung im Erdgeschoss fanden die Polizeibeamt_innen zudem eine Gotcha-Waffe. Der brisanteste Fund lag auf dem Küchentisch: eine explosionsfähige Nagelbombe. [REDACTED] soll sie selbst gebaut haben, indem er einen Knallkörper mit Metall verdämmt und mit Nägeln und Schrauben bestückt hat.

Der Durchsuchte, [REDACTED] wurde festgenommen, kam aber schnell wieder frei. Am Samstagnachmittag wurde der mutmaßliche Bombenbauer bereits wieder aus der Haft entlassen. Ein Ermittlungsrichter hatte zu diesem Zeitpunkt den Haftbefehl gegen Auflagen wieder außer Vollzug gesetzt. Die Staatsanwaltschaft München I legte Beschwerde ein, die trotz der eigentlich aufschiebenden Wirkung in diesem Fall seltsamerweise ohne Konsequenz blieb. Erst am Sonntagvormittag wurde der mutmaßliche Bombenbauer erneut festgenommen und der Untersuchungshaft zugeführt. In der Pressemitteilung des Polizeipräsidiums München vom Sonntag, 30. Juni 2013, wurde der rechte Hintergrund des mutmaßlichen Nagelbombenbauers [REDACTED] vollständig verschwiegen. Bei dem Mann erinnert jedoch nicht nur ein verbotenes White-Power-Tattoo am Ringfinger seiner rechten Hand an zumindest frühere Beziehungen zur (Münchner) Neonaziszene: [REDACTED] (*1979) gehörte bereits 1996/97 der sogenannten Münchner „Altstadtszene“ an. Zeitweise über einhundert Neonazis und rechte Skins trafen sich damals regelmäßig am Fischbrunnen, im U-Bahn-Zwischengeschoss am Marienplatz oder in Kneipen in der Innenstadt. Diese Kreise werden für mehrere gewalttätige Übergriffe im Innenstadtbereich und zahlreiche rechte Straftaten verantwortlich gemacht. In den Jahren danach soll [REDACTED] nach Behördenangaben weiter zumindest zu den Sympathisanten der rechten Skinszene gerechnet worden sein. Einige der damals der „Altstadtszene“ angehörenden Neonazis schlossen sich später den neuen Münchner Kameradschaftsstrukturen in München und dem Umland an. Auch in der militanten „Kameradschaft Süd“, die mit der sogenannten „Schutzgruppe“ um [REDACTED] rechtsterroristische Strukturen ausbildete, waren schließlich Neonazis aus der ehemaligen „Altstadtszene“ aktiv.

- Der ehemalige Rechtsanwalt [REDACTED] hortete 2013 in seinem Haus in München-Pasing Chemikalien, die zur Herstellung von Sprengstoff (TATP) geeignet sind. Außerdem fanden sich bei einer Durchsuchung am 26. Juli Bücher über Guerillatechniken sowie fertige, aber noch nicht gefüllte Nagelbomben, Hitler- und Mussolini-Bilder und Nazi-Literatur. Außerdem besaß [REDACTED] etliche legale scharfe Waffen als Sportschütze.

- Ein 55-jähriger Arzt bedroht am 27.3.2014 in München einen Nachbarn mit einer Pistole. Die Polizei konnte ihn überwältigen, bei der anschließenden Wohnungsdurchsuchung wurden zehn Gewehre, sechs Pistolen, ein Revolver, Munition und Schwarzpulver gefunden. Im Arbeitszimmer wurde zudem ein Hakenkreuzwimpel entdeckt.
- Mitarbeiter des Münchner Kreisverwaltungsreferats wollten am 16.4.2014 bei dem 32-jährigen [REDACTED] zwei Glock-Pistolen sicherstellen. Er öffnete nicht, die Polizei wurde hinzugerufen. Nachdem aus der Wohnung weißer Rauch quoll und ein Knall zu hören war, stürmte das SEK das Apartment. Der Mann hatte sich erschossen. In der Wohnung fanden sich Spiritusbomben mit Signalfackeln als Zünder, durch die das ganze Haus hätte explodieren können. Außerdem hatte der Mann Messer, Gaspistolen, Macheten und eine Kampfanzugausrüstung. Erst zwei Monate später wurde bekannt, dass in der Wohnung von [REDACTED] eine Ausgabe von Hitlers „Mein Kampf“ sowie Literatur über den neonazistischen „Oklahoma-Bomber“ [REDACTED] gefunden wurden.
- Bei dem 74-jährigen [REDACTED] aus dem Stadtteil Sendling-Westpark, wurden am 8. Juni 2014 bei einer Durchsuchung Messer, Bajonette und Schreckschusspistole gefunden, außerdem ein griffbereiter Holzknüppel – darin eingeritzt NPD, NSU, NF – und eine Fotomontage mit ihm in Uniform und SS-Abzeichen. Der Mann hatte Vorstrafen wegen Körperverletzung und Verstoßes gegen das Waffengesetz.
- Im Juli 2014 stellte ein 25-jähriger Münchner Videos auf Facebook ein, in denen er mit der Ermordung von Ausländern und seinem Selbstmord droht. Im Münchner Stadtteil Obersendling gab der Mann mehrere Schüsse aus einer Schreckschusspistole ab. In der Vergangenheit wurde bereits einmal wegen ausländerfeindlicher Äußerungen gegen ihn ermittelt.
- [REDACTED] (Name bekannt) hetzte im Jahr 2016 auf Twitter und Facebook gegen Juden, Ausländer und Flüchtlinge. Bei einer darauf folgenden Razzia in seiner Wohnung im Stadtteil Giesing fand die Polizei ein Waffenarsenal. Messer, Dolche, Langwaffen, Elektroschockgeräte, Schlagringe, Schlagstöcke, Armbrust, Samurai-Schwert, und CDs mit Rechtsrock. [REDACTED] posierte auf seiner Firmenhomepage mit der Flagge des Deutschen Kaiserreiches.
- [REDACTED]

Am Sonntagmittag, 25. Mai 2008, lieferte sich der Rechtsextremist [REDACTED] in der Bindlacher Allee in Bayreuth einen Schusswechsel mit zwei Streifenpolizisten, die ihn kontrollieren wollten. [REDACTED] feuerte mit einer Walther PP-Pistole, verletzte einen Polizisten schwer und brachte sich, bereits von sechs Kugeln getroffen, mit einem Kopfschuss selbst um.

Der zu diesem Zeitpunkt 53-jährige [REDACTED] wurde in Berlin geboren und hatte ab Mitte der 1980er Jahre in Hannover, ab 1992 an mehreren Orten in Nordbayern sowie im sächsischen Plauen gewohnt. [REDACTED] gehörte der extremen Rechten an, in Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit wurde er als Mitglied der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) gelistet. 2007 zeigte er in der PKW-Zulassungsstelle der Stadt Plauen den Hitlergruß und wurde angezeigt. Im selben Jahr war er bei einer von der SPD organisierten Busfahrt von Berlin zur „Sicherheitskonferenz“ in München durch rechte Äußerungen aufgefallen und des Busses verwiesen worden.

In seinem Rucksack hatte [REDACTED] 37 verschlüsselte Unterlagen, die Skizzen zu über zwanzig Erddepots in Nord- und Südbayern (unter anderem Mittenwald), Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Berlin, Tirol und Oberösterreich enthielten. Ein Jahr dauerte die Entschlüsselung der durch lange Zahlenreihen codierten Orte, in die das bayerische

Landeskriminalamt auch Mitarbeiter von nicht näher bezeichneten „Nachrichtendiensten“ einbezog. Die Decodierung gelangt erst, nachdem ein mittelfränkischer Polizist eine der Skizzen einer ihm bekannten Gegend zuordnen konnte.

In Österreich lagen zwei Depots bei Wels, darunter eines in der Nähe der Hessenkaserne. Das Tiroler Erddepot lag in einem unwegsamen Waldstück bei Terfens-Schlögelbach. Die Lage der Depots in Deutschland wurde von den Behörden weitgehend geheim gehalten. Acht sollen sich im Bereich Saalfeld befunden haben, eines in Mittenwald (Bayern). In 27 derjenigen Lager, die in Deutschland angelegt waren, wurde im Jahr 2009 ein großes Waffen- und Sprengstoffarsenal entdeckt. Darunter waren mit Präzision gefertigte Bomben aus Feuerlöschern und Gasflaschen, 10 Liter zündfähiger Sprengstoff, Zünder, mehrere selbstgebaute Handgranaten und Sprengkörper, mehrere Schusswaffen, ein Lauf des Kalibers 7.65 und 50 Schuss Munition für dasselbe Kaliber. Zwei Depots waren bereits aufgelöst, fünf konnten wohl nicht entdeckt werden. In mindestens einem Depot lagerte [REDACTED] oder Andere eine sogenannte „Feindnamensliste“.

Die österreichische Tageszeitung „Kurier“ fragte in einem 2011 erschienenen Artikel: „Woher hatte [REDACTED] die Ausbildung und die Ausrüstung für die Anfertigung der Höllenmaschinen? Hat sie jemand anderer angefertigt?“. [REDACTED] schrieb 2012 in der Tageszeitung „Neues Deutschland“, dass man herausfinden müsse, wovon [REDACTED] lebte und wer ihm die Reisen bezahlte, die er unternahm. Und: „Woher stammten die Waffen, wer baute derart professionell die Bombenkörper, wer mixte den Sprengstoff? Der gelernte Betonbauer [REDACTED] war es wohl nicht, ihm fehlten die nötigen Kenntnisse auf diesen Gebieten und Zugang zu Metallwerkstätten hatte er laut Polizei auch nicht.“ Eine blau lackierte Bombe aus einem Depot ähnelte der im NSU-„Bekennervideo“ gezeigten Nagelbombe des Attentats in der Kölner Keupstraße, es soll aber den Ermittlungen zufolge keine kriminaltechnische Übereinstimmung gehabt haben.

Eine DNA-Spur, die beim vom NSU ermordeten Enver Simsek in Nürnberg gefunden wurde, kann mit einer Wahrscheinlichkeit von 1:190.000 [REDACTED] zugeordnet werden. Die Bedeutung dieser Übereinstimmung ist ungeklärt. In einer Antwort auf eine Bundestagsanfrage der Abgeordneten Martina Renner bezüglich dieser Spur behauptete die Bundesregierung im Jahr 2014 wahrheitswidrig: „Übereinstimmungen wurden nicht festgestellt“.

- Die „Wehrsportgruppe Süd“

Ende April 2005 wurde die Existenz einer schwerbewaffneten neonazistischen Wehrsportgruppe in Bayern offenbar. Das von den mindestens 44 Mitgliedern, unter ihnen Bundeswehrsoldaten, Polizisten, Gefängnisbedienstete, Gymnasiallehrer und Beamte, gehortete Waffenarsenal bedeutete den größten Waffenfund in Bayern nach 1945. Eine Resonanz in Politik und Öffentlichkeit blieb aus.

Neunzehn Hausdurchsuchungen, unter anderem in den bayerischen Städten Ansbach, Meitingen, Donauwörth, Neuburg an der Donau, Augsburg, Neu-Ulm und Thannhausen sowie in Wien und Bielefeld galten am 27. April 2005 dem bayerischen Ableger des „Europäischen Darstellungsverbands für lebendige Geschichte“ (EDLG), den die Mitglieder der neonazistischen „Wehrsportgruppe Süd“ bildeten. Der EDLG organisierte sogenannte „Reenactment“-Fans, Darsteller militärischer Schlachten, und weil dabei „immer alle Ritter, Wikinger oder Preußen“ spielen wollen, suchten sich die Neonazis eine politisch näherliegende Gruppe zur Nachahmung aus: die erste Kompanie der dritten Panzergrenadierdivision der „SS-Leibstandarte Adolf Hitler“.

Im November 2004 machte der EDLG unter seinem Bundesvorsitzenden [REDACTED] (Bad Oeynhausen) Schlagzeilen: Kriegsspiele und nachgestellte Erschießungen in Tschechien, Waffenlager in Nordrhein-Westfalen. Auch in Sachen „Wehrsportgruppe“ ist [REDACTED] kein Unbekannter: Im Auftrag von Gary Lauck versuchte das NSDAP/AO-Mitglied [REDACTED] Anfang der 1990er Jahre, als „Oberscharführer“ eine bewaffnete „Werwolf-Zelle“ aufzubauen, das sogenannte „Heimatschutzkorps Ostwestfalen (HSK/OWL)“. Als Agent „Fraga“ arbeitete [REDACTED] zumindest bis 1995 auch für den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz.

Auf der Suche nach der sogenannten „Wehrsportgruppe Süd“ führen viele Spuren zur Bundeswehr: Viele Mitglieder der Wehrsportgruppe und später der größte Teil der zahlreichen Prozessbesucher gehörten und gehören sogenannten „Reservistenkameradschaften“ (RK) an. Die Reservisten der Bundeswehr waren eine zumindest im Kalten Krieg fest einkalkulierte „Schattenarmee“ aus momentan ca. einer Million mobilmachungsfähigen Mitgliedern. Auch die beiden Anführer der „Wehrsportgruppe Süd“ sind ehemalige Soldaten: [REDACTED] fungiert bis heute als Domain-Inhaber der „Reservistenkameradschaft Neuburg“, [REDACTED] [REDACTED] war Mitglied der „Reservistenkameradschaft Welden“.

Diese nutzte ein Gebäude auf dem 50 Hektar großen Militärgelände auf dem Lerchenberg bei Emersacker, 20 km nordwestlich von Augsburg. Zuerst von der Bundesverwaltung angemietet, wurden die Räumlichkeiten des von Wehrmacht und Bundeswehr genutzten Munitionsdepots später von dem Augsburger Investor [REDACTED] ebenfalls Mitglied der RK Welden, den Waffenfanatikern [REDACTED] und [REDACTED] überlassen. [REDACTED] baute eine Kellerbar für die Gruppe ein. Gemeinsam soll man sich mit Nostradamus und der Sonnenfinsternis beschäftigt haben. Zur „Vorbereitung auf einen dritten Weltkrieg“, wie es später in Polizeiaussagen hieß, wurde neben einem Lebensmittel-Notlager ein gigantisches Waffenarsenal angehäuft: Neben SS-Uniformen, massenweise NS-Propagandamaterial und Hakenkreuzfahnen wurden mindestens 15 Maschinenpistolen, drei Maschinengewehre, die Bordkanone eines Bundeswehr-Phantom-Jets, 1,1 kg TNT, dutzende Sturmgewehre und Gewehre, Wehrmachts-Repetierbüchsen, Pistolen, Panzergranaten, Handgranaten, Panzergranatpatronen, Sprengzünder und über eine Tonne Munition auf dem Lerchenberg oder in privaten Depots eingelagert. Bei einigen wenigen Gewehren handelt es sich um umgebaute Deko-Stücke, viele Waffen und Kriegswaffen stammen allerdings aus Bundeswehrbeständen.

[REDACTED] ein 35-jähriger ehemaliger Skinhead aus Neuburg an der Donau war bis 1996 Stabsunteroffizier und Gruppenführer bei der Luftwaffe und danach Regierungssekretär in der Ausländerbehörde im Landratsamt Neuburg [REDACTED] und [REDACTED] kennen sich seit den 1990er Jahren von der Münchner Bundeswehr-FH. Der 39-jährige [REDACTED] aus Allmannshofen im nördlichen Landkreis Augsburg bekam seine Ausbildung unter anderem bei den amerikanischen „Special Forces“ und gehörte bei der Bundeswehr bis 1998 den Fallschirmjägern in Iserlohn und Altenstadt an. In der „Franz-Josef-Strauß-Kaserne“, der Luftlande- und Transportschule der Bundeswehr im oberbayerischen Altenstadt, wurden bis 1997 gemeinsam mit dem „Bund Deutscher Fallschirmjäger“ aus Schongau am sog. „Kreta-Tag“ (20. Mai) die Massaker der deutschen Fallschirmtruppe im Vernichtungskrieg auf Kreta gefeiert. Bis heute wird dort General Kurt Student verehrt, der Oberbefehlshaber der Wehrmacht-Fallschirmjäger. Der Hitler-Geburtstag war in der Luftlande- und Lufttransport-Schule ein Festtag, an dem manchmal sogar dienstfrei gegeben wurde. [REDACTED] gehörte dort als Oberfeldwebel zu den Soldaten, die 1993 auf einem, vier Jahre später im »Stern« veröffentlichten, Foto vor einer Hakenkreuz-Fahne posierten. [REDACTED] wie die anderen in Uniform, hielt dabei einen Reichsadler mit Hakenkreuz in den Händen, sein Nebenmann stand mit Adolf-Hitler-Portrait stramm. Mit sechs anderen Altenstädter Unteroffizieren grölte

1995 auf dem Heimweg vom Münchner Oktoberfest Kriegslieder und zeigte Nazi-Symbole.

Eine neonazistische Motivation wurde auch im Februar 2006 beim „Wehrsportgruppen“-Prozess gegen [REDACTED] und [REDACTED] nie in Abrede gestellt, allerdings hieß es mehrfach im Landgericht Augsburg, „darüber verhandeln wir hier nicht“. Ebenfalls wurde bisher nicht geklärt, wofür das große Waffenarsenal angelegt wurde. Der größte Teil der Anklagepunkte wurde im Rahmen eines Deals mit den Angeklagten [REDACTED] und [REDACTED] (jeweils drei Jahre Haft ohne Bewährung) fallengelassen. Zu zahlreichen Widersprüchen gab es keinerlei Ermittlungsinteresse: Warum hatte der vorbelastete [REDACTED] eine Waffenbesitzkarte? Wieso durften Mitglieder der „Wehrsportgruppe Süd“ regelmäßig bei Reservistenübungen der Bundeswehr in Wertingen mit Kalaschnikows trainieren, unter ihnen [REDACTED] der 1998 nach weiteren extrem rechten Vorfällen aus der Bundeswehr entlassen wurde? Wie gelangten Waffen und massenweise Munition der Bundeswehr in die Hände einer neonazistischen Wehrsportgruppe? Alle damals ergangenen Urteile (soweit sie öffentlich bekannt wurden) können „mild“ genannt werden: Beim 15-fach einschlägig vorbelasteten [REDACTED] [REDACTED] 52-jähriger Maurer aus Karlshuld und ebenfalls „Reservistenkameradschafts“-Mitglied, wurde das Verfahren eingestellt. Auch er hatte regelmäßig auf Bundesweherschießständen trainiert. [REDACTED] 37-jähriger Bundeswehr-Hauptfeldwebel aus Thannhausen im südlichen Landkreis Günzburg, wurde im März 2006 zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe verurteilt. [REDACTED] 32-jähriger Polizist aus Bobingen, der vor rund zwei Jahren ein Sturmgewehr Kalaschnikow AK-47 und 1.100 Schuss Munition von [REDACTED] und [REDACTED] gekauft hatte, wurde im Januar 2006 in einem abgetrennten Prozess zu einer neunmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt, kann also Polizeibeamter bleiben. Derart „harmlos“ ist die „Wehrsportgruppe Süd“ allerdings nicht gewesen: 1992 fuhr [REDACTED] [REDACTED] mit anderen Soldaten aus Altenstadt nach Jugoslawien, wo sie in Bundeswehrausrüstung auf kroatischer Seite gegen die serbische Armee gekämpft haben sollen. Einige dieser Söldner gehörten 2005 auch der „Wehrsportgruppe Süd“ an. Die Staatsanwaltschaft Augsburg ermittelte eine Zeit lang gegen die Beteiligten wegen „versuchten Mordes“, weil die Neonazis acht in einem Kleinbus sitzende Serben mittels einer Sprengfalle zerfetzt haben sollen. Der Auslöser dieser Ermittlungen, ein selbstgedrehtes Video, verschwand jedoch während der polizeilichen Ermittlungen. Weitere Ergebnisse sind nicht bekannt geworden. Der ganze Komplex der „Wehrsportgruppe Süd“ versandete rasch und wurde öffentlich nie mehr erwähnt.

Blood&Honour, Combat 18 und KuKluxKlan in Bayern und München

Blood&Honour

Man müsse die „ideologieprägende Wirkung von ‚Blood & Honour‘ genau beleuchten, um den NSU-Terror zu verstehen“ sagte der Rechtsextremismus-Experte (und taz-Autor) Andreas Speit als Sachverständiger im Oktober 2012 bei einer Anhörung des Sächsischen Landtags.

Denn bei dem seit den 1980-er Jahren von England aus expandierenden internationalen, neonazistischen und militanten „Blood & Honour“ (B&H)-Netzwerk handelt es sich mitnichten „nur“ um eine subkulturelle Erscheinungsform der rechten Musikszene, die Rechtsrock erfolgreich als Propagandainstrument einsetzt. B&H propagierte auch terroristische Strategien, z. B. das Konzept des „leaderless resistance“ („führerloser Widerstand“), unter anderem im „Blood & Honour“-Magazin der deutschen B&H-Division, Ausgabe 2/1996.

Auch die drei späteren Mitglieder des Kerns des NSU-Netzwerks waren in Jena zu dieser Zeit Teil dieser Szene. In Bayern fanden ab dem Jahr 1994 viele „Blood & Honour“-Konzerte statt. Diese

Konzerte wurden von der Szene zum intensiven Austausch untereinander genutzt. Trotz strafrechtlich relevanter Vorkommnisse wurden sie von den Behörden nicht konsequent unterbunden. In Bayern war das „Blood & Honour“-Netzwerk mit den Sektionen „Franken“ und „Bayern“ vertreten. Die „Sektion Franken“ war eine Gruppe um [REDACTED] (Bamberg), [REDACTED] (Schwabach) und die Neonaziband „Hate Society“. Die „Sektion Bayern“ hatte ihren Sitz im Raum Amberg, wurde von [REDACTED] (heute: [REDACTED] in Amberg geleitet und gab dort ein Fanzine mit heraus: „United White & Proud“. [REDACTED] zog Anfang des neuen Jahrtausends nach Sachsen und beteiligte sich dort am Projekt „Front Records“. Zu erreichen war B&H Bayern u. a. über ein Postfach im oberpfälzischen Schwandorf. Noch nach dem Verbot lief die Domain „bloodandhonour.de“ eine Zeit lang auf [REDACTED] in Nürnberg.

In den bayerischen Verfassungsschutzberichten von 1996, 1997, 1998 und 1999 wurden das internationale „Blood & Honour“-Netzwerk und seine zwei bayerischen Sektionen mit keinem Wort erwähnt.

Schon in der ersten Ausgabe des Magazins der „Blood & Honour Division Deutschland“ wurde ein neonazistischer Musiksampler mit dem Titel „Leaderless Resistance“ („Führerloser Widerstand“) beworben. In der zweiten Ausgabe des Magazins der „Blood and Honour Division Deutschland“ (2/1996) beschrieben die Herausgeber_innen dann direkt die militante Ideologie des „leaderless resistance“ („Jeder ist dazu aufgerufen, etwas zu tun!“): „Die alten Formen des politischen Aktivismus, wie z. B. der Weg über Wahlen in das Parlament, das medienwirksame Auftreten von fahnen-schwenkenden Parteien oder das auf legaler Basis angestrebte Kaderprinzip sind überholt“. Unter Bezug auf den „Klu Klux Klan“ wurde stattdessen empfohlen: „Die einzige Lösung ist die Rückkehr zu den Quellen, zur weissen Revolution durch eine kleine, aber entschlossene Gruppe.“ Die „Patrioten von heute“ hieß es, müssten „ sich auf den größten aller Kriege, den Rassekrieg vorbereiten, und dafür muss man geheime Strukturen schaffen und bereit sein, sein Leben zu opfern“. Die Publikation, die diese terroristischen Pläne enthielt, war eine bemerkenswert „bayerische“: Ein Bericht über ein Konzert in Ebersdorf bei Coburg war genauso enthalten, wie ein Interview mit der mittelfränkischen Neonaziband „Radikahl“ oder ein Bericht über einen Auftritt der bayerischen Neonazibands „Faustrecht“ und „Sturmtrupp“ bei [REDACTED] in Zwickau. Die Grüße der Heftredaktion gingen u. a. an die Allgäuer Band „Faustrecht“ und die „Skinheads Allgäu“.

Die Bayern-Bezüge setzten sich in späteren Ausgaben fort: [REDACTED] von „B&H Sachsen“ berichtete in der Nummer vier über ein Konzert der bayerischen Neonaziband „Hate Society“, [REDACTED] von „Blood and Honour Bayern“ schrieb in der Ausgabe sechs über ein „Konzert am 4.7. [1998] mit Faustrecht, Gesta Bellica und Mistreat“, das im Allgäu stattgefunden hatte. Einen Monat später, auch das kann man im gleichen „Blood & Honour“-Magazin lesen, waren „Faustrecht“ bei einem Konzert im südongarischen Szekszard aufgetreten. Im „Blood and Honour-Magazin“ berichteten bayerische „Kameraden“ auch über den Aufmarsch am 6.11.1999 in Rosenheim sowie einen anschließenden Balladenabend mit Musikern der britischen Band „Celtic Warrior“. An diesem Aufmarsch hatte auch der „Thüringer Heimatschutz“ (THS) teilgenommen, als Redner waren [REDACTED] **Christian Worch**, **Manfred Roeder** sowie der Brite [REDACTED] (British National Party, Umfeld der Band „Skrewdriver“) aufgetreten.

Im Nachgang eines Konzertes der „Blood & Honour-Sektion Bayern“ am 29. Mai 1999 machten die Neonazis sich über die Polizei lustig: „es war ein kleiner Sieg, daß bei dem ganzen Chaos im Polizeistaat Bayern ein Konzert in dieser Größenordnung stattgefunden hat.“ Nur wenige Wochen danach konnte auch in Rosenheim ein Konzert mit „Celtic Warrior“, „Brutal Attack“ und anderen Neonazibands problemlos stattfinden. „B&H Bayern“ habe dabei den Saalschutz gestellt, freute man sich später im Magazin der deutschen „B&H-Division“. Wie ungestört das „Blood & Honour“ Netzwerk im Süden zeitweise agieren konnte, zeigte die sogenannte „Sommerparty“ von „B&H Franken“ besonders deutlich: rund 200 Neonazis trafen sich am 26. Juni 1999 auf einem Sportplatz bei Bamberg zu einem Konzert mit „Warhammer“, „Razors Edge“, „Stahlgewitter“, „No Remorse“,

„Hate Society“ u. a. Im „Lokalpatriot“-Fanzine Nr. 11 hieß es im Nachhinein: „(...) diese Party war nur auf Einladung und so schickten die Bullen schon einige Leute, die ohne Einladung angereist waren, einfach weg. Das sollte die einzige Bullenschikane an diesem Tag bedeuten.“

Combat 18/C18

„Blood & Honour“ verfügt zu dieser Zeit mit „Combat 18“ gewissermaßen über einen „bewaffneten Arm“. Anlässlich von Konzerten in Deutschland sollen terroristische Aktionen und koordinierte Aktionen in ganz Europa besprochen werden. In den 1990-er Jahren werden sowohl in diversen „Blood & Honour“-Magazinen als auch von „Combat 18“ Anschläge auf Migrant_innen propagiert: „Vor allem müssen wir die Einwanderer selbst angreifen“ zitiert das ARD-Magazin „Monitor“ im November 2011 aus „Combat 18“-Schriften. In den „Blood and Honour“-Terroranleitungen steht, man solle keine Bekennerschreiben hinterlassen, in kleinen Zellen arbeiten, Nagelbomben einsetzen und Listen von möglichen Opfern erstellen.

Über die Zellen des terroristischen C18-Netzwerks in Deutschland ist nur wenig bekannt geworden. Es gab immer wieder Hinweise und Gerüchte, dass fränkische Neonazis in oder nahe bei „Combat 18“ organisiert gewesen seien. Als am 26. Juni 1999 die britischen „Bläckshirts“, „No Remorse“ und Razor's Edge“ zusammen mit „Stahlgewitter“ bei einem Neonazikonzert auf dem Sportplatz in Großheirath bei Coburg spielen, traten auch „Combat 18 Mitglieder“ in Erscheinung. Im bayerischen Neonazi-Fanzine „Der Landser“ (Herausgeber: M [REDACTED] F [REDACTED]) wurden in der achten Ausgabe - in der die Band „Noie Werte“ interviewt wurde - öffentlich die „Kämpfer vom Club 28“ [das '28' steht für „Blood & Honour“] und „die Jungs von C18“ begrüßt. Am 1. Mai 2012 trug beim Neonaziaufmarsch des „Freien Netz Süd“ in Hof ein Teil der Teilnehmenden das rote Kampagnen-T-Shirt der bayerischen Neonazis mit einem ganz speziellen, großen Rückendruck: „C18“ - von den Behörden von Anfang bis Schluss völlig unbeanstandet.

„White Unity“

Nach dem Verbot von Blood & Honour 2000 traten in Bayern teilweise ähnliche Nachfolgestrukturen auf. „White Unity“ hatte den Schwerpunkt in Aschaffenburg, Unterfranken und Südhessen. beteiligt waren an der Organisation aber auch die Münchner Neonazis [REDACTED] und [REDACTED].

KKK in Bayern

Bei der Durchsuchung einer Wohnung in Geisenfeld bei Erding wurde am 27. Juli 2012 eine Fahne mit Hakenkreuz, eine Fahne mit SS-Totenkopf sowie ein Holzschild mit den Schriftzügen „White Power“ und „KKK“ gefunden. Der Beschuldigte, dessen Identität nicht öffentlich bekannt wurde, bezeichnete sich als „bekenndenden Rechten“ und gab an, in der Vergangenheit als „Quelle“ für die Behörden gearbeitet zu haben. In den 1990er Jahren erstellten Antifaschist_innen über bayerische KKK-Mitglieder eine kleine Auflistung. Darauf stehen u. a. Akteure aus Kehlheim, Mindelstetten, München und Bad Neustadt.

Von Oktober 2000 bis Ende 2002 existierte die deutsche Sektion des „European White Knights of the Ku Klux Klan“ (EWK KKK) aus dem württembergischen Schwäbisch Hall unweit der fränkischen Landesgrenze. Zu ihren rund 20 Mitgliedern sollen auch einige aus Bayern gehört haben. Der Gründer und Anführer, V-Mann A [REDACTED] Sci [REDACTED] wurde als Sänger der Band „Celtic Moon“ im Nürnberger Fanzine „Der Landser“ interviewt. Zu den Mitgliedern gehörte auch Thomas R [REDACTED] der unter dem Namen „Corelli“ als V-Mann für das Bundesamt für Verfassungsschutz arbeitete.

Das Beispiel HNG

In der Öffentlichkeit wenig beachtet ist die „Hilfsorganisation für nationale Gefangene und deren Angehörige“ (HNG). In Bayern hat die 1979 gegründete Spektren- und Parteiübergreifende Organisation eine lange Geschichte, zahlreiche ihrer Jahreshauptversammlungen fanden hier statt (z. B. die letzte am 17.4. April 2010). U. a. über **Mandy Struck** und vor allem **S. E.** bestanden Verbindungen bis zu den Netzwerken des NSUs bzw. NSU-Unterstützermfelds. Im Frühjahr 2009 planten Münchner Neonazis um **die Arbeit der „Hilfsgemeinschaft“** zukünftig lokal ohne das Label „HNG“ weiterzuführen „auf eine Konstituierung bzw. Namensgebung muss vorerst verzichtet werden“ hieß es in einem geheimen internen Papier. Die Vorsichtsmaßnahme deutet drauf hin, dass den Neonazis spätestens zu diesem Zeitpunkt klar war, dass die bundesweite HNG-Struktur verboten werden könnte oder sollte. Am 7. September 2010 wurden an 30 Orten bundesweit Razzien gegen die Strukturen der HNG e. V. durchgeführt. Am 21. September 2011 verbot Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich die HNG durch Erlass. Die HNG habe „zur Radikalisierung der Neonaziszene beigetragen“.

Frühe digitale Kommunikation und Vernetzung der militanten Neonaziszene

DFÜ-Mailboxen – was war das?

Neben den traditionellen, eindirektionalen Medien wie Radio, Fernsehen, Zeitungen mit festen Redaktionen und einer klaren Sender- und Empfänger-Hierarchie, entstanden aus privatem Engagement heraus Ende der 1980er Jahre in Deutschland die ersten Mailboxen. Damit war technisch eine bidirektionale Kommunikation, und damit die Auflösung des traditionellen Schemas von aktiven Sendern und passiven Empfängern möglich. Datenfernübertragung (DFÜ) für Privatpersonen war geboren.

Die technische Basis bildeten die herkömmlichen Telefonanschlüsse der „Deutschen Bundespost“ (staatseigenes Post-, Logistik- und Fernmeldeunternehmen der Bundesrepublik Deutschland mit Fernmeldehoheit – Vorläufer der privatisierten späteren „Deutschen Telekom AG“). Mittels einer sogenannten technischen Schnittstelle zwischen Telefonanschluss und Computer, dem Modem, konnten Teilnehmer_innen Text und Bildmaterial in sogenannte öffentliche und private Gruppen, und persönliche Nachrichten (PM) in Mailboxnetzen senden. Daher auch das Kürzel „BBS“ für „Bulletin Board System“, ein elektronisches schwarzes Brett also. Die Nachrichten der Mailbox-Teilnehmer_innen wurden dann wiederum zwischen den Mailboxen ausgetauscht. Dabei musste nicht jede Mailbox jede andere im Verbund anrufen, sondern es bildeten sich zuverlässige Knotenpunkte, die alle notwendigen Nachrichten untereinander austauschten.

Alle anderen Mailboxen suchten sich ihre zuverlässigen und bezüglich der angebotenen Inhalte sinnvollen Knotenpunkte aus. In diesem exakt geregelten Chaos fanden persönliche Mails zu ihren entfernten Empfängern und öffentliche Nachrichten konnten in vielen hunderten bis tausenden Mailboxen, teilweise weltweit, gelesen und kommentiert werden. Die Mailbox-Szene erinnerte mit ihren eigenen Codes, Umgangsformen und Idealen teilweise an die Amateurfunkszene. Im Unterschied dazu war die Mailboxtechnik aber durchaus massentauglich.

Aufgrund der damaligen hohen Telefentarife – es gab keine Flat-Verträge – waren nur „Daten“-Anrufe zum sogenannten damaligen Ortsnetztarif dauerhaft erschwinglich. Die Mailbox musste sich also im Telefon-Ortsnetztarif der damaligen Deutschen Bundespost befinden.

Die Mailbox oder das „BBS“ bestand aus einer Hardware (meist ein PC und mehrere Modems für die Einwählenden) und einer Mailboxsoftware. Es handelte sich dabei um die ersten, teilweise relativ wartungsfreien Kommunikationscomputer, heute allgemein Server genannt. Für digitale private Nachrichtenvermittlung verantwortlich war der sogenannte SysOps (Systemoperator). Als Client-Software (das Einwahl-Programm) wurde entweder „Terminal“-Software (zum Anrufen und Einloggen der Mailbox mit laufenden Verbindungsgebühren, zur ersten Anmeldung oder zum Chatten mit dem Sysop oder anderen Mitgliedern) oder Offline-Reader genutzt. Mit einem kurzen Anruf bei der ortsnahen Mailbox holt das Programm meist innerhalb weniger Minuten alle persönlichen Nachrichten und alle neuen Nachrichten der abonnierten Informations- und Diskussions-Bretter ab, beziehungsweise sendet die eigenen Nachrichten komprimiert und schnell zurück in die Mailbox.

Die SysOps stellten die höchste Hierarchieebene dar – ähnlich heutiger Systemadministratoren in IT-Firmen. Sie beschloßen, wer Mitglied in einer Mailbox werden durfte und wer nicht. Auch regelten sie den Austausch aller Nachrichten mit den anderen Mailboxen des Verbundes oder, wenn Schnittstellen vorhanden waren, ins Internet. Die verschiedenen Mailboxverbunde hatten unterschiedliche Ansprüche in Fragen der Mitbestimmung und des Umgangs mit privaten Daten. Die SysOps hatten aber meistens ein Auge darauf, dass die Teilnehmer_innen zufrieden waren und/oder verteilten Sanktionen. Sie mussten für gewöhnlich auch viele SysOps anderer Mailboxen kennen, um den Mailboxverbund stabil zu halten. Auch zwischen den Mailboxen gab es ein komplexes Hierarchie- und Sanktionsgeflecht – ein Abbild der Gesellschaft.

Weitere Schwerpunkte dieser privaten Mailboxszenen waren Live-Unterhaltungen (Chats) – nur zwischen Einwähler_innen einer Mailbox (Gäste möglich) und vor allem auch der Austausch von Files (Programmen, Skripten unter den Fachbegriffen „Public-Domain-Software“ und „Shareware“ etc.). Ein Austausch von digitalen Inhalten über Datennetze konnte fern von Universitäten und Forschungseinrichtungen bis Mitte der 90er Jahre sonst nur über CDs, Disketten und öffentlich zum Beispiel über Zeitschriften-Beilagen stattfinden.

Die Kommunikation in der Mailboxszene war schon damals auch mit sogenannter starker Verschlüsselung (PGP) möglich. Die verschiedenen Mailboxnetze waren oftmals über Gateways miteinander verbunden (einige technisch versierte SysOps betrieben ihre Mailboxen als Gateways, also als Austauschknöten mit anderen Mailboxverbunden). Explizit unter politischen Gesichtspunkten gegründete, wie auch unpolitische Mailboxverbunde, waren technisch verbunden und pflegten die jeweiligen öffentlichen „Bretter“ sowie den Austausch privater Nachrichten. Das gemeinsame Verständnis von der Idee eines immer weiter vernetzten Datenaustauschs privater Mailboxverbunde wuchs trotz vieler Streitereien stetig, ein bidirektionales Datennetz parallel zum Internet mit speziellen physikalischen Datenstandleitungen, dass damals nur Hochschulen und Forschungseinrichtungen offen stand. Mitte der 1990er Jahre sahen sich die Mailboxen aber vor allem noch als Alternative zu teuren kommerziellen Datennetzen wie CompuServ oder AOL.

FidoNet als technische Grundlage für das Thule-Netz

Die Mailboxen nutzten für ihre Vernetzung über Telefonnetz und Modem speziell programmierte technische Verbindungsprotokolle. Die Mailboxen selbst bestanden ebenfalls aus kommerzieller oder freier Software. Mailbox-Software und Endnutzer-Software (Clients), vor allem aber auch die Schnittstellen-Software waren anspruchsvoll und wurden in den Netzkreisen weiterentwickelt. Ein Teil der Mailboxszene war der sogenannte FidoNet-Mailboxverbund. Das FidoNet war im Allgemeinen ein unpolitisches, aber technisch wie administrativ hierarchisch organisiertes Netz, im Gegensatz zum bekannten Z-Netz und dem politischen Ableger, dem CL-Netz, das radikal demokratisch organisiert war. Zum Teil tat man sich schwer mit dem Rauswurf von rechten Teilnehmer_innen.

Die Betreiber der ersten Thule-Mailboxen entschieden sich für die Nutzung der technisch komplexen Mailbox-Technik des FidoNet-Mailboxverbundes. Von Beginn an gab es eine führende Mailbox, die „Widerstand BBS“ des Erlanger [REDACTED]. Mit ihm tauschten alle anderen Mailboxen die Nachrichten aus. Weitere administrative oder technische Experten waren wohl [REDACTED] und [REDACTED].

Die Bretter des „Thule-Netzes“ wurden nicht zum öffentlichen Routing (Verteilen & Anbieten) in andere Mailboxverbunde angeboten, beziehungsweise wäre das von allen damaligen großen Mailboxverbunden abgelehnt worden. Rechtsextreme wurden in den meisten privaten Mailboxverbunden bis dahin nicht geduldet und oftmals bewusst ausgeschlossen. Auch weil viele damalige Netze Realnamenpflicht hatten, beziehungsweise die Betreiber die meisten Teilnehmer_innen persönlich kannten.

Einige Teilnehmer_innen und Sysops des „Thule-Netz“, wie der Erlanger Informatikstudent und JN-Kader [REDACTED] hatten aber unter einem unauffälligen Namen Zugang im Z-Netz/CL-Netz und FidoNet und kannten sich bereits aus in der Mailboxszene. Anfangs waren auch noch einige wenige nicht radikale Personen mit ihren Mailboxen an das „Thule-Netz“ angebunden. Das änderte sich jedoch schnell. Spätestens dann veränderte das Thule-Netz auch seinen Anspruch, hin zu einem elitären Verbund von wenigen Mitgliedern.

Anders als bei heutigen Internetzugängen benötigten damals in dem meisten Fällen die Teilnehmer_innen einen direkten persönlichen Kontakt zum Betreiber einer Mailbox. Einerseits aufgrund der oftmals schwierigen Installation und Konfiguration des Telefonmodems und der genutzten Enduser-Software zum Einwählen in eine Mailbox, andererseits war es auch besonders gewünscht und notwendig, um neue Teilnehmer/innen anzuwerben. Beim Thule-Mailboxverbund gab es aber auch einen weiteren Punkt: Man wollte wissen, wer sich da einwählt, um dieser Person dann auch für die entsprechenden nichtöffentlichen Diskussionsforen (die sogenannten Bretter) freizuschalten. Dieser Punkt war im „Thule-Netz“ immer ein großer Streitpunkt (siehe Streit Dalek/Kosche in 1997).

Gründung in Bayern und betreut durch bayerischen Verfassungsschutz

Der neonazistische Thule-Mailboxverbund wurde in Bayern gegründet, und maßgeblich auch von einem bezahlten Mitarbeiter, beziehungsweise einer Honorarkraft des bayerischen Verfassungsschutzes mitbetreut:

- Die Ziele und Ansprüche wurden maßgeblich von Neonazis in Bayern formuliert.
- Als Autoritäten waren bis zum Ende der Vernetzung fast ausschließlich Mailboxbetreiber in Bayern akzeptiert, wiederum einschließlich der Honorarkraft des bayerischen Verfassungsschutzes.
- Wichtige V-Personen verschiedener Landesämter und Behörden wählten sich in bayerische Mailboxen des Thule-Netzes ein, beziehungsweise wurden dazu explizit aufgefordert und technisch ausgestattet.
- Die spätere Nachfolge-Website und zugehörige Internet-Domain „thulenet.com“ wurde von einem Münchner Mailboxbetreiber eingerichtet, bestellt und betrieben.

Die Vermutung liegt nahe, dass auf Behörden-Ebene das Mailboxnetz als Chance gesehen wurde, um möglichst einen Großteil der rechten Führungsebene im Blick zu haben, inhaltlich Einfluss zu gewinnen sowie Richtungen vorzugeben. Um das zu erreichen, hat man dafür gesorgt, den Thule-Mailboxverbund administrativ und technisch mit Personal und Geld zu stützen. In welchem Umfang, beziehungsweise wie viele Mailboxen von staatlichen Behörden aufgebaut und betrieben wurden, ist der Öffentlichkeit bis heute unklar.

Der Mailboxverbund „Thule-Netz“ wurde, nach eigenen Angaben, am 20. März 1993 von den Mailboxen „Phantom BBS“ (Nürnberg) und „Widerstand BBS“ (Erlangen) gegründet. Mit den sogenannten „Nationalen Infotelefonen“ (NIT) hatte das übrigens technisch nichts zu tun. NIT waren ausschließlich Anrufbeantworter mit aufgesagten Sprachnachrichten, die zum Abhören von Informationen und Aktionen aus der radikalen rechten Szene dienten.

_____ und _____ schrieben 1997 über die Gründungsphase unter dem Titel „Befreite Zone Thule-Netz?“:³

„Ende 1992 eröffnete _____ seine eigene Mailbox, die Widerstand BBS. Er arbeitete eng mit der Phantom in Nürnberg zusammen, die von einem Anhänger der „Deutschen Volksunion“ (DVU) betrieben wurde. Gemeinsam gründeten sie das „Deutsche National Netz“. Am 20. März 1993 wurde das „Deutsche National Netz“ in Thule-Netz umbenannt. Mitglied waren anfangs fünf Boxen: Nürnberg _____ Erlangen _____ Oftersheim _____ Essen (NPD-Mitglied) und Krefeld (FAP/Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei-Mitglied), wobei die letzten beiden zunächst wegen technischer Probleme, dann wegen Hausdurchsuchungen nie wirklich am Thule-Netz teilnahmen. Im Gegensatz zu anderen Netzen ist das Thule-Netz sternförmig und hierarchisch aufgebaut. Alle Nachrichten laufen über die Widerstand BBS von _____ in Erlangen.“

_____ stand dem „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ (NHB), der Studentenorganisation der NPD, zumindest sehr nahe. Der NHB meldete damals nur mit einer Handvoll Mitgliedern, aber mit viel nationalrevolutionärem Getöse, seinen Führungsanspruch gegenüber der gesamten Rechten an. _____ war zeitweise presserechtlich verantwortlich und Postfachinhaber für das nationalrevolutionäre Kleinst-Blättchen „Die Saufeder“, das als Organ von JN- (Junge Nationaldemokraten) und NHB-Funktionären aus dem fränkischen Raum fungierte.

Die Ziele des Mailboxverbundes „Thule-Netz“ waren eindeutig formuliert:

„Ziel und Zweck dieser Mailbox

Dies ist keine Mailbox wie jede andere! Sie wurde nicht aus Spass eröffnet, sondern hat ganz bestimmte Aufgaben zu erfüllen:

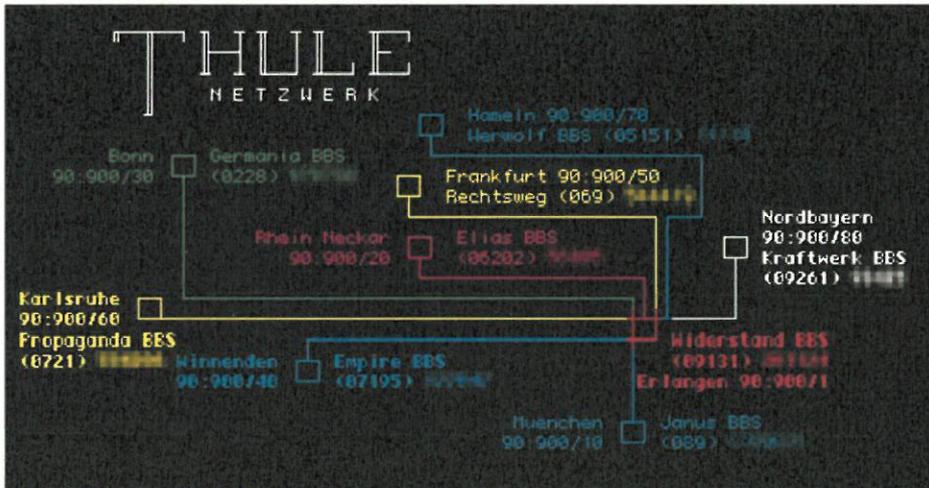
1. Herstellung und Verfestigung der Kontakte zwischen nationalen Gruppen.
2. Entwicklung einer Datenbank mit Informationen für nationale Aktivisten. Insbesondere soll die Herstellung von national gesinnten Publikationen durch Bereitstellung von Artikeln gefördert werden.
3. Minderung des Verfolgungsdruckes durch das System indem Kommunikationsmöglichkeiten bereitgestellt werden, die vom System nicht – oder nur mit erheblichem technischen Aufwand – ausgespäht werden können. Es gibt hervorragende Kodierverfahren, deren Dekodierung für Unbefugte praktisch nicht möglich ist.

Januar 1993, Alfred Tetzlaff (Sysop)⁴

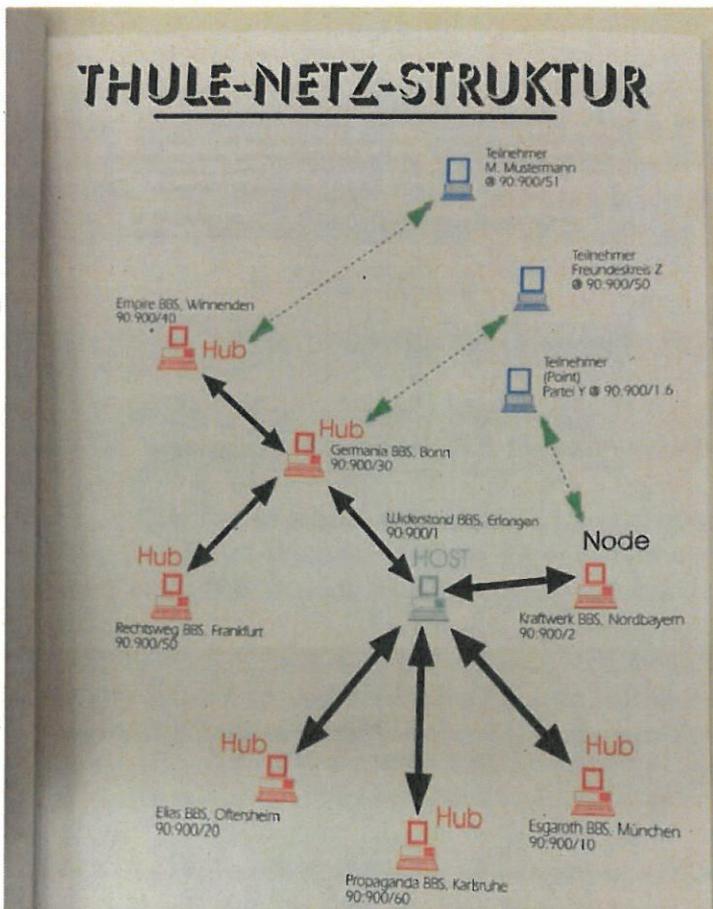
1993 schlossen sich die Mailboxen „Elias BBS“ (München) und das „Werwolf BBS“ (Hameln) an und bildeten das erste überregionale Gerüst des „Thule-Netzes“. Weiterer Betreiber war der Angestellte des bayerischen Verfassungsschutzes und in der rechten Szene als Führungskader bekannte _____ mit dem „Kraftwerk BBS“ in Weissenborn/Kronach.

³ http://www.diss-duisburg.de/2012/10/thule-netz/#identifier_0_4263, zuletzt eingesehen am 4.1.2017.

⁴ aus: <http://www.journalistenakademie.de/index.php?p=104>: Gabriele Hooffacker, Peter Lokk: Online-Guide Politik und Gesellschaft, Rowohlt TB, Reinbek 1997, ISBN 3-499-19863-0. Online-Auszug des Buchs, der auf einer der ersten Veröffentlichungen zum Thema von 1990 basiert und Originalquellen zitiert, zuletzt eingesehen am 4.1.2017.



Grafik1 oben: Das Thule-Netz ⁵

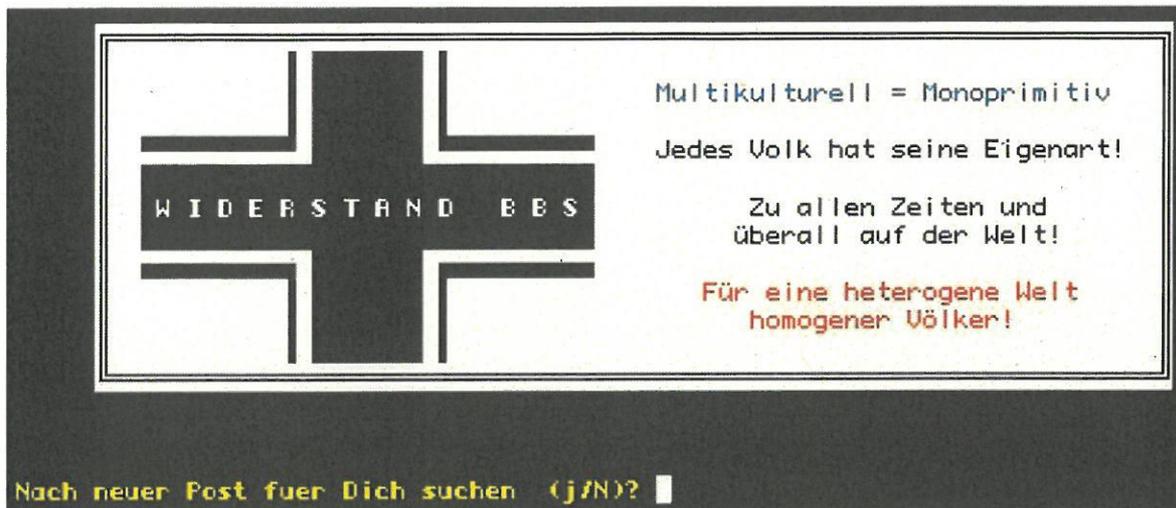


Grafik 2 links: ‚Thule-Journal‘, Ausgabe 1, 1993, S.10: Übersicht der Mailboxen. Hier wird die Münchner Mailbox noch mit dem Namen ‚Esgaroth‘ betitelt.

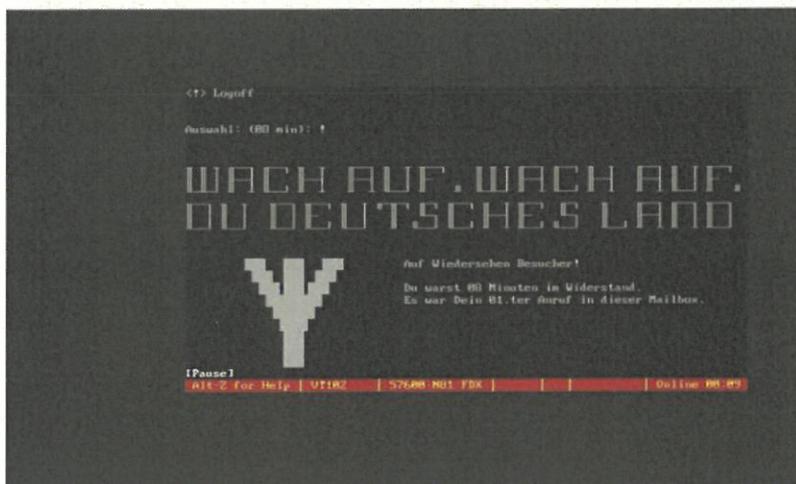
Der geschlossene Thule-Mailboxverbund soll in den besten Zeiten, also in den Jahren 1995 bis 1997, ca. 150–300 Teilnehmer_innen gehabt haben. Auf der folgenden Seite (Grafik 3 und 4) zwei typische Bildschirmabdrucke während der Einwahl/Auswahl mit einem Terminalprogramm, erfolgreich mit 57600 Baud Datenübertragungsrate über eine analoge Wählleitung, knapp vergleichbar mit einem ISDN-Kanal, aber immer noch ein Bruchteil der Übertragungsrate einer heutigen DSL-Verbindung. Grafik konnte nur mit ASCII-Zeichen (Text-Zeichen) dargestellt werden. Die Bedienung erfolgte mit angezeigten Tasten, ähnlich eines Menüs. Die Behörden wussten üblicherweise jederzeit, wer sich aus dem Gebiet der Bundesrepublik

einwählte. Eine Einwahl über einen Anschluss der Bundespost (ab 1995 Dt. Telekom) konnte nicht verschleiert werden.

⁵ <https://web.archive.org/web/20040603222024/http://normative.zusammenhaenge.at/beitraege/thule.deutsch-ernetzt.html>, zuletzt eingesehen am 4.1.2017



Grafik 3 – Login-Screen nach Modem-Einwahl in „Widerstand BBS“ Erlangen, 1995⁶



Grafik 4: Verabschiedungsbildschirm aus der Erlanger „Widerstand BBS“-Mailbox des Thule-Netzes und Rune Elhaz, 1993⁷

Im März 1997 wurden die Mailboxsysteme „Elias BBS“ (Ofersheim/Rhein-Neckar) und „Asgard BBS“ (Bad Segeberg) aus dem „Thule-Netz“-Verbund ausgeschlossen. In der Szene waren Bespitzelungsvorwürfe gegen [REDACTED] alias [REDACTED] vorausgegangen, angeblich von [REDACTED] ins Spiel gebracht. Dagegen soll [REDACTED] behauptet haben, dass der Thule-Mailboxverbund eine halbstaatliche Einrichtung sei und dass dies jeder wisse. Ein solches Netz würde niemals vom Staat geduldet werden.

Auch [REDACTED] gehörte wie [REDACTED] zu den Verfechtern der radikalen sogenannten „Anti-Antifa Arbeit“, das heißt des Ausspähens von Adressen von Nazi-Gegner_innen. Es ging der Neonaziszene vorgeblich um Einfluss und Ausrichtung des Netzwerks. Ungeklärt ist bis heute die Strategie verschiedener staatlicher Behörden.

Nach dem Ausschluss gründeten [REDACTED] und [REDACTED] unter der späteren Bezeichnung „Nordland-Netz“ einen eigenen Konkurrenz-Mailboxverbund mit dem Schwerpunkt

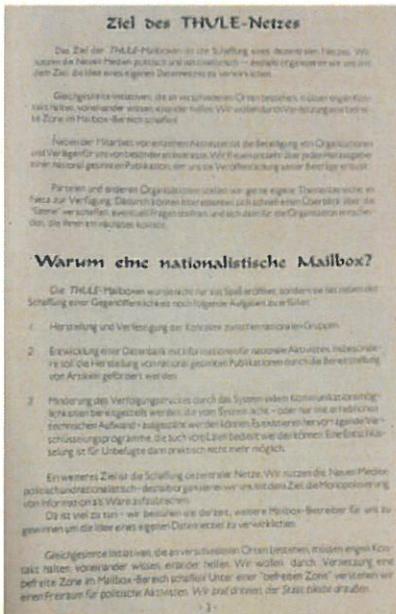
⁶ <https://web.archive.org/web/20040603222024/http://normative.zusammenhaenge.at/beitraege/thule.deutschvernetz.html>, zuletzt eingesehen am 4.1.2017

⁷ aus Wikipedia, Die freie Enzyklopädie. Lizenziert nach CC BY-SA 3.0 *Wikimedia Commons*, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?title=File:Thulenetz.jpg&oldid=211475474>,

„Anti-Antifa“ [redacted] forderte in Nordland auf zur „Archivierung und Sammlung von Daten“ über „die linken Drahtzieher und Anstifter“.

Das „Thule-Netz“ und der selbst geschaffene Mythos

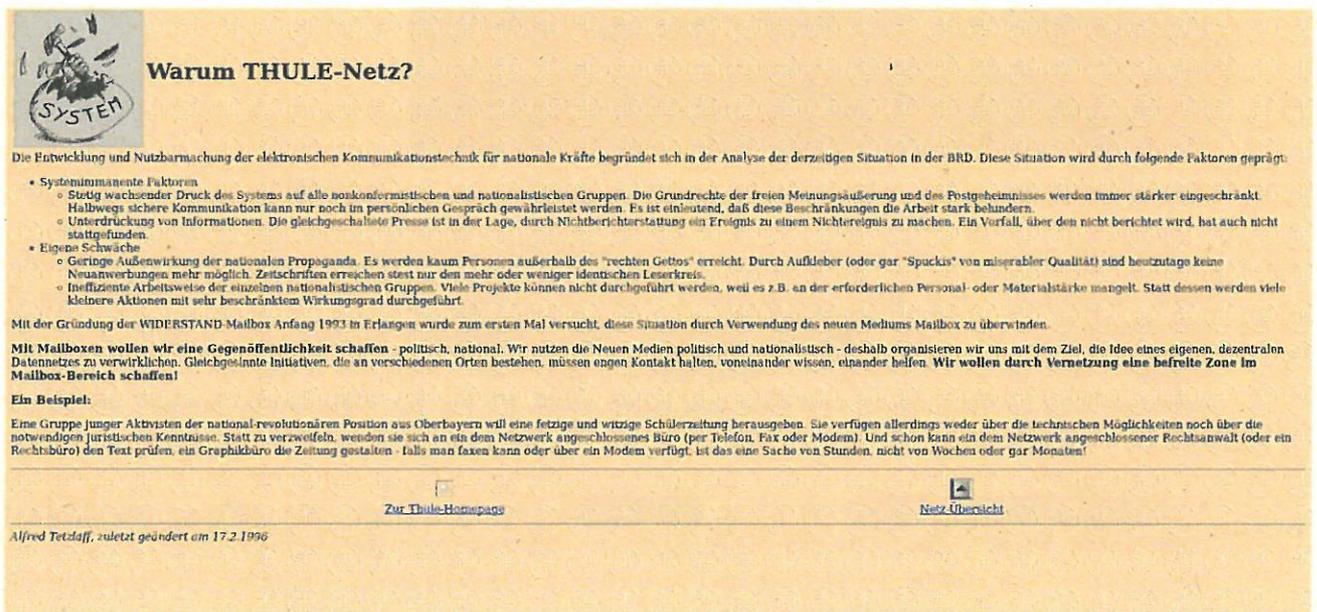
Das „Thule-Netz“ war zweierlei: Eine tatsächliche Kommunikationsplattform der Neonaziszene, aber auch ein selbstgeschaffener Mythos von Aufbruch, Massenwirksamkeit, technischer Überlegenheit und Konspiration.



Die Betreiber sagten selbst: „Mit den Mailboxen des THULE-Netzes wollen wir eine Gegenöffentlichkeit schaffen – politisch, national. In den Mailboxen des THULE-Netzes stehen Texte und Informationen zu Themen wie: Anti-Antifa, Europäischer Nationalismus, Gesellschaft, Jugendzeitungen, Kultur, Medien, Organisation, Konservative Revolution, Recht, Zeitgeschichte und vielen anderen Bereichen mehr. Über das Netz lassen sich nationale Aktivisten und Pressedienste, Verlage und Parteien erreichen.“⁸

Im ‚Thule-Journal‘ (Ausgabe 1, 1993, S. 3, s. Bild links) hieß es: „Wir sind drinnen – der Staat ist draußen“ und „Wir wollen durch Vernetzung eine ‚befreite Zone‘ im Mailbox-Bereich schaffen“. Und weiter: „unter einer ‚befreiten Zone‘ verstehen wir einen Freiraum für politische Aktivisten.“

Der Begriff der „befreiten Zonen“ wurde nach 1990 lange nicht mehr benutzt. Erst im Rahmen des „Thule-Netzes“, wurde er erneut aufgegriffen.



Grafik 5: „Wir wollen eine befreite Zone im Mailbox-Bereich schaffen“ (Website: Thule-Netz)⁹

⁸ Eigenbeschreibung des Thule-Netzes: aus Pfeifer, Thomas, Bochum, 2000: Medien einer neuen sozialen Bewegung von rechts, S. 66, <http://www-brs.ub.ruhr-uni-bochum.de/netahtml/HSS/Diss/PfeifferThomas/diss.pdf>, zuletzt eingesehen am 5.1.2017.

⁹ Der Erlanger [redacted] alias [redacted] Betreiber der zentralen Thulenet-Mailbox „Widerstand BBS“ und JN-Aktivist, 1996 auf der Website des Münchners [redacted] (<http://www.thulenet.com/warum.htm>, inzwischen offline)

Die Forderung nach sogenannten „befreiten Zonen“ wurde zum ersten Mal 1990 in der zweiten Ausgabe der JN-Zeitung „Einheit und Kampf“, in einem Artikel unter dem Titel „Strategie. Der Aufbau einer nationalistischen Gemeinschaft“ (S. 52-53) verwendet. In diesem Aufsatz wurden „befreite Zonen“ als Räume eingefordert, in welchen der Staat keinen Einfluss haben würde. Erst durch die Wahl zum deutschen Unwort des Jahres 2000 wurde der Ausdruck einer breiteren Öffentlichkeit bekannt, später wieder im Zusammenhang mit der Debatte um „No-Go-Areas 2006“ bei der Fußball-WM in der Bundesrepublik.¹⁰

Über die Mailbox von [REDACTED] hatte eine der auflagenstärksten radikal rechten Zeitungen, die „Berlin-Brandenburger Zeitung – Zeitung der nationalen Erneuerung“ (BBZ), Artikel ins „Thule-Netz“ eingespeist. Die BBZ war eine Zeitung der rechtsextremen Szene in der Bundesrepublik Deutschland. Ein Post von 1997 im Thule-Netz-Brett „/thule/t/aktuell/berichte“ zeigt:

```
## Nachricht vom 21.12.97 weitergeleitet
## Ursprung : /thule/t/aktuell/berichte
## Ersteller: BBZ_Redaktion@kraftwerk.thule.net
```

```
*Jessen: Sonnenwendfeier im kleinen Kreis*
SELDER/JESSEN (BBZ) - Eine gut gelungene Sonnenwendfeier im Kameradenkreis
meldet die Kameradschaft Elbe/Ost. Etwa 30 bis Nationale aus dem Raum
Wittenberg versammelten sich in einem Waldstueck bei Jessen um das
Sonnenfeuer, das von verschiedenen Holzrunen und Fackeln gesaumt war. Zur
Verpflegung der Kameraden gab es aus einer Feldkueche Gulaschsuppe. Ihren
Durst konnten die Kameraden im Anschluss an den kulturellen Teil mit Met
und Wein stillen.
```

```
Die Kameradschaft Elbe/Ost wertet die Feier im kleinen Kreis als
gelungen, insbesondere vor dem Hintergrund, dass keine Stoerungen seitens
des Systems oder der "Antifa" zu vermelden waren.
```

BBZ-Redaktion

<http://BBZeitung.com>

--- CrossPoint v3.1

* Origin: Die Wahrheit kommt wie ein Gewitter! (90:900/20.8)

Auch das Engagement von [REDACTED] im „Thule-Netz“ zeigt, dass der Mailbox-Verbund „Thule-Netz“ ein Netz von radikalen Kadern wurde. [REDACTED] spielte zeitweise regelmäßig und schnell seine neuesten Hasstiraden ins Mailboxnetz und antwortete auch regelmäßig den Teilnehmenden.

Weiter hieß es dazu im „Thule-Netz“, zitiert nach Hooffacker und Lökk:

„Es geht keinesfalls darum, eigenständige staatliche Gebilde oder ähnlichen Unsinn ins Leben zu rufen. Nein, befreite Zonen bedeutet für uns (..) die Etablierung einer GEGENMACHT. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen WIR faktisch die Macht ausüben, in denen WIR sanktionsfähig sind, d.h. WIR bestrafen Abweichler und Feinde, WIR unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten (...)“¹¹

¹⁰ Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/National_befreite_Zone, zuletzt eingesehen am 4.1.2017

¹¹ <http://www.journalistenakademie.de/index.php?p=104>: Gabriele Hooffacker, Peter Lökk: Online-Guide Politik und Gesellschaft, Rowohlt TB, Reinbek 1997, ISBN 3-499-19863-0. Online-Auszug des Buchs, der auf einer der ersten Veröffentlichungen zum Thema von 1990 basiert und Originalquellen zitiert, zuletzt eingesehen am 4.1.2017

Drei der wichtigsten Personen des Thule-Mailboxverbundes lebten in Bayern

██████████
ehemaliger Informatikstudent aus Erlangen und ehemaliger JN und NHB-Kader.

██████████
Honorarkraft oder verdeckter Ermittler des bayerischen Verfassungsschutzes. Er soll mindestens 150.000 D-Mark vom bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz erhalten haben. Beobachter gehen von deutlich mehr aus. ██████████ war seit 1987 für das Amt tätig.¹²

██████████
ehemaliger Redakteur des bekannten Computermagazins CHIP. Seine Aktivitäten wurden im Dezember 1996 von seinem Arbeitgeber erkannt und von der Redaktion CHIP am 10. Februar 1997 der Öffentlichkeit mitgeteilt. ██████████ selbst gründete danach ein eigenes IT-Unternehmen „Janus Kommunikation“ mit Sitz in München (unter dem Namen seiner ehemaligen Mailbox). Bei ██████████ dürfte es sich tatsächlich ebenfalls um einen technischen Experten und eine wichtige Größe im „Thule-Netz“-Verbund gehandelt haben. Er soll der Experte für Verschlüsselung bestimmter Forenbereiche gewesen sein. (Quelle: CHIP Computermagazin, Ausgabe, 3/1997, <https://groups.google.com/forum/#!topic/cl.antifa.allgemein/OC51hJWuMdk>) Auch wurden über seine Mailbox Postings von internationalen radikal rechten Zeitschriften eingespeist.

Dazu passt eine Information des Bielefelder „Vereins zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs e.V.“ (FoeBuD e.V., seit 2012 „Digitalcourage“), früher Betreiber einer bekannten Mailbox und Organisator des Z-Netzes:

„Der Chefredakteur der Erlanger Nachrichten hatte berichtet, dass in der Redaktion der Computerzeitschrift ‚Chip‘ in München, die einen Artikel über das Nazi-Mailboxnetzwerk Thule vorbereitete, zwei Mitarbeiter des bayerischen Amtes für Verfassungsschutz vorsprachen, und darum baten, dass die ‚CHIP‘ mit der Veröffentlichung dieses Artikels doch bitte noch ein paar Monate warten möge, damit sich das Netzwerk ‚in Ruhe aufbauen kann‘. Wir haben damals mit dem Chefredakteur telefoniert und uns diese Information von ihm bestätigen lassen. Eckhart Werthebach äußerte sich auf einer öffentlichen Veranstaltung, dass man das ‚Thule-Netz‘ hätte aufbauen müssen.“¹³

Das „Thule-Netz“ und der NSU

Mindestens drei V-Personen oder Angestellte staatlicher Sicherheitsbehörden waren im „Thule-Netz“ aktiv. Die Rolle von ██████████ ist unter anderem durch den bayerischen NSU-Untersuchungsausschusses zumindest in Ansätzen bekannt geworden. ██████████ kam aus Berlin und wurde für seine Tätigkeit vom bayerischen Landesamt für Verfassungsschutz bezahlt. Einerseits erhielt er ein monatliches Honorar von der bayerischen Behörde sowie weitere Aufwandsentschädigung und Unterstützung technischer und organisatorischer Art. Andererseits erläuterte er im NSU-Prozess am OLG München nachdrücklich, dass er kein Rechter gewesen sei. Dies legt eine Angestelltentätigkeit oder sogar eine Tätigkeit als „Verdeckter Ermittler“ (VE) sehr nahe. Die führende Rolle von ██████████ in der bundesdeutschen Neonazi-Szene ist hinlänglich bekannt.

¹² Siehe: Das staatliche Neonazi-Netz, SZ, 15.11.2012 <http://www.sueddeutsche.de/bayern/nsu-ausschuss-im-bayerischen-landtag-das-staatliche-neonazi-netz-1.1523498>, zuletzt eingesehen am 4.1.2017

¹³ Website FoeBuD e.V. vom 18.11.2012 mit dem Titel: Verfassungsschutz: "Das ist doch unsere Aufgabe")<http://web.archive.org/web/20121118211143/http://www.foebud.org/datenschutz-buergerrechte/das-ist-doch-unsere-aufgabe>, zuletzt eingesehen am 7.1.2017

██████ veröffentlichte im ‚Thule-Netz‘ beispielsweise seine Sichtweise über den Umgang mit der Organisation des neonazistischen Rudolf-Heß-Marsches 1994:

=====

ÿ T/ANTI-ANTIFA/ALLG
#19
Dt : 22-08-94 11:07:00
Von: Undertaker
An : Garfield
Btr: Neonazis wollen Antifa-Demo aufmischen

<- #18
Hallo Garfield!

21 Aug 94 00:14, Garfield schrieb an Alle:

G> Wir w rden hinter dem vorwand : Rudolf Hess Woche anfangen
G> Chaoten zu prgeln da kann ich nur Lachen . Wenn wir auf einen
G> Menschen hinweisen wollen , der 46 Jahre UNSCHULDIG im Knast
G> gesessen hat , denn brauchen wir keine Gewalt !!!

Also von Gewalt ist niemals die Rede gewesen. Das ganze Vorhaben hier offen zu diskutieren geht leider nicht, weil zu viele interne Informationen bekannt werden, die nur wenigen Kameraden etwas angehen.

Mit besten Gräen
Undertaker

--- FMail 0.98
* Origin: Kraftwerk BBS - * Braun werden, ohne Sonnenbrand * (90:900/2)

=====

██████ nordbayerischer rechter Aktivist, war Experte beim Ausspähen und Datensammeln von politischen Gegnern (u.a. war er beteiligt am Anti-Antifa-Magazin „EINBLICK“). ██████ schleuste in Nürnberg auch eine Aktivistin des „Nationalen Blocks“ ins Umfeld des Archivgruppe „Abidoz“ der Nazi-Gegner ein.

Der Verfassungsschutz nutzte ██████ dem eine nationale Einstellung nachgesagt wurde, augenscheinlich um in seiner Funktion gegen rechte und linke Gruppen vorzugehen. Eine Gefahrenanalyse, ob das Sammeln von Adressen von Nazi-Gegnern in einer militanten rechten Szene gefährlich werden könnte, angesichts vieler Anschläge, militanter Aktionen und Warnungen von anderen Behörden wie dem BKA, wurde wohl nicht in vorgenommen.

Daleks Kontakte:

██████ Name stand als „██████ D.“ auf den beiden Telefonlisten von **Uwe Mundlos**, die in der Bombenwerkstatt in Jena gefunden wurden. Laut **Tino Brandt** kannte er die drei NSU-Aktiven möglicherweise von einem Treffen in Rudolstadt vor 1998.

██████ veranlasste auch, dass sich die V-Person und der NSU-Helfer **Tino Brandt** in seine Thule-Netz-Mailbox „Kraftwerk BBS“ einwählte.¹⁴ Kein Zufall ist es wohl auch, dass sich auch ein weiterer wichtiger militanter Kader, ██████ – im ‚Spiegel‘ als V-Person bezeichnet – in die Mailbox von ██████ einwählte. Ebenso haben laut dem Journalisten Burkhard Schröder weitere wichtige extrem rechte Kader wie **Christian Worch** aus Hamburg und ██████ (führendes Mitglied zahlreicher inzwischen verbotener neonazistischer Organisationen in Bayern und

¹⁴ Tino Brandt als Zeuge beim NSU-Prozess über die Rolle Daleks: <https://www.nsu-watch.info/2014/10/protokoll-143-verhandlungstag-24-september-2014/>, zuletzt eingesehen am 4.1.2017

bundesweit) aus ihre Mitteilungen über die Mailbox „Kraftwerk BBS“ von Dalek verbreiten lassen (vgl. Schröder: 93).

■■■■■■ wiederum, einer der wichtigsten Münchner Neonazi-Kader der 90er Jahre, schrieb in der Zeitschrift „Zentralorgan“. Das „Zentralorgan“ entstand aus dem Umfeld von ■■■■■■ (Sauerländeraktionsfront, SAF) und veröffentlichte z. B. 1998 ein Interview mit dem amerikanischen Rechtsextremisten ■■■■■■ Verfasser der Terroranleitungen in Romanform, der „Turner Diaries“.

Über die Vertrauten von ■■■■■■ ■■■■■■ und ■■■■■■ war die bayerische Neonazi-Szene mit der militanten Rechten aus Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern vernetzt:

■■■■■■ Bruder des 1997 zusammen mit ■■■■■■ tödlich verunglückten ‚Donner-Versand‘-Machers ■■■■■■ stammt aus Lüdenscheid und kam im Jahr 1996 nach München. ■■■■■■ über dessen private E-Mail- Adresse eine ‚Kameradschaft München‘ zu kontaktieren ist, war bis 2001 auch Aktiver der radikalvölkischen ‚Burschenschaft Danubia München‘. Einer Veröffentlichung des ‚Informationsdienstes gegen Rechtsextremismus‘ zufolge ist ■■■■■■ für die Kontakte zu **Christian Worch** zuständig“.¹⁵

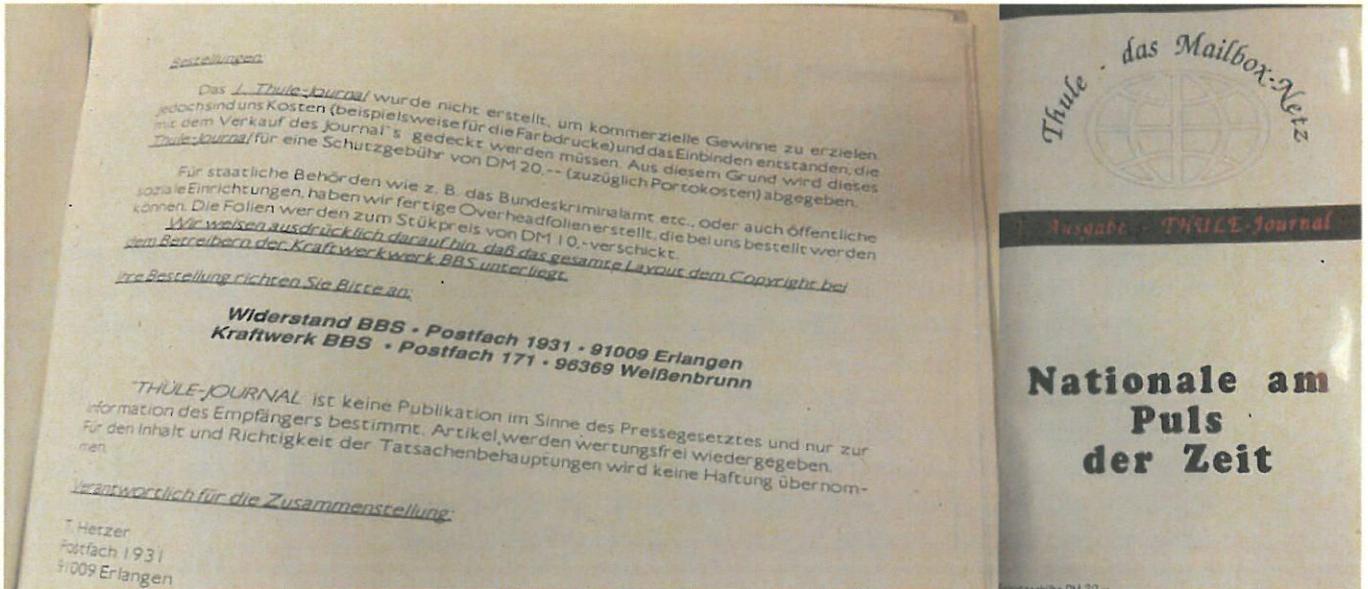


Bild rechts: Cover ‚Thule-Journal‘, 1993, Ausgabe 1.

Bild links: ebd. S.28: ■■■■■■ stellt sich als Layouter des ‚Thule-Journals‘ vor und bietet „für staatliche Behörden wie z.B. das Bundeskriminalamt“ auch gleich „fertige Overhead-Folien“ dieser neonazistischen Postille an.

■■■■■■ war Führungskader der „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF) im Hochsauerlandkreis und gehörte früher der FAP an. Die SAF war nicht nur in der Region eine gefährliche militante rechte Organisation, sondern eine der wichtigsten Neonazi-Gruppen in Nordrhein-Westfalen. Der D■■■■■ Bekannte ■■■■■■ machte sie zu einem Anlaufpunkt für Neonazi-Kader anderer Bundesländer. Erstmals wurde dort auch das Modell der „autonomen Strukturen“ von Norbert Weidner vorgestellt, um mit dieser Organisationsstruktur staatliche Verbote zu umgehen. Nach dem tödlichen Autounfall

¹⁵ Siehe: <https://www.aida-archiv.de/index.php/aktuelles-2/hintergrund/83-hintergrund-sueddeutschland/339-bayerische-vernetzung-aufbau-des-qnationaler-widerstand-bayernq>, zuletzt eingesehen am 5.1.2017

der SAF-Spitze 1997 bezeichnete der bekannte rechte Hamburger Aktivist [REDACTED] die SAF-Spitze, auch [REDACTED] als „SA-Männer“.¹⁶

In der Ausgabe 150/2014 des antifaschistischen Magazins „Der Rechte Rand“ heißt es zu [REDACTED] Rolle im „Thule-Netz“:

„Unter dem Pseudonym „Lutscher“ agitierte er dort und war einer der aggressivsten Autoren. Ein wichtiges Thema war die „Anti-Antifa-Arbeit“. 1996 verbreitete [REDACTED] Adressen und Telefonnummern von politischen GegnerInnen und schrieb: ‚Die Adressen sind nicht dafür da, daß sie gelöscht werden, sondern das ihr damit umgeht.‘ Man müsse ‚die Parasiten aus dem Dunkel ziehen. Wir kriegen sie ALLE!‘. Ein anderes Thema im ‚Thule-Netz‘ war das Organisationskonzept der SAF: ‚Es gibt keine Kasse, keine Führer, keine Satzung, kein Finanzstatut. Es gibt nur den Namen und eine ganze Menge politisch Interessierter (sic!) Einzelpersonen.‘ Diese lose Struktur sollte die Neonazigruppen vor möglichen Verboten schützen. Damit formulierte [REDACTED] kurz und knapp das Konzept der ‚Freien Kameradschaften‘. Mitte Dezember 1996 ließ [REDACTED] plötzlich von [REDACTED] verbreiten, dass er aus dem ‚Thule-Netz‘ aussteige und gab seine ‚sofortige Einstellung der politischen Aktivitäten‘ bekannt. Wie heute bekannt ist, ermittelte das BKA zur damaligen Zeit gegen ihn und [REDACTED] wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Kurz zuvor, am 11. Dezember 1996, hatte die Polizei dem ‚Bundesamt für Verfassungsschutz‘ (BfV) mitgeteilt, dass sie gegen [REDACTED] ermittle. Doch an ein Ende seiner politischen Aktivitäten war in Wirklichkeit nicht zu denken. Ab Februar 1997 bekleidete [REDACTED] das Amt des Schriftleiters der HNG.“

[REDACTED] veröffentlichte den Text im „Thule-Netz“ unter dem Pseudonym „Lutscher“, eingewählt über die Mailbox von [REDACTED]. In Grafik 5 ist die komplette FidoNet-Node-Adresse des Nodes „Lutscher“ von [REDACTED] aufgeführt: 90:900/80.17 – Point 17 ist „Lutscher“, angebunden über den Node 80 – die Nummer von [REDACTED] „Kraftwerk“ Mailbox. Eine V-Person nutzt die Mailbox vom Angestellten der Behörde, trotz teurer Telefongebühren im Ferntarif. Macht nichts, da gab es bestimmt eine Auslagererstattung von Amtswegen.

Zu den wichtigsten Aktivitäten der SAF-Kader zählten übrigens, wie bei [REDACTED] auch, die Aktionswochen zum „Heß-Gedenken“ und die Mobilisierung zu den „Heß-Aufmärschen“. 1996, so „Der Rechte Rand“, fungierte [REDACTED] bei dem Aufmarsch in Worms als Sprecher des „Aktionskomitees Rudolf Heß 1996“ und verbreitete dessen Mitteilungen im „Thule-Netz“. An der Demonstration in Worms nahmen auch die NSU-Aktiven **Beate Zschäpe**, **Uwe Bönnhardt** und **Uwe Mundlos**, sowie **Tino Brandt** teil. Auch [REDACTED] war an der Organisation des Aufmarsches beteiligt, aber er versuchte an diesem Tag wohl vergeblich, vor Ort mit dabei zu sein.

Der Münchner [REDACTED] (alias [REDACTED]) veröffentlicht im Herbst 1996 auf der Internetseite eine Nachricht von [REDACTED] (Hochsauerlandkreis), V-Person und militanter SAF-Kader, über den vorgeblich erfolgreichen „Rudolf-Heß-Marsch“ 1996 in Worms. An dieser Demonstration nahmen auch **Tino Brandt**, **Beate Zschäpe**, **Uwe Mundlos**, **Ralf Wohlleben** und **Holger Gerlach** teil.¹⁷

¹⁶ Vgl. Der Rechte Rand 150/2014 S.17: http://www.der-rechte-rand.de/wp-content/uploads/drr_150.pdf, zuletzt eingesehen am 5.1.2017

¹⁷ Siehe: <https://www.nsu-watch.info/2012/02/fotos-der-nsu-in-worms-1996/>, zuletzt eingesehen am 5.1.2017



Ämtliche Zahlen (400 Inhaftierungen) decken sich ungefähr mit dem Komitee bekannt gewordenen Zahlen von ca. 500. Diese Zahl der Inhaftierten und "vorüber festgenommenen" muß noch um jene ergänzt werden, die an diesem Tage weder inhaftiert wurden, noch an einem Marsch teilnehmen konnten, und unverrichteter Dinge die Heimreise antraten. Es wird daher vom Aktionskomitee die offizielle Mobilisierungsstärke von ca. 800 Aktivisten angegeben, die an diesem Tage bereit waren, für ihre politische Überzeugung in den Knast des Systemes zu gehen, um ihr Grundrecht auf Demonstrationsfreiheit durchzusetzen.

Die Strategie des Systems - Durchsetzung eines rechtswidrigen und demokratiefeindlichen bundesweiten Demonstrationsverbotes - ging wie in den letzten Jahren nicht auf. Sie scheiterte am Freiheitswillen einer jungen, kämpferischen Bewegung.

Der Sieg in Worms ist darauf zurückzuführen, daß es den Organisationen in diesem Jahr gelungen ist, die Vertreter aller relevanten Gruppierungen und Verbindungen innerhalb der nationalen Opposition auf ein geschlossenes Vorgehen einzuschwören.

Der Marsch in Worms wird aus diesem Grunde auch als "MARSCH DER NATIONALEN EINHEIT" und als Vorbild für die weitere politische Einigung der Nationalen Opposition gesehen. Die Organisatoren des diesjährigen Marsches werden alles daran setzen, daß der nunmehr eingeschlagene Weg des gemeinsamen Handelns nicht wieder verlassen und der diesjährige Rudolf Heß- Marsch zum Vorbild für viele zukünftige Aktionen wird.

Das System hat alle scheindemokratischen Mittel ausgeschöpft, um eine junge, unbequeme politische Jugend mundtot zu machen. Die Nationale Opposition hat eindrucksvoll unter Beweis gestellt, daß sie den Verbotsterror der letzten Jahre verarbeitet hat. Aus dieser Erkenntnis heraus und in dem Bewußtsein, daß das System uns mit allen Mitteln (sozusagen als Krönung der Verfolgung) in diesem Jahr die Straße und die Handlungsfähigkeit nehmen wollte, gaben wir die Parole aus:

RUDOLF HESS MARSCH 1996 - JAHR DER ENTSCHEIDUNG und WIR haben gesiegt!

Der Führungsstab
Aktionskomitee Rudolf Heß '96

für den Führungsstab

Lutscher
Thule-Netz (90-900/80.17)



[Zur Thule-Homepage](#)



[Berichte](#)

Thorin Eichenschild, zuletzt aktualisiert am 15.09.1996

Thule-Netz Mailboxen in Bayern

- „Phantom BBS“ (Nürnberg, Mitgründer, Mailbox des ehemaligen DVU-Mitglieds [redacted])
- „Widerstand BBS“ (zentraler Knotenpunkt in Erlangen, [redacted] Pseudonym [redacted])
- „Kraftwerk BBS“ ([redacted] Pseudonym [redacted])
- „Janus BBS“ (München, [redacted] Pseudonym [redacted])
- „Oberland BBS“ (München)
- „Esgaroth BBS“ (München)

Ein Münchner Aktivist brachte die erste „offizielle“ Seite des Thule-Netzes ins Internet: Thulenet.com

Mailboxen wurden 1997/1998 unwichtiger. Private Telekommunikationsfirmen stiegen auf und boten günstig Internet-Anschlüsse mit dem Hypertext-Dienst „World-Wide-Web“ und Mailaustausch im Sekundentakt. Auch die Nazis wollten nun mehr und mehr in Inhalte mit bunten Bildern investieren. Zudem war verschlüsselte Kommunikation auch im Internet möglich. Mailboxnetze waren schließlich obsolet.

Der Münchner [redacted] alias [redacted] beantragte 1996 die Domain „thulenet.com“ bei einem ausländischen Provider, so dass die Webseiten nicht von bundesdeutschen Behörden gelöscht werden konnten.

„Der Spiegel“ berichtete, dass Teilnehmer des Verbundes radikale Thesen auf die Domain „thulenet.com“ gestellt haben: „Gleichgesinnte, so ist auf der Homepage des Mailboxverbundes Thule-Netz zu lesen, sollen sich für den ‚Tag X‘ bereithalten: ‚Ab in den Untergrund! Die Zeit für demokratische Spielregeln ist vorbei‘.¹⁸

THULE-Boxen
ANMELDUNG per Internet

Hier gibt es Informationen, die spezifisch für die einzelnen Mailboxen sind. Dazu gehören Anmeldung, Telefonverbindung, Kontonummer, Bedienung der Box etc.
Wer eine grafische Übersicht sucht, findet sie auf der Seite "Landkarte".
Allgemeine Informationen gibt es auf der Seite "das THULE-Netz".

THULE-Boxen - Deutschland

- Widerstand in Erlangen/Franken, Modem: 09131-201124
- JANUS BBS in München/Bayern, Modem: 089-63019912
- ELIAS in Rhein-Neckar, Modem: 06202-592006
- Germania in Bonn/Nordrhein-Westfalen, Modem: 0228-678798
- Capital in Frankfurt a.M./Hessen, Modem: 069-544419
- Bunker_BBS in Berlin, Modem: 030-4269920
- Propaganda_BBS in Karlsruhe/Baden-Württemberg, Modem: 0721-554206
- Kraftwerk in Welschenbrunn/Franken, Modem: 09261-93425
- Asgard_BBS in Bad Segeberg/Schleswig-Holstein, Modem: 04551-84710

THULE-Boxen - Österreich

- Dissident_BBS in Wien (vorübergehend offline), Modem: 0043-222-5320233

THULE-Boxen - Holland

- Ost-West-White-Board in Arnheim, Modem: 0031-70-3839694

THULE-Boxen - Kanada

- Digital Freedom BBS in Toronto, Ontario, Modem: 001-416-4694767


Zur Thule-Homepage

Thorin Eichenschild, zuletzt aktualisiert am 16.04.1996

Grafik 6: Die Einwahlnummern der „Thule-Netz“-Mailboxen, 1996 veröffentlicht auf der Website des Thule-Netzes des ehemaligen CHIP-Magazin-Redakteurs [REDACTED] unter seinem Pseudonym [REDACTED]

Fazit

Die radikale und militante Rechte hat 1993 mit dem Thule-Mailboxverbund ein eigenes Netz aufgebaut. 1997, als die staatlichen Aktivitäten in und um das „Thule-Netz“ noch nicht bekannt waren, zogen [REDACTED] ein Fazit: Sie konstatierten ein Nichterreichen der selbstgesteckten Ziele und führten das vor allem auf die administrative und technische Abschottung, sowie auf technische Hürden und Schwierigkeiten beim Zugang zu Mailboxen zurück. Der Mailboxverbund „Thule-Netz“ konnte mit der Anziehungskraft und den Möglichkeiten der großen Mailboxnetze der damaligen Zeit nicht mithalten. Es verblieb als ein Netz mehrere Dutzend neonazistischer Kader.¹⁹

Weil nicht klar ist, welche Aktivitäten mit welchen inhaltlichen Zielen von rechten V-Personen, Behördenmitarbeiter_innen und Neonazis ausgegangen sind, ist eine Einschätzung der Bedeutung und der damaligen Ziele heute schwieriger.

¹⁸ Siehe: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/neonazis-hetztiraden-im-netz-a-44788.html>, zuletzt eingesehen 4.1.2017

¹⁹ Siehe: <http://www.diss-duisburg.de/2012/10/thule-netz/>, zuletzt eingesehen am 4.1.2017.

Als realistisch erscheint die These, dass, nach anfänglichem relativ offenem Aufbau des Mailbox-Verbundes, das „Thule-Netz“ (noch mit Mailboxen von DVU-Aktivisten und Nicht-Kadern), relativ schnell zu einer Kommunikationsstruktur für rechte Kader entwickelt werden sollte. Dass der auf Aufforderung D [REDACTED] beigetretene NSU-Helfer und ehemalige THS-Führungskader **Tino Brandt** sich über [REDACTED] Mailbox und von diesem angelernt ins „Thule-Netz“ einwählte, macht das ebenso deutlich, wie die Nutzung von [REDACTED] Mailbox durch führende militante Kader wie [REDACTED] [REDACTED] aus Nordrhein-Westfalen. Waren Abschottung und eine elitäre Ausrichtung auf Führungskräfte der Szene eine Strategie, die „erfolgreich“ umgesetzt wurde?

Festzustellen bleibt, dass staatliche Behörden mit ihrer personellen und technischen Einflussnahme dem neonazistischen „Thule-Netz“ eine Basis verschafft haben, die gefährliche Folgen hatte. Und noch viel gefährlichere Folgen hätte haben können.

Abschnitt B

Die Netzwerke des NSU nach München und Südbayern

Die NSU-Morde in München 2001 und 2005

2001

Am Mittwoch, 29. August 2001, traten in München **Uwe Mundlos** und **Uwe Böhnhardt** zwischen 10.35 und 10.50 durch die offene Tür in den Laden der Ehefrau von Habil Kılıç ein. Der „Frischmarkt“ lag damals in der Bad-Schachener-Straße 14, kurz vor dem „Mittleren Ring“, etwa 100 m dahinter befand sich eine Polizeikaserne.

Wie **Uwe Mundlos** und **Uwe Böhnhardt** nach München gekommen sind, ist nicht geklärt. Bei diesem Mordfall gibt es keinen Nachweis einer korrespondierenden Fahrzeuganmietung.

Einer der Täter schoss dem im Laden arbeitenden Habil Kılıç mit einer Pistole vom Typ Ceska 83 in den Kopf. Kılıç hat offensichtlich noch versucht, sich hinter den Tresen zu ducken. Einer der Täter schoss ihm ein zweites Mal, diesmal von hinten, in den Kopf. Die Geschosse stammen von der Munitionsfirma Poongsan Metal Comp.

Zwei Zeuginnen hatten die beiden jungen Männer auf Fahrrädern gesehen, die Mordkommission ließ diese nur halbherzig und als „Zeugen“ suchen. Der NSU hat die Tat im „Bekennervideo“ dokumentiert. In einer Zeichentricksequenz ist auf der vierten Tafel, die „Paulchen Panther“ enthüllt, ein (geografisch nicht passender) Stern für den Münchner Tatort zu sehen, außerdem werden Zeitungsartikel eingeblendet. Zeitungsartikel zur Tat wurden in Zwickau im Brandschutt der Wohnung Frühlingsstraße 26 gefunden; auf einem Artikel konnte ein Fingerabdruck von **Beate Zschäpe** gesichert werden.

2005

Uwe Böhnhardt hatte mit den Papieren von **Holger Gerlach** in Zwickau ein Wohnmobil für den Zeitraum vom 13. bis 16. Juni 2005 ausgeliehen, um damit nach München zu fahren. Am 15. Juni um 15.22 Uhr rief mutmaßlich **Beate Zschäpe** von einer der Wohnung in der Zwickauer Polenzstraße benachbarten Telefonzelle aus ein Mobiltelefon mit der Nummer [REDACTED] an, das zu dieser Zeit in München in unmittelbarer Nähe des Ladens von Theodoros Boulgarides [REDACTED] eingebucht ist. Die SIM-Karte des Telefons wurde 2011 im Brandschutt der Wohnung Frühlingsstraße gefunden, außerdem konnte ein Zettel sichergestellt werden, auf dem die Rufnummer mit dem Zusatz „Aktion“ aufgeführt ist. Ebenfalls im Brandschutt: Ausdrucke einer Routenplanersoftware der direkten Umgebung. Unweit der [REDACTED] (Landsberger Straße) ist ein Stern eingetragen.

Am selben Tag, zwischen 18.36 Uhr und 19.00 Uhr betraten in München **Uwe Mundlos** und **Uwe Böhnhardt** den Laden. Den Schlüsseldienst, der direkt oberhalb des „Mittleren Rings“ liegt, hatten Boulgarides und ein Mitinhaber erst am 1. Juni 2005 eröffnet. Der Mörder hob die mit einer Plastiktüte umhüllte, beziehungsweise getarnte Pistole Ceska 83 Kal 7.65 hoch und schoß dem im Laden arbeitenden Boulgarides in den Kopf. Als Boulgarides am Boden lag, schossen ihm die Neonazis noch zwei Mal in den Kopf. Bei den drei Projektilen handelt es sich um Munition der Firma Sellier & Bellot, wie sie im letzten Teil der Mordserie des NSU mehrfach zum Einsatz kam.

Am 18. Juni 2005 sah eine Zeugin, wie am Tatort der Ermordung von Theodoros Boulgarides ein Jaguar auffällig vorbeifuhr. Sie erinnerte sich, dass dieser auch schon am Mittag dort aufgefallen war. Bei einer polizeilichen Kontrolle gab der Fahrer, [REDACTED] an, dass er seinem Beifahrer, [REDACTED] den Mordtatort zeigen wollte. [REDACTED] hatte zu diesem Zeitpunkt an mindestens einer Feier des Münchner Neonazikaders [REDACTED] teilgenommen.

Die Ermordung von Boulgarides ist auf der DVD mit dem „Bekenner-Video“ des NSUs enthalten: In einer Trickfilmsequenz ist auf einer Deutschlandkarte ein weiterer Stern für den Münchner Tatort eingearbeitet, außerdem wird das polizeiliche Fahndungsplakat sowie das dabei verwendete Foto des Opfers eingeblendet.

Wer hatte die Tatorte ausgewählt und ausspioniert? Woher wussten die Mörder_innen vom in München neu eröffneten Ladengeschäft von Theodoros Boulgarides? Wer sammelte die Artikel der Münchner Lokalzeitungen zum Mord an Habil Kılıç? Was wussten diese Personen? Wussten diese Personen vom Hintergrund der Attentate, und wie gelangten die Artikel zum NSU-Kerntrio? Diese Fragen sind bis heute völlig ungeklärt.

Das Treffen in der Kiesgrube

Am Abend des 6. August 1994 feierte der bis heute mit der bayerischen Neonaziszene vernetzte [REDACTED] aus Perasdorf bei Straubing mit 30 „Kameraden“. Sie versammelten sich zuerst ab 17.00 Uhr im „Kleinen Café“ in Straubing und wurden von dort konspirativ zur Donaustaustufe Oberau gelotst. Im „kleinen Café“ hatten Neonazis fünf Tage zuvor einen Polizeieinsatz ausgelöst: „Sieg Heil“-Rufe von Neonazis im ersten Stock sollen zu hören gewesen sein. Die Polizei traf damals vor Ort auch den heutigen stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden [REDACTED] an.

Zu ähnlichen Neonazifeiern kam es zu dieser Zeit an fast jedem Wochenende im Raum Straubing, an Weihern oder in Gaststätten. Die „Gäste“ bei [REDACTED] Feier kamen aus Deggendorf, Straubing, Salching, Perkam und Feldkirchen; es waren aber auch ein Dutzend Neonazis aus Thüringen angereist, einige schon am Vortag, wo in der Straubinger Kneipe „Bierteufel“ eine Art „Vorfeier“ stattfand. Unter den Thüringern waren auch die späteren Mitglieder des NSU beziehungsweise des NSU-Unterstützernetzwerks **Uwe Mundlos** aus Jena und **H [REDACTED] [REDACTED]** aus Chemnitz.

[REDACTED] hatte die Thüringer „Kamerad_innen“ bereits im Mai 1994 in Auerbach zu seiner Geburtstagsfeier eingeladen und diese nahmen nun die weite Anfahrt bis nach Niederbayern auf sich. Geboten wurde ihnen nicht sehr viel: In einer Kiesgrube standen Biertische und Bänke, es gab Gegrilltes und vier 50-Liter-Fässer Bier. Aus einem Auto dröhnte Musik und zwar so laut, dass es einer Polizeistreife an der nahegelegenen Donaubrücke auffiel. Der Leiter der Polizeiinspektion selbst, so heißt es später, soll sich dann auf die Lauer gelegt haben, er hörte, wie Neonazis das Lied „Blut“ der Mannheimer Band „Tonstörung“ abspielten und mitgrölten: „Wetzt die langen Messer auf dem Bürgersteig, lasst die Messer flutschen in den Judenleib (...) In der Synagoge hängt ein schwarzes Schwein, in die Parlamente werft die Handgranaten rein. Blut muss fließen knüppelhageldick und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik“.

Der polizeiliche Einsatzleiter ließ die Straubinger Feuerwehr anfahren und das Gelände ausleuchten. Polizeibeamt_innen nahmen 27 Neonazis fest und verbrachten sie zum Teil zur Wache. Der bis heute mit der bayerischen Neonaziszene gut vernetzte [REDACTED] (Straubing) hatte die „Blut“-Kassette im Rucksack. Die Polizei beschlagnahmte bei den Verhafteten viele rechte Tonträger, überprüfte diese jedoch später nie auf eine strafrechtliche Relevanz hin. Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen Volksverhetzung verschickte das Kommissariat Staatsschutz bei der PI Straubing in der Folgezeit Vernehmungsbescheide durch die Republik. Zu **Uwe Mundlos** gab es eine Rückmeldung der Jenaer Polizei: Der sei polizeibekannt, unter anderem wegen „Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen“ und wolle an dem Abend nicht mitgesungen haben. [REDACTED] teilte mit, den Inhalt des Liedes habe er nicht verstanden und er befasse sich auch nicht „mit rechten politischen Inhalten und deren Musik“.

Neonazis in Bayern/Thüringen/Sachsen

Gegenseitige Kontakte der thüringischen, sächsischen und bayerischen Neonaziszene waren zu dieser Zeit nicht selten. Im Süden Thüringens hatten die Kameradschaftsaktivist_innen sich zumindest punktuell das geschaffen, was in neonazistischen Strategiepapieren „National befreite Zonen“ genannt wird. Viele bayerische und vor allem fränkische Neonazis fuhren in dieser Zeit zu Konzerten, Partys und politischen Veranstaltungen nach Thüringen oder auch nach Sachsen. Die zahlreichen Mitglieder thüringischer Kameradschaften reisten wiederum regelmäßig zu Aufmärschen und Veranstaltungen in den Süden.

Die politischen, aber auch die freundschaftlichen, persönlichen Verbindungen der Neonaziszene aus den benachbarten Bundesländern sind vielfach dokumentiert: in den Skinzines, den kopierten Heftchen, die in den Jahren vor der allgemeinen Etablierung des World Wide Webs die überregionale Kommunikation der Naziszene ermöglichten.

In den Jahren ab 1994 waren dies zum Beispiel die bayerischen Fanzines „Widerstand“, „United White and Proud“, „Spinnzine F.D.J“, „Lokalpatriot“ (Bamberg), „Brauner Bär“ (Schwabach), „Der fränkische Beobachter“ oder „Der Landser“. Oft wurden darin Fahrten der Neonazis nach Thüringen beschrieben und regelmäßig die Kamerad_innen begrüßt. Die thüringischen Neonazis revanchierten sich mit Grüßen nach Bayern in den Thüringer Pendants „Trabireiter“ (Erfurt), „Doitsche Musik“ (Erfurt), „Wachturm“ (Chemnitz), „Roiberpost“ (Eisenach), „Foier-Frei“ (Chemnitz) und vielen anderen mehr. In Südbayern kursierten 1994 zudem die „Nachrichten aus dem weissen Widerstand/ALLBUS“. Neben Texten wie „Bist du arisch?“ und „Ist militärischer Widerstand legitim?“ gab es auch Anleitungen zu terroristischen Aktionen: „Chemie – Selbstzünder-'Mollie' zum Selbermachen“.

In der „Mitteldeutschen Jugendzeitschrift“ „Der Angriff“, Ausgabe 6 (1994), berichteten Neonazis nicht nur von Neonazikonzerten in Thüringen, sondern auch von ihrem Angriff auf ein Jugendzentrum in „Franken“. Direkt daneben veröffentlichte das Blatt eine Werbeanzeige für das neonazistische Organ „Sonnenbanner – Das Kampfblatt für Nationale Sozialisten“. Herausgegeben wurde das „Sonnenbanner“ vom Neonazi M [REDACTED] S [REDACTED] (Leinefelde), der als V-Mann „Tarif“ eigenen Angaben zufolge später mit dem NSU beziehungsweise dessen Unterstützernetzwerk in Kontakt stand.

Unter anderem das fränkische „Widerstand“-Fanzine dokumentierte im Jahr 1997 ebenfalls die engen thüringisch-bayerischen Neonazibeziehungen: Die Amberger Band „Südsturm“ erzählt im Interview von vielen Konzerten in Heilsberg (Thüringen) und Lichtenfels (Oberfranken). In Heilsberg hatte der „Thüringer Heimatschutz“ eine Gaststätte angemietet. Ein Bericht schildert die Fahrt bayerischer Neonazis zu einem dortigen Konzert, dessen Einnahmen an den militanten THS gingen.

Im Amberger Neonazi-Heft „United, white & proud“ war im Frühjahr 1997 zu lesen, dass die bayerischen „Kameraden“ aus Amberg nach Anaberg Buchholz gefahren sind, dass sie bei anderer Gelegenheit in Chemnitz bei H [REDACTED] I [REDACTED] übernachtet haben und dass bei einem Konzert am 20. Dezember 2006 im Clubheim „MC The Clan“ drei bayerische Bands gespielt hätten und dazu „60 Leute aus Bayern angereist“ seien.

Am 14. Februar 1998 fuhren eine ganze Reihe Neonazis aus Bayern zu einem Konzert nach Heilsberg. Dort traten die Neonazibands „Südsturm“, „Oiganics“ und „Madkorps“ auf. Der Eintrittspreis von 15 DM pro Teilnehmer_in wurde dem „Thüringer Heimatschutz“ gespendet, berichtete danach das Heft „Franken's Widerstand“.

Bei einem B&H-Konzert am 1. August 1998 in Thüringen spielte neben „Reinheitsgebot“, „Sturm und Drang“ auch die oberbayerische Band „Sturmtrupp“ (Neuburg an der Donau). Am 3. April 1999 traten

„Sturmtrupp“ neben „Celtic Warrior“, „H.K.L.“ und „Fortress“ in Sachsen auf einem Konzert von „B&H Deutschland“ auf. Am 25. Juni 1996 spielten die bayerischen Bands „Faustrecht“ und „Radika(h)l“ in Zwickau, am 29. Juni 1996 folgten dort erneut „Faustrecht“ und „Sturmtrupp“.

Am 27. März 1999 nahmen bayerische Neonazis am Konzert von „Nordwind“ und „Kampfzone“ im sächsischen Coswig teil. Am 24. April 1999 fuhren bayerische Neonazis zum Konzert von unter anderem „Oidoxie“ und „Stahlgewitter“ nach Hessen. „Es hat sich gelohnt, hinzufahren, kein Stress mit Männern in grün“ hieß es hinterher im Fanzine „Franken's Widerstand“.

Am 26. April 2000 soll es in Oberfranken ein gemeinsames Konzert der Jenaer Kapelle „Eichenlaub“ und des bekannten neonazistischen Liedermachers [REDACTED] gegeben haben. „Eichenlaub“, die dem Untertauchen **Uwe Mundlos**, **Uwe Bönhardts** und **Beate Zschäpes** ein Lied gewidmet hatten, wurden in der Ausgabe 8 des Hefts der deutschen „Blood & Honour“-Division interviewt. Am Ende grüßten die Musiker_innen u. a. „die Schlesier aus Landshut“. Dies stellt einmal mehr einen Beweis für die damals bundesländerübergreifenden Kontakte der Neonazis dar.

A

Bayerische Neonazis waren immer bundesweit und in vielen Feldern der Szene aktiv. Beispiele finden sich zuhauf.

Das norddeutsche Blatt „Bramfelder Sturm“ druckte 1995 einen Artikel über die Selbstverbrennung des Wehrmachtssoldaten und Holocaustleugners [REDACTED] in München. Der Freisinger Neonazi-CD-Händler [REDACTED] bewarb 1996 seinen Tonträgervertrieb [REDACTED] im Heft „Freie Stimme“ aus dem nordrhein-westfälischen Bad Berleburg. Die „Anti-Antifa Nürnberg“ schaltete (1998) eine Anzeige im „Feuer und Sturm“ aus dem nordsächsischen Beilrode.

Wenn man heute zum Beispiel durch das 2002 in der Lausitz (!) erschienene Blatt „Volkswille“ (Ausgabe 12) blättert, wird dies sofort augenscheinlich: Im Heft wurden nicht nur die fränkischen Neonaziblätter „Der Landser“ (Nürnberg) oder „Lokalpatriot“ (Bamberg) beworben, sondern es war auch eine Anzeige des Magazins „Iron Youth“ abgedruckt, für das ein „WAW“ („Weißer Arischer Widerstand“) in Nürnberg kontaktiert werden musste. Ferner waren ein „Szenebericht Nürnberg“ sowie ein Artikel des bayerischen Neonaziaktivisten [REDACTED] gegen die sogenannte „Wehrmachtsausstellung“ abgedruckt. In einem Artikel über einen Aufmarsch in Dresden am 13. Februar 2002 wurde der Münchner Neonazi [REDACTED] gelobt, der dort eine „gute Rede“ gehalten hätte. Es folgte ein ausführlicher Bericht über einen „Balladenabend“ mit dem bayerischen Neonaziliedermacher [REDACTED] und der Cottbusser Neonaziband „Frontalkraft“, der „in Niederschlesien“ stattgefunden hatte. Das neonazistische Plattenlabel „Wehrwolf Records“ kündigte dann noch das Erscheinen der neuen CD („Absolution“) des neonazistischen Musikprojekts „Edelweiss“ aus München an und die Herausgeber_innen grüßten schließlich noch die bayerische Neonaziband „Radikahl“ und das zumindest auf bayerischen Wurzeln gründende Neonazifanzine „Der weiße Wolf“.

Auch eine Ausgabe zuvor hatte das brandenburgische „Volkswille“-Heft die enge Vernetzung der bayerischen Naziszene im Bundesgebiet dokumentiert: In der „Gefangenenliste“ waren [REDACTED] der vierfache Mörder von Schwandorf 1988 (JVA Straubing), und der Münchner Neonazi [REDACTED] (JVA Landsberg) aufgeführt. Außerdem wurde über einen Artikel geklagt, der in der Münchner Regionalausgabe der „BILD“-Zeitung erschienen war. Die Macher_innen des „Volkswillen“ bewarben den „Schwarze Sonne“-Versand im bayerisch-schwäbischen Friedberg, den „Wikingerversand“ im niederbayerischen Geiselhöring sowie die bayerischen Neonazi-Zines „Der Landser“ und „Der braune Bär“. Auf der Seite 28 blickte der Betrachter bzw. die Betrachterin auf eine seitenfüllend abgebildete Maschinenpistole, unten angefügt war die Bestelladresse für das neonazistische Magazin „Der weiße Wolf“. Dieses Heft, später bekanntgeworden durch den abgedruckten Gruß an den NSU, firmierte damals noch unter der Postfachadresse im oberfränkischen Kronach.

Das waffenstarrende Layout war zur damaligen Zeit kein Einzelfall. Auf dem Titel des Schwabacher Neonazihefts „Der Angriff“ vom April 2000 richtete ein Vermummter den Lauf seiner Waffe gewissermaßen auf den Leser bzw. die Leserin. „Der Kampf wird härter - Stellt euch darauf ein !!!“ hieß es dazu unverhohlen

Die gute Vernetzung der oberbayerischen Naziszene im In- und Ausland gibt exemplarisch auch das Fanzine „Streetfighter“ aus dem oberbayerischen Peiting wieder, das dem internationalen Neonazinetzwerk von „Blood & Honour“ nahestand. In der 2004 erschienenen Ausgabe Nummer sechs wurde zum Beispiel über Konzertbesuche von Neonazis aus Oberbayern in der Schweiz, im Elsass und in Nordböhmen berichtet. Die Herausgeber bewarben zudem das Brandenburger Fanzine „Der weiße Wolf“ und druckten Grüße an die baden-württembergische Neonaziorganisation „Furchtlos und Treu“, die Berliner Neonaziband „Landser“ sowie an „Thomas (Oikrach)“ ab. Gemeint war der nah am NSU-Unterstützernetzwerk operierende **Thomas F. [REDACTED]** (V-Mann „Corelli“).

Demo- und Veranstaltungsbesuche

Schon 1995 ist ein Besuch Thüringer Neonazis, darunter **Mario Brehme** und **Beate Zschäpe**, beim „Volksbund Deutsches Reich“ in Nürnberg aktenkundig. Carsten Sch. [REDACTED] sagte im NSU-Prozess aus, er habe 1997 an einem Kongress der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) in Furth im Wald teilgenommen. Dabei dürfte es sich um den JN-Bundeskongress in Roding gehandelt haben, bei dem sich die Anwesenden mit großer Mehrheit gegen einen „progressiven“, modernisierten Nationalismus und stattdessen für einen NS-Kurs aussprachen.

Andre Kapke, Ralf Wohlleben, Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos, Holger Gerlach, Mario Brehme und viele weitere Neonazis aus Thüringen reisten am 24. Februar 1996 zum vierten „Hans Münstermann-Gedächtnismarsch“ nach Aschaffenburg. Zuvor hatten neonazistische Strukturen über die „Nationalen Infotelefone“ und das „Nationale Pressearchiv“ bundesweit zu einem Aktionstag mobilisiert. Es waren schließlich 300-250 Teilnehmer_innen, die mit schwarz-weiß-roten Fahnen zum Schlossplatz marschierten.

Am 1. März 1997 marschierten in München über 5000 Neonazis und extrem Rechte gegen die sogenannte „Wehrmachtsausstellung“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung auf. Im langen Zug der Neonazis, der kurz vor Erreichen des Marienplatzes von tausenden beherzten Nazigegner_innen gestoppt werden konnte, marschierten auch **Uwe Mundlos** und **Uwe Böhnhardt** mit. **Uwe Mundlos** war mit seiner schwarz-weiß-roten Fahne Teil des „Fahnenblocks“. Auch in anderen Städten, in denen Neonazis zu dieser Zeit gegen die Ausstellung aufmarschierten, waren die Neonazis der „Kameradschaft Jena“ um **Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt, Beate Zschäpe** und **André Kapke** dabei.

Nach dem Aufmarsch berichteten neonazistische Medien bundesweit über die Versammlung. Der „1. März 1997“ wurde für viele Jahre zu einem zentralen Thema und Inbegriff eines „Aufbruchs“ von rechts. „München“ wertete beispielsweise der „Hamburger Sturm“ als „klares Signal zu einem neuen Aufbruch unserer Bewegung im Kampf um die Zukunft unseres Volkes“. Die „Massendemonstration“ sei „zur Heerschau aller aktiven Kräfte unserer Bewegung“ geworden, weil sich der „Junge Geist“ von „revolutionären Kräften“ durchgesetzt habe.

Der „Thüringer Heimatschutz“ besuchte mit dem Transparent „Gegen linken Terror! – gemeinsam gegen 'Antifaschismus' – Thüringer Heimatschutz“ den Aufmarsch der „Jungen Nationaldemokraten“ am 6. November 1999 in Rosenheim.

Bayerische Neonazis auf der „Garagenliste“

Am 26. Januar 1998 durchsuchten Polizeibeamt_innen des LKA Thüringen drei Garagen, zwei hatte **Beate Zschäpe** angemietet, eine **Uwe Böhnhardt**. Während der Spurensicherung fuhr **Böhnhardt**, bei dem eigentlich eine Freiheitsstrafe zur Vollstreckung anstand, mit seinem aus der Garage geholten Auto ungehindert davon. Nicht einmal die genaue Uhrzeit seines Verschwindens wurde registriert. In der **Zschäpe**-Garage stießen die Polizist_innen auf vier fertiggebastelte Rohrbomben und diverse „pyrotechnische Gegenstände“, Briefe von **Zschäpe** an **Mundlos** und eine CD. Gespeichert waren Texte der „Nationalen Bewegung Jena“ und der „Kameradschaft Jena“ sowie eine Textdatei: „ALIDRECKSAU, WIR HASSEN DICH“.

Uwe Mundlos hatte einen offensichtlich für den Fall einer Flucht gepackten Rucksack in der Garage deponiert. Darin befanden sich mehrere Telefonlisten: Diese Telefonnummernsammlungen, die ebenfalls **Uwe Mundlos** zugeordnet werden, lesen sich wie ein Who-Is-Who des Unterstützungsnetzwerks. Unter den relativ wenigen Namen sind jedoch auffallend viele bayerische Neonazis, unter anderem der mutmaßliche bayerische verdeckte Ermittler beziehungsweise V-Mann **K. D.** daneben steht **[REDACTED]** aus Straubing auf der Liste, **[REDACTED]** aus Straubing (der Veranstalter der Kiesgruben-Feier 1994) und der spätere „Freies Netz Süd“-Führungskader **M. F.** (ehemals Fürth). Auf einem handschriftlichen Zettel ist auch **S. E.** (Erolzheim) mit Kontaktdaten aufgeschrieben.

Grüße an „die Untergrundkämpfer“

In der Ausgabe Nummer vier des Nürnberger Neonazifanzines „Der Landser“ von **[REDACTED]** und **M. F.** war eine Anzeige des internationalen, militanten Neonazinetzwerk „Blood & Honour“ abgebildet. Auf Seite 54 wurden zudem – ohne nähere Ausführungen – „die Untergrundkämpfer“ begrüßt. Auf der Umschlagrückseite desselben Hefts sind zwei vermummte, mit einem Sturmgewehr und einer Pistole bewaffnete Kämpfer abgebildet. In roter Farbe ist hinzugefügt: „Ich seh Dich!“ und „W.A.W.“ – die Abkürzung des rassistischen, terroristischen „Weißen Arischen Widerstands“. In der Ausgabe sieben von Anfang 2001 wurde unter der Überschrift „Nationalisten Nürnberg“ umringt von der mehreren Fotos die Parole „Mehr als Worte zählen die taten!“ veröffentlicht. In der Ausgabe acht von September/Okttober 2001 findet sich der Hinweis: „Dank geht an: (...) Mandy und die Sachsen“ – was sich auf die zeitweise im Raum Nürnberg lebende **Mandy Struck** aus den Kreisen des NSU-Netzwerks beziehen dürfte.

Tatortrecherchen und -ausspähungen

Unter dem beim NSU aufgefundenen Notizen, Adress- und Namenssammlungen sowie Kartenmaterial findet sich eine Vielzahl von Material mit Bezug zu Bayern. Es ist naheliegend, dass diese Sammlungen nicht allein von **Uwe Mundlos**, **Uwe Böhnhardt** und **Beate Zschäpe**, sondern von Beteiligten aus den Orten und Regionen vorgenommen wurden. Dafür sprechen auch die vorhandene Detailkenntnis über lokale Gegebenheiten. Abgesehen von den auf der sogenannten „10 000er Liste“ notierten Personen aus Bayern, hatte sich der NSU beispielsweise den früheren **[REDACTED]** (mit einer unzutreffenden Anschrift) auf Notizzetteln notiert. Ausspähnotizen zu sechs Objekten in Nürnberg und die aufgefundene Recherche zum SPD-Büro in Hof belegen eine persönliche Anwesenheit von Mitgliedern und/oder Unterstützer_innen des NSU-Netzwerks an weiteren, potenziellen Tatorten in Bayern.

Auf einer Vielzahl von im Brandschutt der Zwickauer Frühlingsstraße aufgefundenen Stadtplänen sind Eintragungen an Orten in Bayern vorgenommen worden: Erlangen (9 Eintragungen), Fürth (elf Örtlichkeiten), München (16 Eintragungen), Nürnberg (23 Örtlichkeiten gekennzeichnet).

Sichergestellte digitale Dateien sowie Ausdrücke von Routenplaner-Software, die vermutlich aus dem Jahr 2005 stammen, enthalten ebenfalls viele Hinweise zu Bayern: München (88 Adressen mit handschriftlichen Kommentaren wie Öffnungszeiten oder Fluchtwegen), Nürnberg (sechs Adressen auf Ausdrucken, der Mordtatort „Scharrer Str neben Post Imbiss“ ist handschriftlich vermerkt, 12 weitere Orte sind in einer digitalen Datei markiert). Eine aufgefundene ausführliche Skizze mit Notizen und Fotos zeigt die Geschäftsstelle des SPD-Unterbezirks in Hof.

Der NSU-Brief

Irgendwann ab dem Jahr 2002 richtete sich der NSU mit einem Brief (im Folgenden: „NSU-Brief“) an die deutsche Neonaziszene. Gleich zu Beginn ist das Logo des NSU (aus den Buchstaben N, S und U; das S erinnert an eine Sig-Rune) abgebildet. Im Brief heißt es: „Die Aufgaben des NSU bestehen in der energischen Bekämpfung der Feinde des deutschen Volkes und der bestmöglichen Unterstützung von Kameraden und nationalen Organisationen“. Der NSU warb für „entschlossenes, bedingungsloses Handeln“ und „neue Wege im Widerstandskampf“, das heißt für den Aufbau militanter Zellen: „Jeder Kamerad ist gefragt! Auch Du!!! Gib Dein Bestes – Worte sind genug gewechselt, nur mit Taten kann ihnen Nachdruck verliehen werden“. Diesen Aufruf, sich von politischer Betätigung abzuwenden und nun militante, gewalttätige Aktionen zu starten, versandte der NSU eventuell nach Bayern, jedenfalls gibt es Hinweise in den Ermittlungen, dass der NSU Brief auch an „Der Landser“ und „Nation und Europa“ gesandt wurde oder zumindest gesandt werden sollte.

Vom NSU versandte oder eingeworfene „Bekenner-DVDs“ in Bayern

Zwischen dem 9. und dem 12. November 2011 ging bei der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“ (KAZ) in Nürnberg die sogenannte „Bekenner-DVD“ des NSU ein. Am 15. November 2011 kam ein Exemplar im türkischen Generalkonsulat in München per Post an. Wer hat diese Adressen ausgewählt oder vorgeschlagen? Auch die „Nürnberger Nachrichten“ (NN) erreichte am 9. November 2011 eine DVD, hier ist nicht von einer Zustellung per Post, sondern von einem persönlichen Einwurf auszugehen. Die DVD war persönlich an denjenigen Redakteur der NN gerichtet, der zuletzt über Aktivitäten der Neonaziszene recherchiert und geschrieben hatte. **Beate Zschäpe** war zu diesem Zeitpunkt nicht in Franken. Wer hat die DVD also vorbeigebracht und eingeworfen?

Versand einer „Bekenner-DVD“ an den „türkisch-islamischen Kulturverein“ in München-Pasing

Am 7. oder 8. November stellte die Post eine der sogenannten „Bekenner-DVDs“ des NSU beim „türkisch-islamischen Kulturverein“ in der Planegger Straße 18a in München-Pasing zu. Unter derselben Adresse ist eine DITIB-Moschee untergebracht. Die Moschee stand nicht nur in diesem Fall im Visier der neonazistischen Szene: Am 17. September 2001 zündeten Unbekannte hier einen Brandsatz. Am frühen Morgen des 24. Juni 2015 begingen Unbekannte dann erneut eine Brandstiftung, diesmal an einem hölzernen Anbau neben der Moschee.

„Patria-Versand“ und die „Bekenner-DVD“ des NSU

Der neonazistische „Patria-Versand“ des extrem rechten, bayerischen Funktionärs [REDACTED] in Burgharting bei Kirchberg ist der einzige bisher bekannte Empfänger der NSU-Bekenner-DVD aus der rechten Szene. Am 22. November 2011 soll die DVD, die Fingerabdruckspuren und -teilsuren von **Uwe Mundlos** und **Uwe Böhnhardt** trug, dort unaufgefordert eingegangen sein.

Der 1947 geborene [REDACTED] aus Kirchberg bei Landshut war zunächst NPD-Funktionär und dann bis 1990 stellvertretender Landesvorsitzender der „Republikaner“ (REP) in Bayern. Bis 1993 fungierte er dann als Landesvorsitzender der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH) in Bayern.

Deren Zeitschrift „Deutsche Rundschau“ fusionierte ab Januar 1994 mit „Nation Europa“ von F [REDACTED] D [REDACTED]. Ab 1994 ist [REDACTED] Vorsitzender eines „Fördervereins Vereinigte Rechte“.

Schon 1989 gründete [REDACTED] die „Patria Versand GmbH“, für die er auch die neonazistische Bekleidungsmarke „Consdaple“ kreierte. Für den Aufbau des „Patria-Versands“ hatte [REDACTED] den „Wotan-Versand“ aus Chemnitz übernommen. Eine Zeit lang verkauft [REDACTED] seine rassistischen Produkte in einem Ladengeschäft in Landshut („Die Fundgrube“), dann über ein Online-Angebot von seinen Räumen in Burgharting bei Kirchberg aus. In M [REDACTED] F [REDACTED] Fanzine „Der Landser“, Ausgabe 4, bewarb [REDACTED] „Patria-Versand GmbH“ mit Postfach in Landshut die weißen Kutten des Ku-Klux-Klans („per Stück 159,- DM“). Bei einer Razzia stießen Polizeibeamt_innen im Oktober 2010 auf die indizierte CD „Adolf Hitler lebt!“ der neonazistischen Band „Gigi und die braunen Stadtmusikanten“. [REDACTED] verfügte also auch über die CD, auf der im Song „Dönerkiller“ bereits vor dessen Selbstenttarnung über die Morde des NSU gesungen wurde. Produzent der CD war [REDACTED] [REDACTED] aus Brandenburg, erschienen ist die Platte bei dessen Label „PC-Records, das bis ca. 2006 H [REDACTED] [REDACTED] gehörte. Bei F [REDACTED] früherem Label „Panzerbär“ war schon einmal eine CD herausgekommen, die eventuell Bezüge zum NSU aufweist: Auf der 2004 erschienenen CD „Hier tobt der Bär“ wurde für den Song „Loblied auf Herrn Polizeidirektor Knape“ das „Pink-Panther-Theme“ verwandt.

Auffällig schnell nach dem Erhalt der CD, am 8. Dezember 2011, wurde das Gewerbe [REDACTED] im baden-württembergischen Obersulm um- beziehungsweise angemeldet. Danach wurde der „Patria-Versand“ vom Neonazi „Hammerskin“ und V-Mann F [REDACTED] Sc [REDACTED] bis zum Jahr 2013 weiter betrieben. Einer antifaschistischen Recherche zufolge hatte Sc [REDACTED] zusammen mit [REDACTED] (Ulm) schon länger geplant, den Versand zu übernehmen. Seit Oktober 2015, kurz nach dem Tod von Sc [REDACTED] im September 2015, führt die Domain www.consdaple.de des ehemaligen „Patria-Versands“ nun zum „Ostfront-Versand“ vor [REDACTED] im thüringischen Gehren.

Geplanter Versand weiterer „Bekenner-DVDs“ des NSU nach Bayern

Unter den Asservaten aus der Wohnung des NSU-Kerntrios in der Zwickauer Frühlingstraße befanden sich für eine Verschickung vorbereitete Kuverts mit dem sogenannten „Bekenner-Video“ des NSU auf jeweils einer DVD. Zu den potenziellen (und nicht belieferten) Adressat_innen gehörten mehrere bayerische Adressen aus dem Medienbereich, türkisch-muslimischen Einrichtungen, aber auch extrem rechten Strukturen.

Aus dem Medienbereich war das unter anderem die ARD/ZDF-Medienakademie in Nürnberg und ein RTL-Büro in Nürnberg. Unter den türkischen und/oder muslimischen Strukturen, an die die DVD zugestellt werden sollte, war unter anderem der türkisch-islamische Kulturverein in Lohr, das türkische Konsulat in Nürnberg und der türkische Kulturverein in Feuchtwangen. Unter den extrem rechten Strukturen war unter anderem die Geschäftsstelle des „Republikaner“-Kreisverbands in Kissing. Auch hier stellt sich die Frage: Wer hat die Adressen recherchiert, vorgeschlagen und ausgewählt?

Die Strategie des NSU in Südtirol

Einem Bericht des italienischen Inlandsgeheimdienstes AISI zufolge, versuchten im Jahr 2008 Neonazis aus München und Meran gemeinsam, in Südtirol von Migrant_innen betriebene Kleinbetriebe auszurecherchieren, den Behördenangaben zufolge zur Planung von »exemplarischen Aktionen«. Wenn das zutrifft, dann hätten die Münchner Neonazis die mörderische Strategie des NSU gewissermaßen zu exportieren versucht.

Reaktionen der extremen Rechten in München auf den NSU nach November 2011

21. Januar 2012: Neonazistische Demonstration in München

██████████ (Kameradschaft München) meldete kurzfristig einen Aufmarsch unter dem Motto „Nationale Freiräume erkämpfen“ an, der zum linken Treffpunkt „Kafe Marat“ führen sollte. Das linksalternative Zentrum in der Thalkirchener Straße war wiederholt Objekt zahlreicher politischer Angriffe gewesen, insbesondere durch Anträge und Anfragen des neonazistischen Stadtrats ██████████ (BIA) im Stadtrat.

In einem abgegrenzten Bereich auf der Straße vor dem Bahnhofs-Haupteingang begann um 14 Uhr die kurze Auftaktkundgebung. Neben Beiträgen von ██████████ und ██████████ wurde Rechtsrock abgespielt. Anwesend waren neben den bekannten „Anti-Antifa“-Aktivisten ██████████ (alle Nürnberg) und ██████████ (Diedorf) auch ██████████ von der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ (BIA) sowie die bekannten Münchner Neonaziaktivisten ██████████ („Outsiders“) und ██████████ von der den „Hells Angels“ nahestehenden Neonazikameradschaft „Jagdstaffel D.S.T.“. Zu diesem Zeitpunkt protestierten bereits 350 Menschen vor Ort gegen die Neonazis.

„Pink Panther“-Song aus dem Lautsprecherwagen

Der Aufmarsch setzte sich um 14.20 Uhr in Bewegung, die Polizei stoppte die Neonazis jedoch schon kurze Zeit später an der Ecke Bayerstraße/Sonnenstraße. Aus dem Lautsprecherwagen war der „Pink Panther Theme Song“ abgespielt worden, ein zynischer Bezug auf die Bekenner-DVD der neonazistischen Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU). Diese hatte sich unter Verwendung von „Pink Panther“-Filmmaterial unter anderem zu ihren zwei rassistischen Morden in München bekannt. Die Polizei beschlagnahmte das Abspielgerät, nahm den für das Spielen des Liedes Verantwortlichen vorübergehend fest und ermittelte in der Folge wegen des Verdachts der Billigung einer Straftat (§140 StGB) bzw. wegen der Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener nach §189 StGB.

Neonazis mit Schlagstöcken

Beobachter_innen des Aufmarsches machten zu diesem Zeitpunkt die Polizei mehrfach darauf aufmerksam, dass einige Neonazis mit als Kurzflaggen getarnten Schlagstöcken, zum Teil auch mit bloßen Stangen in der Demonstration mitliefen. Doch erst am Sendlinger Tor, nach Ende der Demonstration, nahmen Polizeibeamt_innen in diesem Zusammenhang einen 26-jährigen Münchner Neonazi fest. Polizeisprecher Wolfgang Wenger verteidigte dieses zögerliche Vorgehen in der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 24.1.12 mit der angeblichen Schwierigkeit, jemanden während einer laufenden Demonstration herauszugreifen. Weder die Provokation mit dem „Paulchen Panther-Lied“, noch die offensichtliche Bewaffnung waren jedenfalls für die Polizeiführung Anlass, den Aufmarsch an Ort und Stelle aufzulösen. Die Neonazis setzten ihren Aufmarsch um 15 Uhr fort und bogen zunächst in die Sonnenstraße ein.

Polizei löst antifaschistische Blockaden auf

Antifaschistinnen und Antifaschisten hatten mittlerweile auf Höhe Schwanthalerstraße auf beiden mehrspurigen Fahrbahnen Blockaden gebildet. Zunächst ohne Erfolg: Während die Polizei die Neonazis auf die Gegenfahrbahn führte, wurde die erste Blockade von USK-Kräften mittels Fußritten und Tonfaeinsatz an die Seite gedrängt. Danach kesselte ein Großaufgebot der Polizei die zweite

Blockade auf der Gegenseite ein und führte den neonazistischen Aufzug wieder auf die ursprüngliche Seite. Auf dem weiteren Weg Richtung Sendlinger-Tor-Platz, auf dem die Neonazis eine Zwischenkundgebung geplant hatten, drängten Einsatzkräfte die Gegendemonstrant_innen an den Straßenrändern ab.

Erfolgreiche Blockade am Sendlinger-Tor-Platz

Auf der Zwischenkundgebung auf der Lindwurmstraße, Höhe Sendlinger-Tor-Platz sprachen mit dem Burschenschafter [REDACTED] und erneut [REDACTED] die führenden Aktivisten der „Kameradschaft München“. Rund 300 Nazi-Gegner_innen bildeten zu dieser Zeit bereits eine Blockade über die gesamte Breite der Lindwurmstraße.

Bei Kundgebungsende gegen 15.45 Uhr stellte sich eine Fortführung des Neonaziaufmarsches daher als äußerst schwierig dar. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit, so der Münchner Polizeivizepräsident Robert Kopp auf einer Pressekonferenz am Folgetag, habe man auf eine Räumung verzichtet. Sichere Alternativrouten habe es laut Kopp zu diesem Zeitpunkt ebenfalls nicht mehr gegeben. Aus der ursprünglichen „Zwischenkundgebung“ wurde so auch die Abschlusskundgebung der Neonazis, was diese mit großem Unmut zur Kenntnis nahmen. Kein Wunder: Bereits eine Woche zuvor hatten Antifaschist_innen den FNS-Aufmarsch in Mühldorf am Inn nach wenigen hundert Metern zur Umkehr gezwungen.

[REDACTED] und das neonazistische "Freie Netz Süd"

[REDACTED] gelang es nicht, mit seinem bemüht launigen Vortrag die „Kameraden“ bei Stimmung zu halten. Dann ergriff Stadtrat [REDACTED] das Wort und machte bei den Neonazis des „Freien Netz Süd“ kräftig Werbung für die BIA. Bemerkenswert war die Beteiligung und Mitwirkung des damals noch stellvertretenden [REDACTED] vor allem deswegen, weil der [REDACTED] (Nürnberg) sich wenige Tage zuvor in einem Zeitungsbericht vom FNS distanziert und diesem indirekt illegale Aktivitäten unterstellt hatte. [REDACTED] störte sich auch nicht an der Teilnahme des Nürnberger Neonazis [REDACTED] am Marsch. Nach dessen menschenverachtenden Äußerungen in Zusammenhang mit der Aufdeckung der NSU-Morde in Nürnberg hat die bayerische NPD ihren Aktivisten [REDACTED] hinausgeworfen. Die NPD-nahen „Kompakt-Nachrichten“ bezeichneten Biller gar als „Verfassungsschutzmann“. Um 17 Uhr versuchte [REDACTED] noch, den gescheiterten Marsch in Richtung „Kafe Marat“ in einen großartigen Erfolg umzudichten und erklärte dann die Versammlung für beendet.

Anschließend: rassistischer Angriff in Ottobrunn

Ein schlimmes Nachspiel hatte der Neonazi-Aufmarsch noch in der Nacht in Ottobrunn: [REDACTED] früherer „Interessentenbetreuer“ der BIA und Macher der Kameradschaft „Nationale Solidarität Bayern“ (NSB), war beim Aufmarsch noch unter denjenigen Neonazis, die mit schlagstockähnlichen Fahnen und Stöcken in den Außenreihen mitliefen. Gegen 4.20 Uhr traf er sich mit zwei weiteren Neonazis, unter denen sich nach einem Medienbericht auch [REDACTED] befunden haben soll, im Innenraum einer Tankstelle an der Rosenheimer Straße in Ottobrunn. Dort soll [REDACTED] einem Taxifahrer aus rassistischen Gründen mit der Faust ins Gesicht geschlagen und eine Bierflasche nach ihm geworfen haben. Der Angegriffene erlitt durch den Faustschlag einen Nasenbeinbruch und musste im Krankenhaus behandelt werden. [REDACTED] flüchtete vor Eintreffen der Polizei vom Tatort und wurde zur Fahndung ausgeschrieben. Kurze Zeit später meldete er sich dann bei der Polizei. [REDACTED] blieb auf freiem Fuß.

Keine juristischen Folgen für das Abspielen des „Pink Panther“-Songs

Für [REDACTED] als Anmelder der Demonstration vom 21. Januar 2012 hatte das Abspielen des „Pink Panther“ Songs keine strafrechtlichen Konsequenzen. Sowohl das Amtsgericht, als auch das Oberlandesgericht in nächster Instanz, waren der Ansicht, dass eine Billigung der NSU-Mordtaten in der Gesamtschau damit nicht erfolgt sei. [REDACTED] hätte sich in seinem Redebeitrag von den Taten des NSU distanziert.²⁰

04. April 2012: BIA Antrag im Münchner Rathaus

[REDACTED] stellt unter dem Titel „Bitte nicht noch mehr Geißlerhüte – keine ‚NSU-Gedenkort‘ in München!“ einen Antrag im Münchner Rathaus.²¹ Er fordert darin, dass die Landeshauptstadt München für die Opfer des „vorgeblichen ‚NSU-Terrors‘“ keine Gedenktafeln aufstellt oder Straßen beziehungsweise Plätze umbenennt. Weiter schreibt der Neonazi:

„Es sollte zum Beispiel nicht verdrängt werden, daß (sic!) im gleichen Zeitraum (2000 bis 2007), in dem das angebliche Zwickauer „Terror-Trio“ neun Ausländer ermordete, ein Vielfaches dieser Zahl an Deutschen von Ausländern in Deutschland ermordet wurde, darunter Polizisten, Zollbeamte, aber auch Hausfrauen, Familienväter, Taxifahrer“

06. April 2013 München: Sachbeschädigung in NSU-Tatortnähe

An den Schaufenstern einer ehemaligen Bankfiliale in der Trappentreustraße werden rassistische Schmierereien entdeckt. Der/die Täter_in hat auf Höhe der hinter den Schaufensterscheiben angebrachten „Ladenfläche zu vermieten“-Plakate „NICHT FÜR TÜRKEN!“ und „KEINE DÖNER“ auf das Glas geschrieben. Die antitürkischen Aufschriften befinden sich nur wenige hundert Meter vom Tatort entfernt, an dem die Mitglieder des „nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) am 15. Juni 2005 Theodor Boulgarides in München ermordet hatten.

14. April 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (I)

Am Samstag, 13. April 2013, demonstrierten an die 10 000 Menschen in München „gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus“. In der folgenden Nacht zu Sonntag, 14. April 2013, schlugen mutmaßlich Neonazis ein Schaufenster der Geschäftsstelle des Bayerischen Flüchtlingsrates in der Augsburgstraße ein. Die Doppelglasscheibe wird genau an der Stelle zerstört, hinter der das Plakat mit dem Aufruf zur Demo gegen Naziterror angebracht ist.

16. April 2013: Neonazi-Aktion vor dem NSU-Prozessgebäude in München



Am Dienstag, 16. April 2013, verteilten Neonazis des „Freien Netz Süd“ rund um das Justizgebäude in der Nymphenburger Straße Flyer zum ersten NSU-Prozess. Mit ihrer Aktion forderten sie unter anderem die Freilassung des angeklagten Neonazis **Ralf Wohlleben**. Von den Morden und Anschlägen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ distanzierten sie sich nicht.

Wenige Tage vor Beginn des Prozesses gegen Mitglieder und mutmaßliche Unterstützer des

20 <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2014-05/neonazi-demonstration-rosarote-panther-melodie-nsu-mordserie-urteil> (zuletzt eingesehen am 18.11.2017)

21 <https://www.ris-muenchen.de/RII/RII/DOK/ANTRAG/2628378.pdf> (zuletzt eingesehen am 18.11.2017)

„Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) vor dem Oberlandesgericht München (OLG), starteten Neonazis aus dem Umfeld des „Freien Netz Süd“ Kameradschaftsnetzwerkes (FNS) eine erste Aktion in der Umgebung des Verhandlungsortes:

Am frühen Abend gegen 18.00 Uhr tauchten mindestens zwei männliche Neonazis in der Gegend um das bewachte Gerichtsgebäude auf und verteilten - von den Behörden unbemerkt und ungehindert - an Passant_innen und in die Briefkästen von Wohnhäusern die Flugblätter des FNS. Über eineinhalb Stunden lang waren sie u. a. in der Nymphenburgerstraße, Erzgießereistraße, in der Linprunstraße und der Sandstraße unterwegs.

„Paulchen's neue Streiche“

Auf dem Titel des verteilten Hochglanzblatts ist über ein Foto des Münchner Justizgebäudes ein Ausschnitt aus einer der Bekenner-DVDs abgebildet: Zwischen den Aufschriften „Nationalsozialistischer Untergrund“ und „Paul 2000 – Paulchen's neue Streiche“ prangt eine Pistole, dahinter sind kleinere Bilder unterlegt, die Polizeibeamt_innen zeigen: bei der Spurensicherung beispielsweise oder bei der Trauerfeier für die vom NSU erschossene Polizistin Michèle Kiesewetter.

Obwohl am 16. April 2013 verteilt, heißt es darunter bereits im ersten Satz: „Seit dem 17. April 2013 findet nun der lang erwartete Schauprozess gegen das so genannte NSU-Phantom vor dem Oberlandesgericht in München statt“ – nicht die einzige Ungenauigkeit in dem vierseitigen, an Rechtschreib- und Interpunktionsfehlern ebenfalls nicht armen Text.

Das Verfahren vor der sechsten Strafkammer sei also ein „Schauprozess“ und weil die bayerischen Neonazis dazu übergegangen sind, den „Nationalsozialistischen Untergrund“ als ein erfundenes „Konstrukt“ zu bezeichnen, wird aus dem rechtsterroristischen Netzwerk nur ein „sogenanntes NSU-Phantom“. Schon in der Überschrift heißt es: „NSU-Phantom Verfahren in München ist eine Farce!“ (Schreibweise im Original). Statt die Quellen namentlich zu benennen, erfinden die Neonazis des FNS flugs „viele Beobachter“, die sich „einig“ seien: „Das Urteil steht in seinen Grundzügen schon fest“.

„Systemrichter“ und „Schweinejournalisten“

Der Text ist in weiten Teilen aus Meldungen zusammengesetzt, die in der Zeit zuvor auf der Internetpräsenz des „Freien Netz Süd“ veröffentlicht worden waren, vor allem aus dem am 7. Februar 2013 publizierten Beitrag „NSU-Phantom: Zschäpe-Mutter klagt über Polizei und Justiz“. Wie die Veröffentlichungen auf der Homepage des Kameradschaftsdachverbands, ist auch der Text des Flugblatts eine Aneinanderreihung von Übertreibungen einerseits sowie Schmähungen und Diffamierungen andererseits: Die Richter um [REDACTED] [REDACTED] seien „bundesrepublikanische Systemrichter“, die Medien wahlweise „Systempresse“ oder „Lizenzmedien“ und die Berichterstatte_r_innen „Schweinejournalisten“ und „Stunkfabrikanten“.

Der von [REDACTED] (Nürnberg), einem der führenden Neonazis im „Freien Netz Süd“, presserechtlich verantwortete Text des Flugblatts ist am Schluss mit dem vom FNS genutzten Logo der „Nationalen Sozialisten Deutschland“ illustriert. Auch wenn es abschließend heißt „Treten Sie mit uns in Kontakt“, enthält das verteilte Pamphlet nur wenig, was als Bürger_innennähe auslegbar wäre.

„Freiheit für Wolle“

Die zentrale Forderung im FNS-Flugblatt ist „Freiheit für Wolle!“. Gemeint ist die Entlassung des Angeklagten **Ralf Wohlleben** aus der Untersuchungshaft in der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim. Ralf Wohlleben, der frühere stellvertretende Thüringer NPD-Landesvorsitzende, ist im ersten NSU-Prozess wegen Beihilfe zum Mord in neun Fällen angeklagt. Er soll, so die Bundesanwaltschaft, mitbeteiligt gewesen sein bei Beschaffung und Bezahlung der Ceska-Pistole, die

in der Mordserie des NSU als Mordwaffe zum Einsatz kam. Verharmlosend wird nun im „Freies Netz Süd“-Flyer die angeklagte Beihilfe zum Mord zu einer lediglich „vermeintlichen Tat“: „Er [Wohlleben] sitzt seit über einem Jahr unter verschärften Bedingungen in Untersuchungshaft, obwohl diese vermeintliche Tat, selbst bei einer Bestätigung des Vorwurfes, längst verjährt wäre.“

FNS & NSU

Die Solidarität des „Freies Netz Süd“ (FNS) mit dem militanten Thüringer Neonazi Wohlleben war nicht zufällig. Schon in den 1990er Jahren bestanden zwischen bayerischen Neonazis (die dann unter anderem im FNS organisiert waren) und der Thüringer Szene um den „Thüringer Heimatschutz“ enge Beziehungen. Das Gelände im thüringischen Kahla, auf dem Neonazis um **Uwe Böhnhardt** das Schießen lernten, gehörte beispielsweise seit 1996 dem Coburger Rechtsaußenpublizisten [REDACTED]. Als **Uwe Mundlos**, **Uwe Böhnhardt** und **Beate Zschäpe** 1998 sich während einer Polizeirazzia absetzen konnten, hinterließ Mundlos mehrere Telefonlisten, auf denen er für den Fall einer Flucht – nach Orten sortiert – zuverlässige Neonazis und Anlaufstellen mit ihren Rufnummern aufgeschrieben hatte, darunter **M [REDACTED] F [REDACTED]** (Fürth), der als Führungskader des FNS wirkte, außerdem [REDACTED] (Fürth), [REDACTED] (heute Nürnberg), damals V-Mann des bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz sowie weitere Neonazis aus Niederbayern und dem Allgäu.

Am Mittwoch, 26. April 2000, veranstaltete der NPD-Kreisverband Coburg ab 18.00 Uhr ein Konzert mit dem neonazistischen Liedermacher [REDACTED] (heute: Feilitzsch-Unterhartmannsreuth) und dem Jenaer Duo „Eichenlaub“ in Neustadt bei Coburg. Vor weit über einhundert Zuhörenden trat damals somit diejenige Kapelle auf, die den abgetauchten Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos gerade das Lied „5. Februar“ gewidmet hatte. Die Mitglieder der Band bekundeten im Jahr vor dem oberfränkischen Konzert auch im deutschen „Blood & Honour“-Magazin ihre Solidarität mit den Rechtsterrorist_innen: Man stehe „zu dem, was unsere drei Kameraden da getan haben. Wir, die sie wohl mit am besten kannten, können uns mittlerweile ganz gut vorstellen, warum sie diesen sehr zweifelhaften Weg gegangen sind.“ **M [REDACTED] F [REDACTED]** veröffentlichte einen Konzertbericht in seinem „Landser“-Magazin, auf dessen Titelseite verummte Neonazis in drohender Pose abgebildet waren, unter der Überschrift „Kultur in Oberfranken“.

Bayerische Neonazis zeigten sich auch in den Jahren des „Abtauchens“ der Jenaer Neonazis solidarisch und überließen den Rechtsterrorist_innen in mehreren Fällen Geld und Identitäten. Nach der Selbstenttarnung des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ im November 2011 kokettierten Neonazis aus den Kreisen des „Freies Netz Süd“ mehrfach mit der Mordserie. [REDACTED] (Nürnberg), der bei kaum einem FNS-Auflauf fehlt, postete auf seinem Facebook-Account einen Screenshot aus der NSU-Bekenner-DVD. Unter den menschenverachtenden Comic „Deutschlandtour - 9. Türkei erschossen“ klickten fünf von [REDACTED] „Freunden“ auf den „Gefällt mir“-Button. Zum anderen veröffentlichte [REDACTED] ein Foto des Imbissstands in der Nürnberger Scharrerstraße, dessen Besitzer im Rahmen der neonazistischen Mordserie ermordet worden war. [REDACTED] kommentierte das Foto mit dem Satz „Tod dem Döner, es lebe die Nürnberger Bratwurst“ und unter das Bild schrieb er: „Wenn wir Glück haben, verschwinden erst die Dönerbuden und dann der Rest der Mischpoke“. Neben anderen klickte auch der ehemalige „Freies Netz Süd“-Kader und damalige [REDACTED] (Regensburg) darunter auf „gefällt mir“.

Am 26. April 2012 stellten Neonazis der ans FNS angebotenen „Freies Nationalisten Weißenburg“ in den Kommunen Ellingen, Pleinfeld, Weißenburg, Holzingen, Alesheim und Treuchtlingen insgesamt elf ca. 1,50 m große „Paulchen-Panther“-Figuren mit der Aufschrift „Wir sind keine Terroristen“ auf.

„Kälte- und Lichtfolter gegen Beate Zschäpe“

Die Haltung des „Freies Netz Süd“ gegenüber der mitangeklagten **Beate Zschäpe** ist nicht so eindeutig, wie die Position gegenüber **Ralf Wohlleben**. Im verteilten Flugblatt wird über mehrere

Absätze hinweg gejammert, dass „von den sonst so hochgehaltenen Persönlichkeitsrechten der Beschuldigten“ im „NSU-Phantom-Fall keine Spur mehr sichtbar“ sei. Was die Neonazis dann jedoch nicht davon abgehalten hat, direkt daneben ein unverpixelttes Bild Zschäpes einzufügen, das aus einem Polizeivideo aus der U-Haft Zschäpes in Köln stammt.

Im Dezember 2011 hatte das FNS einen deutlichen Artikel zugunsten von **Beate Zschäpe** auf der FNS-Homepage veröffentlicht: Über eine angebliche „Kälte- und Lichtfolter gegen **Beate Zschäpe**“ klagten die bayerischen Neonazis damals, und hetzten gegen „Systemjustiz“ und „Redaktionssynagogen“. Ab Januar 2012 tauchte dann in den FNS-Artikeln zunehmend häufiger die Formulierung „NSU-Phantom“ beziehungsweise „NSU-Phantom-Komplex“ auf. Im Laufe des Jahres stellten bayerische Neonazis bei FNS-Aktionen Zschäpe und Co immer mehr in den Verdacht, selbst Agent_innen, oder zumindest an einer geheimdienstlichen Verschwörung zu Lasten des „Nationalen Widerstands“ beteiligt gewesen zu sein.

„Die NSU, die hat es nie gegeben“

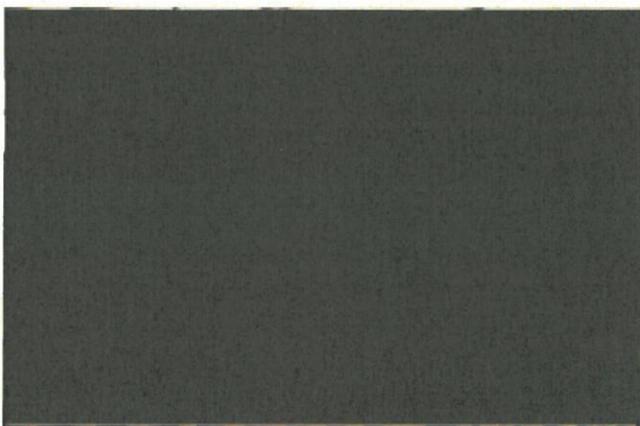
Am 11. Januar 2013 beispielsweise, als sich rund 25 Neonazis aus den Kreisen des „Freien Netz Süd“ am Abend kurzfristig zu einer „Eilkundgebung“ in Solidarität mit dem militanten Wiener Neonazi [REDACTED] gegenüber dem österreichischen Konsulat in München versammelten. Vor dem FNS-Führungskader [REDACTED] und vielen bekannten FNS-Aktivist_innen sprach damals [REDACTED] (Mering) über den in München anstehenden NSU-Prozess. Die dort Angeklagten erklärte [REDACTED] in seiner Rede zu Geheimdienstmitarbeiter_innen:

„Es ist klar, dass diese Beate Zschäpe, gegen die ein Prozess, ein Schauprozess geführt werden wird und die anderen Mitangeklagten, aber zumindest die Beate Zschäpe, eine Informantin des Inlandsgeheimdienstes war oder möglicherweise mehrerer Inlandsgeheimdienste, das ist bekannt (...) die NSU, die hat es nie gegeben, das ist ein Märchen, eine Lüge, genauso wie das Märchen von der Demokratie in der Bundesrepublik oder von der Demokratie in Österreich.“

Keine Distanzierung von den NSU-Morden

Dafür gab es damals viel Applaus von den Umstehenden. Beim FNS mag es Verwirrung darüber gegeben haben, ob die Angeklagten im ersten NSU-Prozess die Solidarität der Bewegung benötigen beziehungsweise verdienen oder nicht. Eindeutiger scheint die Haltung des „Freien Netz Süd“ zu den rechtsterroristischen Taten des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ gewesen zu sein: Eine Distanzierung von der Mordserie (die im Flugblatt weiter nur mit dem rassistischen Begriff „Döner-Morde“ bezeichnet wird), den Sprengstoffanschlägen und den bewaffneten Banküberfällen gibt es im verteilten Flugblatt an keiner Stelle.

06. Mai 2013 Neonazis besuchen Prozessauftritt in München



Ein Altenburger Neonazi hatte die Szene in den letzten Tagen vor Prozessbeginn dazu aufgerufen, den Münchener Prozess zu besuchen. Dem folgten jedoch nur vereinzelte Anhänger, darunter der als Rechtsterrorist verurteilte [REDACTED] (Kameradschaft München) und M [REDACTED] der Bruder des angeklagten **André Eminger**. Zu Prozessbeginn stellten sich die beiden Neonazis in die Warteschlange und gelangten am frühen Nachmittag auch in den Saal. Das Auftreten auf der Besuchertribüne sorgte bei

Beobachter_innen und Prozessbeteiligten für Erstaunen, da ja für die Zukunft des Verfahrens nicht ausgeschlossen werden konnte, dass M. E. als Zeuge in Betracht käme.

08. Mai 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (II)

Am 8. Mai um 20.45 Uhr betrat ein schwarz gekleideter und vermummter Mann einen im Erdgeschoss gelegenen Gemeinschaftsraum des Wohnprojekts „Ligsalz8“ im Westend. Auf die dort versammelten Hausbewohner_innen warf er mit einigen Hühnereiern, dabei rutschte der Angreifer auf einem Teppich hinter der Tür aus und flüchtete anschließend. Auch an Fassade und Fenster sind, so stellen die Bewohner_innen fest, mehrere Eier geworfen worden.

10. Mai 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (III)

In der Nacht zum Freitag, den 10. Mai 2013, ritzen Unbekannte an der Geschäftsstelle des Bayerischen Flüchtlingsrats neonazistische Parolen in zwei Schaufenster. In eine Glasscheibe wurde „NS JETZT“ gekratzt, in eine andere „ANTI-ANTIFA“.

Der neonazistische Kameradschaftsdachverband „Freies Netz Süd“ (FNS) veröffentlicht am 18. Mai 2013 einen Artikel auf seiner von (Teising) verantworteten Homepage, in dem die Straftat verharmlost beziehungsweise gebilligt wird. Unter der Überschrift „Kunstfeindlicher Münchner Flüchtlingsrat in der Jammerspirale“ heißt es dabei unter anderem:

„Nur wenige Wochen nachdem die Geschäftsstelle des inländerfeindlichen Flüchtlingsrates in München mittels Steinschlag einen großflächigen Entlüftungsschlitz verpasst bekam (siehe: München: Linkes Büro entglast), jammern nun die antideutschen Geister auf ihrer Internetseite schon wieder über die Kreativität von unbekanntem Besuchern des linken Büros. Nach Eigenangaben der Asyl-Fetischisten prangen auf dem mittlerweile ersetzten Schaufenster seit dem 10. Mai 2013 künstlerisch gestaltete und offensichtlich mühevoll angebrachte Glasritzereien.“

12. Mai 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (IV)

Wieder wurde das linke Wohnprojekt „Ligsalz8“ im Westend attackiert. In der Nacht vom 11. auf den 12. Mai 2013 ritzen unbekannte Neonazis die Drohung „Anti-Antifa“ in eine Schaufensterscheibe im Erdgeschoss.

13. Mai 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (V)

Auf das Büro einer bekannten antirassistischen und antifaschistischen Anwaltskanzlei in der Goethestraße wird eine Fäkalattacke verübt. Mitarbeiter_innen finden am Montagvormittag den Eingang zu den Büroräumen massiv mit Kot und Urin beschmutzt vor.

Ein Zusammenhang mit der Serie neonazistischer Angriffe in München ist offensichtlich. Und auch bei diesem Anschlag ist ein Bezug zum Beginn des ersten NSU-Prozesses in München gegeben: Die Kanzlei vertritt Angehörige eines vom „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) erschossenen Mannes auf der Seite der Nebenkläger_innen.

15. Mai 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (VI)

Erneute Attacke gegen das Wohnprojekt „Ligsalz8“ im Münchner Westend: Am Mittwochvormittag um 5.20 Uhr schlugen unbekannte Täter_innen beide Schaufensterscheiben des im Erdgeschoss gelegenen Ladens ein.

16. Mai 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (VII)

Offenbar sollte im Rahmen der Serie von Attacken gegen linke Einrichtungen in München nun auch das „EineWeltHaus“ in der Schwanthalerstraße angegriffen werden. In der Nacht zu Donnerstag, 16. Mai 2013, standen um 1.30 Uhr zwei schwarz gekleidete, vermummte Personen im dunklen Innenhof und versuchten offensichtlich gerade, mit Farbsprühdosen loszulegen, als sie entdeckt wurden. Die beiden Unbekannten konnten verjagt werden, bevor sie einen Sachschaden anrichteten.

16. Mai 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (VIII)

Mindestens zwei vermummte Männer bewarfen am frühen Donnerstagmorgen um 2.10 Uhr das Wohnhaus „Ligsalz8“ mit Farbbeuteln. Die Täter, die von der gegenüberliegenden Straßenseite aus agieren, beschädigten dabei auch die benachbarten Häuser sowie drei geparkte PKW. An ihnen sowie an den getroffenen Hausfassaden entstand massiver Sachschaden.

Auch das Wohnprojekt Ligsalzstraße gehörte zu den Einrichtungen, die damals durch Artikel auf dem rechtspopulistischen Münchner Online-Portal „blu-news“ (jetzt metropolico) von [REDACTED] (München) mit einem abwertenden Artikel bedacht wurden. Am 27. November 2012 war auf „blu-news“ das Wohnprojekt mit Adresse und Detailbild der Fassade „geoutet“ worden.

Der neonazistische Kameradschaftsdachverband „Freies Netz Süd“ (FNS) veröffentlichte am 19. Mai 2013 erneut einen Artikel über die Attacken gegen das Wohnprojekt, in dem die massiven Straftaten verharmlost und gerechtfertigt werden. Auf der von [REDACTED] (Teising) verantworteten Homepage heißt es:

„München: Kostenlose Farbe und Eier für linkes Wohnprojekt“ und „In dem Projekt Ligsalzstraße 8 fanden in der Vergangenheit immer wieder linksextremistische Veranstaltungen statt, die für die Überfremdung Deutschlands warben und auch gegen die demokratisch gewählte Regierung des Irans hetzten.“

24. Mai 2013 Anschlagsserie gegen linke Projekte in München (IX)

Attacke gegen den „Kurt-Eisner-Verein“ (KEV) beziehungsweise die „Rosa Luxemburg Stiftung“ (RLS) Bayern: Am frühen Freitagmorgen um 3.05 Uhr zerstörte ein junger Mann, der sich mit einem schwarzen Kapuzenpulli etwas vermummt hat, vier Fensterscheiben der Büroräume in der Westendstraße mit einem Hammer oder ähnlichen Gegenstand. Der Täter flüchtete anschließend zu Fuß die Westendstraße entlang und bog die Holzapfelstraße in Richtung Schwanthalerstraße ein. Mit dem Anschlag auf den KEV setzten Neonazis ihre Anschlagsserie gegen linke Einrichtungen, Büros und Einzelpersonen in München fort.

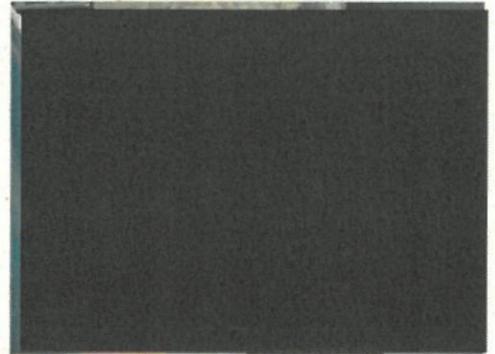


17. Juni 2013 BIA Antrag im Münchner Stadtrat

█ stellte unter dem Titel „Im Zweifel für die Angeklagten – die Stadt verzichtet auf voreilige ‚NSU‘-Erinnerungsorte“, erneut einen Antrag gegen die Einrichtung von Gedenkorten für die beiden Münchner NSU-Opfer.²² Er bezichtigte Medien und Politik der Vorverurteilung der Angeklagten und bezweifelte, dass die wahren Hintergründe jemals aufgedeckt werden können.

12. März 2014 BIA Kundgebung in Münchner Fußgängerzone

Im Rahmen des Kommunalwahlkampfes fand in der Münchner Fußgängerzone eine Kundgebung der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ München mit █ statt. Der erst im Februar aus der Haft entlassene Neonaziaktivist █ trat dabei, eine Deutschlandfahne in der Hand, mit einem T-Shirt mit dem Spruch „Freiheit für Wolle“ auf. Gemeint ist der mutmaßliche NSU Unterstützer Ralf Wohlleben.



03. März 2015 „Die Rechte“-Kundgebung vor OLG München

Anfang März 2015 organisierten █ und die neonazistische Partei „Die Rechte“ eine Kundgebung vor dem Strafjustizzentrum in der Nymphenburger Straße zum NSU-Prozess. Unter dem Motto „Schluss mit dem NSU-Schauprozess – Freiheit für Ralf Wohlleben“ forderten die etwa 10 Teilnehmenden, darunter █ (Mering), █ (Würzburg), █ (Nürnberg), █ (Rosenheim) und █ (München) die Freilassung des Angeklagten. Außerdem war auf einem Transparent „Freiheit für die politischen Gefangenen in der BRD“ zu lesen. Allerdings fand an diesem Tag wegen einer Erkrankung Zschäpes keine Verhandlung statt.

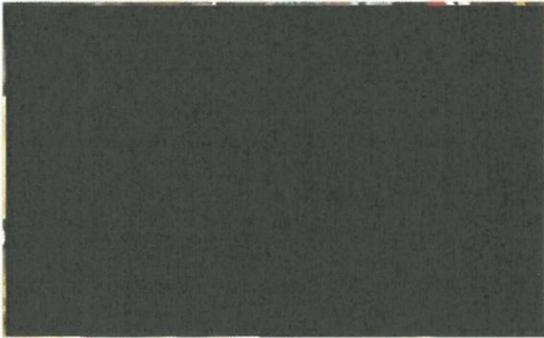
█ bezeichnete in einer Rede den Prozess als „Show“, die Angeklagten Ralf „Wolle“ Wohlleben, Beate Zschäpe und André Eminger als „Aufrechte, die sich nicht von Willkür und Repression beeindrucken ließen“. Außerdem verkündete er:

„Wir sind unangepasst, haben große Ziele und Idealismus und wir sagen: der Tag wird kommen, an dem abgerechnet wird. Nicht nur hier in der NSU-Show (...). Wir von der Partei „Die Rechte“ und wir als der deutsche Widerstand, werden nicht zulassen, wie die etablierten Volksverräter sich an der deutschen Rasse versündigen.“

Ein Transkript der vollständigen Rede befindet sich im Anhang 2.

22 (zuletzt eingesehen am 18.11.2016)

01. Juni 2015 „PEGIDA-München“ Demonstration durch München



Zwar gab es aufgrund einer juristischen Auseinandersetzung mit der Stadt München 2016 eine knapp zweimonatige Pause. Doch im Großen und Ganzen marschiert PEGIDA-München (ehemals BAGIDA) seit dem 12. Januar 2015 jeden Montag durch München. Am 1. Juni 2015 nahm nicht zum ersten Mal der verurteilte Rechtsterrorist [REDACTED] [REDACTED] (aus der Wiese-Gruppe) an dieser Demonstration teil. Er trug dabei ein T-Shirt mit der Parole „Freiheit für Wolle“, also Ralf Wohlleben.

Abschnitt C.

Behördliche Reaktionen auf Straftaten und sonstige Aktivitäten der rechten Szene

Vorbemerkung

Der behördliche Umgang mit der extremen Rechten, ihren Aktivitäten und Straftaten war im Freistaat Bayern einerseits lange Zeit von Verharmlosung, Nichtbeachtung und Nichtverfolgung gekennzeichnet, unabhängig von Verboten einzelner Organisationen zwischen Anfang der 1990er und 2000er Jahre. Andererseits waren vom Landesamt für Verfassungsschutz geführte, sogenannte V-Leute aus der Szene führend und aktiv handelnd in den extrem rechten Strukturen tätig gewesen, ja haben diese zum Teil mit aufgebaut (██████████) und die Beschaffung von Waffen unterstützt (██████████).

Für Betroffene extrem rechter, rassistischer Gewalt und Diskriminierung gibt es erst seit wenigen Jahren professionelle, staatlich unabhängige Institutionen, an die sie sich wenden können. Davor waren sie auf sich allein gestellt und/oder mussten auf das solidarische Handeln anderer hoffen.

Auf Landesebene ist dies der Verein „Beratung. Unterstützung und Dokumentation für Opfer rechtsextremer Gewalt“ (B.U.D. e.V.). B.U.D. existiert seit 2009 als Anlaufstelle für Betroffene, *„die mit minimaler finanzieller Ausstattung im Rahmen verschiedener Bundesprogramme arbeiten.“* B.U.D. war bis Mitte 2015 angebunden an die „Landeskoordinierungsstelle Demokratie leben! Bayern gegen Rechtsextremismus“, deren Trägerschaft der bayerische Jugendring innehat. Im Mai 2015 konstituierte sich B.U.D. schließlich als Verein, um inhaltlich und strukturell unabhängig für Betroffene da zu sein und *„sich für eine kritische Berichterstattung über die tatsächlichen Ausmaße rechter Gewalt in Bayern“* einzusetzen. Nach eigenen Angaben verfügte B.U.D. 2016 über ein Jahresbudget von 70.000€ aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit.“ Zwei 450-Euro- Kräfte kümmern sich um die Telefon-Hotline und koordinieren den Einsatz der auf Honorarbasis tätigen Berater_innen.

In der Landeshauptstadt München hat im März 2016 der Verein „BEFORE“ seine Arbeit aufgenommen. *„BEFORE ist eine Beratungsstelle für Betroffene von rechter und rassistischer Gewalt und Diskriminierung in München.“* Sie unterstützt Betroffene, deren soziales Umfeld sowie Personen, die Vorfälle bezeugen können. Schon im Frühjahr 2014 stellte der Münchner Stadtrat fest, *„dass es im Großraum München ein Defizit im Hinblick auf die Beratung von Opfern rechtsextremer und rassistisch motivierter Gewalt gibt.“* Der Verein „BEFORE“ soll nun diese Lücke schließen. Er ist ausdrücklich außerhalb der Verwaltung angesiedelt und Teil des kommunalen Fachnetzwerkes „Gegen Rechtsextremismus, Rassismus, religiöse Radikalisierung und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in München“. Der Verein wird städtisch gefördert und beschäftigt in Teilzeit vier Berater_innen und eine Verwaltungskraft. BEFORE ist Mitglied im bundesweiten „Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ (VBRG).

Neben dem staatlichen Aussteigerprogramm der „Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus“ von LKA und LfV, gibt es erst seit wenigen Jahren auch eine nichtstaatliche unabhängige Struktur für aussteigewillige Personen aus der extrem rechten Szene. 2011 gründete ein ehemaliger Neonaziaktivist mit anderen den „Verein zur Bewältigung neonazistischen Gedankenguts und zur Förderung einer toleranten Gesellschaft – Aussteigerhilfe Bayern e.V.“ 2012 ging der Verein an die Öffentlichkeit und nahm seine Arbeit auf. Da diese Tätigkeiten überwiegend ehrenamtlich geleistet wurden, kam der Verein schnell an seine Kapazitätsgrenzen. Seit 2015 ist die

„Aussteigerhilfe Bayern“ nun unter dem Dach der Berliner Institution „EXIT-Deutschland“ organisiert, hat aber ihre regionale Eigenständigkeit nicht verloren.

Auch unabhängige Recherche- und Informationsarbeit, wie die von a.i.d.a., hat es schwer im Freistaat. Von 2009 an versuchte das bayerische Landesamt für Verfassungsschutz die Arbeit und die Aktiven des Vereins durch den Vorwurf der „linksextremistischen“ Betätigung in Misskredit zu bringen. Dazu kam die Aberkennung der Gemeinnützigkeit und die Aufnahme von a.i.d.a. in den bayerischen Verfassungsschutzbericht. Es folgte aber auch eine Welle der Solidarität und Unterstützung durch politische und gesellschaftliche Kreise. Die dreieinhalb-jährige juristische Auseinandersetzung mit dem Freistaat Bayern endete 2012 in einem außergerichtlichen Vergleich und mit der vollen Rehabilitierung von a.i.d.a. Der Freistaat Bayern musste die VS-Berichte mehrerer Jahre schwärzen. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA) wird dagegen weiterhin im Bericht aufgeführt.

Während es also zivilgesellschaftliche Projekte mit Informationsangeboten, Angeboten für Betroffene und Angehörige von Opfern rechter Gewalt und rassistischer Diskriminierung oder für potentielle Aussteiger_innen aus der rechten Szene in Bayern schwer haben, wurde der Polizei- und Geheimdienstapparat nicht erst seit November 2011 massiv ausgeweitet. Im Folgenden soll es um das seit 2009 existierende sogenannte „Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus“, das im August 2016 in Kraft getretene neue Bayerische Verfassungsschutzgesetz, aber auch um den Umgang von Mitgliedern der bayerischen Staatsregierung und der CSU mit wissenschaftlicher Forschung gehen. Die Beiträge geben auch Aufschluss darüber in welcher Weise in Bayern Konsequenzen aus „den Geschehnissen um den NSU“ gezogen wurden.

Das Wirken von verdeckten Ermittlern und V-Leuten in der und für die bayerische Neonaziszene

Beispiel 1: [REDACTED]

In den 1990er Jahren wurde [REDACTED] seit 1987 Mitarbeiter des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, zu einem der einflussreichsten Neonazis in Süddeutschland.

Der 1964 in Berlin geborene [REDACTED] zog 1987 aus privaten Gründen ins oberfränkische Markrodach-Oberrodach. In Berlin soll er für den dortigen Verfassungsschutz die linke Szene ausgespäht haben. Die dortige Behörde übergab ihren Mann nun ordnungsgemäß an die bayerischen Kolleg_innen. Wegen seiner „nationalen Einstellung“ zogen es diese vor, den Spitzel zukünftig in der rechten Szene einzusetzen. Bei [REDACTED] dürfte es sich also nicht um einen klassischen „V-Mann“, sondern um eine Art „verdeckten Ermittler“ („VE“) des Verfassungsschutzes handeln. Der erste Weg führte den Agenten in die „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) [REDACTED] [REDACTED] die sich als „Arm der nationalsozialistischen Bewegung der neuen Generation in der Tradition der SA“ verstand. Bei öffentlichen oder internen Veranstaltungen der militanten Neonaziszene hatte er meistens seine Videokamera dabei und machte Aufnahmen, was ihn schnell zu einer bundesweit bekannten Figur machte. 1989 und 1990 gehörte [REDACTED] schon zum Vorbereitungskreis der ersten Rudolf-Heß-Gedenkmärsche in Wunsiedel.

Auch am Rande linker Demonstrationen tauchte [REDACTED] mit seiner Kamera auf und übernahm 1990 die Leitung des „Antikommunistischen Aktionsbündnisses“ (ANTIKO) in den Kreisen der GdNF. Die von [REDACTED] und Co. propagierte Anti-Antifa-Kampagne sollte politische Gegner_innen bekämpfen und zugleich die eigene, zersplitterte Szene einigen. Hinter den Kulissen sorgte [REDACTED] tatkräftig dafür, die Anti-Antifa-Aktivitäten der Neonazis auf ein neues Level zu heben: Der Geheimdienstler schleuste in Nürnberg eine „Nationale Block“-Aktivistin ins Umfeld des antifaschistischen Archivs Abidoz ein. [REDACTED] und anderen half er, zum Jahreswechsel 1992/1993 die

40seitige Broschüre „Der Einblick“ zu veröffentlichen. Unter dem Titel „Organisiert die Anti-Antifa“ listeten sie 250 Antifaschist_innen und linke Einrichtungen auf, um diesen, so hieß es im Vorwort, „unruhige Nächte [zu] bescheren“. Die Herausgeber_innen des antifaschistischen Standardwerks „Drahtzieher im braunen Netz“ brachten die furchtbaren Konsequenzen der „Anti-Antifa-Kampagne“ in ihrem Buch 1996 auf den Punkt: „Gezielte Jagden und Mordversuche an aktiven Antifaschist_innen gehören in einigen Regionen bereits zum Alltag“.

Das „Einblick“-Strafverfahren wurde bei [REDACTED] im Gegensatz zu den anderen Beschuldigten, eingestellt. Dabei speiste er Anti-Antifa-Artikel und Fotos politischer Gegner_innen längst auch in das neonazistische „Thule-Netz“ ein. In dem von 1993 bis 1999 bestehenden Computernetzwerk, mit dem die Führungskader der bundesweiten Neonaziszene verschlüsselt kommunizieren konnten, war [REDACTED] eine zentrale Figur. Über seine Thule-Mailbox „Kraftwerk BBS“, die er unter dem Pseudonym „Undertaker“ betrieb, schlug er militante Töne an, verbreitete Texte der IRA und rechtfertigte die Morde des Neonazis [REDACTED] an Polizeibeamten. O-Ton [REDACTED] „Das hätten sich die Schreibtischtäter mit Sicherheit nicht träumen lassen, wie manche Kameraden auf Verbote reagieren können. Daß da Kameraden mal die Sicherung durchbrennt, ist verständlich und von meiner Seite nachvollziehbar (...) Wie sagte Kamerad Christian Worch vor ein paar Jahren sinngemäß: Sie werden uns auf Knien bitten, daß wir die Kameraden wieder zurückpfeifen, damit es nicht weitere Tote geben wird.“

Die antifaschistische Infozeitung „Rabat“ aus Bayern berichtete 1995 ausführlich über die Aktivitäten [REDACTED] bei der GdNF. Ihr Ziel ist der Wiederaufbau NSDAP-ähnlicher Organisationen. Lokal beteiligte sich [REDACTED] im „Frankenrat“, dem Führungsgremium des 1990 gegründeten „Deutschen Freundeskreis Franken“ (DFF). Prompt gründete sich im DFF eine „Anti-Antifa Franken“. Zusammen mit [REDACTED] (Kronach) und [REDACTED] (damals: Amorbach) startete [REDACTED] beim DFF 1993 das Zeitungsprojekt „Junges Franken“, das durch die Kooperation mit der neonazistischen „Berlin-Brandenburger Zeitung“ ab 1994 zu einer der ambitioniertesten Publikationen der Szene avancierte.

Ein Schwerpunkt der professionell gemachten Zeitung war wieder die Anti-Antifa-Arbeit. „Das Komm zerschlagen – Rotfront verjagen“ hieß es beispielsweise auf dem Titel der zweiten Ausgabe, auf der nächsten Seite wurde dazu aufgerufen, dem „ausländerfreundlichsten Mitbürger Frankens“ - in dieser Rubrik wurden Antifaschist_innen namentlich aufgelistet – „eine entsprechende Belohnung“ zukommen zu lassen. Auch die von [REDACTED] bereitgestellte Infrastruktur – in Steinwiesen betrieb er ein „Computer-Grafik-Design-Studio“, in Weissenbrunn die „Sicherheitsfirma“ „Secuguard“ - nutzte der Neonaziszene. Im Jahr 2000 fiel [REDACTED] noch einmal mit einem martialischen Projekt auf: unter dem Pseudonym [REDACTED] gab er das Buch „Personenschutz unter Vollbewaffnung“ heraus.

Bei der (verbotenen) „Nationalen Sammlung“ (NS) brachte es [REDACTED] bis zum "Gauführer Franken" (ein Verfahren gegen [REDACTED] deswegen stellte die Staatsanwaltschaft München ein) und auch beim (verbotenen) „Nationalen Block“ (NB) war er zeitweise mit dabei. [REDACTED] nahm für die Kameradschaften in Nordbayern und Südthüringen gleichermaßen eine führende Stellung ein. Der Abschlussbericht der Thüringer „Schäfer-Kommission“ bestätigt das, genauso wie die Aussage **Tino Brandts** im NSU-Prozess: „Das war in Bayern unsere Führungskraft“. Zwei Beispiele belegen das anschaulich: 1995 führte [REDACTED] den neonazistischen „3. Hans Münstermann-Gedenkmarsch“ im Februar im fränkischen Aschaffenburg an, im Mai war er dann Koordinator des neonazistischen „Sandro Weilkes-Trauermarsches“ der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) im thüringischen Neuhaus.

1996 zählte [REDACTED] der längst bundesweit zu den einflussreichsten Neonazis gehörte, zu den Hauptinitiatoren des konspirativ vorbereiteten „Rudolf Heß-Gedenkmarsches“ in Worms, bei dem unter anderem **Uwe Mundlos**, **Uwe Böhnhardt** und **Beate Zschäpe** teilnahmen. 1997 war [REDACTED] führend auf dem Neonaziaufmarsch gegen die sogenannte „Wehrmachtsausstellung“ in München tätig, zu dem auch Uwe **Mundlos** und Co. anreisten. [REDACTED] nahm an den Stammtischen des

„Thüringer Heimatschutzes“ in der Gaststätte „Goldener Löwe“ (Rudolstadt) und an den sonstigen THS-Veranstaltungen teil. Sein terroristisches Umfeld reichte schließlich bis zum NSU. Die Staatsanwaltschaft Gera ermittelte von 1995-1997 gegen ihn und Brandt wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“, das Verfahren wurde aber „mit Hinblick auf die V-Mann-Tätigkeit [REDACTED]“ eingestellt, wie es im bayerischen NSU-Untersuchungsausschuss hieß. Ein Hinweis auf ein enges Verhältnis [REDACTED] zu Mundlos ist schriftlich erhalten: in den 1998 beim Abtauchen von Mundlos hinterlassenen Telefonlisten ist [REDACTED] als „[REDACTED] D.“ einmal handschriftlich und einmal maschinenschriftlich eingetragen.

Ob den Neonazistrukturen der 1990er Jahre auch ohne die Hilfe beziehungsweise ohne das Geld der Verfassungsschutzmitarbeiter und V-Personen der Sprung zur Neonazibewegung in den 2000er Jahren gelungen wäre? [REDACTED] soll dem Vernehmen nach mindestens 150 000 Euro für seine Tätigkeit bekommen haben. Was hat er der Behörde über die Radikalisierung und die Zellenbildungsdiskussionen im „Thüringer Heimatschutz“ berichtet? Wie viele Antifaschist_innen hat er in Lebensgefahr gebracht? Wie viele Menschen hat er zu gewalttätigen Aktionen aufgestachelt? Die von ihm initiierte terroristische Anti-Antifa-Arbeit hat die Aktivitäten der bayerischen Neonazis jedenfalls bis heute nachhaltig geprägt.

Beispiel 2 [REDACTED]

Im Sommer 2012 machten Journalist_innen [REDACTED] in einer kleinen Gemeinde auf der Schwäbischen Alb ausfindig. An seiner Haustür ließ sich der ehemalige Geheimdienstler verleugnen, ein Interview lehnte er ab. Dann schickte er jedoch kommentarlos eine E-Mail, die anstatt eigenen Aussagen einen Text von „Saint Loup“ enthielt. Unter diesem Alias schrieb der französische Literat [REDACTED] heute noch eine Lichtgestalt für den „Front National“ (FN), über seine Verherrlichung des Nationalsozialismus und seine Kollaboration mit dem NS, über den Kampf gegen den Bolschewismus und über seinen Mut als Abenteurer. Ein Hinweis auf ideologische oder biografische Parallelen des bayerischen VS-Mitarbeiters?

Fünfzehn Jahre zuvor war der 1969 in Nantes geborene [REDACTED] Verantwortlicher der „Parti Nationaliste Français et Européen“ (PNFE) in der Pariser Region Ile de France. Die PNFE war 1987 aus einer Polizeigewerkschaft heraus gegründet worden und galt als der terroristischste Teil des französischen Neofaschismus. Ihre Mitglieder verübten Bombenattentate, unter anderem auf ein Café in Paris sowie auf die Büros von Migrant_innenorganisationen in Cannes und Cagnes-sur-Mer. Nach den wenigen bisher bekannten Informationen hat sich [REDACTED] dafür nie vor Gericht verantworten müssen. 1998 trat [REDACTED] der neofaschistischen „Unité Radicale“ (UR) bei, nach eigenen Angaben soll er zudem auch der Sektion „Charlemagne“ der „Hammerskin Nation“ angehört haben.

Danach wurde [REDACTED] in Bayern aktiv, wo er schon im Oktober 1997 als Vertreter der französischen „Cercles Résistance“ („Widerstandskreise“) auf dem „4. Europäischen Kongress der Jugend“ der Jungen Nationaldemokraten (JN) in Furth im Wald aufgetreten war. Der Fachjournalist Alfred Schobert entdeckte die aufputschende Rede [REDACTED] später in der Zeitschrift „résistance“ der französischen „Front Européen de Liberation“ (FEL) („Europäische Befreiungsfront“). [REDACTED] beschwor demnach die Versammelten: „Wir müssen fanatisch und kompromisslos sein. Die nationalistische Revolution vorzubereiten, ist keine vergnügliche Zerstreuung, sondern eine Notwendigkeit. Viele Reden (...) doch sehr wenige Taten (...) Es gilt, das System zu zerstören, bevor es uns total zerstört hat (...) Handeln wir!“ [REDACTED] nahm 1998 am „Tag des Nationalen Widerstandes“ der NPD in Passau teil und zog auf das Gelände des ehemaligen „Wehrsportgruppe Hoffmann“-Funktionärs [REDACTED] in Sinning. Dort hatten sich nicht nur der „Deutsche Stimme“-Verlag der NPD, sondern u. a. auch der NPD/JN-Kader [REDACTED] und Anti-Antifa-Aktivist [REDACTED] niedergelassen. Im Jahr 2002 will es [REDACTED] (der definitiv schon vor diesem Zeitpunkt für den bayerischen Verfassungsschutz arbeitete) gelungen sein, mit dem Neonazikader [REDACTED] und

dessen Frau Bekanntschaft zu schließen. So erlangte er schließlich das Vertrauen des in München agierenden Neonazis [REDACTED]

Von Augsburg aus engagierte [REDACTED] sich in dessen „Kameradschaft Süd“ und in der konspirativen „Schutzgruppe“, die militant für ein nationalsozialistisches System kämpfen wollte. [REDACTED], so der von [REDACTED] für ihn vergebene Deckname, brachte den Neonazis in München das Observieren politischer Gegner_innen bei, empfahl einen Einbruch in den linken „Infoladen“ in der Breisacherstraße, wollte eine junge Neonazistin in Antifa-Gruppen einschleusen und soll auch eine Adressliste linker Aktivist_innen an die Neonazis übergeben haben. Während eines Neonazi-Zeltlagers im Frühjahr 2003 in Garmisch-Partenkirchen legte er den Versammelten ein Selbstmordattentat auf dem vollbelebten Münchner Marienplatz nahe („Bumm! 2000 Tote“). Im April 2003 fuhr [REDACTED] mit seinem Opel Astra die Neonazis [REDACTED] und [REDACTED] nach Güstrow. Beim neonazistischen Waffenhändler [REDACTED] erwarben die Neonazis sechs Pistolen mit Munition. Erst ein halbes Jahr später (!) kam es deswegen zu Durchsuchungen, doch die Waffen konnten bis heute nicht aufgefunden werden.

In seinen späteren Aussagen bei der Polizei und vor Gericht entlastete [REDACTED] dann die Neonazis auffallend: von Anschlagplänen, zum Beispiel auf die Grundsteinlegung für das neue jüdische Gemeindezentrum am 9. November 2003, wisse er nichts. Der Anwaltin [REDACTED] bot [REDACTED] Mittun die Gelegenheit, ihren Mandanten zu verharmlosen, der Agent sei ihm „Inspiration“ und „zweites Gehirn“ gewesen. [REDACTED] versuchte dagegen den Eindruck zu erwecken, der Verfassungsschutz hätte über ihn die Gefahren der militanten Neonaziszene jederzeit sicher kontrollieren können. In der ARD-Sendung „Report“ trat der damalige bayerische Innenminister Günther Beckstein 2004 Zweifeln entgegen: Ein „V-Mann“ habe nicht die „ethische Klarheit“, „die ich von einem Kardinal oder einem Bischof erwarte, sondern er ist jemand, der in der Szene mitschwimmt“.

Heute führt der bayerische Verfassungsschutz den Einsatz [REDACTED] regelmäßig in der Öffentlichkeit als Beispiel einer „erfolgreichen“ Operation an. Trotz des offensichtlichen Einschleusens hat nie jemand hinterfragt, ob [REDACTED] wirklich ein „V-Mann“ war, also ein Faschist, der teilweise Infos an die Behörden verriet. Vieles deutet darauf hin, dass der ehemalige Fallschirmjäger der französischen Armee, der sein Geld „offiziell“ vom bayerischen Landesamt für Denkmalpflege bekommen haben soll, stattdessen ein Geheimdienstprofi gewesen ist. Der bayerische Verfassungsschutz hätte in diesem Fall aktiv mitgeholfen, die süddeutsche Neonaziszene mit scharfen Pistolen zu bewaffnen.

Beispiel 3: Polizei betrieb Dönerimbisse selbst

Im Rahmen der Ermittlungen in der Ceska-Mordserie betrieb die bayerische Polizei über Vertrauenspersonen in München und Nürnberg für 20 Monate jeweils einen Dönerimbiss. Auf diese Art sollten „die Geschäftspraktiken unter den bei uns lebenden türkischen Staatsangehörigen“ durchschaubar und damit „Verhaltensmuster verständlicher“ werden. Zudem würden „Zwänge/Abhängigkeiten innerhalb der Ethnie“ erkennbar werden. Der einzige sinnvolle Hinweis, den die Aktion erbracht hat, war ein massiver rassistischer Verbalangriff: Auf ein am Dönerstand – es war ja eine Polizeiimmobilie – angebrachtes Fahndungsplakat zur Mordserie zeigte ein Rassist und sagte: „Wenn man die Türken nicht so vertreiben kann, dann müssen sie halt so heimgeschickt werden!“. Aus diesem Vorfall – und dem damit verbundenen klaren Hinweis auf eine rassistische Aggression – folgte jedoch nichts.

Rechter Terror und der bayerische Verfassungsschutz

Im Bericht des Bayerischen Verfassungsschutzes für das Jahr 1999, das Jahr des „Taschenlampen-Attentats“ des NSU in Nürnberg, stand: „Rechtsterroristische Strukturen“ seien „nicht bekannt geworden“ und „eine Strategiedebatte über eine gewaltsame Beseitigung des politischen und gesellschaftlichen Systems in Deutschland“ fände von rechts „derzeit nicht statt“.

Dabei ballte sich gerade um die Jahre 1998 bis 2000 das terroristische Vorgehen der deutschen Neonazis deutlich: Sprengstoffanschläge gab es unter anderem auf das Grab von ██████████ in Berlin, auf die in Saarbrücken gezeigte „Wehrmachtsausstellung“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung oder auf Jüd_innen und Muslime an der S-Bahn in Düsseldorf-Wehrhahn. Am 14. Juni 2000 erschoss der Neonaz ██████████ in Dortmund und Waltrup drei Polizeibeamt_innen.

Im Nazi-Fanzine Hamburger Sturm erschien ein „Interview aus dem Untergrund“ mit selbsternannten National-revolutionären Zellen: „Wir glauben nicht, wir handeln (...) Du kannst aus dem Untergrund besser und flexibler arbeiten“.

Im September 2000 erschossen **Uwe Mundlos** und **Uwe Böhnhardt** in Nürnberg den Blumenhändler Enver Şimşek. Ein halbes Jahr später stand im bayerischen Verfassungsschutzbericht wie im Vorjahr: „Rechtsterroristische Strukturen sind in Bayern nicht bekannt geworden“.

Zum Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus

Das im Januar 2009 beschlossene Bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus stammt noch aus der Zeit vor der Selbstenttarnung des NSU. Auch wenn es in letzter Zeit Debatten um eine Erneuerung des Handlungskonzepts gab und der Innenausschuss des bayerischen Landtags jüngst eine Expert_innenanhörung zur Begutachtung des Handlungskonzepts durchführte, ist das Handlungskonzept auch heute, mehr als fünf Jahre nach dem Bekanntwerden des NSU, der institutionellen Verwicklung und dem fundamentalen Staatsversagen, noch Richtlinie staatlichen Handelns gegen rechts in Bayern.

In grundlegenden Punkten ignoriert das Handlungskonzept den Stand sozialwissenschaftlicher Forschung und Theorie zur extremen Rechten, zur Dynamik politischer Bewegungen und zu Ideologien der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit. Auch auf den reichen Erfahrungsschatz zivilgesellschaftlicher Initiativen, Forschungseinrichtungen und Archive greift das Handlungskonzept nicht zurück – im Gegenteil: durch die einseitige Ausrichtung auf die Logik von Repressions- und Geheimdienstapparaten erscheinen bisweilen, gleichermaßen wie die extreme Rechte, Erscheinungsformen zivilgesellschaftlichen Gegenprotests als „Problem“. Implizite theoretische Grundlage des Handlungskonzepts bildet die sogenannte Extremismustheorie, die, in ihrer Gleichsetzung von „Links-, Rechts- und Ausländerextremismus sowie Islamismus, sozialwissenschaftlich als unwissenschaftlich gilt und eine qualitative Erfassung rechter Einstellungen und Gewalt aus strukturellen Gründen nicht zu leisten vermag“ (vgl. Salzborn 2014: 16).

In den einleitenden Bemerkungen zum Handlungskonzept wird politischer Extremismus, ohne Rekurs auf wissenschaftliche und öffentliche Debatten zum Thema, bestimmt als:

„eine gesteigerte Form des Radikalismus [...], der fundamentale Veränderungen an unserer Gesellschaftsordnung anstrebt und dabei die Grenzen des demokratischen Rechtsstaats in Frage stellt oder überschreitet.“ (Bayerisches Staatsministerium des Innern 2009: 6)

Die Definition verbindet ein ideologisches mit einem strafrechtlichen Moment, wobei gerade die „In-Frage-Stellung der Grenzen des demokratischen Rechtsstaats“ – anders als ihr Überschreiten – eine überaus deutungsoffene Kategorie darstellt. Problematischer hingegen wird diese Definition in Bezug auf die Ideologie. Gesellschaft kann – fernab unmittelbarer Wirkungen zielgerichteter politischer Handlungen – nur dynamisch verstanden werden, das heißt, Gesellschaft ist im stetigen Wandel begriffen, auf lange Sicht auch in ihren fundamentalen Strukturen. Fundamentale Veränderungen gesellschaftlicher Ordnung sind somit Dynamiken von Gesellschaft selbst. Ihre bloße Befürwortung oder Ablehnung kann somit, in der vorliegenden, rein äußerlichen Beschreibung, kein Kriterium

„extremer“ und damit, dieser Logik zufolge, abzulehnender politischer Einstellungen sein. Sie setzt eine Stabilitätsfiktion in Bezug auf gesellschaftliche Ordnung voraus, die an der gesellschaftlichen Wirklichkeit scheitert. Eine Auseinandersetzung mit politischen Bewegungen – und dies gilt umso mehr in Bezug auf solche, die auf Ideologien der Ungleichheit/Ungleichwertigkeit gründen oder sich auf diese beziehen, – muss daher ein qualitatives Moment ins Zentrum der Analyse aufnehmen. Rechte Einstellungen gründen auf der Annahme einer fundamentalen Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschen. Rassismus, Sexismus, Abwertung von Menschen mit Behinderungen, Homosexuellen, Transgender und vielen anderen sind davon Ausdruck. Damit stehen sie den Menschenrechten und der Gleichheit aller Menschen als unverzichtbare Grundlage demokratischer Gemeinwesen entgegen. (Radikal) Linke Einstellungen, die – auch im Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus – gleichrangig als extremistisch betrachtet werden, gründen hingegen auf der fundamentalen Annahme von Gleichheit und Gleichwertigkeit. Die Gleichsetzung mit anderen „Extremismen“ kann demnach nur gelingen, wenn zugunsten eines leeren Schematismus auf eine inhaltliche Analyse des Phänomens verzichtet wird.

Die einleitende Bestimmung von „Extremismus“ im Handlungskonzept beinhaltet weiterhin die Annahme, das In-Frage-Stellen und Überschreiten der „Grenzen des demokratischen Rechtsstaats“ sei zu verstehen als Angriff auf die freiheitlich demokratische Grundordnung des Grundgesetzes. Diese ist dabei bestimmt als „Ordnung, die unter Ausschluss jeglicher Gewalt- und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit“ (BStMI 2009: 6)

Aus dem extremismustheoretischen Bezug auf die FDGO entstehen theoretische und praktische Schwierigkeiten, die sich im Rahmen der Extremismustheorie weder lösen noch bewältigen lassen. Das vorliegende demokratietheoretische Problem besteht darin, dass Grundsätze der FDGO miteinander in Konflikt geraten. Konkret ist dies dahingehend der Fall, dass – so legt es die politische Einstellungsforschung nahe (vgl. etwa: Brähler/Decker 2016: 133; Klein/Zick 2014: 42f.) – erhebliche Teile der deutschen Bevölkerung Einstellungen vertreten, die Gleichheitsgebot und Ausschluss von Gewalt und Willkürherrschaft in Zweifel ziehen und bedrohen. Dabei handelt es sich nicht – wie die Extremismustheorie aus innerer Notwendigkeit annehmen muss – um kleine radikale Ränder, sondern bisweilen um weite Teile der Bevölkerung. In eng begrenzten lokalen Kontexten können sie real den Willen der Mehrheit bilden, auf jeden Fall aber die politische Mehrheitsbildung maßgeblich beeinflussen. Die extremismustheoretische Reaktion auf dieses fundamentale demokratietheoretische Problem besteht im Bayerischen Handlungskonzept, wie in anderen thematischen Publikationen bayerischer Behörden (etwa der Verfassungsschutzberichte), darin, die gesellschaftliche Relevanz von Ideologien der Ungleichheit/Ungleichwertigkeit zu marginalisieren. Die polemische Haltung gegenüber zeitgenössischer Vorurteilsforschung ist Ausdruck dieser Tendenz. Stattdessen wäre es geboten, sich vom dogmatischen Schematismus der Extremismustheorie zu verabschieden und auf zeitgemäße sozialwissenschaftliche Forschung und auf zivilgesellschaftliche Expertise vorurteilsfrei zurückzugreifen. Denn nur eine scharfe Analyse der Verbreitung rechter Einstellungen, Ideologien und Bewegungen kann zu ihrer Bekämpfung und zur Stärkung eines demokratischen Gemeinwesens beitragen.

Das „konsequente Eintreten gegen Extremismus aller Art hat in Bayern eine lange Tradition“ (6) schreiben die Autor_innen des Handlungskonzepts zum Ende der Einleitung. „[S]eit vielen Jahren“ würde „den vom Rechtsextremismus ausgehenden Gefahren erfolgreich begegnet“ (6). Auch wenn sich in Bayern, das in seiner Geschichte wie keine zweite Region Deutschlands mit dem Aufkommen des historischen Nationalsozialismus verbunden ist, seit langem viele Menschen gegen rechte Ideologien und Gewalt engagieren: eine uneingeschränkte Erfolgsgeschichte lässt sich nicht erzählen. Fünf der NSU-Morde fanden in Bayern statt. (Angesichts der aktuellen Wende im Mordfall Peggy könnte noch die Beteiligung oder Verbindung zu einem sechsten Fall in Bayern hinzukommen.) Doch auch vor dem Bekanntwerden des NSU im November 2011 waren die tödlichen Gefahren durch neonazistische Gruppen und Bewegungen hinlänglich bekannt. Am 26. September 1980 kamen durch

einen Bombenanschlag am Haupteingang des Münchner Oktoberfests 13 Menschen, unter ihnen auch ein Täter, ums Leben. Dieser Täter war Mitglied der neonazistischen Wehrsportgruppe Hoffmann. Die Ermittlungsbehörden versteiften sich – nachdem die Anfangsthese, es handle sich um einen Anschlag einer linken Gruppe, sich als offensichtlich falsch herausgestellt hatte – auf die These eines Einzeltäters, der aus persönlichen, nicht aus politischen Motiven gemordet hätte. Verbindungen in die Neonaziszene und mögliche rechte Mittäter wurden seitens der Ermittlungsbehörden nicht recherchiert, die Stimmen der Überlebenden, die zum Teil bis heute an den Tatfolgen leiden, wurden über Jahrzehnte ignoriert. Der Anschlag ist bis heute der schwerste Terroranschlag in der Geschichte Nachkriegsdeutschlands. Bereits damals versagten die bayerischen Behörden bei Aufklärung und Strafverfolgung. Auch die Gruppe um [REDACTED] und [REDACTED] V-Mann des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, die 2003 einen Sprengstoffanschlag auf die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums in München plante, und eine lange Reihe neonazistischer und rassistischer Morde in Bayern, lassen Einschätzungen eines erfolgreichen staatlichen Handelns gegen rechts, selbst vor dem Hintergrund der Erkenntnislage im Jahr 2009, als grundfalsch und beinahe zynisch erscheinen.

Das Handlungskonzept nimmt eine Einteilung der rechten Szene in vier Submilieus vor: 'Rechtsextremistische Skinheads', 'Neonazis', 'Autonome Nationalisten' und die 'NPD'. Diese Einschätzung war bereits zum Zeitpunkt der Ausarbeitung des Handlungskonzepts unterkomplex. Neurechte Zusammenhänge, verschwörungstheoretische Szenen, das Übergangsfeld zwischen Konservatismus und Neonazismus und eine extrem rechte Publizistik spielen keine Rolle. Rückblickend lässt sich allerdings zeigen, dass gerade diese Milieus und Subströmungen zur Verbreiterung (extrem) rechter Bewegungen in den letzten Jahren stark beigetragen haben. Die Auswahl macht deutlich, dass die extreme Rechte nicht als gesellschaftspolitisches Problem erscheint, sondern vor allem als Problem von Delinquenz und Kriminalität in den Blick genommen wird. Die zeitgenössische Forschung und zivilgesellschaftliche Beobachtungsstellen haben bereits damals auf die Vielschichtigkeit der extremen Rechten hingewiesen. Eine Einteilung extremer rechter Strömungen, Milieus und Bewegungen müsste deren Komplexität Rechnung tragen. Das Aufkommen und Verbreitern des publizistischen Rechtsextremismus (der Bedeutungsgewinn des Compact-Magazins, des Blogs PI-News und sozialer Netzwerke), das Aufkommen von AfD, Pegida und Identitärer Bewegung als rechter Sammelbecken mit neonazistischer Beteiligung und Einflussnahme und die Zunahme rechter/rassistischer Gewaltbereitschaft und -anwendung durch Personen ohne klassische extrem rechte politische Sozialisationen, müsste berücksichtigt werden. Dies ist im aktuellen Handlungskonzept an keiner Stelle auch nur angelegt. Eine etwaige Novellierung des Handlungskonzepts bedarf daher einer grundlegenden konzeptionellen Überarbeitung.

Nicht nur die schematische Einteilung, auch die konkrete Analyse extrem rechter Milieus ist an vielen Punkten mangelhaft. Konkret zeigen lässt sich dies anhand der Differenzierung zwischen 'Rechtsextremistischen Skinheads' und 'Neonazis'. Während 'Skinheads' „kein gefestigtes rechtsextremistisches Weltbild“ aufwiesen, zeichneten sich 'Neonazis' durch ein „rechtsextremistisches Weltbild, das von nationalistischen und rassistischen Anschauungen geprägt“ (BStMI 2009: 7) sei, aus. Das Differenzkriterium, gefestigtes/nicht gefestigtes Weltbild wird selbst in der sehr kurz gehaltenen Analyse im Handlungskonzept nicht durchgehalten. So speise sich das Bewusstsein 'rechtsextremistischer Skinheads' aus einem „übersteigerten Nationalismus“, der sich über Feinbilder konstituiere und sich in konkreter Gewalt gegen abgelehnte Personengruppen entlade. Dazu zählen die Autor_innen des Handlungskonzepts „Ausländer, [...] Juden, „Zigeuner“, „Linke“, Homosexuelle, Prostituierte und Obdachlose“ (BStMI 2009: 7). Obwohl die Autor_innen also annehmen, 'rechtsextremistische Skinheads' besäßen kein „gefestigtes rechtsextremistisches Weltbild“, unterlaufen sie ihre eigene Einschätzung dadurch, dass sie – richtigerweise – Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, den Hass auf die politische Linke, Homophobie, Sexismus, Sozialdarwinismus und Obdachlosenfeindlichkeit als Motive rechter Gewalt benennen.

Auch bezüglich der Organisationsform können die Autor_innen nicht wesentlich zwischen 'Skinheads' und 'Neonazis' differenzieren. Neonazis' seien in „strukturlose[n] Zusammenschlüssen in Form sogenannter Kameradschaften“ organisiert, wohingegen 'Skinheads' „cliquenähnliche Gruppen“ formen würden, die ihrem subkulturellen Lebensstil entsprächen (vgl. BStMI 2009: 7f.). Auch bezüglich der Organisationsform zeigen sich qualitativ keine fundamentalen Unterschiede zwischen 'Skinheads' und 'Neonazis', bestenfalls kann die Unterscheidung dazu dienen, graduelle und keinesfalls qualitative Unterschiede zu benennen. Diese graduellen Differenzierungen rechtfertigen allerdings keine kategoriale Differenzierung. Sie bietet keine analytischen Vorteile, sondern im Gegenteil eine große Gefahr. Diese besteht in der bereits angesprochenen Entpolitisierung 'rechtsextremistischer Skinheads'. Über die Betonung eines vermeintlich ungefestigten „rechtsextremistische[n] Weltbild[s]“, dem bloßen „Ausleben individueller Bedürfnisse“ und subkultureller Organisationsform erscheint Gewalt eher als Problem jugendlich-subkultureller Delinquenz, denn als Konsequenz gesellschaftlich weit verbreiteter gruppenbezogener menschenfeindlicher Einstellungen (vgl. BStMI 2009: 7). Dies entspricht der extremismustheoretischen Logik einer buchstäblichen Marginalisierung von Ideologien der Ungleichheit/Ungleichwertigkeit und ihrer gewaltsamen Erscheinungsformen.

Die vorliegende begriffliche Analyse der Differenz 'rechtsextremistische Skinheads'/'Neonazis' ist beispielhaft, sie könnte an weiteren Differenzierungslinien mit ähnlichen Ergebnissen wiederholt werden. Dennoch nimmt sie eine besondere Stellung ein, da aus ihrer Logik fundamentale Fehleinschätzungen staatlicher Organe folgen oder zumindest befördert werden. Dies lässt sich an der gewaltaffinen Neonaziszene der 1990/2000er Jahre im Großraum München zeigen. Viele der zentralen Kader und Aktivisten der neonazistischen Rechten in und um München entstammen rechten Skinhead-Milieus. [REDACTED] zwischenzeitlich Anführer der „Kameradschaft München“ mit enger Verbindung in internationale Skinheadorganisationen, [REDACTED] Anführer der neonazistischen Terrorgruppe, die 2003 einen Anschlag auf die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeindezentrums plante, [REDACTED] Mitglied der [REDACTED] und auch nach seiner Freilassung Neonazi-Aktivist in München, oder auch [REDACTED] ebenfalls verurteiltes Mitglied der Terrorgruppe um [REDACTED] und heute Führungskader des Münchner „III. Weg“-Ablegers.

Es zeigt sich also: eine subkulturelle Affinität zu rechten Skinheadszenen, hoher politischer Organisationsgrad und eine enorme Bereitschaft zu politischer Gewalt, die bis zu den Planungen mörderischer Anschläge reicht, schließen sich keinesfalls aus. Im Gegenteil: Die inhaltliche Beschäftigung mit Debatten, Diskursen und Organisationsformen neonazistischer Milieus der 1990er und 2000er Jahre konnte schon damals zeigen, dass neonazistische Skinheadszenen zu den gewaltbereitesten und gefährlichsten Gruppen innerhalb der politischen Rechten zählten. Zentrale Debatten über rechte Terrorkonzepte fanden in Publikationen rechter Skinhead-Organisationen wie z.B. „Blood&Honour“ oder „Combat 18“ statt. Der extremismustheoretische Schematismus des Handlungskonzepts verkennt die Gleichzeitigkeit subkultureller Verortung und rechtsterroristischer Organisation. Somit war und ist es nicht tauglich als Mittel, rechte Gewalt und Terror zu erkennen und in Zukunft zu verhindern. So heißt es im Abschnitt zu 'Neonazis':

„Der weitaus größte Teil der Neonazis lehnt Gewalt bejahende Strategien derzeit ab. [...] Terroristische Vorhaben zur Erreichung rechtsextremistisch motivierter Zielsetzungen werden als kontraproduktiv angesehen.“ (BStMI 2009: 8)

Trotz dieser Einschätzung müssen die Autor_innen eingestehen, es könnten sich „dennoch [...] in der Szene nach wie vor militante Gruppierungen bilden“ (BStMI 2009: 8). Als Illustration dienen die Anschlagplanungen der Gruppe um [REDACTED] und [REDACTED]. Die These einer mehrheitlichen Ablehnung gewaltbefürwortender Strategien durch Neonazis weist eine Reihe von Problemen auf. Erstens stellt sich die Frage nach dem Gewaltbegriff: Ist es nicht schon Gewalt, wenn politische Gegner_innen eingeschüchtert und bedroht werden? Ist es nicht schon Gewalt, wenn die Präsenz von Neonazis Personen einschüchtert und bestimmte Plätze oder Orte meiden lässt, aus Angst vor Bedrohungen

und Übergriffen (Konzept der national-befreiten Zone)? Sind körperliche Übergriffe, die im Abschnitt zu 'rechtsextremistischen Skinheads' als identitätsstiftend und gruppenkonstitutiv beschrieben werden, Teil einer gewaltbefürwortenden Strategie oder treten sie bloß spontan in Erscheinung, wie die Autor_innen suggerieren? Doch selbst wenn man dem impliziten Gewaltbegriff des Handlungskonzepts folgend, Gewalt nur als konkreten Akt einer ideologisch und organisatorisch stark gefestigten, unmittelbar zielgerichtet handelnden Gruppe versteht, bleiben Fragen offen. Im Sinne der These einer Marginalität gewaltbefürwortender/terroristischer Strategien innerhalb des neonazistischen Milieus, hätte es sich bei der Gruppe um ████████ um Außenseiter ohne Rückhalt in der Szene handeln müssen. Faktisch ist das Gegenteil richtig: ████████ stand als zwischenzeitlicher Anführer der, innerhalb der Szene tonangebenden, „Kameradschaft München“ mit ausgeprägten bayern-, bundesweiten und internationalen Kontakten keinesfalls am Rande, weder persönlich noch politisch oder ideologisch.

Abschließend lässt sich feststellen, dass das Handlungskonzept an einer qualitativen Bestimmung rechter Gewalt scheitert. Auch quantitativ wirft es Fragen auf. So betonen die Autor_innen: „Die Zahl der rechtsextremistischen Gewalttaten bewegt sich in Bayern in den letzten fünf Jahren [2004-2008] in einem Korridor zwischen 42 und 82 Taten. Bayern lag damit bevölkerungsbezogen stets unter den drei geringst belasteten Ländern der Bundesrepublik“ (BStMI 2009: 10). Rückblickend müssen diese Zahlen, die vor dem Hintergrund einer Konkurrenzlogik zwischen den Sicherheitsbehörden der Länder formuliert scheinen, korrigiert werden: die Morde an İsmail Yaşar am 9. Juni 2005 in Nürnberg und an Theodoros Boulgarides am 15. Juni 2005 in München sind nicht mit inbegriffen. In den letzten Jahren sind die polizeilichen Erfassungssysteme zu rechten und rassistisch motivierten Gewalttaten in den Fokus der Kritik von Medien und zivilgesellschaftlichen Initiativen gerückt. So setzt das polizeiliche Erfassungssystem für politisch motivierte Kriminalität (PMK) einerseits hohe institutionelle Hürden für die Einstufung einer Tat als rechts/rassistisch motiviert, andererseits sorgt oftmals die mangelhafte Umsetzung der Vorgaben durch die Strafverfolgungsbehörden zu niedrigeren Zahlen (vgl. hierzu Amnesty International 2016: 29f.). Rechts motivierte Vergehen erscheinen so als „normale“ Kriminalität. Angesichts der Tatsache, dass davon auszugehen ist, dass viele rechte Straftaten nicht zur Anzeige gelangen, ist davon auszugehen, dass die Dunkelziffer deutlich höher liegt.

Einen eigenen Abschnitt widmet das Handlungskonzept der Kritik der 2006 und 2008 veröffentlichten Mitte-Studien [Autoren aufzählen]. Die Autor_innen können dort zeigen, dass [r]echtsextreme Einstellungen [...] durch alle gesellschaftlichen Gruppen und in allen Bundesländern gleichermaßen hoch vertreten [sind].“ (Brähler/Decker 2006: 157) Und weiter:

„Wir haben festgestellt, dass der Begriff „Rechtsextremismus“ irreführend ist, weil er das Problem als ein Randphänomen beschreibt. Rechtsextremismus ist aber ein politisches Problem in der Mitte der Gesellschaft. Das kann nicht ausdrücklich genug betont werden. Der Begriff des Rechtsextremismus ist für die politische Analyse offensichtlich zu ungenau. Dies zeigt sich sehr deutlich in den Zustimmungswerten zu einzelnen Aussagen, bei denen teilweise über 40 % der Befragten zustimmen konnten. Aber auch auf den Skalen und bei einer Beschränkung auf geschlossene Weltbilder werden sehr hohe Werte erreicht“ (Brähler/Decker 2006: 157f.).

Mit Verweis auf methodische und inhaltliche Einwände durch den Politikwissenschaftler Klaus Schröder insistieren die Autor_innen des Handlungskonzepts darauf, dass „die Studie [...] wissenschaftlichen Ansprüchen [...] nicht standhält“ (BStMI 2009: 13). Aufgrund einer zu geringen Grundgesamtheit, so suggerieren es die Autor_innen des Handlungskonzepts, seien repräsentative Aussagen nicht zu treffen. Tatsächlich jedoch bestätigen eine ganze Reihe quantitativer wie qualitativer Untersuchungen der letzten zehn Jahre die grundsätzlichen Befunde der Mitte-Studie von 2006. Der Einwand entspricht also keinesfalls den Maßstäben wissenschaftlicher Kritik zum Zwecke verbesserter Methoden und validerer Ergebnisse, er scheint vielmehr unmittelbar politisch motiviert: weil nicht sein kann, was nicht sein darf. So schließen die Autor_innen mit der Bemerkung:

„Die Studie [Brähler/Decker 2006, Anm. d. Autor_innen] ist für eine Beurteilung des Rechtsextremismus keine geeignete Grundlage. Das Gegenteil ist richtig: Traditionsbewusstsein, Heimatverbundenheit und Patriotismus der Menschen in Bayern sind ein starkes Bollwerk gegen Extremismus jeder Art.“ (BStMI 2009: 13)

Tatsächlich spielen die Begriffe 'Patriotismus' und 'Heimatverbundenheit' in der Mitte-Studie von 2006 keine Rolle. Mehr noch, sie kommen in der Studie schlicht nicht vor. Tatsächlich abgefragt wurde die Zustimmung zu rechtsextremen und chauvinistischen Äußerungen, teils in Bezug auf Fragen zu Nation und „Nationalgefühl“. So wurden z.B. die Zustimmungswerte zur Aussage „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“, in Bezug auf rechtsextreme Einstellungen oder auch die Zustimmung zur Aussage „Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland“, in Bezug auf chauvinistische Einstellungen abgefragt. Es kann kaum bestritten werden, dass beide Aussagen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie dem grundgesetzlich festgeschriebenen Verbot von Handlungen „die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten“ (Art. 26 GG) offen entgegen stehen. Die Behauptung, die Mitte-Studie von 2006 unternehme „den Versuch durch Gleichsetzung von Patriotismus und Rechtsextremismus den Menschen in Bayern allgemein rechtsextremistische Tendenzen zu unterstellen“ (BStMI 2009: 13), ist nicht haltbar und bereits nach oberflächlicher Lektüre der Studie schlicht absurd, begrifflich, wie logisch. Keineswegs unterstellen die Autor_innen der Mitte-Studie „den Menschen in Bayern allgemein rechtsextremistische Tendenzen“: Denn, auch wenn die Studie für Bayern repräsentativ (vgl. Brähler/Decker 2006: 44) hohe Zustimmungswerte insbesondere zu 'ausländerfeindlichen' (42,4%) wie 'chauvinistischen Aussagen' (34,2%) feststellen kann, bemerken sie im abschließenden Fazit: „Rechtsextreme Einstellungen sind durch alle gesellschaftlichen Gruppen und in allen Bundesländern gleichermaßen hoch vertreten“ (Brähler/Decker 2006: 158). Eine einseitige Pauschalisierung der bayerischen Bevölkerung klingt anders. Für die Gegenthese der Autor_innen des Handlungskonzepts „Traditionsbewusstsein, Heimatverbundenheit und Patriotismus“ seien „ein starkes Bollwerk gegen Extremismus jeder Art“, können sie hingegen keine wissenschaftlich fundierten Belege anführen. Sie gründet in politischem Wunschenken, nicht in sozialwissenschaftlicher Analyse.

Leider steht nicht zu erwarten, dass bei entscheidenden Akteuren der bayerischen Landespolitik in den letzten zehn Jahren eine Öffnung gegenüber den Ergebnissen wissenschaftlicher Forschung stattgefunden hat. So schrieb Florian Herrmann, CSU-Landtagsabgeordneter und Vorsitzender des zuständigen Innenausschusses im Nachgang einer Debatte über das bayerische Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus jüngst in einer Pressemitteilung zum sozialwissenschaftlichen Begriff der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, der vielen aktuellen Studien zugrunde liegt:

„Der Begriff ist völlig ungeeignet, um die Grundlage für präventive und repressive staatliche Maßnahmen zu sein. Soziologische Theoriendebatten [Fehler im Original] gehören in den akademischen Elfenbeinturm, bieten aber keine Antwort auf die Herausforderungen der Praxis, die den Ansprüchen des Rechtsstaats standhalten müssen. Die auf diesem Begriff basierenden sogenannten „Mitte-Studien“ sind nicht seriös, sondern offen ausgesprochene linke Kampfschriften gegen liberale und konservative Auffassungen unserer Gesellschaftsordnung.“ (Herrmann 2016)

Eine ähnliche Figur irrationaler Abwehr findet sich bereits im Handlungskonzept, dort heißt es:

„Der Vorwurf, Bayern habe die Problematik [rechter Ideologien und Straftaten] bisher nicht hinreichend im Blick gehabt oder sei gar ‚auf dem rechten Auge blind gewesen‘, trifft in keiner Weise zu.“ (BStMI 2009: 14)

Bemerkenswert ist diesbezüglich nicht nur die synekdochische Identifizierung der bayerischen Staatsregierung mit dem Staat selbst, sondern ebenso die Tatsache, dass die hier angesprochenen Kritiker_innen, denen der Vorwurf „Bayern“ sei „auf dem rechten Auge blind gewesen“ zugeschrieben wird, im Text gar nicht genannt werden. Abgesehen von der Mitte-Studie, die einen solchen Vorwurf nicht erhebt, setzt sich das Handlungskonzept überhaupt nicht mit kritischen oder abweichenden Zugängen zur Strategien im Kampf gegen rechte Ideologien und Gewalt auseinander. Konsequenterweise liest sich auch das folgende Kapitel zu konkreten Maßnahmen als Erfolgsgeschichte. Der Fokus liegt hier, neben einigen durchaus sinnvollen Maßnahmen, wie Besuchen in KZ-Gedenkstätten und weiteren demokratiepädagogischen Maßnahmen, vor allem auf der Ausweitung der Befugnisse von Strafverfolgungsbehörden und Geheimdiensten, oft ohne konkreten Bezug zu Fragen des Umgangs mit rechter Ideologie und Gewalt – was hier als Handlungskonzept gegen rechts verkauft ist, ist an vielen Stellen eher ein Wunschzettel repressiver Staatsapparate. Zu einigen der aufgeführten Maßnahmen wollen wir stichpunktartig Stellung nehmen:

- Bayerisches Aussteigerprogramm des Landesamtes für Verfassungsschutz: Hier sollen gezielt potentiell ausstiegswillige Rechtsextremisten direkt angesprochen werden, rund 60 Personen seien dadurch in einem nicht genannten Zeitrahmen aus der Szene ausgestiegen. So wichtig Aussteigerprogramme sind, beim Verfassungsschutz sind sie in falscher Trägerschaft. Durch die Praxis, durch V-Personen Informationen aus der Szene zu gewinnen und faktisch auch Einfluss auf sie zu nehmen, hat der Verfassungsschutz konkrete Interessen am Verbleib bestimmter Personen in der Szene. Dieser Interessenkonflikt kann keinesfalls innerhalb einer Behörde gelöst werden, daher ist es unumgänglich, dass Aussteigerprogramme nicht von geheimdienstlichen Apparaten, sondern von qualifizierten zivilgesellschaftlichen Initiativen betrieben werden. Aus Berichten erfolgreicher Ausstiege aus der Neonaziszene wissen wir, welch belastender und schwerwiegender Prozess dies für die Aussteigenden ist. Er bedarf einer tiefgreifenden Auseinandersetzung mit den eigenen Ideologien der Ungleichheit/Ungleichwertigkeit und den eigenen Taten. Es ist keinesfalls damit getan, dass Personen nicht mehr in neonazistischen Kontexten auffällig werden.
- Im Zentrum stehen repressive Maßnahmen, die bisweilen nicht unproblematisch in Bezug auf bürgerliche Freiheitsrechte erscheinen, etwa in der Propagierung „pass- und ausweisbeschränkender Maßnahmen“ oder „verdachts- und ereignisunabhängiger Kontrollen“ (BStMI 2009: 17).
- Die angeführte „Auflösung von Aufzügen oder Versammlungen, soweit die Voraussetzungen des Versammlungsgesetzes vorliegen“, wird in den letzten Jahren de facto kaum gegen rechts angewandt. Ebenso bleibt die „konsequente Unterbindung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit solchen Veranstaltungen“ und die „niedrige Einschreitschwelle“ (BStMI 2009: 17) seitens der eingesetzten Polizeikräfte oft aus.
- auch die Neufassung des Bayerischen Versammlungsgesetzes und das in ihr verankerte „Milizverbot“ werden angeführt. Das bayerische Versammlungsgesetz ist wegen seiner massiven Einschränkungen des Grundrechts der Versammlungsfreiheit von linken und liberalen Organisationen massiv kritisiert worden. Teile des Gesetzes mussten nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts überarbeitet werden. Langfristige Wirkungen gegen rechte Aufmärsche konnte es nicht erzielen. Ein zentrales Argument war die Verhinderung rechter Aufmärsche an historisch im Besonderen belegten Plätzen. Seit vielen Monaten kann Pegida München mit offener Beteiligung neonazistischer Aktivist_innen und Gruppen regelmäßig am Münchner Odeonsplatz vor der Feldherrnhalle, dem Ort der Niederschlagung des Hitler-Putsches 1923, aufmarschieren. Einschränkungen durch das Bayerische Versammlungsgesetz waren bisher keineswegs erfolgreich oder erfolgsversprechend.
- Der Autor_innen legen dar, es gäbe „keine Erkenntnisse [...], dass rechtsextreme Gefangene Mitgefangene radikalieren oder rekrutieren.“ Das Wirken neonazistischer Organisationen wie der mittlerweile durch das Bundesinnenministerium verbotenen Hilfgemeinschaft

nationaler Gefangene (HNG) oder der „Gefangenenhilfe“, die darauf hinwirken, neonazistische Gewalttäter auch hinter Gittern an die Szene zu binden, wird im Handlungskonzept geflissentlich ignoriert, obwohl Maßnahmen zum Ausstieg aus der Szene und eine Unterstützung bei der Reflexion eigener rechter Einstellungen und Gewalttaten hier besonders wichtig wäre.

- Weiterhin schreiben die Autor_innen „Bayern nutzt alle Möglichkeiten, rechtsextremistische Organisationen vereinsrechtlich zu verbieten“, wobei sie das Verbot der Fränkischen Aktionsfront (FAF) im Jahr 2005 als Beispiel heranziehen. Folge sei, „dass in Bayern gerade im gewaltbereiten rechtsextremistischen Bereich derzeit nur noch lose, nichtorganisierte Personenzusammenschlüsse um einzelne „Führungspersonen“ herum existieren, etwa in Form „freier Kameradschaften“ oder „Skinhead-Szenen“. Faktisch trat nach dem Verbot der FAF das „Freie Netz Süd“ (FNS) ihre Nachfolge an. Die zuständigen Behörden vertraten also die Einschätzung, beim FNS handle es sich nur um eine lose, unorganisierte Struktur, und damit genau das Bild, das das FNS von sich selbst zeichnen wollte. Nachdem das FNS 2014, zwei Jahre nachdem die Mitglieder des Bayerischen Landtags dafür votiert hatten, und nach vielen Jahren Aufklärungsarbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen, schließlich doch verboten wurde, waren zentrale Kader schon zum „III. Weg“ gewechselt. Der reale Schaden für die militante Rechte durch diese Vereinsverbote dürfte also vergleichsweise gering ausgefallen sein.
- Ebenso rühmt sich die Bayerische Staatsregierung mit ihrem Eintreten für ein Verbot der NPD. Ein erster Anlauf war aufgrund von V-Personen der Verfassungsschutzämter in der Führungsriege der Partei gescheitert. Sicherlich könnte ein Verbot der NPD die extreme Rechte schwächen. Angesichts der Neuausrichtung der politischen Rechten, mit dem Aufkommen sozialer Bewegungen von rechts und dem Engagement extrem rechter Akteure in der neu entstandenen AfD, dürften die realen Folgen geringer ausfallen, als erhofft. Hinzu kommt die grundsätzliche Frage, ob Parteiverbote Mittel politischer Auseinandersetzung in demokratischen Gemeinwesen sein sollten. Die Erfahrung zeigt: Mit Verboten alleine ist nichts zu gewinnen.
- Weiterhin werden über viele Seiten „Optimierungen zum Schutz von Polizeibeamten“ diskutiert. Der Mord an Michèle Kiesewetter durch den NSU und der Mord an einem Polizeibeamten in Georgensgmünd durch einen sogenannten „Reichsbürger“ machen deutlich, dass auch Polizist_innen immer wieder Opfer neonazistischer Gewalt werden. Maßnahmen, die real zum Schutz von Polizist_innen gegenüber neonazistischer Gewalt dienen könnten, werden im Handlungskonzept allerdings kaum aufgeführt. Während unter 1) technische Schutzmaßnahmen an Wohnobjekten dargestellt werden, die keineswegs nur für Polizeibeamte, sondern für alle von Nazis bedrohten Menschen zugänglich sein sollten, findet sich bereits unter 2) die Forderung nach einer Einschränkung der grundgesetzlich geschützten Pressefreiheit: „Die Polizei wird im Rahmen des bestehenden gesetzlichen Instrumentariums das Fotografieren von Beamten im Rahmen der Einsatzbewältigung konsequent unterbinden und Rechtsverletzungen verfolgen. Darüber hinaus wird geprüft, ob eine Klarstellung im Polizeiaufgabengesetz erfolgt, dass eine Sicherstellung der Bildaufnahmen von Polizeibeamten zum Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts ausdrücklich für zulässig erklärt wird“ (BStMI 2009: 29). Solche Maßnahmen sind nicht im Geringsten geeignet, Gewalt gegen Beamte zu verhindern, bergen aber massive Eingriffe in die Pressefreiheit, auch zur kritischen Berichterstattung über das Vorgehen polizeilicher Einsatzkräfte. Unter 4) wird eine „offensive Darstellung der Rolle der Polizei“ (BStMI 2009: 30) angekündigt. So schreiben die Autor_innen: „Gerade bei rechten Veranstaltungen wird der Polizei [sic] in die Rolle der ‚Verbrüderung mit Rechts‘ gedrängt.“ (BStMI 2009: 30) Unabhängig von der konkreten Bewertung polizeilichen Handelns im Rahmen rechter Demonstrationen oder Veranstaltungen: Diese Frage hat nichts mit Handlungsstrategien gegen rechts zu tun. Weiterhin ist auch bemerkenswert, dass der Schutz jüdischer Einrichtungen im Handlungskonzept nur am Rande und ohne Ausführungen genannt wird

und der Schutz von Einrichtungen anderer potentiell von rechter Gewalt betroffener Gruppen schlicht nicht vorkommt.

- Bemerkenswert ist auch, dass sich im Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus mit dem Themenfeld des „Linksextremismus“ auseinander gesetzt wird. So wird etwa eine „Kontrolle von Treffpunkten der rechts- und linksextremen Szene“ angekündigt, „rechts- und linksextreme Szenetreffs“ sollen „mittels Videoaufnahmen oder -aufzeichnungen“ kontrolliert werden (BStMI 2009: 38). Weiterhin werden antifaschistische Gegenproteste gegen rechte Veranstaltungen und Demonstrationen offen diskreditiert (BStMI 2009: 11f.), die beiläufig erwähnte Rolle der Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit dem 'Rechtsextremismus' (BStMI 2009: 28) wird dadurch konterkariert.

Zur Neufassung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes

Auch die Neufassung des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes war Gegenstand öffentlicher Kontroversen und Kritik. Insbesondere die Aufarbeitung des NSU-Komplexes hat gezeigt, dass Verfassungsschutzbehörden nichts zur Aufklärung der NSU-Morde beitragen konnten. Es hat sich gezeigt, dass es sich dabei nicht um ein zufälliges Versagen handelt, sondern um ein strukturelles Problem, das in der Verfasstheit der Verfassungsschutzbehörden gründet. Tatsächlich ist zu beobachten, dass die Praxis der Ämter, enge Verbindungen zu V-Personen in der Szene zu pflegen, keineswegs zu besserer Aufklärung und Verhinderung rechter Gewalttaten führt, sondern im Gegenteil: Die Praxis der Zusammenarbeit mit V-Personen führt oftmals zur Stärkung der Szene und Gruppierungen, die in der Folge gewalttätig auftreten. Mitunter können V-Personen auch durch finanzielle Zuwendungen seitens der Verfassungsschutzbehörden ihre Position innerhalb der Szene stärken und relevant zur Finanzierung rechter Gruppen und Aktionen beitragen. Mit diversen Aktenvernichtungsaktionen haben Verfassungsschutzämter massiv Vertrauen verloren und die Aufklärung des NSU-Komplex inklusive möglicher eigener Versäumnisse und Vergehen durch Gerichte, parlamentarische Untersuchungsausschüsse und die mediale Öffentlichkeit deutlich erschwert. Zivilgesellschaftliche Akteure haben schon bald nach Bekanntwerden des NSU und der Verstrickungen einiger VS-Behörden die Forderung nach Abschaffung, beziehungsweise radikalem Umbau der Verfassungsschutzämter gestellt. Auch wir sind der Überzeugung, dass die VS-Behörden weder zu Schutz und Stärkung des demokratischen Gemeinwesens, noch zur substantiellen Aufklärung und Verhinderung rechter Gewalt beitragen können. Gründe hierfür sind u.a. die Praxis der V-Personen, die extremismustheoretischen Grundlagen ihrer Arbeit sowie die mangelnde Kontrolle und Kontrollierbarkeit durch Gerichte, parlamentarische Gremien und vor allem durch die Öffentlichkeit.

Das seit August 2016 gültige neue bayerische Verfassungsschutzgesetz trägt dem nicht Rechnung. Im Sinne eines langfristig erfolgreichen Kampfes gegen rechts und der substantiellen Stärkung demokratischer Kontrollmechanismen gegenüber verselbstständigten Geheimdienstapparaten, wären vollkommen gegenläufige politische Maßnahmen geboten gewesen. Statt Beobachtung und Analyse neu zu strukturieren, erleben wir eine massive Aufstockung der Mittel des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz: So hatte das Amt 2009 (aus diesem Jahr stammt das noch immer gültige Handlungskonzept gegen rechts der bayerischen Staatsregierung) 14 843 500 Euro Budget für Personalkosten, 2011 (dem Jahr der Selbstenttarnung des NSU) waren es bereits 15 342 800 Euro, heute, im Jahr 2016, sind es bereits 23 667 800 Euro. Das ist eine Steigerung des Personaletats um knapp 60 %, für eine Behörde bei der der gesellschaftliche Nutzen in Frage, die konkreten Schäden für den Kampf gegen rechts und für Demokratie hingegen offen zu Buche stehen.

Wie bereits beim überwiegenden Teil der im Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus anvisierten Maßnahmen, dürften auch jene Befugnisse, die der bayerische Verfassungsschutz durch die Neufassung hinzugewonnen hat, in der Auseinandersetzung mit neonazistischen und anderen extrem rechten Gruppierungen ohne Nutzen bleiben und mit bürgerlich-demokratischen

Grundrechten in Konflikt geraten: etwa bezüglich des nun ermöglichten Zugriffs auf Daten aus der Vorratsdatenspeicherung. Aus einer grundrechtsorientierten Perspektive auf Freiheitsrechte und den Schutz persönlicher Daten, sind diese Befugnisse – darauf haben Kritiker_innen wiederholt hingewiesen – mehr als problematisch. Auch wird durch das Gesetz die Praxis der Zusammenarbeit mit V-Personen aus der extremen Rechten gestützt – wider besseres Wissen um die fatalen Folgen dieser Zusammenarbeit. Auch die Schwächung der parlamentarischen Kontrollmechanismen sehen wir äußerst kritisch.

Die Intensivierung der offensiven Einflussnahme auf gesellschaftliche Debatten unter dem Deckmantel von Information und Aufklärung durch die jährlichen Verfassungsschutzberichte und die Arbeit der 'Bayerischen Informationsstelle gegen Extremismus' (BIGE) sehen wir ebenfalls kritisch. Insbesondere die Einflussnahme auf Lehrer_innen, noch problematischer aber, auch auf Schüler_innen im Rahmen der informativ-pädagogischen Arbeit, betrachten wir skeptisch. Einerseits, weil die Informationen meist nicht halten, was sie versprechen, nämlich einen unparteiischen Überblick über Ideologie, Organisationen und Aktivitäten der extremen Rechten zu liefern, andererseits aber auch aufgrund der doktrinären Anwendung der Extremismustheorie und drittens, weil der Verfassungsschutz als Geheimdienstbehörde, nicht in der Lage ist, und auch nicht in der Lage sein kann, junge Menschen zum kritisch-reflektierten und ausgewogenen Nachdenken anzuregen. Zivilgesellschaftliche Initiativen und geschulte pädagogische Programme durch nicht selbst im Feld involvierte Akteure sollten hier das Mittel der Wahl sein.

Fazit

Abschließend muss festgestellt werden, dass weder das Handlungskonzept gegen rechts, noch die Neufassung des Verfassungsschutzgesetzes, zu substantziellen Verbesserungen der staatlichen Strategie im Kampf gegen rechte Ideologien von Ungleichheit und Ungleichwertigkeit geführt haben. Leider ist das Gegenteil der Fall, wo ein radikales Umdenken bezüglich theoretischer Prämissen, praktischer Arbeit und organisatorischer Struktur nach wie vor dringlich geboten ist, setzt die bayerische Staatsregierung mitsamt ihren Ministerien und untergeordneten Behörden auf fundamental falsche Konzepte: Extremismustheorie, V-Personen, Repression. Damit gerät sie auch immer wieder in Widerspruch mit den vielfältigen Initiativen, die sich in ganz Bayern gegen rechts einsetzen. Genau diesen vielfältigen Initiativen gilt es aber den Rücken zu stärken und ihre Arbeit anzuerkennen. Nur so kann der Kampf gegen Ideologien der Ungleichheit, Ungleichwertigkeit und rechter Gewalt langfristig gelingen.

Bibliographie und Quellen:

Aust, Stefan; Laabs, Dirk: Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU, München 2014

Autor_innenkollektiv, antifaschistisches: Drahtzieher im braunen Netz. Der Wiederaufbau der NSDAP, Berlin 1992

Bayerisches Staatsministerium des Innern: Bayerisches Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus, ohne Ort 2009; verfügbar unter:

<https://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de/wissen/externes-material/Handlungskonzept%20Rechtsextremismus.pdf>;

zuletzt abgerufen am 7. Dezember 2016

BayVSG vom 12. Juli 2016; verfügbar unter:

<http://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayVSG>true>;

zuletzt abgerufen am 7. Dezember 2016

Brähler, Elmar; Decker, Oliver: Vom Rand zur Mitte, Berlin 2006

Hermann, Florian: Extremisten aller Couleur im Blick, Pressemitteilung vom 19. Oktober 2016; verfügbar unter:

<https://www.csu-landtag.de/index.php?ka=1&ska=4&idn=1165>;

zuletzt abgerufen am 7. Dezember 2016

Klein, Anna; Zick, Andreas: Rechtsextreme Einstellungen in einer fragilen Mitte; in: dies. Fragile Mitte – Feindselige Zustände, Bonn 2014

Salzborn, Samuel: Rechtsextremismus, Baden-Baden 2014

Schröder, Burkhard: Neonazis und Computernetze, Wie Rechtsradikale neue Kommunikationsformen nutzen, Hamburg 1995

Siegler, Bernd: Auferstanden aus Ruinen. Rechtsextremismus in der DDR, Berlin 1991

Anhang

Anhang 1 Mailboxlisten und [REDACTED] Warnung vor Spitzel im „Thule-Netz“

- a. Liste aller Thule-Mailboxen und Points (Teilnehmende) gepostet von [REDACTED] (Ex-FAP) im Thule-Netz mit dem Alias [REDACTED] über seine Mailbox „Germania BBS“ in Bonn):

=====

ÿ NETMAIL
#474
Dt : 29-05-95 22:08 (GESENDET)
Von: [REDACTED] in (90:900/30)
An : Merkur in (90:900/30)
Btr: Nodelist

#475 ->
Heil Dir Merkur!

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Mit kameradschaftlichem Gruá
[REDACTED]

--- Registered red

- b. K [redacted] warnt im Thule-Netz vor „U-Booten“ und nennt darüber hinaus einen Nürnberger Journalisten:

Betreff : VORSICHT VOR [redacted]

Datum

: Di 31.01.95, 00:33 (erhalten: 30.01.95)

Ursprung : /Thule/T/KOORD/ALLGEMEIN

Lieber Kameraden,

ich halte es einfach noch einmal hier für angemessen, mitzuteilen, daß das Thule-Netz ein

bekennendes U-Boot hat, welches sich [redacted] (in Insiderkreisen auch [redacted] genannt) nennt.

Wer sich hinter dem Namen [redacted] verbirgt, kann ich als [redacted] nicht sagen, aber ich so langsam habe ich da meine Vermutung, die sich mit Sicherheit in der nächsten Zeit bestätigen wird. Der Realname des [redacted] sollte NICHT bekannt gegeben werden, sondern das sollte dann schon der entsprechende Genosse selbst tun, wenn er den Mumm in den morschen Knochen hat.

Für mich persönlich gibt es nur drei mögliche Personen, die dafür in Frage kommen.

Die erste Person ist der Berliner [redacted] 36 r, der dem Hamburger Kameraden Christian Worch unterstellt hat, mit Sprengstoff zu arbeiten ...

Die zweite Person ist ein Nürnberger Journalist, der ab und zu mal für die TAZ schreibt. Sein Name ist [redacted] Um [redacted] ist es meines Wissens etwas ruhig geworden.

Der dritte im Bunde ist der Berliner [redacted], der so über alles mögliche geschrieben hat, um seinen Lebensunterhalt zu finanzieren. Ihn mögen die Rechten Kameraden genauso wenig wie der harte Kern aus der Linken Szene.

Mit einem Artikel über die Zeugenbefragung von [redacted], wollte unser Genosse [redacted] unter anderem folgendes bewirken:

1. Viele, sehr viele Netmails von anderen Thule-Usern einkassieren um dann (das unterstelle ich dem [redacted] einfach einmal) die Netmails zu archivieren und bei gegebener Zeit journalistisch zu verwerten. Den fest steht, daß der

36

Die Namen wurden von mir unkenntlich gemacht, B.S. unser lieber [redacted] Journalist ist. Ich persönlich gehe davon einfach einmal aus.

2. Mit diesem Material, was ihm Kameraden via Netmails anvertrauen, hat er nun möglicherweise folgendes vor. [redacted] will in einem größeren Bericht oder sogar in einem Buch (weil er finanziell gesehen keine Knete hat ...) darlegen, daß sich das Thule-Netz nach außen hin

"demokratisch-legitim-ordentlich" verhält, aber in den interenen Bereichen (eben bei den s.g. Netmails) "neo-nazistisch" zur Sache geht.

Insbesondere bei dem Leuchter-Artikel, bei dem es um die Vergasung von Menschen geht, soll anhand der Netmails dokumentiert werden, daß hinter der Fassade des Thule-

Netzes offen die Judenvernichtung geleugnet wird. Unerfahrene Kameraden die sich hier im

Netz noch nicht so gut auskennen, fallen auf diesen hinterhältigen und miesen (wie sollte es

denn bei den Linken anders sein) Trick rein und outen sich selbst und machen sich dann

logischerweise strafbar....

...

Mit besten Grüßen

[redacted]

--- FMail/386 0.98a

* Origin: Kraftwerk BBS - * Braun werden, ohne Sonnenbrand * (90:900/80)

- c. Im Folgenden ein beispielhafter Post aus der Münchner Thule-Netz-Mailbox [REDACTED] über den Holocaust-Leugner [REDACTED] Veröffentlicht von einem damaligen aktiven Nutzer. Dessen Identität ist bis heute unbekannt.

Nachricht #189 - T/ADRESSEN/ALLGEMEIN
Datum: 28-05-95 03:00:48
Von : [REDACTED] An : Alle
Betreff :KW-Frequenzen

Hallo Kameraden,
mein KW-Empfänger funktioniert jetzt soweit. Jetzt
brauche ich nur noch ein paar interessante
"Kurzwellen-Adressen". Die von [REDACTED] z.B.
Kann da jemand mal eine Liste einspielen?
MkG
[REDACTED]

--- Spot 1.3a #233 * Origin: Es geht voran! (90:900/10.3@THULE-Netz)

Anhang 2: Transkript der Rede [REDACTED] am 3. März 2015 bei der Kundgebung der Partei „Die Rechte“ zum NSU-Prozess vor dem OLG München

Liebe Bürgerinnen und Bürger, #00:00:12-1#
Liebe deutsche Landsleute #00:00:17-7#

Ich freue mich, dass wir heute hier so zahlreich zusammengekommen sind und dass das Interesse an dieser NSU-Show, die hier seit zwei Jahren inszeniert wird, so groß ist. #00:00:33-4#

Ich freue mich, dass die Pfeifer, dass die Türkenfreunde, dass die paranoiden NSU-Verschwörungstheoretiker, dass die sich alle hier und heute versammelt haben, um uns zuzuhören und sich von uns belehren zu lassen, über diesen Irrsinn, der hier seit zwei Jahren. #00:01:00-7#

Tonstörung #00:01:06-2#

über den Irrsinn, der hier seit zwei Jahren vollzogen wird. Wir demonstrieren heute für den politischen Gefangenen Ralf Wohlleben, der seit 2011 ununterbrochen inhaftiert ist. Der als Bauernopfer aus dem Verkehr gezogen ist, der hier stellvertretend für alle Aktivisten eines freien Deutschlands dort auf der Anklagebank sitzt. Wir sagen: ein jeder von uns, der hier versammelt ist könnte Ralf Wohlleben sein und wir von der Partei „Die Rechte“ bekennen uns zu unserem Freund und Kameraden Ralf Wohlleben, wir distanzieren uns nicht, wir scheißen auf schlechte Presse, wir scheißen auf die Lügenpresse, wir scheißen auf dieses System. Auf diese verkommenen und verlogenen Heuchler, die diese NSU-Show hier inszenieren. Wir sagen ganz klar, dass die Wahrheit ans Licht kommen wird und wir werden uns nicht euren erbärmlichen Schlagzeilen anpassen, denn eines ist ja wohl ganz klar: Diese Lüge stinkt. Sie stinkt zum Himmel. Und nicht umsonst hat sich mittlerweile ein Arbeitskreis NSU gebildet, der all die Ungereimtheiten kontinuierlich Woche für Woche, neu aufarbeitet. #00:02:50-9#

Ralf Wohlleben ist inhaftiert, nicht weil es einen Beweis gebe, er ist inhaftiert, weil ein Mitangeklagter, der fein außen vor sein möchte, der sich Vorteile erhofft, als Verräter, der letztendlich den Kopf aus der Schlinge ziehen möchte. Ralf Wohlleben hat sich aber nicht distanziert,

Ralf Wohlleben hat sich nicht dazu bewegen lassen klein bei zu geben, sondern er steht hier im Oberlandesgericht München bei der NSU-Show seinen Mann. Er ist ein Held für die deutsche Sache, für seine Partei (unverständlich) für ein deutsches Deutschland. #00:03:52-9#

Es gibt keinen objektiven (unverständlich) Beweis für die Schuld von Ralf Wohlleben, keine DNA, keine Videoaufzeichnungen, nichts. (unverständlich) (...) der ganze Vorwurf dieser NSU-Show (unverständlich) es werden Gedenksteine errichtet, vollmundig sprechen die etablierten Volksverräter von einem sogenannten Nationalsozialistischen Untergrund, obwohl ja nicht mal ein Gericht ein Urteil festgestellt hat. Und ich sage euch, meine lieben Freunde, liebe deutsche Landsleute, der NSU müsste nicht „NSU“ heißen, sondern aufgrund der Beteiligung des Verfassungsschutzes „VSU“. Das ist kein „NSU“, das ist ein „VSU“ und hier sagen wir ganz klar, dass diese NSU-Show beendet gehört. Dass diese NSU-Show eingestellt gehört. Dieser Prozess kann nicht mehr rechtsstaatlich durchgeführt werden. Dieser Prozess hat nichts mit Rechtsstaatlichkeit zu tun. Nicht zuletzt aufgrund der Medienleute, die seit 2011 eine Desinformationskampagne in der Öffentlichkeit durchführen. Die glauben doch tatsächlich, uns und das Volk an der Nase herumführen zu können. Aber, meine lieben Freunde und lieben deutsche Landsleute, lasst euch von dieser Lügenpresse nicht beeindrucken und an der Nase herum führen. Wir stellen heute Fragen. Wir trauen uns diese Fragen durchzuführen und wir trauen uns zu recherchieren und zu hinterfragen. #00:06:01-3#

Was passiert denn da in der NSU-Show? Was machen denn die Türken-Anwälte? Die Dauerbetroffenen? Was macht denn ein [REDACTED] in diesem Prozess? Ist der tatsächlich daran interessiert Aufklärungsarbeit zu leisten? Nein. Ein Anwalt wie [REDACTED] der betreibt Politik in diesem Gerichtssaal. Politik gegen nationale Deutsche. Und gegen den deutschen Widerstand. Mit Objektivität hat das alles Nichts zu tun. #00:06:42-3#

Die Rolle des Verfassungsschutzes ist bis heute ungeklärt. Wir von der Partei „Die Rechte“ fragen, was hat der Verfassungsschützer Andreas Temme am Tatort in Kassel gemacht? Wir fragen: War [REDACTED] bereits damals informiert über den Mord in Kassel? Wer hat diesen Mord (kurze Pause) eigentlich durchgeführt? Wer (kurze Pause) ist letztendlich verantwortlich (kurze Pause) für den Tod (kurze Pause) des (kurze Pause) Opfers? Wir sagen: Nicht der „NSU“, sondern der „VSU“. Wir sagen: Das System hat hier ein ganz großes Kino veranstaltet und (kurze Pause) ist nicht dazu in der Lage und auch nicht Willens objektiv in alle Richtungen Aufklärungsarbeit zu leisten. #00:07:44-3#

Wie wäre es denn mal, im Kreis der organisierten Kriminalität zu recherchieren? Schaut euch einmal Lebensläufe einiger Opfer an, die bereits im Bereich von Straftaten verwickelt gewesen sind. Die Ermittlungsverfahren im Bereich der Drogenkriminalität hatten. Warum wird denn nicht objektiv und unvoreingenommen ermittelt? Warum ist dieses System nicht Willens, hier objektive Arbeit zu leisten? Wir fordern die schonungslose Aufklärung der Dönermorde. Wir fordern, dass hier keine Vorverurteilung gegen aufrechte Deutsche betrieben wird. Wir sagen, dass die Täter möglicherweise sogar im Bereich der Türkenmafia zu suchen sind. Wir wehren uns gegen die Vorverurteilung unserer Kameraden. Wir wehren uns gegen die Vorverurteilung von Ralf Wohlleben, von Beate Zschäpe, von André Eminger, von all den Aufrechten, die sich in diesem Prozess nicht von der Willkür und der Repression beeindrucken lassen. #00:09:14-7#

Wir sagen, dass in Deutschland für jeden Angeklagten die Unschuldsvermutung zu gelten hat. Die Unschuldsvermutung gilt auch für Ralf Wohlleben und Beate Zschäpe. Wir stellen uns die Frage: Wie sind Uwe Mundlos und Uwe Bönhardt tatsächlich ums Leben gekommen? Wir wissen mittlerweile aufgrund der Aufklärungsarbeit des Arbeitskreises NSU und des Internetbloggers „Fatalist“, dass die Selbstmordthese von Uwe Mundlos und Uwe Bönhardt in sich zusammen gebrochen ist. #00:09:59-8#

Warum (..) wovor hat dieses System Angst? Warum mussten die beiden sterben? Wussten diese möglicherweise zu viel? Sollten diese zum Schweigen gebracht werden? #00:10:15-8#

Hatten die beiden Hintergrundwissen, das nicht ans Tageslicht kommen sollte? Diese ganze NSU-Kaschperletheater, diese ganze NSU-Show wird schon seit 2011 dazu benutzt, um nationale Strukturen in Bayern und Deutschland systematisch zu kriminalisieren. Nationalgesinnte Bürger werden pauschal als Mörder und braune Schlagetots dargestellt. Dabei sind doch gerade wir es, die hier in Deutschland für Recht und Ordnung sorgen. Wie wir es zuletzt heute Nacht gesehen haben. Die Stadt München hat rechtswidrig versucht, unsere Versammlung 300 Meter weit abseits stattfinden zu lassen. Wir waren es, von der Partei „Die Rechte“, die hier in München wieder Recht und Ordnung hergestellt haben, indem wir vor dem Verwaltungsgericht einen Eilantrag gestellt haben. Wo wir Recht bekommen haben und auch die diesbezügliche Beschwerde der Stadt München vor dem Verwaltungsgericht ist grandios gescheitert. Wir von der Partei „Die Rechte“, wir, der deutsche Widerstand, stehen für Recht und Ordnung und nicht diejenigen, die die NSU-Show hier zelebrieren. #00:11:52-2#

Wir wollen ein System, das diese NSU-Show fabriziert (kurze Pause) mit Sicherheit nicht reformieren. Einen solchen Krüppel kann man nicht reformieren. Einen solchen Krüppel kann man allenfalls eliminieren, ausmerzen und auf diesen Trümmern eine deutsche Volksgemeinschaft errichten wollen. Wir wollen nicht mit diesem kranken System in Verbindung gebracht werden und wir stellen uns auch weit abseits von denjenigen, die meinen, dass hier ein Rechtsstaat zu Gange wäre. Wir lassen uns weder von der Stadt München, noch vom Verfassungsschutz, [REDACTED] [REDACTED] der genüsslich mitansehen muss, dass wir eine Partei sind und er völlig hilf- und machtlos gegen uns ist. Wir werden uns von allen diesen Figuren nicht mehr an der Nase herumführen lassen. Wir werden konsequent Politik für deutsche Interessen machen und dazu gehört auch, dass wir es als unsere Verpflichtung ansehen, hier in München, wo wir den NSU-Prozess haben, uns für die Angeklagten einzusetzen. Wir sind die Anständigen, wir sind die Guten! Nicht die Pfeifer und all die Türkenfreunde und Antifa-Schreihälse auf dieser Gegenseite. Wir stehen zu unserem Freund und Kameraden Ralf Wohlleben. Ralf Wohlleben ist einer von uns. Wir fordern insgesamt die Einstellung dieses Verfahrens und die sofortige Freilassung unseres Kameraden Ralf Wohlleben. Dieser Mann wird seit Jahren in Isolationshaft gehalten. Dieser Mann muss Repressionen über sich ergehen lassen. Er (..) (unverständlich) trotz allem, trotz der ausweglosen Situation, trotz der Übermacht an Feind und Gegnern in dieser NSU-Show nicht zu einem falschen Geständnis hinreißen. Ihm drohen sicherlich mindestens 10 Jahre Haft. Möglich (..) möglicherweise sogar lebenslange Haft bis hin zur Sicherheitsverwahrung. Und wir sind froh, dass er sich verteidigt gegen diese lächerliche Anklage, die in sich zusammengebrochen ist, genauso wie dieses System eines Tages in sich zusammen brechen wird. #00:14:45-0#

Was unterscheidet uns von all den demokratischen Figuren, die wir hier in der Bundesrepublik Deutschland erleben und ertragen müssen? Uns unterscheidet, dass wir hier mit Idealismus stehen. Dass wir, wie ich eingangs schon sagte, auf dieses System und all die Lügenpresse und all diese verkommenen Figuren, die auf der Gegenseite stehen, dass wir uns von diesen Leute nicht lenken lassen. Sondern dass wir hier Politik auch in einem unbequemen Sinne machen, dass wir uns trauen Dinge anzusprechen, die sich manche Figur nicht mal zu denken wagt. #00:15:27-5#

Wir hingegen, sind im Gegensatz zu den Demokraten bereit, Deutschland mit unserm Leben zu verteidigen. Wir kämpfen gegen dieses System bis zum letzten Blutstropfen, wenn es sein muss. (unverständlich) wo die Demokraten nur an den Futtertrögen sitzen, nur kassieren wollen, das Volk ausplündern und verraten. #00:15:56-4#

(kurze Pause) Wir sind unangepasst, haben große Ziele und Idealismus und wir sagen: Der Tag wird kommen, an dem abgerechnet wird. Nicht nur hier in der NSU-Show, in Bayern und in Deutschland. Wir, von der Partei „Die Rechte“, und wir, als der deutsche Widerstand, werden nicht zulassen, wie

die etablierten Volksverräter sich an der weißen Rasse versündigen. Wir werden nicht zulassen, dass hier in Deutschland und in Europa eine Kampagne gegen die Völker betrieben wird. Wir werden nicht zulassen, dass die westlich-parlamentarische Demokratie die Völker ausplündert. Wir sagen unmissverständlich, dass wir ein gänzlich anderes Modell in Europa wollen. Wir wollen ein Europa der Vaterländer. Wir fordern die souveränen Staaten. Wir fordern die objektive Presse. Wir fordern Meinungsfreiheit auch für Deutsche. Wir fordern dass hier Schluss gemacht wird mit einem irrsinnigen System der Volksverräter. Wir fordern, dass Versündigung an der deutschen Volkssubstanz unter Strafe steht. Und wir sagen, dass Deutschland das Land der Deutschen bleiben muss. #00:17:48-8#

Und ich sage auch den Vertretern der Nebenklage, die hier auf der Gegenseite versammelt sind, glauben Sie nicht, dass Sie uns diesen Schuhe anzie(..) dass Sie uns diesen Schuh anziehen können, von der Mörderbande. Sie wissen ganz genau, als Nebenkläger, dass dieses System weit verstrickt ist in die NSU-Show. Darauf sollten sie mal hinweisen und nicht immer hier meinen zu müssen, dass wir, der deutsche Widerstand, eine Reihe von Morden an irgendwelchen Obsthändlern begangen hätten. Daran haben wir gewiss kein Interesse. Wir (unverständlich) aus dem Verkehr ziehen, sondern wir wollen (unverständlich) insgesamt beenden. Dann würden wir doch nicht auf die Idee kommen neun Ausländer zu ermorden. Wir wollen doch viel größere Ziele verwirklichen. Da ist es doch nicht mit ein paar Ausländern getan. Wir wollen, dass alle kriminellen Ausländer aus Deutschland verschwinden. Und nicht ein Obsthändler getötet wird, das ist die (unverständlich) für die Presse. #00:19:10-9#

Liebe deutsche Landsleute, lasst euch nicht von der Vorverurteilungskampagne dieses Systems instrumentalisieren. Die NSU-Lüge wird ans Tageslicht kommen. Vielleicht nicht in diesem Gericht, aber durch kritische Bürger, die bereit sind sich mit diesem Komplex auseinander zu setzen. #00:19:40-4#

Unseren Feinden sei ein bekanntes Zitat von Abraham Lincoln entgegen gesetzt: Man kann ein ganzes Volk eine Zeit lang belügen, Teile eines Volkes dauernd betrügen, aber nicht das ganze Volk dauernd belügen und betrügen. Und das ist der Kern. So wie hier in der NSU-Show gelogen und betrogen wird, so gibt es auch andere Geschichtslügen. Die vom World Trade Center, oder welche (..) (unverständlich) oder wenn ich mir diverse Massenermordungsvorwürfe ansehe. Belogen und betrogen wird in dieser Welt ohne Ende. Und wir sind es, die letztendlich Aufklärung wollen. Wir fordern Aufklärung in allen möglichen Komplexen von Lügen und Desinformation, die letztendlich von einer ganz kleinen Clique seit über 70, 80, 100 Jahren in die Welt gestreut werden. Ein ganz kleines Volk ist angetreten um so eine Lügenkampagne zu streuen. Nicht nur hier in der NSU-Show, auch darüber hinaus. #00:21:05-4#

Und wir werden uns von der Lügenpresse nicht den Mund verbieten lassen. Sie werden ja heute wieder irgendwelche gotterbärmlichen Schlagzeilen verbreiten: „Die Rechten sind die Mörder, die haben sich hier mit einer Mörderbande solidarisiert, die wollen Mord und Totschlag in Deutschland und alle Ausländer ermorden und alle Türken vergasen“ und was uns alles immer unterstellt wird. Und wir wollen (unverständlich) und wir wollen den Herrn [REDACTED] oder (unverständlich) wir wollen ja die ganze Welt vergasen. Das ist doch eure Meinung. Ihr seid nicht in der Lage und nicht Willens und im Stande, unsere Programmatik objektiv zu beurteilen. Ihr seid nicht in der Lage euch argumentativ mit uns auseinander zu setzen. Ihr könnt nur pfeifen und schreien und pöbeln. Da hat jemand ganz schlechte Kinderstube. Das muss ich einmal sagen. Nur, egal was die Lügenpresse sagt, es interessiert uns nicht. Da scheißen wir drauf. Wir scheißen auf jeden einzelnen Systembericht, der nach der Veranstaltung über uns veröffentlicht wird. Das ist es nicht wert. #00:22:23-7#

Uns ist es etwas wert, das gute Gewissen zu haben, uns hier mit Angeklagten in einer (unverständlich) die bis zum Himmel stinkt, solidarisiert zu haben. Und wir sind stolz darauf, dass wir als einzige Gruppe und einzige Partei uns das getraut haben. Ich könnte kotzen, wenn ich mir manche auch nationale Gruppierung anschau. Die Jahre lang (unverständlich) hat und den Tag nicht in

Angriff genommen hat, hier Aufklärung zu betreiben. Ja um Gottes Himmels Willen. „Die schlechten Schlagzeilen, wo kommen wir denn da hin? Was denkt denn der Staat über uns? Was denkt denn der Verfassungsschutz über uns wenn wir uns hier hin stellen?“ Was interessiert aber uns das, als Idealisten? Seit wann interessiert uns, was [REDACTED] über uns denkt? Wenn [REDACTED] uns hasst und verteufelt und als Anti-Demokraten bezeichnet, dann bin ich stolz darauf. Denn wenn er uns als gut und anständig ansehen würde, dann hätten wir etwas falsch gemacht. Nein. Wir sind die Gegner dieses verfaulten Systems. Wir wollen nicht mit diesem System in Verbindung gebracht werden. Wir werden uns weiterhin, heute, die nächsten Wochen und Monate, bis hin zur Urteilsverkündung, weiter regelmäßig hier mit dem Thema auseinandersetzen. Und eins verspreche ich euch von der Lügenpresse, von der Gegenseite, eins verspreche ich ihnen, [REDACTED] Herr Richter Götzl, liebes Oberlandesgericht, eins verspreche ich auch dir, Siegfried Benker, wir werden öfters hier auftreten und die NSU-Show nicht tatenlos hier vorbeiziehen lassen, sondern Aufklärungsarbeit leisten. In diesem Sinne beende ich meine Rede mit den Worten von Fritz Stüber: „Was leben will, das lässt sich nicht verbieten mit Paragraphen, Tinte und Papier. Ihr könnt euch Sklaven halten, Söldner mieten – doch Deutschlands Leben, merkt euch, das sind wir!“
#00:25:04-2#

Danke schön! #00:25:05-0#

Ende Transkript

